

40.000 Flüchtlinge an diesem Wochenende; Außenminister Steinmeier spricht von "dramatischen Zahlen". Tausende Soldaten in Bereitschaft. Merkel: Recht auf Asyl kennt keine "Obergrenze"

Die Welt

Samstag 12. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 213

Length: 512 words

Body

Die Bundesregierung rechnet an diesem Wochenende mit der Ankunft von 40.000 weiteren **Flüchtlingen** in Deutschland. "Ich habe gerade die letzten dramatischen Zahlen bekommen: Wir erwarten allein für die nächsten zwei Tage, am Wochenende, circa 40.000 **Flüchtlinge** aus den südlichen und südöstlichen Nachbarländern", sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) am Rande eines Außenministertreffens in Prag.

Das wären rund doppelt so viele wie am vergangenen Wochenende, als die Bundesregierung in Absprache mit Wien und Budapest beschlossen hatte, Tausenden Flüchtlingen aus Ungarn die Einreise ohne bürokratische Hürden und Kontrollen zu erlauben. Daraufhin waren bis Montag rund 20.000 Migranten nach Deutschland gekommen. Steinmeier sagte, es handele sich um die "wahrscheinlich größte Herausforderung für die Europäische Union in ihrer Geschichte. Wir sind hier auf europäische Solidarität angewiesen." Trotz der großen Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung würden "die Möglichkeiten bei uns immer enger".

Bundeschancellor Angela Merkel (CDU) lehnt es ab, die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland zu begrenzen. "Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze", sagte sie. Kritik kam aus Bayern. Ministerpräsident Horst Seehofer kritisierte Merkels Entscheidung vom vergangenen Wochenende, Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland reisen zu lassen. "Das war ein Fehler, der uns noch lange beschäftigen wird. Ich sehe keine Möglichkeit, den Stöpsel wieder auf die Flasche zu kriegen", sagte er dem "Spiegel". Deutschland komme in "eine nicht mehr zu beherrschende Notlage".

Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Edmund Stoiber forderte die Kanzlerin auf, stärker auf die Sorgen der Skeptiker einzugehen. "Wir müssen denen, die sich Sorgen machen, sagen, was in einem, in zwei Jahren ist. Dazu ist die Bundesregierung bisher noch sehr zurückhaltend. Aber darauf wird es ankommen", sagte Stoiber der "Welt". Stoiber erwartet von der Bundesregierung, ihren Einfluss international geltend zu nutzen. "Wir haben in Syrien zu lange weggesehen."

40.000 Flüchtlinge an diesem Wochenende Außenminister Steinmeier spricht von "dramatischen Zahlen".
Tausende Soldaten in Bereitschaft. Merkel : Recht auf Asyl k....

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise kündigte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen zusätzlichen Einsatz der Bundeswehr an. "Wir haben allein für dieses Wochenende rund 4000 Soldaten in Rufbereitschaft versetzt." Die Soldaten sollten "im Notfall mit anpacken können". Die Ministerin fügte hinzu: "Was personelle Hilfe angeht, haben wir noch Luft nach oben." Bei den Hilfen zur Aufnahme von Flüchtlingen laute das Motto der Bundeswehr "maximale Kulanz". Von der Leyen kündigte außerdem an, dass auf Kasernengeländen künftig weitere Flüchtlinge gemeinsam mit Soldaten untergebracht werden sollten.

Nach Kritik aus Europa hat die US-Regierung beschlossen, 10.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Die Syrer müssten jedoch einen "robusten Sicherheitsprozess" durchmachen, der zwölf bis 18 Monate dauere, sagte ein Sprecher. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger habe oberste Priorität.

Leitartikel Seite 3, Seiten 4 und 5

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/CHRISTOF STACHE; Christian Werner

Passt wie angegossen! In der Bayern-Kaserne in München wird ein kleiner Junge von einer Helferin eingekleidet

CHRISTOF STACHE

Load-Date: September 12, 2015

In den Untiefen der Schutzlotterie; Die Anerkennungschancen von Flüchtlingen unterscheiden sich in der EU erheblich. Experten fordern deshalb eine europaweite Angleichung der Standards

Die Welt

Mittwoch 23. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 222

Length: 1115 words

Byline: Andreas Maisch

Body

Bei der von Deutschland geplanten Umverteilung der **Flüchtlinge** in Europa gibt es ein gewaltiges Problem: Obwohl es in der Theorie ein europäisches **Flüchtlingsrecht** gibt, haben Schutzsuchende in den EU-Ländern sehr unterschiedliche Chancen, als **Flüchtlinge** anerkannt zu werden. Damit fehlt die praktische Grundlage für eine Umverteilung. Bei der Frage, ob jemand nach Deutschland oder Italien flieht, geht es unter diesen Umständen nämlich nicht nur darum, wo die Sozialstandards höher sind, sondern auch um die Chance, in dem Land bleiben zu dürfen.

Wer sich etwa die Anerkennung von syrischen **Asylbewerbern** im ersten Halbjahr 2015 ansieht, stellt erhebliche Unterschiede fest. EU-weit wurden nach Zahlen des europäischen Statistikamtes Eurostat insgesamt etwa 95 Prozent der Schutzsuchenden von dort anerkannt. Deutschland liegt mit 94 Prozent leicht unter dem Durchschnitt, Frankreich und Spanien mit je 96 Prozent leicht darüber.

In Griechenland sind es gar 100 Prozent. Ebenso verhält es sich in Ungarn, das in den vergangenen Wochen vor allem durch den Bau von Grenzzäunen und einer harten Linie gegen Flüchtlinge Schlagzeilen machte. Allerdings ist die absolute Zahl der Syrer, die dort Asyl beantragten, mit 70 relativ gering. In anderen Ländern sind die Anerkennungsquoten wesentlich niedriger: So waren es in Italien nur rund 81 Prozent. Noch viel weniger Syrer wurden in Rumänien als Flüchtlinge anerkannt: Dort betrug der Anteil positiver Entscheidungen lediglich rund 49 Prozent. Im Jahr 2014 waren die Unterschiede teilweise noch größer gewesen: Italien hatte nur über 64 Prozent der Anträge von Syrern positiv entschieden.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann fordert, die EU-Standards für Flüchtlinge einzuhalten. Diese sollten so umgesetzt werden, "dass in Europa die Asylentscheidungen, insbesondere was die Anerkennungspraxis betrifft, vergleichbar werden", sagt der CSU-Politiker der "Welt". "Genauso wichtig ist es, die Unterbringungsstandards und die Leistungen, die Asylbewerber erhalten, europaweit anzugleichen." Zuvor müsse Europa aber zuerst zu einem geordneten Verfahren zurückkommen.

In den Untiefen der Schutzlotterie Die Anerkennungschancen von Flüchtlingen unterscheiden sich in der EU erheblich. Experten fordern deshalb eine europaweite An....

"Dort, wo die Menschen in der EU erstmals ankommen, müssen sie auch registriert werden und das Asylverfahren durchgeführt werden", fordert Herrmann. Dann müsse man sich dringend über die quotalen Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union einigen.

Doch die Möglichkeit einer solchen Verteilung wird durch die uneinheitliche Anerkennungspraxis infrage gestellt. Christine Langenfeld, Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), sagt: "Das Ziel der EU, dass sich die Anerkennungsquoten angleichen, wurde bisher verfehlt." Die gemeinsamen Standards seien bisher noch nicht in wünschenswertem Umfang erreicht worden. "Die Schutzlotterie bei der Frage, ob ein Flüchtling anerkannt wird, ist ein sehr kritischer Zustand", sagt Langenfeld.

Bei Flüchtlingen aus dem Irak zeigt zum Beispiel Griechenland - anders als bei Asylbewerbern aus Syrien - eher wenig Aufnahmebereitschaft: Nur 62 Prozent der geflohenen Iraker wurden im ersten Halbjahr anerkannt. Zum Vergleich: Im EU-Schnitt waren es 88 Prozent, in Deutschland sogar 99 Prozent. Ähnlich ist das Bild bei Menschen, die aus dem Iran oder Afghanistan nach Griechenland flohen. Langenfeld erklärt: "Bestimmte Staaten wie Griechenland und Ungarn erkennen viele Flüchtlinge, die im Rest der EU bleiben dürften, nicht an." In Ungarn erkennen die Behörden auffällig wenige Afghanen als Flüchtlinge oder Schutzbedürftige an. Während es in der EU im Schnitt 68 Prozent sind, sind es in Ungarn nur 28 Prozent. "Vor allem osteuropäische Länder weisen niedrigere Schutzquoten auf", konstatiert Langenfeld. Bernd Mesovic von der Flüchtlingshilfe-Organisation Pro Asyl bemängelt, dass europäisches Recht in der Praxis ständig unterlaufen werde. "Die Praxis war immer sehr unterschiedlich." Aktuell müsse man sich anschauen, ob es in den EU-Mitgliedstaaten "überhaupt Prüfungsverfahren gibt, die diesen Namen verdienen" - und durch individuelle Anhörungen und begründete Entscheidungen ein faires Verfahren bieten. Eigentlich sollte europaweit die Genfer Flüchtlingskonvention ein solches Verfahren gewähren: Die Konvention regelt, dass Menschen, die wegen ihrer Religion, "Rasse", Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt werden, als Flüchtlinge aufgenommen werden. Gemäß der EU-Qualifikationsrichtlinie aus dem Jahr 2011 gilt das Genfer Abkommen innerhalb der EU uneingeschränkt. Auch diejenigen, denen bei der Rückkehr in ihr Herkunftsland Gefahr - etwa Folter - droht, dürfen in Europa bleiben. Dies ist der sogenannte Anspruch auf subsidiären Schutz. Zusammen ergeben die Anerkennungen als Flüchtlinge oder als subsidiär Schutzbedürftige den Anteil der positiven Entscheidungen. CDU-Innenexpertin Nina Warken weist darauf hin, dass den Flüchtlingen selbst neben der Anerkennungsquote vor allem die Lebensbedingungen und Asylbewerberleistungen wichtig sind.

Gewisse Unterschiede können zwar dadurch entstehen, dass zum Beispiel die Angehörigen einer besonders stark verfolgten Religion oder Volksgruppe sich ungleich auf die EU-Staaten verteilen. Die starken Differenzen innerhalb des Staatenverbundes können dadurch aber nicht erklärt werden. Ein Grund für die innereuropäischen Unterschiede sind die Urteile der nationalen Gerichte. "Die gleichen Rechtsgrundlagen in Europa haben nicht dazu geführt, dass es eine auch nur annähernd ähnliche Rechtsprechung gibt", sagt der auf das Asylrecht spezialisierte Rechtsanwalt Gunter Christ. Auch alte EU-Mitglieder schneiden bei der Anerkennung von Menschen bestimmter Herkunftsstaaten schlecht ab. Bei Afghanen und Irakern ist laut den Eurostat-Statistiken Dänemark eines der Schlusslichter. Iraker haben es auch in den Niederlanden schwer: Nur gut 40 Prozent werden anerkannt, während es EU-weit fast 90 sind.

Großbritannien wiederum ist unter allen EU-Staaten derjenige, der den geringsten Anteil der Eritreer duldet. Diese fliehen wegen der grausamen Militärdiktatur aus ihrem Land, das als "Nordkorea Afrikas" gilt. Auch Afghanen, Iraker und Syrer werden in Großbritannien seltener als schutzbedürftig anerkannt im Vergleich zu den meisten anderen Ländern. Die EU-Innenminister müssen sich nun fragen, wie sie eine einheitliche Anerkennung gewährleisten wollen. Die Vorsitzende des Sachverständigenrats Langenfeld sagt, die Europäische Kommission solle stärker als bisher auf eine Angleichung dringen. Sie ist überzeugt: "Die uneinheitliche Anerkennung von Flüchtlingen schwächt die Akzeptanz für eine Umverteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 23, 2015

In den Untiefen der Schutzlotterie Die Anerkennungschancen von Flüchtlingen unterscheiden sich in der EU erheblich. Experten fordern deshalb eine europaweite An....

End of Document

Ein schlechter Aprilscherz; Gefälschtes Schreiben kündigt Unterbringung von Asylbewerbern in Privathaushalten an. Die Politik fürchtet ein anderes Problem: hohe Kosten

Die Welt

Samstag 11. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 84

Length: 914 words

Byline: Claudia Ehrenstein

Marcel Leubecher

Body

Kriege und Armut treiben immer mehr Menschen aus ihrer Heimat weg und nach Deutschland. Im ersten Quartal 2015 hat sich die Zahl der **Asylbewerber** im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Insgesamt beantragten laut Innenministerium von Januar bis März 85.394 Personen in der Bundesrepublik **Asyl**. Dies sind 47.574 mehr als im selben Vorjahreszeitraum. Das entspricht einer Zunahme um 125,8 Prozent.

Hauptherkunftsland mit großem Abstand ist mit 23.137 **Asylbewerbern** das Kosovo. Aus dem von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verheerten Bürgerkriegsland Syrien suchten 15.444 Menschen **Asyl** und aus Serbien 9074 Personen. Auf den nächsten Plätzen folgen Albanien, Irak und Afghanistan.

Allein im März stieg die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zum Vorjahresmonat um 184 Prozent. Konkret stellten 32.054 Menschen einen Antrag - ein Plus von 20.774 Personen. Deutschland hat in den beiden vergangenen Jahren damit weltweit die meisten Asylanträge zu bearbeiten gehabt. Die wenigsten Antragsteller werden allerdings anerkannt. Abgelehnt werden vor allem Personen aus den Balkanstaaten. Insgesamt wurde im ersten Quartal des laufenden Jahres 35,3 Prozent der Antragssteller die Rechtsstellung eines Flüchtlings zuerkannt, lediglich 1,1 davon die eines Asylberechtigten.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet für dieses Jahr mit etwa 300.000 Asylanträgen in Deutschland. Es hat aber erklärt, die Prognose könne sich angesichts des Syrien-Krieges, der Kämpfe im Irak und der Flüchtlingszahlen vom Balkan noch ändern. Einige Bundesländer gehen gar von 500.000 zusätzlichen Asylbewerbern aus. Die Länder fordern daher vom Bund mehr Geld für Flüchtlingsunterkünfte.

Ein schlechter Aprilscherz Gefälschtes Schreiben kündigt Unterbringung von Asylbewerbern in Privathaushalten an. Die Politik fürchtet ein anderes Problem: hohe

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte daraufhin am Donnerstag eine Arbeitsgruppe angekündigt, die über eine dauerhafte Entlastung der Kommunen sprechen soll. Der SPD-Chef sprach sich dafür aus, dass der Bund die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen übernimmt und versprach, eine stärkere Beteiligung prüfen zu wollen. Damit stellte er sich gegen den Koalitionspartner und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Der hatte den Ländern bereits eine Absage erteilt und erklärt, keine zusätzlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) will sich damit nicht abfinden. Er forderte vom Bund mehr Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen. "Der Bund hat finanzielle Spielräume und er sollte sie weitergeben", sagte Ramelow der "Welt". "Die Länder stehen zu ihren humanitären Verpflichtungen. Aber die Kosten laufen davon." Ramelow sagte, er vertraue darauf, dass die Bundesregierung den Streit am Kabinetttisch beenden und auf die Länder zugehen werde.

Für die kommenden zwei Jahre hat der Bund den Ländern bislang eine Milliarde Euro zugesagt. Diese Summe aber reicht laut Ramelow nicht aus. "Die Prognosen, auf deren Basis im letzten Jahr verhandelt wurde, sind Geschichte." So erhalte Thüringen in diesem Jahr 13 Millionen Euro vom Bund für die Unterbringung, die tatsächlichen Kosten aber könnten am Ende im dreistelligen Millionenbereich liegen. Der Linke-Regierungschef: "Der Bund muss für 2015 und 2016 mehr als eine Schippe drauflegen. Es muss neu verhandelt werden."

Auch Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) hat die von Gabriel signalisierte Bereitschaft des Bundes begrüßt. "Es wäre allerdings zu spät, eine Lösung erst innerhalb der Debatte über die Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs zu finden", sagte Heinold am Freitag. Sprachförderung, Beratung und Unterbringung müssten jetzt finanziert werden, nicht erst 2020.

Unterstützung erhielt Gabriel von SPD-Partei-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel. "Es darf nicht sein, dass die Kommunen am Ende nicht mehr ihren originären Aufgaben nachkommen können", sagte er. Es erzeuge "sozialen Sprengstoff", wenn Geld für die Schulsanierung gebraucht, aber für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werde. "Die Union muss sich hier bewegen." Gabriel rief unterdessen am Freitag zu einer einvernehmlichen Lösung auf. "Wir sollten die Entlastung der Kommunen nicht zum Streitthema werden lassen", sagte er in Berlin.

In vielen Kommunen wächst indes der Protest gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen. Mit einem gefälschten Schreiben zur angeblich geplanten Unterbringung von Asylbewerbern in Privatwohnungen muss sich nun die Staatsanwaltschaft Magdeburg beschäftigen. Die behördlich anmutende Post mit Briefkopf und Logo des Bundesamtes für Justiz sei am Freitag in einem Briefkasten aufgetaucht, teilte eine Ministeriumssprecherin mit. "In welchem Ausmaß das Schreiben verbreitet wurde, wissen wir noch nicht."

Ganz konkret sei der Adressat über Namen und Ankunftszeit der Asylbewerber informiert worden, die angeblich in seiner Wohnung unterkommen sollten. Das Schreiben ist zwar auf den 1. April datiert. Sachsen-Anhalts Justizministerin Angela Kolb (SPD) stellte klar: "Das ist kein Aprilscherz. Da sollen ausländerfeindliche Ressentiments geschürt werden." Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob eine Straftat vorliegt.

Der Sportverein von Tröglitz, das mit einem Brandanschlag am Karsamstag auf ein vorbereitetes Flüchtlingsheim traurige Schlagzeilen gemacht hat, will nun für die Neuankömmlinge Sportmöglichkeiten anbieten. Sie sollen zu Fußball, Tischtennis, Unihockey und Geräteturnen eingeladen werden. "Sport verbindet", meinte Jörg Heinold, Fußballabteilungsleiter des TSV Tröglitz. Die Idee dazu sei lange vor dem Brandanschlag entstanden.

Graphic

dpa/Hendrik Schmidt

Transparent an einer Eisenbahnbrücke nahe Tröglitz, in dem ein Asylbewerberheim angezündet wurde

Ein schlechter Aprilscherz Gefälschtes Schreiben kündigt Unterbringung von Asylbewerbern in Privathaushalten an. Die Politik fürchtet ein anderes Problem: hohe

Hendrik Schmidt

Load-Date: April 13, 2015

End of Document

Deutschland Kompakt; Sicherheit: Bürger besorgen sich kleinen Waffenschein ++ Handgranatenanschlag: Vier Verdächtige festgenommen ++ Sachsen: Prozess wegen Schleuserverdachts ++ Berufseinstieg: Familienministerium hilft Migrantinnen

Die Welt

Mittwoch 10. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 34

Length: 600 words

Body

Sicherheit

Bürger besorgen sich kleinen Waffenschein

Zunehmend mehr Menschen in Deutschland rüsten angesichts der Nachrichten über sexuelle Übergriffe mit einem kleinen Waffenschein für Schreckschusspistolen oder Pfefferspray auf. Von Ende November bis Ende Januar nahm die Zahl dieser Waffenscheine um mehr als 21.000 zu. Das zeigt eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Frage der Grünen-Abgeordneten Irene Mihalic. Insgesamt waren im Nationalen Waffenregister Ende Januar fast 301.000 kleine Waffenscheine gespeichert. Man braucht diese Scheine für das Tragen von Reiz-, Signal- oder Schreckschusswaffen. Mihalic, selbst Polizistin, kritisierte die Entwicklung: "Man stelle sich vor, dass bei Großveranstaltungen wie Karneval Menschen in bestimmten Situationen vorschnell zur Waffe greifen und so vielleicht Chaos und Gewalt erst provozieren." Für den reinen Erwerb dieser Waffen gibt es derzeit keine Auflagen. Mihalic forderte, "Lücken im Waffenrecht" zu schließen. "Ein Baustein wäre, dass auch Kauf und Besitz von Schreckschusswaffen, Pfefferspray und Co. zukünftig erlaubnispflichtig werden."

Handgranatenanschlag

Vier Verdächtige festgenommen

Nach dem Anschlag mit einer Handgranate auf eine Flüchtlingsunterkunft in Villingen-Schwenningen haben die Ermittler vier Verdächtige festgenommen. Gegen drei von ihnen im Alter von 23, 27 und 37 Jahren wurden Haftbefehle erlassen, wie die Polizei mitteilte. Anhaltspunkte für eine fremdenfeindliche Tat gebe es keine. Die Männer hätten überwiegend einen osteuropäischen Migrationshintergrund, hieß es. Zu den Hintergründen der Tat und zur Motivation der Verdächtigen könnten derzeit aus ermittlungstaktischen Gründen keine Details berichtet werden, hieß es. "Allerdings dürften Konflikte, die zwischen den im Schwarzwald-Baar-Kreis tätigen

Deutschland Kompakt Sicherheit: Bürger besorgen sich kleinen Waffenschein ++ Handgranatenanschlag: Vier Verdächtige festgenommen ++ Sachsen : Prozess wegen Schl....

Sicherheitsunternehmen bestehen, die Ursache sein", so die Polizei. Unbekannte hatten Ende Januar eine Handgranate auf das Gelände des Flüchtlingsheims geworfen. Sie explodierte jedoch nicht. Es wurde niemand verletzt.

Sachsen

Prozess wegen Schleuserverdachts

Das Dresdner Landgericht verhandelt gegen einen 34 Jahre alten Mann wegen einer dramatischen Schleusung von Flüchtlingen. Als Fahrer eines Lastwagens soll der Angeklagte im vergangenen August 81 Menschen eng zusammengepfercht nach Sachsen gebracht haben, darunter Frauen mit Babys. Die Betroffenen stammten aus Afghanistan, dem Irak, Iran und Pakistan. Bereits einige Tage zuvor soll er zehn Flüchtlinge eingeschleust haben. Für beide Fälle droht eine Haftstrafe zwischen einem Jahr und zehn Jahren, maximal 15 Jahre.

Berufseinstieg

Familienministerium hilft Migrantinnen

Das Familienministerium will Mütter mit Migrationshintergrund beim Ein- oder Wiedereinstieg in den Job unterstützen. Dazu unterzeichneten Familienstaatssekretär Ralf Kleindiek und der Vorstand Arbeitsmarkt der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, eine Vereinbarung. Mit dem Programm "Stark im Beruf" sollen Frauen an bundesweit 88 Standorten besser beraten und qualifiziert werden. Bereits im ersten Schritt wurden 2000 Mütter begleitet. Drei Viertel von ihnen haben keinen Pass und die Hälfte noch keine Berufserfahrung in Deutschland. 60 Prozent verfügten über einen mittleren bis hohen Bildungsabschluss, 40 Prozent hätten maximal einen Hauptschulabschluss. Über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfüge die Hälfte der Teilnehmerinnen. Kontakte werden in Moscheen oder Nachbarschaftszentren geknüpft. Bundesweit gibt es rund 370.000 Mütter mit Migrationshintergrund, von denen, so Kleindiek, viele "lieber heute als morgen arbeiten wollten".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 10, 2016

Im Dschungel vor dem Eurotunnel; Jeden Tag versuchen Flüchtlinge, aus der französischen Stadt Calais nach England zu kommen. Manche sterben dabei. Und viele haben die Hoffnung aufgegeben und leben in Elendslagern

Die Welt

Mittwoch 12. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 186

Length: 1830 words

Byline: Philip Kuhn

Body

Calais

Jetzt bloß keinen Schritt zu viel, kein knackendes Holz. Kugtim geht hinter einer Hecke in Deckung und dreht sich zu Nexho und Erjon um. "Seid leise!", zischt er. Die beiden erstarren. Nach einer Stunde Gänsemarsch in gebückter Haltung ist der Eurotunnel ganz nah. Minuten verrinnen in der Dunkelheit. Ein paar Hundert Meter entfernt steht ein Einsatzfahrzeug der französischen Polizeieinheit CRS. Man kann es in der Dunkelheit gut am Blaulicht erkennen. "Sag mal, hast du ein Messer?", fragt Kugtim. Er müsse ja später die Plane von einem Lkw aufschneiden. "Wenn das hier klappt, melde ich mich per Skype aus England", sagt der 22 Jahre alte Albaner. "Dann kriegst du ein Exklusiv-Interview."

Die Chancen dafür stehen erst einmal schlecht. Sirenengeheul durchbricht die Stille der Nacht, ein Dutzend Polizisten nähert sich im Formationsmarsch, Taschenlampen leuchten ins Unterholz. "Los, verschwindet!", brüllen sie. Das funktioniert, Panik bricht aus bei den **Flüchtlingen**, man hört albanische und arabische Schreie. Zehn Menschen rennen aus ihren sicher geglaubten Verstecken über Felder Richtung Stadt. Die Taktik der französischen Polizei hat funktioniert: Sie soll drohen und abschrecken, den Zugang zum Tunnel blockieren. Wenn es nicht anders geht, kommen Schlagstöcke und Tränengas zum Einsatz. Wieder einmal ist eine Flucht am Eurotunnel in Calais gescheitert.

Ein paar Hundert Meter entfernt, an der letzten Tankstelle vor dem Tunnel, sammeln sich die Flüchtlinge wieder in kleinen Gruppen. Neben Albanern sind auch Sudanesen und Eritreer dabei. Die Gruppen können untereinander kaum kommunizieren. Aber sie teilen Essen und Wasser, wagen die Flucht oft gemeinsam in großen Gruppen, um die zahlenmäßig unterlegene Polizei zu überrumpeln. Einer wird schon durchkommen, so die Hoffnung. Kugtim und seine Kumpane sind erst seit drei Tagen in Calais. Sie wirken noch frisch und aufgekratzt. "Man kommt leicht durch Mitteleuropa", sagt er. Nur die Engländer machten Probleme. Es sei praktisch unmöglich, ein Visum zu erhalten.

Im Dschungel vor dem Eurotunnel Jeden Tag versuchen Flüchtlinge, aus der französischen Stadt Calais nach England zu kommen. Manche sterben dabei. Und viele habe....

Dabei habe er sogar englische Verwandte. Was er in England will? "Geld verdienen, sparen und dann zurück in die Heimat."

Kugtim hat Wirtschaft in der albanischen Stadt Shkodra studiert, einen Masterabschluss gemacht und jahrelang als Fremdenführer gearbeitet - für einen Tagessatz von umgerechnet 50 Euro. Das ist für albanische Verhältnisse viel Geld. Trotzdem wollen er und viele seiner Freunde nur noch raus. Albanien sei korrupt bis an die Spitze des Staates, dort könne niemand mit Ehrgeiz irgendetwas werden, sagt er. Einige hätten ihn beschworen zu bleiben: "Kugtim, du redest gern, du musst in die Politik, etwas ändern." Dass seit Jahresbeginn mindestens 13 Migranten in Calais bei der Flucht gestorben sind, schreckt ihn nicht ab. "Ich weiß, dass es gefährlich ist", sagt Kugtim. "Das Risiko gehe ich ein. Irgendwie ist es ja auch ein Abenteuer." Sein Freund Erjo hat noch eine Notlösung parat: "Wenn ich es nicht durch den Tunnel schaffe, gehe ich nach Deutschland. Hast du Facebook? Wir sehen uns in Berlin!"

Für Erjo wäre das der einfache Weg. Denn die 100 Kilometer nach London scheinen fast unüberwindbar. Als Reaktion auf den ungebrochenen Migrantenansturm Richtung England hat die französische Regierung in den vergangenen Monaten über Kilometer hinweg Nato-Stacheldraht hochziehen lassen. Sowohl der Hafen von Calais, in dem Lkw nach England verladen werden, als auch die weitläufige Gegend um den Eurotunnel sind Sperrgebiet. Direkt am Tunneleingang gibt es einen weiteren Sicherheitsstreifen zwischen zwei Reihen Stacheldraht. Kameras zeichnen jede Bewegung auf, französische Militärjeeps fahren zwischen den Absperrungen Patrouille. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich an die ehemalige innerdeutsche Grenze erinnert zu fühlen. Sogar die Autobahnbrücken wurden mit Zäunen gesichert, weil Flüchtlinge auf fahrende Lkw sprangen.

Großbritanniens Regierung wirft Frankreich seit Langem vor, zu wenig gegen die illegale Ausreise von Migranten Richtung England zu unternehmen. Frankreich sei offenbar froh, die ungeliebten Flüchtlinge loszuwerden, argwöhnt man in London. Aus Eigeninteresse hat die britische Regierung daher die Kosten für den Stacheldraht in Calais übernommen. Die Rede ist von 13 Millionen Euro. "Die Leute denken, dass sie in ein Eldorado flüchten", sagt ein französischer Polizist im Einsatz. "Aber niemand sagt ihnen, was hier wirklich passiert, wie die Situation aussieht." Für die Beamten ist der Einsatz schwierig, weil sie mit unfassbarem Elend und Todesmut konfrontiert werden, gegen den jeder Appell an die Vernunft wirkungslos bleibt. Erst kürzlich hat die CRS einen Zehnjährigen unter einem Zug hervorgezogen, der dort festgeklammert bis nach England fahren wollte. Am vergangenen Wochenende ist es einem Sudanese gelungen, zu Fuß in den Eurotunnel einzudringen. Erst am Tunnelausgang im englischen Folkestone wurde er entdeckt.

Die Wahrheit von Calais ist aber auch, dass viele Migranten nicht mehr die Kraft zur Flucht haben. Für sie ist diese von Abstieg und Arbeitslosigkeit geprägte Stadt zur Sackgasse geworden. Einer, der es vermutlich nie nach England schaffen wird, ist Ahmad. Seine Augenlider flattern beim Sprechen. Man versteht ihn kaum. Er zieht eine Krankschreibung aus der Tasche, auf der steht, dass er unter einer schweren Atemwegserkrankung leidet und zudem Rückenprobleme hat. Man sieht, dass der 23-Jährige völlig entkräftet ist. Zusammen mit fünf weiteren Flüchtlingen aus der sudanesischen Bürgerkriegsregion Darfur wohnt er seit zwei Monaten hinter einer Hecke auf einem Feld. Ohne Zelte, ohne Isomatten. Sie haben weder Wasser noch Essen. Der Eurotunnel ist nur einen Steinwurf entfernt. Man hört die Züge. Ab und zu bringen freiwillige Helfer den hier kampierenden Wasser aus dem nahe gelegenen Supermarkt Leader Price vorbei. Die Männer wollen nicht erzählen, wie sie hergekommen sind. "Das ist eine lange Geschichte." Quälende Stille. Sie schauen misstrauisch. Dann endlich: "Libyen, Italien, jetzt hier." Und dann? England. Warum England? "In England arbeiten alle. Alle haben einen guten Job. Es ist ein gutes Land." "Werdet ihr es wieder versuchen?" Ahmad schüttelt vorsichtig den Kopf. Es ist ihm spürbar unangenehm, danach gefragt zu werden. Ob man ein Foto machen dürfe? Auf gar keinen Fall. Seine Familie dürfe nichts von seiner Situation erfahren. Ahmad sagt, dass es ihm egal sei, ob er in Frankreich oder Darfur stirbt.

Im "neuen Dschungel", dem Flüchtlingslager knapp zehn Kilometer von Calais entfernt, haben sich viele Migranten mit der Situation arrangiert. De facto ist das 14 Hektar große Gelände längst kein Provisorium mehr, sondern eine deprimierende Elendssiedlung auf europäischem Boden. Mindestens 3000 Menschen sollen hier leben, so genau weiß das keiner. Jeden Tag kommen neue Menschen hinzu. An jeder Ecke stinkt es beißend nach Urin, zwischen den Holzhütten und Zelten türmt sich Müll. Viele der Bewohner sollen unter ansteckenden Krankheiten leiden, erst

Im Dschungel vor dem Eurotunnel Jeden Tag versuchen Flüchtlinge, aus der französischen Stadt Calais nach England zu kommen. Manche sterben dabei. Und viele habe....

vergangene Woche wurden mehrere Fälle von Gelbsucht diagnostiziert. Immerhin gibt es seit Kurzem vier Wasserstellen, weil sich Hilfsorganisationen dafür eingesetzt haben. Wer beten will, hat eine Kirche und mehrere Moscheen zur Auswahl, neben einer bieten Flüchtlingsfrauen Geschlechtsverkehr für zwei Euro an. Schnellimbisse und Supermärkte versorgen die Bewohner mit dem Nötigsten - falls die sich das leisten können.

Saif aus Afghanistan betreibt den größten Laden im Camp. Er sei eben ein Businessman, sagt er. "Wir haben alles da, was brauchst du?" Die Waren kauft er in den örtlichen Supermärkten und transportiert sie dann per Taxi ins Camp. Angeblich ist das rentabel. Ob er nicht mal nach England wollte? Den Traum habe er längst aufgegeben, sagt er. "Wir haben jetzt neun Supermärkte im Camp, bald werden es zwölf sein. So viel cooler ist New York auch nicht, oder?" Sein afghanischer Landsmann Khaled zimmert ein paar Meter weiter eine neue Holzhütte zusammen. Es sieht nicht so aus, als wolle er bald weiterreisen. "Dort, wo du stehst, kommt der Billardtisch hin", sagt er.

Während die Afghanen im hinteren Teil des Lagers Geschäfte machen, ist eine Gruppe Sudanesen einige Hundert Meter weiter dabei, Französisch zu lernen. Der 23-jährige Abdil Abdulkarrem und seine Freunde aus dem Sudan lernen dank einer französischen Hilfsorganisation schon seit mehreren Wochen Französisch. Sie sind seit sechs Monaten in Land. Inzwischen spricht Abdil die Sprache so gut, dass er selbstständig seinen Asylantrag ausfüllen konnte, den er wie einen Schatz in seiner Hosentasche hütet. Am 14. August entscheidet sich, ob er eine Chance auf Duldung in Frankreich hat. Einer seiner Landsleute hat es bereits geschafft. Er darf aus Calais abreisen und zieht jetzt erst einmal in eine Unterkunft nach Bourges, Hunderte Kilometer südlich von Calais. Eric Brossmann von der Hilfsorganisation Katholische Hilfe macht Abdil dennoch wenig Hoffnung. "Das wird nicht klappen, aber er muss es trotzdem versuchen."

Brossmann ist einer von fünf ehrenamtlichen Französischlehrern im Camp. Dafür opfert er jeden Sonntag, seit mehreren Jahren. Viele Migranten kennt er persönlich, begrüßt die Flüchtlinge per Handschlag. Warum hilft er hier? "Mein Vater ist Deutscher, meine Großeltern mütterlicherseits sind aus Polen eingewandert. Wir sind hier alle mal Migranten gewesen. Ich kann mich in die Lage der Leute hineinversetzen. Meine Familie ist besorgt, klar. Aber man kann diese Menschen nicht ihrem Schicksal überlassen. Frankreich tut nichts für diese Leute." Sein Engagement hätte ihn 2009 fast das Leben gekostet. Damals geriet er im "alten Dschungel", dem inzwischen abgerissenen Vorgängercamp, in eine Schlägerei zwischen Migrantengruppen und kam mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus.

"Es reicht manchmal ein Funke, damit manche Leute hier explodieren", sagt Brossmann. Man müsse vorsichtig sein. Wann immer es seine Zeit zulässt, fährt er in den Supermarkt und kauft Wasser, Baguettes und Crème Fraiche. Die verteilt er dann an Flüchtlinge. Zu vielen hier hat er ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Von Freundschaft möchte er aber nicht sprechen. "Manchmal sind die Leute am nächsten Tag nicht mehr da, sondern in England."

Wenn alles nach Plan gelaufen ist, müssten auch Kugtim und seine Freunde jetzt auf der Insel sein. Sie würden es die ganze Nacht weiterversuchen, hatten sie beim Abschied an der Tankstelle gesagt. Luftlinie sind es nach London nur 100 Kilometer. Das Paradies scheint nah. Eine Nachfrage per SMS auf sein altes Nokia, das er wegen der tagelangen Akkulaufzeit so sehr schätzt, bringt Gewissheit. Er sei noch immer in Calais, antwortet er, hätte sogar Zeit für ein Bier. "Heute Abend geht es wieder los", verspricht er. Aber er klingt nicht mehr ganz so optimistisch wie am Tag zuvor, die Nacht war lang. Dieses Mal will er es mit seinen Gefährten am Hafen probieren. Jemand hat ihnen erzählt, dass man leichter auf die Schiffe komme als durch den Tunnel.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Im Dschungel vor dem Eurotunnel Jeden Tag versuchen Flüchtlinge, aus der französischen Stadt Calais nach England zu kommen. Manche sterben dabei. Und viele habe....

Die französische Polizei soll potenzielle Tunneldurchquerer abschrecken

Philip Kuhn

Behelfskirche im Flüchtlingslager, in dem auch Eric Brossmann (M.) ehrenamtlich arbeitet. Von hier aus wollen Tausende durch den Eisenbahntunnel nach Großbritannien

Philip Kuhn

Behelfskirche im Flüchtlingslager, in dem auch Eric Brossmann (M.) ehrenamtlich arbeitet. Von hier aus wollen Tausende durch den Eisenbahntunnel nach Großbritannien

Philip Kuhn

Behelfskirche im Flüchtlingslager, in dem auch Eric Brossmann (M.) ehrenamtlich arbeitet. Von hier aus wollen Tausende durch den Eisenbahntunnel nach Großbritannien

Philip Kuhn

Behelfskirche im Flüchtlingslager, in dem auch Eric Brossmann (M.) ehrenamtlich arbeitet. Von hier aus wollen Tausende durch den Eisenbahntunnel nach Großbritannien

JUAN MEDINA

PHILIPPE HUGUEN

PHILIPPE HUGUEN

.

.

Load-Date: August 12, 2015

Profil schärfen mit Ausländerpolitik; SPD schlägt ein Einwanderungsgesetz vor und die Union will schneller abschieben

Die Welt

Dienstag 8. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 262

Length: 689 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Ein Jahr vor der Bundestagswahl richten solche Sätze keinen Schaden mehr in der Regierungskoalition an: Diesen Gesetzesentwurf werde man mit vielen besprechen, "selbstverständlich auch mit unserem Koalitionspartner", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende spitzbübisch.

Thomas Oppermann meint den gerade von ihm vorgelegten Entwurf für ein Einwanderungsgesetz - vor allem aber signalisiert er: Union und SPD sind längst im Wahlkampf. Und die Zuwanderer spielen eine wichtige Rolle.

Es kommen zwar mit etwa 14.000 pro Monat deutlich weniger **Flüchtlinge** als vor einem Jahr, doch kaum ein Thema treibt die Bevölkerung mehr um. Auch nach den beiden **Asylpaketen** und dem Integrationsgesetz verlangen viele Bürger weniger und besser ausgewählte Zuwanderer. Es mangelt auch nicht an **migrationspolitischen** Vorschlägen - doch umgesetzt werden davon wohl wenige.

Dass etwa das Einwanderungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode kommen wird, gilt als ausgeschlossen. Offiziell erklärt Oppermann das zwar zum Ziel - gleichzeitig sagt er aber auch, das Vorhaben gehöre zu einem der Topthemen im kommenden Wahlkampf. Die Schlagworte wird man also noch öfter hören: Nach kanadischem Vorbild mit einem Punktesystem sollen junge und gut qualifizierte Migranten leichter nach Deutschland kommen dürfen.

All das klingt für viele nachvollziehbar, sicherlich auch in der Union. Tatsächlich stimmte der CDU-Parteitag im vergangenen Dezember für einen Vorstoß in der Sache. Mehr ist bislang aber nicht passiert - und dabei wird es wohl auch bleiben. Schließlich fürchtet so mancher in der Union, anschließend von der AfD als Absender neuer Willkommenssignale kritisiert zu werden.

Profil schärfen mit Ausländerpolitik SPD schlägt ein Einwanderungsgesetz vor und die Union will schneller abschieben

Die Union versucht derzeit, vor allem Verschärfungen voranzutreiben; und da treten wiederum die Sozialdemokraten auf die Bremse. Das zeigt etwa der Gesetzentwurf zur "besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht".

Das für ihn verantwortliche Innenministerium geht davon aus, dass "die bislang im Gesetz enthaltene einmonatige Widerrufsfrist bei Abschiebungen, die länger als ein Jahr ausgesetzt worden sind", die "Gefahr des Untertauchens" erhöht, heißt es dort. Deswegen solle diese "Ankündigung der Rückführung" abgeschafft werden. So steht es im Gesetzentwurf, der sich aktuell in der Ressortabstimmung befindet.

Laut Bundesregierung hatten zum 31. August von allen rund 210.000 ausreisepflichtigen Ausländern - die meisten von ihnen abgelehnte Asylbewerber - rund 158.000 eine Duldung. Das Innenministerium möchte künftig zudem die Ausreisepflicht mit einer Reform des Duldungsrechts strenger durchsetzen und so die Zahl derjenigen verringern, die über eine lange Duldung schließlich einen Aufenthaltstitel erhalten. Derzeit handele es sich bei den Geduldeten um eine "Mischgruppe". Zum einen um Personen, die beispielsweise wegen langer Krankheit ohne Verschulden nicht ausreisen können, zum anderen um solche, die ihre Abschiebung, etwa durch Täuschung, selbst verhindern.

Deshalb sei es notwendig, "die Duldung nur noch denjenigen Ausländern zu gewähren, deren Abschiebung unmöglich ist, weil sie die Unmöglichkeit ihrer Abschiebung nicht verschuldet haben", heißt es. Außerdem soll künftig die "vollziehbare Ausreisepflicht" für alle gelten, die an der Klärung ihrer Nationalität nicht mitwirken. Wer in diese Gruppe fällt, solle keinen Zugang zu Integrationskursen und weiterführenden Bildungsangeboten erhalten.

Das vom Innenminister vorgestellte Paket hat in dieser Form allerdings keine Aussicht auf Erfolg. Aus dem SPD-geführten Justizministerium heißt es zwar, man befinde sich in "konstruktiven" Gesprächen. Klar ist jedoch, dass man eine "Duldung light" verhindern wird. "Wir lehnen es ab, die Duldung abgelehnter Asylbewerber stark einzuschränken, sagt auch SPD-Fraktionsvize Eva Högl. Ihre Partei sehe auch "nicht die Notwendigkeit, die Möglichkeiten der Abschiebehaft auszuweiten. Wir wollen erst einmal abwarten, wie sich die Verschärfungen aus dem Frühjahr auswirken." Bisher sind die Rückführungszahlen zwar deutlich gestiegen, allerdings vor allem in Richtung Balkan. Abgelehnte Asylbewerber aus der übrigen Welt bleiben immer noch meist im Land.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 8, 2016

**Politik Kompakt; Flüchtlinge: Einheitlicher Ausweis für Ankömmlinge ++
Viermal so viele Angriffe wie im Vorjahr ++ AfD liegt im Osten schon bei 16
Prozent ++ Israel: Hälfte strengreligiöser Juden lebt in Armut ++ Frankreich:
Dritter Attentäter vom Bataclan identifiziert**

Die Welt

Donnerstag 10. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 8; Ausg. 288

Length: 596 words

Body

Flüchtlinge

Einheitlicher Ausweis für Ankömmlinge

In Deutschland registrierte **Flüchtlinge** sollen künftig einen einheitlichen Ausweis erhalten. Das Dokument, das zentrale Angaben zur Person, den Fingerabdruck und Gesundheitsangaben enthält, soll ab Anfang des Jahres verteilt werden, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und der Leiter des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF), Frank-Jürgen Weise, nach einem entsprechenden Kabinettsbeschluss in Berlin mitteilten. Das Gesetz enthält eine Regelung, wonach **Flüchtlinge** künftig einheitlich erfasst und die Daten unter den verschiedenen Behörden und Stellen intensiver ausgetauscht werden sollen, um Doppelarbeit und Mehrfacherfassungen zu vermeiden. Zur Erhebung der Daten werden neben dem BAMF auch Grenzbehörden, Polizei, Aufnahmeeinrichtungen und die Ausländerbehörden verpflichtet. Die Daten sollen direkt mit der Registrierung und nicht erst mit der Antragstellung in einem zentralen System erfasst werden. Zugriff auf die Daten sollen dann auch die Bundesagentur für Arbeit sowie die **Asylbewerberleistungsgesetz**- und Meldebehörden bekommen.

Viermal so viele Angriffe wie im Vorjahr

Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland sind 2015 mehr als viermal so oft angegriffen worden wie 2014. Bis zum 7. Dezember verzeichneten die Ermittler 817 Fälle, wie das Bundeskriminalamt (BKA) verkündete. Für mindestens 733 Attacken seien rechtsmotivierte Täter verantwortlich. Im gesamten Jahr 2014 waren 199 Straftaten gegen Asylunterkünfte gemeldet worden, davon 177 politisch rechts motivierte. Bei den Übergriffen handelt es sich überwiegend um Sachbeschädigungen, Propagandadelikte und Volksverhetzungen. Allerdings sei laut BKA auch die Zahl der Gewaltdelikte gegen Flüchtlingsunterkünfte deutlich gestiegen: von 28 (2014) auf bislang 130 Gewalttaten (bis 7. Dezember). Dazu zählen allein 68 Brandstiftungen (2014: sechs).

Politik Kompakt Flüchtlinge: Einheitlicher Ausweis für Ankömmlinge ++ Viermal so viele Angriffe wie im Vorjahr
++ AfD liegt im Osten schon bei 16 Prozent ++ Isr....

AfD liegt im Osten schon bei 16 Prozent

Die Alternative für Deutschland (AfD) legt angesichts hoher Flüchtlingszahlen in der Wählergunst kräftig zu. Nach einer Befragung des Forsa-Instituts im Auftrag des "Stern" und des Senders RTL gewann die Partei gegenüber der Vorwoche zwei Prozentpunkte hinzu und kommt nun auf acht Prozent bundesweit. In Ostdeutschland bekäme die AfD sogar 16 und in Bayern zehn Prozent, ergänzte Forsa-Chef Manfred Güllner. Grund: zahlreiche Talkshow-Auftritte von prominenten Mitgliedern und eine sinkende Zahl Wahlwilliger.

Israel

Hälfte strengreligiöser Juden lebt in Armut

Fast jeder fünfte Israeli lebt unterhalb der Armutsgrenze, mehr als in fast allen Industriestaaten. Nach den Zahlen des Nationalen Versicherungsinstituts sind 18,8 Prozent oder 1,7 Millionen Israelis von Armut betroffen. Besonders hoch ist die Rate unter ultraorthodoxen Juden und arabischen Israelis, mit 54,3 beziehungsweise 52,6 Prozent. Als arm ist in Israel definiert, wer als Einzelperson von weniger als umgerechnet 733 Euro im Monat lebt.

Frankreich

Dritter Attentäter vom Bataclan identifiziert

Knapp einen Monat nach den Terroranschlägen von Paris haben Fahnder den dritten Selbstmordattentäter aus dem Konzertsaal Bataclan identifiziert. Dies gab Premier Manuel Valls bekannt. Demnach handelt sich um den Straßburger Foued Mohammed Aggad, 23, der Ende 2013 nach Syrien gereist ist. Zwei terrorverdächtige Helfer sind auf der Flucht und werden mit internationalem Haftbefehl gesucht: Salah Abdeslam, 26, Bruder eines der Attentäter, sowie Mohamed Abrini, 30. Die zwei anderen Angreifer sind Omar Ismaïl Mostefai, 29, und Samy Amimour, 28. Auch sie waren in Syrien.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 10, 2015

Obergrenze auf Biegen und Brechen; Österreich will demnächst eine Art Notstand ausrufen, um Asylsuchende fernzuhalten. Das hält selbst der frühere Flüchtlingskoordinator der Regierung für überzogen

Die Welt

Freitag 7. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 235

Length: 1058 words

Byline: Elisalex Henckel

Body

Wien

Es war vergangenen Januar, die Empörung über die neujahrsnächtlichen Ausschreitungen von Köln noch nicht verklungen, als Österreichs Sozialdemokraten einer dringenden Forderung ihrer Koalitionspartner von der konservativen ÖVP nachgaben: Zum Abschluss eines **Asylgipfels** zwischen Bund und Ländern verkündete die Regierung unter dem damaligen Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ), dass man künftig nur noch eine beschränkte Anzahl an **Flüchtlings** aufnehmen wolle. Eine Obergrenze also, auch wenn die Sozialdemokraten lieber von einem "Richtwert" sprachen.

Die beiden Parteien konnten sich zwar nicht auf einen gemeinsamen Begriff einigen, wohl aber auf eine konkrete Zahl, die sich hinter der Obergrenze verbergen sollte: 1,5 Prozent der Bevölkerung, abnehmend verteilt auf vier Jahre. Für das Jahr 2016 nahm man sich auf dieser Grundlage vor, nicht mehr als 37.500 **Flüchtlinge** zum **Asylverfahren** zuzulassen. Wie man diese Obergrenze einhalten würde, ohne gegen nationales oder internationales Recht zu verstoßen, konnte die Regierung damals nicht erklären. Inzwischen hat sie jedoch einen Mechanismus dafür entwickelt, dessen hochumstrittenes letztes Element in den nächsten Wochen in Kraft treten könnte.

Konkret geht es um die sogenannte Notverordnung, die offiziell "Sonderverordnung" heißt. Sie soll der Koalition in Wien ermöglichen, das Recht auf Asyl drastisch einzuschränken, indem sie feststellt, dass "die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Schutz der inneren Sicherheit gefährdet" seien. Zwei Verfassungsexperten hatten der Regierung im März nämlich bescheinigt, dass im Falle eines solchen Notstandes eine Abweichung vom geltenden EU-Recht zulässig sei.

Die derart legitimierte Verschärfung sieht vor, dass alle Schutzsuchenden an der Grenze abgewiesen werden können, die nicht um Leib und Leben fürchten müssen oder bereits Verwandte in Österreich haben. Das bedeutet,

Obergrenze auf Biegen und Brechen Österreich will demnächst eine Art Notstand ausrufen, um Asylsuchende fernzuhalten. Das hält selbst der frühere Flüchtlingskoo....

dass deutlich weniger Personen überhaupt noch das Recht hätten, einen Asylantrag zu stellen. Denn Bezug genommen wird nicht auf ihre Heimat, sondern darauf, ob Leib und Leben in dem Land, aus dem sie einreisen wollen, bedroht sind. Die Notverordnung würde zunächst sechs Monate lang gelten, sie kann drei Mal auf insgesamt bis zu zwei Jahre verlängert werden.

In den dazugehörigen Erläuterungen beschreibt die Regierung die Probleme, die sich insbesondere durch die 89.000 Asylanträge des vergangenen Jahres ergeben hätten: Asylbehörden und Gerichte seien überlastet, die Herausforderung für Gesundheits- und Bildungseinrichtungen enorm, der Druck auf Wohn- und Arbeitsmarkt ebenso.

Zur finanziellen und personellen Belastung käme eine Verschlechterung der Sicherheitslage. Um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fürchtet die Regierung - bei genauer Lektüre - aber erst "in Zusammenschau mit den Belastungen, die dem österreichischen Staat angesichts der aktuell weiterhin hohen Zahl an Anträgen auf internationalen Schutz und im Rahmen eines neuerlichen, starken Migrationszustroms wie dem des Jahres 2015 drohen". Das ist insofern bemerkenswert, als kaum noch jemand in Österreich eine Wiederholung des vergangenen Herbstes für wünschenswert oder auch nur allzu wahrscheinlich hält: Die Verkündung der Obergrenze hat einen Dominoeffekt ausgelöst, der zu einer vom Wiener Außenministerium koordinierten Schließung der Westbalkanroute geführt hat. Der wenig später in Kraft getretene Deal zwischen EU und Türkei hat darüber hinaus die Zahl der Flüchtlingsankünfte in Griechenland stark verringert. Dadurch gab es im August 2016 in Österreich gut 60 Prozent weniger Asylanträge als im Vorjahr.

Innenminister Wolfgang Sobotka von der ÖVP pocht trotzdem auf ein möglichst baldiges Inkrafttreten der Sonderverordnung. Er räumt zwar ein, dass es in Österreich "mit Sicherheit keinen Notstand" gebe, es aber Maßnahmen brauche, damit auch keiner entstehen könne: "Ein Feuerwehrauto zu kaufen, wenn es brennt, macht wenig Sinn", sagte er Anfang September in der ORF-Nachrichtensendung "ZIB2".

Die SPÖ hat es nicht ganz so eilig. Bundeskanzler Christian Kern plädierte von Anfang an dafür, zunächst abzuwarten, ob die Obergrenze überhaupt erreicht werde. Vor wenigen Tagen versicherte er darüber hinaus einem NGO-Vertreter, der die geplante Verordnung kritisiert hatte, er wolle Österreich nicht zu einem "Notstandsland" machen.

Die Stellungnahmen, die im Rahmen der soeben ausgelaufenen Begutachtungsfrist im Innenministerium eingegangen sind, dürften Kern in seiner Zurückhaltung noch bestätigen: Explizit begrüßt wurde die Verordnung nur von einigen Landesregierungen.

Auch sie betonten aber in erster Linie, dass sie Herausforderungen wie jene des vergangenen Herbstes nicht ein zweites Mal meistern würden. Dass die Flüchtlingsbewegungen insbesondere des Jahres 2015 Staat und Zivilgesellschaft Enormes abverlangt hatten, hielten auch alle anderen Institutionen fest.

Die meisten - von der Bischofskonferenz über die Rechtsanwaltskammer bis zum Gewerkschaftsbund - konnten aber keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung erkennen, die einen "Tabubruch", wie ihn die geplante Einschränkung im Asylrecht nach Einschätzung des UNHCR darstellt, rechtfertigen würde. Sie kritisierten außerdem, dass viele der von der Regierung beschriebenen Probleme nicht auf die Flüchtlinge zurückzuführen seien: An Schulen mangle es schon seit Jahren an Sozialarbeitern, schrieb eine ÖVP-nahe Lehrgewerkschaft.

Der für die Bewährungshilfe zuständige Verein wies im Hinblick auf die angeblich schlechte Sicherheitslage darauf hin, dass die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber zwar gestiegen sei, aber längst nicht so stark wie jene der Asylbewerber insgesamt. Das Rote Kreuz führte sogar aus, dass es im Bereich der Erstversorgung von Flüchtlingen wieder Kapazitäten gebe: 10.000 Quartiersplätze blieben derzeit ungenützt.

Kritik an der Notverordnung kam selbst von jenem Mann, den die Regierung 2015 zum Flüchtlingskoordinator ernannt hatte: Der ehemalige Raiffeisen-Chef Christian Konrad ließ kurz vor dem Ende seiner einjährigen "Amtszeit" durchblicken, dass er die Sonderverordnung für überflüssig halte, da die Flüchtlingszahlen sowieso

Obergrenze auf Biegen und Brechen Österreich will demnächst eine Art Notstand ausrufen, um Asylsuchende fernzuhalten. Das hält selbst der frühere Flüchtlingskoo....

sinken und ab Neujahr ein neues Kontingent zur Verfügung stünde. Es gebe Wichtigeres zu tun, sagte Konrad, vor allem eines: für Beschäftigung und Ausbildung jener Flüchtlinge sorgen, die schon hier sind.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 7, 2016

End of Document

"Ich bin Migrantin und werde als Nazi bezeichnet"; Die Kölner Unternehmerin Emitis Pohl floh mit 13 Jahren aus dem Iran. Nach den Übergriffen in der Silvesternacht fordert die Muslimin klare Kante gegen kriminelle Flüchtlinge. Dafür erntet sie Hass

Die Welt

Donnerstag 25. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 47

Length: 1175 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Köln

Emitis Pohl hat die verletzendsten Kommentare von ihrer Facebook-Seite gelöscht. Aber sie sind nicht ganz verschwunden. Die Deutsch-Iranerin hat sie kopiert und aufbewahrt, um sich daran zu erinnern, wie schwierig es ist, über **Asylpolitik** und über kriminelle **Flüchtlinge** im Besonderen zu sprechen.

Sie kann einiges aushalten, allerdings gingen ihr bestimmte Kommentare zu weit: "Ich bin **Migrantin** und werde als AfD-Anhängerin und als Nazi bezeichnet, von **Migranten**, das ist doch ein Witz", sagt Pohl. Sie kam selbst als 13-jähriges **Flüchtlingskind** aus dem Iran allein nach Deutschland. Sie könne die **Geflüchteten** aus Syrien sehr gut verstehen: "Ich habe großes Mitgefühl mit ihnen, weil ich das selbst erlebt habe", betont sie.

Die 42-Jährige ist Geschäftsführerin einer Werbeagentur in Köln und geriet in eine persönliche Zerreißprobe, seitdem sie innerhalb kurzer Zeit in zwei großen deutschen Talkshows aufgetreten ist. Bei "Stern TV" sagte sie: "Straffällige Flüchtlinge müssen ausgewiesen und abgeschoben werden. Da geht kein Weg daran vorbei." Oder: "Die Grenzen besser kontrollieren und zur Not zumachen, keine Flüchtlinge mehr reinlassen." Dann trat sie Ende Januar bei "Hart aber fair" auf und erzählte von ihrer großen Angst seit den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof.

Sie wollte eine Pauschalisierung vermeiden und betonte. "Wenn Hunderte von deutschen Männern in dieser Silvesternacht Frauen angegriffen hätten, wären das für mich auch Kriminelle. Ich spreche nur von Kriminellen."

Die Deutsch-Iranerin ist selbstbewusst und vertritt energisch ihre Meinung. Sie ähnelt der griechischstämmigen Polizistin Tania Kambouri, die in einem Buch über ihren Alltag die Respektlosigkeit und Aggressivität von jungen muslimischen Männern beschreibt.

"Ich bin Migrantin und werde als Nazi bezeichnet" Die Kölner Unternehmerin Emitis Pohl floh mit 13 Jahren aus dem Iran . Nach den Übergriffen in der Silvesterna....

Pohl bekommt nach den Sendungen viel Lob auf ihrer Facebook-Seite. "Danke dass du das aussprichst, was andere sich nicht trauen würden zu sagen", schreibt ihr eine Frau. Doch zugleich gibt es viele - sogar gute Freunde - , die Pohl mit ihren Äußerungen verschreckt. Die Enttäuschten schreiben ihr bei Facebook, dass sie die "Hetze" nicht in Ordnung fänden, dass sie "ausländerfeindlich" sei, dass sie pauschal Flüchtlinge verunglimpfen würde. Besonders betroffen ist sie über die Kritik einer sehr guten Freundin, die ebenfalls Migrantin ist.

Pohl verteidigt sich und betont immer wieder, dass sie nur kriminelle Flüchtlinge meine. Und sie fragt, was ihre Kritiker mit den Straffälligen machen würden. "Man muss doch in so einem Land wie Deutschland seine Ängste und Sorgen äußern können, ohne attackiert und in die falsche Ecke gestellt zu werden!!!!", schreibt Pohl in den sozialen Medien.

Die Silvesternacht von Köln hat bei der zweifachen Mutter vieles verändert. Es war jene verhängnisvolle Nacht, in der Hunderte Frauen am Hauptbahnhof sexuell belästigt und bestohlen werden, von "nordafrikanisch aussehenden Männern", wie es später heißt. Die Polizei Köln zählt etwa 1100 Strafanzeigen.

In jener Nacht weiß Pohl noch nichts von diesen Exzessen, aber auch sie fühlt sich bedroht. Sie hat mit ihrer Familie in einem Restaurant am Alten Markt ins neue Jahr gefeiert. Ihr Vater ist aus Teheran gekommen, sie wollen den Jahreswechsel zum ersten Mal in der Innenstadt erleben. Sie überlegen noch, ob sie später zum Dom gehen, doch sie entscheiden sich dagegen. Nachts laufen sie noch etwa 150 Meter vom Restaurant entlang am Rheinufer zum Parkhaus, und da erlebt Pohl den schieren Horror.

Überall stehen Männer, "ausländisch aussehende Männer", die sie anzumachen versuchen und obszön die Zunge rausstrecken. "Ich war wirklich froh, dass mein Vater und mein Mann bei mir waren. Es war einfach ekelhaft", sagt Pohl heute. "So etwas habe ich noch nie in Köln erlebt. Meine Kinder haben geweint." Eine Freundin erzählt ihr später, dass zehn Männer sie umzingelt und begrabscht hätten.

In den Tagen danach wird das Ausmaß der Exzesse immer deutlicher - und Pohls Sorgen immer größer. "Die Sicherheit von früher habe ich seit Silvester nicht mehr", sagt die Unternehmerin. Sie sei oft allein unterwegs, auch abends, und höre von Freunden, dass sie aufpassen müsse. "Es macht mich wirklich traurig, dass ich in solch einem Land wie Deutschland Angst haben muss, verdammt noch mal. Ich lebe doch nicht in Afghanistan oder Iran. Ich lebe in einem so freien Land, da will ich mich als Frau um zwei Uhr nachts draußen noch sicher fühlen und frei bewegen können", sagt Pohl.

Sie hat sich und ihren beiden Töchtern Pfefferspray gekauft. Eigentlich will Pohl die Ältere von ihnen, die 14-Jährige, stärker zur Selbstständigkeit erziehen, doch sie fährt die Mädchen nun viel mit dem Auto herum und verlangt, dass sie sich regelmäßig per SMS melden und schreiben, dass es ihnen gut geht.

Das alles beschäftigt sie auch noch aus einem anderen Grund. Als sie aus dem Iran floh, nur ein Jahr jünger als ihre Tochter heute, herrschte Krieg in ihrer Heimat, und die Eltern schickten Tochter Emitis per Flugzeug nach Hamburg, wo ihre Großmutter als politisch Verfolgte lebte und ihr gesetzlicher Vormund wurde.

Das junge Mädchen kümmerte sich selbst um alles, bezog eine eigene Wohnung neben ihrer Oma. Sie wurde finanziell unterstützt von ihren Eltern. Sie lernte Deutsch bis tief in die Nacht. "Ich bin Deutschland dankbar für das, was ich bin. Ich durfte Abitur machen, studieren, Karriere machen. Das wäre mir im Iran niemals möglich gewesen. Ich habe mich integriert, ich habe die Werte verinnerlicht", sagt Pohl. Eine Ausnahme gesteht sie bei allem Ernst lächelnd ein: "Nur beim Karneval konnte ich mich nicht integrieren."

Sie fürchtet, dass durch die Exzesse in der Silvesternacht und die staatliche Überforderung mit den vielen Flüchtlingen die Fremdenfeindlichkeit insgesamt wächst. Pohl erzählt, dass sie kürzlich sogar von einem Polizisten beleidigt worden sei. Pohl ist Muslimin, keine strenggläubige, aber ihre Töchter verschweigen das lieber in der Schule, wenn es um Religion geht.

Pohl ist CDU-Mitglied und überlegt mittlerweile, ob sie die Partei verlassen soll, weil sie mit der Regierungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht mehr einverstanden ist.

"Ich bin Migrantin und werde als Nazi bezeichnet" Die Kölner Unternehmerin Emitis Pohl floh mit 13 Jahren aus dem Iran . Nach den Übergriffen in der Silvesterna....

Neulich erkannte jemand Emitis Pohl in Zürich, mitten auf der Straße, und gratulierte ihr für ihre Statements im Fernsehen. Sie hat durch die beiden TV-Auftritte eine gewisse Bekanntheit erlangt. Die Kölnerin hat weitere zahlreiche Anfragen von Redaktionen bekommen, doch Pohl hat abgelehnt. Sie steht aber weiterhin zu ihren Aussagen. Auf ihrer Facebook-Seite ist ein Porträt aus der "Stern TV"-Sendung zu finden mit der Aussage: "Wer sich nicht integrieren will, hat als Gast in Deutschland nichts zu suchen."

Pohl mag aber keine weiteren Aufwallungen, denn die Entgegnungen kosten viel Kraft und viel Zeit. Mit ihrer guten Freundin, die so enttäuscht ist, will sie sich bald aussprechen und ihr alles noch einmal erklären - aber nicht bei Facebook, sondern "face to face" bei einem Kaffee.

Wer sich nicht integrieren will, hat als Gast in Deutschland nichts zu suchen Emitis Pohl, Unternehmerin

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Joanna Vortmann

Im Shitstorm: Emitis Pohl stammt aus dem Iran und leitet eine Werbeagentur in Köln. Für ihre klaren Aussagen zu den Ereignissen in der Silvesternacht wird sie beleidigt

.

Load-Date: February 25, 2016

Bundesamt rechnet mit 300.000 Asylanträgen; Laut einer Studie der Europäischen Kommission lehnt eine Mehrheit der Deutschen Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern ab

Die Welt

Freitag 20. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 43

Length: 748 words

Body

Die Gesellschaft wird älter, Fachkräfte fehlen - Deutschland braucht Zuwanderer, da herrscht weitgehend Einigkeit. Doch Bürger wie Politiker haben bestimmte Vorstellungen, wen sie im Land haben wollen und wen nicht. Und die streiten über die Zahl der Asylbewerber, sie rasant steigt.

Allein im Jahr 2014 wurden in Deutschland 202.834 Asylanträge gestellt, rund 60 Prozent mehr als im Vorjahr. Und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht von einer weiteren Steigerung im laufenden Jahr auf mindestens 300.000 Asylbewerber aus - davon 250.000 Erst- und 50.000 Folgeanträge, wie die "Bild" berichtete. Als Erklärung für die Entwicklung nennt das Bundesamt in seiner Prognose unter anderem die Bürgerkriege in Syrien und im Irak sowie den Ukraine-Konflikt.

Parallel zum Anstieg der Asylbewerberzahlen sind in Deutschland im vergangenen Jahr so viele Menschen abgeschoben worden wie seit acht Jahren nicht mehr, insgesamt 10.884 Personen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Demnach ist die Zahl der Abschiebungen nach Jahren des Rückgangs 2014 das zweite Mal in Folge gestiegen. Höher war sie zuletzt 2006, als 13.894 Menschen abgeschoben wurden. 2013 war erstmals wieder die 10.000er-Marke knapp überschritten worden. 8557 Personen wurden auf dem Luftweg außer Landes gebracht, 2301 auf dem Land- und 26 auf dem Seeweg. Die meisten Flüchtlinge wurden aus Nordrhein-Westfalen (2929) abgeschoben, gefolgt von Baden-Württemberg (1080) und Bayern (1007). Bei den meisten Personen handelte es sich um Serben, Russen, Mazedonier, Kosovaren und Albaner.

Trotzdem leben in der Bundesrepublik mehr als 100.000 Geduldete - also Menschen, deren Asylantrag keinen Erfolg hatte, die aus verschiedenen Gründen aber nicht abgeschoben werden. Die Regierung will ihnen mehr Chancen auf ein sicheres Bleiberecht geben, wenn sie seit mehreren Jahren hier leben, ausreichende Deutschkenntnisse haben und ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst sichern können. Gleichzeitig sind aber auch zahlreiche Verschärfungen im Aufenthaltsrecht vorgesehen.

Bundesamt rechnet mit 300.000 Asylanträgen Laut einer Studie der Europäischen Kommission lehnt eine Mehrheit der Deutschen Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern ab

Fast zwei Drittel der Deutschen sind gegen Einwanderung aus Ländern außerhalb der EU. Zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung aus diesen Ländern fordern sogar 81 Prozent. Das geht aus der nationalen Auswertung des jüngsten Euro-Barometers im Auftrag der EU-Kommission hervor. Das Thema Immigration ist für die Deutschen das wichtigste Problem in Europa, noch vor der Schuldenkrise. Nach dieser Umfrage sehen 61 Prozent der Bundesbürger Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern negativ. Im Durchschnitt aller befragten Europäer sind es 57 Prozent. Der Einwanderung aus EU-Ländern stehen dagegen 50 Prozent positiv gegenüber. In der EU insgesamt sind es 52 Prozent.

Bund und Länder haben angekündigt, in nächster Zeit vor allem wegen der stark steigenden Zahl von Asylbewerbern aus dem Kosovo verstärkt abgelehnte Antragsteller abzuschieben. Da Personen aus dem Kosovo - viele kommen illegal - kaum eine Chance haben, anerkannt zu werden, sollen ihre Verfahren in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern künftig innerhalb von 14 Tagen abgeschlossen werden. Bisher dauerte dies mehrere Wochen oder gar Monate. Nach Einschätzung des CDU-Europaabgeordneten David McAllister wird die Beschleunigung den Flüchtlingsstrom zwar bremsen, das Problem aber nicht lösen. "Je schneller die Asylanträge in Deutschland bearbeitet werden und die betroffenen Menschen zurückgeführt werden, desto schneller spricht sich das auch rum", sagte der Ständige Berichterstatter des EU-Parlamentes für Serbien nach einem Besuch in der kosovarischen Hauptstadt Pristina. "Alle müssen wissen, dass sich ein Asylantrag einfach nicht lohnt."

Bei seinen Gesprächen hätte Premier Isa Mustafa Verständnis für beschleunigte Asylverfahren sowie verstärkte Grenzkontrollen geäußert. Anders als bei früheren Fluchtbewegungen aus dem Kosovo verlässt nach Angaben des Außenministers Hashim Thaci jetzt auch die Mittelschicht das Land. Thaci macht die hohe Arbeitslosigkeit für die Fluchtbewegung verantwortlich. McAllister betonte, dies sei kein Asylgrund.

Auch die Bundespolizei weist auf stark gestiegene illegale Einwanderung hin. Die für 650 Kilometer Grenze zuständige Bundespolizei in Rosenheim griff im vergangenen Jahr 9400 Flüchtlinge auf - mehr als doppelt so viele wie 2013. Laut Behörde kamen die meisten von ihnen kamen aus Syrien, Eritrea, Kosovo, Somalia und Afghanistan.

Graphic

dpa/Nicolas Armer

Ein Bundespolizist mit illegal eingereisten Flüchtlingen in einem Eurocity in Rosenheim

Nicolas Armer

Load-Date: February 20, 2015

Schweden vor dem Asyl-Bankrott; Das Land galt bisher als Vorbild internationaler Hilfsbereitschaft. Doch jetzt schließen sich langsam seine Grenzen. Befürworter sind ausgerechnet jene, die selbst vor Jahren als Flüchtlinge kamen

Die Welt

Donnerstag 10. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 288

Length: 1215 words

Byline: Eva Marie Kogel

Body

Södertälje

Es war in den letzten Wochen des Sommers, als der schwedische Ministerpräsident Stefan Löfven die große Idee seines Landes noch einmal eindringlich beschwor. "Mein Europa baut keine Mauern," verkündete der Sozialdemokrat. "Mein Europa nimmt Menschen auf, die vor Krieg fliehen." Keine drei Monate später kontrollieren nun Grenzbeamte wieder Pässe; es soll nur noch ins Land kommen, wer wirklich schutzbedürftig ist. Sogar die Öresundbrücke will die rot-grüne Regierung künftig sperren können, um **Flüchtlinge** an der Einreise zu hindern. Eine Kehrtwende in Bullerbü. Schweden galt lange als das Musterland internationaler Hilfsbereitschaft. Kein europäisches Land hat, gemessen an der Einwohnerzahl, mehr **Flüchtlinge** aufgenommen, kein Land hat sie mit so großzügigen **Asylgesetzen** bedacht. Eine "humanitäre Supermacht" wollten die Schweden sein. Und keiner war so stolz darauf wie sie selbst.

"Niemand hat je gesagt, dass das einfach ist", sagt Boel Godner. Sozialdemokratin, blond, verständnisvoll und sehr schwedisch. "Wir müssen jetzt ganz viel reden." Seit fünf Jahren ist sie Bürgermeisterin der Kleinstadt Södertälje, etwa eine Stunde Zugfahrt südlich von Stockholm: 90.000 Einwohner, zwei große Fabriken, viel Wald. Ein Drittel der Menschen, die hier leben, kamen als Flüchtlinge. Selbst für Schweden ist das viel. Während des Irakkriegs 2003 nahm Södertälje mehr Iraker auf als ganz Nordamerika zusammen. "Klein-Bagdad" nennen sie die Stadt deswegen in Schweden. "Das mit den Flüchtlingen ist ja keine neue Situation für uns", sagt Godner. "Wir machen das seit den 60er-Jahren." Jedem, der sie hier anruft, gibt sie denselben Ratschlag: "Keine Panik." Doch jetzt bricht das Königreich mit seiner liberalen Migrationspolitik und ein bisschen auch mit sich selbst. Für dieses Jahr rechnen die Behörden mit 190.000 Menschen, die im Land Schutz suchen. Die Regierung sieht das Land mit seinen knapp zehn Millionen Einwohnern am Rand des Möglichen. Sogar in der Migrantenstadt Södertälje.

Schweden vor dem Asyl-Bankrott Das Land galt bisher als Vorbild internationaler Hilfsbereitschaft. Doch jetzt schließen sich langsam seine Grenzen. Befürworter

Eine arabische Stadt, mitten in Schweden. Das hat mit dem besonders liberalen Einwanderungsrecht zu tun. Anders als Deutschland schränkt Schweden die Freizügigkeit der Flüchtlinge nicht ein. Wer hier Asyl beantragt, der muss nur eine Adresse angeben, etwa von Verwandten oder Freunden. Dort darf er dann hinziehen. Das heißt: Flüchtlinge gehen in Schweden da hin, wo schon welche sind. Und deshalb gibt es Södertälje. "Es ist außer Kontrolle geraten", sagt Afram Yakoub. Der hagere 35-Jährige steht neben einer assyrischen Kirche in Södertälje. Sechs Stück gibt es davon in der Stadt, Yakoub ist der Vorsitzende ihrer Föderation und er findet: "Es kommen zu viele." Seine Warnung kommt nicht gut an bei vielen Schweden. Er findet aber, er darf das sagen; er findet sogar, er muss - weil es ja sonst keiner tue. "Dazu sind die Schweden politisch viel zu korrekt." Er ist selbst als Flüchtling gekommen. Damals war er sechs Jahre alt, seine Eltern wurden in Syrien politisch verfolgt. Mithilfe von Schmugglern schaffte es die Familie - sechs Geschwister, Vater und Mutter - nach Schweden. Das Asylverfahren war kein Problem und auch das Leben danach nicht mehr: "Schweden hat mir erlaubt, Teil des Landes und der Kultur zu werden", sagt Yakoub, "Das ist doch fantastisch."

Stolz führt er durch die Räume des Assyrischen Verbandes in einem von außen schmucklosen weißen Bau direkt neben der großen Kirche. Im Erdgeschoss liegt der Hochzeitssaal, mehr als 500 Gäste finden hier Platz an weiß eingedeckten Tischen mit viel Gold. In den Ecken stehen glitzernde Plastikvasen, die Wände sind verspiegelt. Hier herrscht nicht Ikea, hier ist Orient. Die Menschen, die hier heiraten, wohnen meist in der Siedlung um die Kirche, im Stadtteil Ronne. Der ist berüchtigt. Fast ein Drittel der Bewohner ist arbeitslos, die Kriminalitätsrate hoch. Weil trotzdem immer mehr Menschen hierher ziehen, die in der Nähe ihrer Verwandten unterkommen wollen, ist der Wohnraum knapp. Zehnköpfige Familien, die in zwei Zimmern wohnen, sind keine Seltenheit. Die Schulen sind überfüllt, mit den Eingliederungskursen kommen sie kaum hinterher. Ein Getto, würde man sagen, wenn nicht so viele Birken und Tannen zwischen den Häusern stünden. "Ein Getto", sagt Yakoub, der sich Sorgen macht, wie es weiter gehen soll bei so vielen Neuankömmlingen. "Ich kenne Leute, die wohnen seit zehn Jahren hier und sprechen kein Wort Schwedisch", sagt Yakoub. "Wie sollen die jemals Teil der Gesellschaft werden?"

Die Geschichte der arabischen Stadt Södertälje beginnt mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der 60er- und 70er-Jahre. Damals kamen die Iraker zum Arbeiten, bauten sich etwas auf. Die Menschen konnten an ihrer Zukunft arbeiten. Doch jetzt, da überall im Land die Behörden nach Unterkünften für die Flüchtlinge suchen, ändert sich auch Södertälje. Zwar sollen hier noch keine Zelte gebaut werden. Undenkbar war das noch vor einigen Jahren. Nur über eines verbietet es sich noch zu sprechen: die Kosten. Doch genau wie in Deutschland kommt diese Großzügigkeit nicht überall gut an. Auch in Schweden haben schon Häuser gebrannt, die für Flüchtlinge bereitgestellt werden sollten. Die friedliche schwedische Konsensgesellschaft, die alles ausdiskutiert und es damit zum Weltmeister der Political Correctness gebracht hat, droht zu zerbrechen - ausgerechnet an seiner harmonieversessenen politischen Kultur. Yakoub kann daran richtig verzweifeln. "Wir haben hier in Schweden dieses Selbstbild: Wir sind immer nett und stehen für Menschenrechte ein. Das bringt uns jetzt in Schwierigkeiten. Das ist mit der Realität nicht mehr vereinbar."

"Ich würde nie sagen: Jetzt ist es genug", sagt Bürgermeisterin Godner. "Wir müssen nur dringend das Gesetz und die Verteilung ändern." Innerhalb Schwedens tragen die Kommunen unterschiedlich viele Lasten. Nicht nur die Flüchtlinge dürfen frei ihren Wohnort bestimmen, auch die Bezirke dürfen sich aussuchen, ob sie Menschen aufnehmen. Schwedens Großzügigkeit ist nicht die Großzügigkeit eines ganzen Landes. Schweden muss im Kleinen schaffen, was die EU im Großen versucht. Es gibt ganze Landstriche ohne Flüchtlinge. Und Städte wie Södertälje. Jetzt rächt es sich, dass deren Probleme lange nicht diskutiert wurden. Die rechte Partei Schwedendemokraten stürzte sich darauf. Sie konnte das Thema Flüchtlinge besetzen, weil es von den Volksparteien mit einem wohlmeinenden Schleier der Sprachlosigkeit belegt wurde. "Das war natürlich ein Riesenfehler", sagt Godner. "Die Politik hat das Feld den Rechten überlassen." Natürlich versuche man, das jetzt schnellstmöglich zu korrigieren. Aber wie das eben so sei, wenn man erst anfangen mit dem Reden. Da gingen die Meinungen noch sehr auseinander.

Das ist es, was Yakoub besonders ärgert. "Ich sage ja nicht: Ich will nicht mehr fremde Leute in Schweden haben. Ich bin ja kein Rassist. Die Schwedendemokraten sind Rassisten. Ich sage, es ist einfach nicht zu bewältigen." Es ist längst bekannt, dass Menschen, die einst als Flüchtlinge ins Land kamen, nun Schwedendemokraten ihre Stimme geben. Wie viele in den kommenden Jahren noch nach Schweden wollen, darüber wagt keiner eine

Schweden vor dem Asyl-Bankrott Das Land galt bisher als Vorbild internationaler Hilfsbereitschaft. Doch jetzt schließen sich langsam seine Grenzen. Befürworter

Prognose. Nur eines stehe fest, sagt Godner: "Da müssen jetzt alle mit anpacken. Dazu gibt es keine Alternative." Sie müssen jetzt nur noch drüber reden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Portrait Of Tatiana Lisovskaia As The Duquesa De Alba I, 2014, Öl, Fassadenfarbe und Kunstharz auf Leinwand, 335 x 244 cm

© Julian Schnabel/VG Bild-Kunst Bonn,2015

Load-Date: December 10, 2015

End of Document

Festgebissen im Detail; Regelungen zum Familiennachzug sorgen für Streit in der Koalition. Zwei Minister müssen klären, dabei ist das reale Problem überschaubar

Die Welt

Dienstag 9. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 33

Length: 870 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Die Koalition war sich einig, die **Flüchtlingskrise** "gemeinsam zu meistern". Ein paar Maßnahmen sollten "vorrangig" verwirklicht werden, heißt es gleich zu Beginn des Beschlusstextes der drei Parteivorsitzenden aus dem vergangenen November. Dazu gehörte auch die Einschränkung des Familiennachzugs für **Flüchtlinge**.

Drei Monate später ist festzustellen: "Gemeinsam" ging es beim **Asylpaket II** zwischen CDU, CSU und SPD selten voran - und "Meisterhaftes" sucht man vergeblich. Stattdessen haben die Parteien bewiesen: Wenn es um die Abgrenzung geht, beißt man sich am Detail fest. Zum zweiten Mal geraten die Koalitionäre beim Familiennachzug aneinander.

Zunächst ging es darum, ob der Nachzug für alle Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz für zwei Jahre ausgesetzt werden sollte, oder ob für Syrer Ausnahmen gemacht würden. Und zwar für jene, die nicht verfolgt werden, aber trotzdem ernsthaft gefährdet sind und deswegen lediglich den eingeschränkten subsidiären Schutz besitzen. Die Union war gegen Ausnahmen, die SPD sah zuvor getroffene informelle Absprachen als gebrochen und fühlte sich hintergegangen. Mitte November eskalierte der Streit, der mit Blick auf die Parteitage im Dezember nicht zu lösen war. Als Folge war das gesamte Asylpaket II blockiert.

Dabei ist der Familiennachzug offensichtlich nicht das entscheidende Problem. "In den absoluten Zahlen ist es kein besonders großes Problem für Deutschland", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Im Januar wurde über mehr als 49.000 Asylanträge entschieden, nur 194 Personen erhielten einen subsidiären Schutz. Dennoch dauerte es den ganzen Monat, bis sich die Koalition einigte - und im Grunde das beschlossen, was bereits im November abgemacht wurde. Das Kabinett stimmte dem Gesetzespaket zu. Der Frieden hielt. Für wenige Tage.

Festgebissen im Detail Regelungen zum Familiennachzug sorgen für Streit in der Koalition. Zwei Minister müssen klären, dabei ist das reale Problem überschaubar

In der SPD bemerkte man, dass von den Einschränkungen auch minderjährige Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz betroffen sind. Syrische Jugendliche dürften ihre Familie demnach nicht offiziell nachholen. Der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel sagte der ARD am Sonntag, das sei mit ihm nicht abgesprochen gewesen. Um allzu großen Wirbel zu vermeiden, hieß es kurz darauf aber aus der SPD, man werde das Paket nicht infrage stellen.

Am Montag schließlich nahm das SPD-geführte und in diesem Punkt zuständige Familienministerium von Manuela Schwesig die Schuld auf sich. Eine Veränderung im Gesetzentwurf sei dem Ministerium zwar aufgefallen, sagte eine Sprecherin. "Aber die Tragweite wurde anders eingeschätzt." Doch auch das von Gabriel geführte Wirtschaftsministerium und das Justizministerium hatte in der Ressortabstimmung des Gesetzentwurfs keine Einwände geltend gemacht.

Das Justizministerium setzte nach eigener Darstellung eine Generalklausel für Härtefälle durch, in denen die Einschränkung des Familiennachzuges nicht gelten würde. Justizminister Heiko Maas (SPD) und Innenminister de Maizière saßen am Montag zusammen, um einen Kompromiss zu finden.

Wieder war der verbale Tumult groß - obwohl es jetzt um eine noch einmal deutlich geringere Zahl von Flüchtlingen geht. Zum einen ist die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) trotz des Anstiegs auf derzeit insgesamt etwa 67.000 überschaubar - allein im Januar wurden mehr als 90.000 Asylmigranten in Deutschland registriert. Zum anderen hält sich der Familiennachzug dieser Gruppe in Grenzen. Wie das Bundesfamilienministerium der "Welt" mitteilte, erhielten 2015 nur 442 Eltern eine Aufenthaltserlaubnis, weil sie zu ihrem vorher nach Deutschland eingereisten Kind gezogen sind. Nun sind darin jene Eltern nicht enthalten, die schon hier sind, aber noch keine Aufenthaltserlaubnis haben. Auch nachziehende Geschwister können nicht genau vom Ausländerzentralregister erhoben werden. Doch "diese Zahl legt eher nahe, dass 'Familiennachzug' für unbegleitete Minderjährige eine untergeordnete Rolle spielt", so das Familienministerium.

Zum dritten erhalten die wenigsten UMA subsidiären Schutz. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mitteilte, stellte 2015 nur eine Minderheit der UMA - nämlich 14.439 - überhaupt einen Asylantrag. Laut Innenministerium wurde er 214 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zugestanden. Für 2015 gibt es noch keine abschließenden Zahlen.

Während sich beim Familiennachzug am Montag langsam wieder die Wogen glätteten, sorgte ein Vorstoß von CDU-Vize Thomas Strobl für neue Aufregung. Der Innenexperte forderte in der "Welt", Asylbewerbern das unbefristete Aufenthaltsrecht frühestens nach fünf Jahren und nur unter klaren Bedingungen zu ermöglichen. "Das Recht, unbefristet in Deutschland zu sein, sollte es nicht zum Nulltarif geben", hatte der Politiker gesagt. Die bestehende Regelung schaffe keine Integrationsanreize, sondern sei ein Integrationshindernis.

Die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann lehnte das Vorhaben strikt ab. "Die letzten Asylrechtsverschärfungen sind noch nicht einmal inkraftgetreten, da kommt die Union mit den nächsten Gemeinheiten um die Ecke", sagte sie der "Welt" uns sprach von "Wahlkampfgetöse" aus der Union. "Herr Strobl sollte lieber seinen CDU-Kollegen auf die Füße treten, dass sie endlich die Lage im BAMF in den Griff kriegen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 9, 2016

CDU verschärft Leitantrag vor dem Parteitag; Gerettete Flüchtlinge sollen direkt nach Afrika zurück

Die Welt

Dienstag 22. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 274

Length: 684 words

Byline: Robin Alexander

Body

Angela Merkel und Anne Will sind eigentlich ein eingespieltes Team. Schon in der **Flüchtlingskrise** hatte sich die Kanzlerin zweimal exklusiv von der Talk-Lady befragen lassen, am Sonntagabend nun begründete sie bei Will eine halbe Stunde lang ihre erneute Kandidatur.

Nur einmal stockte das routinierte Gespräch: Da fragte Will nach den "Modernisierungsverlierern", um die sich Merkel in der nächsten Amtszeit kümmern wolle. Das war tatsächlich ein zentraler Begriff im Entwurf des Leitantrages für den CDU-Parteitag in zwei Wochen gewesen. Doch - was Will nicht wusste - unmittelbar vor der Sendung hatte ihn der CDU-Vorstand nach einer überraschenden Debatte gestrichen. Der spontanen Nachfrage, durch was der Begriff Modernisierungsverlierer ersetzt werde, wich Merkel aus. Sie konnte nicht anders: Denn noch während die TV-Aufzeichnung lief, stritten die CDU-Parteifreunde über den Ersatz.

Erst später am Abend entschied das Gremium, wie es stattdessen formulieren will. Nun heißt es: Die CDU wolle "verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen". Wer kein Politikprofi ist, mag das für Wortklauberei halten. Tatsächlich ist es eine deutliche Akzentverschiebung. Denn während beim "Modernisierungsverlierer" durchaus mitschwingt, die Entwicklung sei quasi naturwüchsig, ist das verloren gegangene Vertrauen deutlich selbstkritischer: Und so war es auch gemeint. Die CDU-Führung geht damit ein gutes Stück auf die Kritiker der Flüchtlingspolitik zu.

Die "Schließung der Balkanroute", gegen die sich Merkel noch im Frühjahr gewehrt hatte, wird jetzt als "Erfolg" verbucht. Verschärft wurde eine Passage zum Umgang mit Flüchtlingen im Mittelmeer. Sie sollen nach ihrer Rettung nicht mehr nach Italien gebracht werden und ein Asylverfahren durchlaufen. Stattdessen will die CDU "Auffangmöglichkeiten vor Ort" schaffen: "Das kann bedeuten, Menschen, die aus den Booten der Schlepper vor dem Ertrinken gerettet werden, zurück an die nordafrikanische Küste zu bringen." Damit bewegt sich die CDU auf die "australische Lösung" zu, die in Europa vom österreichischen Außenminister Sebastian Kurz vorgeschlagen, von Merkel aber bisher abgelehnt wurde.

CDU verschärft Leitantrag vor dem Parteitag Gerettete Flüchtlinge sollen direkt nach Afrika zurück

Auch die Einführung von "Transitzonen" an den Grenzen, in denen Asylbewerber auf den Ausgang ihres Antrages warten müssen, wird jetzt im Leitantrag gefordert. Und es heißt: "Migration durch die Hintertür über den Missbrauch des Asylrechts wollen wir unterbinden. Deshalb muss gelten, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber grundsätzlich in ihre Heimat- bzw. Transitländer zurückgeführt werden."

Schon als die Mitglieder des Bundesvorstandes am Sonntag zur Sitzung erschienen, fanden sie einen Packen von Änderungsanträgen vor. Vor allem Politiker aus Nordrhein-Westfalen, wo im Mai die wichtigste Landtagswahl vor der Bundestagswahl ansteht, wollten den Leitantrag verändern. Der Staatssekretär im Finanzministerium, Jens Spahn, setzte ein Bekenntnis durch, alle rechtlichen Möglichkeiten zum Verbot der islamischen Vollverschleierung auszuschöpfen. Der Vorsitzende der Jungen Union (JU), Paul Ziemiak, und der NRW-Landeschef Armin Laschet drängten darauf, den Begriff der "Leitkultur" in das Papier aufzunehmen und setzten sich auch damit durch.

"Unser Leitantrag stellt in aller Deutlichkeit fest, welche Werte über das Grundgesetz hinaus das Miteinander in unserem Land prägen. Mir war wichtig, dass wir dies auch ausdrücklich Leitkultur nennen. Dieses einigende Band stiftet Zusammenhalt - und den brauchen wir gerade in diesen unruhigen Zeiten", sagte der stellvertretende Parteivorsitzende Laschet der "Welt". "Erfolgreiche Politik geht nur mit klarer Sprache."

Die fand das CDU-Führungsgremium auch beim Rententhema. So entfiel der Satz: "Ein Mindestrentenniveau wollen wir über 2030 hinaus sicherstellen" sowie das intern umstrittene Ziel, noch in dieser Wahlperiode die Ost/West-Rentenangleichung umsetzen. CDU-Vize Julia Klöckner sagte zur Frage der Lebensarbeitszeit: "Wir werden länger arbeiten, bis 67, das ist beschlossen, und das muss umgesetzt werden." Es mache wenig Sinn, jetzt schon über die Zeit nach 2030 zu spekulieren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 22, 2016

Asyl ist nicht für alle da; Das Asylrecht, das als Recht auf Zuflucht aus einer unentrinnbaren Notlage entstand, ist zum Asylbewerberrecht mutiert

Die Welt

Montag 31. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 202

Length: 1720 words

Byline: Kay Hailbronner

Body

Das Aufenthaltsgesetz 2004 formuliert als Ziele die Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern "unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland". Zugleich soll das Gesetz der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland dienen. Gestaltung setzt die Unterscheidung zwischen Schutzberechtigten, insbesondere aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen Verfolgten, die auf die Hilfe Deutschlands angewiesen sind, und sonstigen Drittstaatsangehörigen voraus. Wer die gesetzlichen Bedingungen für ein **Asylrecht** nicht erfüllt, sollte daher möglichst rasch entweder freiwillig zurückkehren oder notfalls abgeschoben werden.

Das **Asylrecht**, welches das Bundesverfassungsgericht einmal als Recht auf Zuflucht aus einer unentrinnbaren Notlage bezeichnet hat, ist mittlerweile zum **Asylbewerberrecht** mutiert. Gefühlte Gerechtigkeit hat die normative Gerechtigkeit weitgehend ersetzt. Nicht die Anerkennung einer Schutzberechtigung, sondern die faktische Anwesenheit auf dem Bundesgebiet entscheidet in den meisten Fällen über den Verbleib in Deutschland und über die Einwanderung. Dabei geht es um die Fähigkeit, sich durch das komplizierte Geflecht von **Asylbewerberstatus**, Folgeasylantrag, Duldung und humanitären Bleiberechten, notfalls nach wiederholter Erschöpfung des Rechtswegs mit Hilfe von Härtefallkommission und Kirchenasyl, durchzuschlagen.

Die geringe Zahl der Abschiebungen (Ende 2014 gerade einmal ca. 10.800 bei ca. 154.200 ausreisepflichtigen, abgelehnten **Asylsuchenden**) wirft nur ein Schlaglicht auf die Situation. Aufschlussreicher ist die lange Verweildauer von eigentlich Ausreisepflichtigen, die letztlich aus durchaus nachvollziehbaren allgemeinen Erwägungen (Kinder, Beginn einer Ausbildung, familiäre, wirtschaftliche Bande usw.) nicht mehr abgeschoben werden können.

Befördert wird die Tendenz des Unterlaufens des Einreise- und Aufenthaltsrechts durch immer neue Maßnahmen, die eine zügige Rückführung erschweren, eine Überstrapazierung der Akzeptanz und den Unwillen, das Recht auch durchzusetzen. So sinnvoll Integration, rascher Zugang zum Arbeitsmarkt und finanzielle Hilfe bei einer

Asyl ist nicht für alle da Das Asylrecht, das als Recht auf Zuflucht aus einer unentrinnbaren Notlage entstand, ist zum Asylbewerberrecht mutiert

Bleibeperspektive auch sind, so kontraproduktiv ist der vom Flüchtling und den Schlepperorganisationen schon einkalkulierte Spurwechsel. Damit wird eine vorausschauende Gestaltung von Einwanderungspolitik erschwert.

Der Schlüssel liegt in der Reduzierung des Einreise- und Bleiberechts auf die Prüfung eines Antrags auf humanitären Schutz. Zudem muss es kurze Verfahren geben, klare und transparente Regeln über den Erwerb eines Rechtsanspruchs auf ein Bleiberecht in Deutschland. Und die Anreize, sich eines Asylrechts als Hintertür für eine ansonsten nicht erreichbare Einwanderung zu bedienen, müssen reduziert werden. Die immens hohen Kosten, die für die Flucht nach Europa entstehen, werden - ohne Rücksicht auf rechtliche Kategorien von internationalem Schutz - nur wegen der hohen Wahrscheinlichkeit eines Bleiberechts im gewünschten EU-Mitgliedstaat erbracht.

Das deutsche und europäische Asylrecht ist ohnedies für die Schutzsuchenden unverständlich. Was ein Flüchtling versteht, ist, dass das Verfahren kompliziert und langwierig ist. Und dass seine Chancen steigen, wenn er die ihm von den Fluchthelfern vorgegebenen Verhaltensleitlinien befolgt und eventuell seine Dokumente vernichtet, eine falsche Identität angibt und nach einem negativen Ausgang des Asylverfahrens seine Mitwirkung an der Beschaffung von Reisedokumenten verweigert.

Die Genfer Flüchtlingskonvention kennt keinen individuellen Anspruch auf Asylgewährung, sondern beschränkt sich auf ein Verbot, niemanden in Länder zurückzuweisen, auszuweisen oder abzuschieben, in denen ihm Verfolgung aus den in der Konvention genannten Gründen droht. An der territorialen Begrenzung des Asylrechts hat sich auch durch die Erweiterung des Schutzspruchs auf potenzielle Opfer von Folter, unmenschlicher Behandlung und willkürlicher Gewalt in bewaffneten Konflikten (sog. subsidiärer Schutz) im EU-Recht nichts geändert. Die Nichtzurückweisung ins Verfolgerland, nicht die Postulierung eines Rechtsanspruchs auf freie Einreise für jedermann, der vorgeblich oder tatsächlich schutzbedürftig ist, macht den Kern des Asylrechts aus. Schutzrecht besitzen auch nur in elementaren Rechten verfolgte Personen, nicht diejenigen, die sich auf der Suche nach einer Lebenschance nach Europa begeben.

Auch das großzügigere Asylrecht des Grundgesetzes sieht unter dem Eindruck von über 400.000 Asylbewerbern im Jahr 1992 seit der Reform von 1993 den Ausschluss von Personen vor, die aus sicheren Drittstaaten eingereist sind und ermöglicht eine beschleunigte Abschiebung. Wer mehr Humanität will, sollte sich daran erinnern, dass es nicht Sache der Zivilgesellschaft ist, sondern der demokratisch legitimierten und ihren Wählern verantwortlichen Organe, politische Entscheidungen darüber zu treffen, ob und wie viel und unter welchen Voraussetzungen darüber hinaus als schutzbedürftig angesehene Personen vorübergehend oder dauernd aus humanitären Gründen in Deutschland aufgenommen werden sollen.

Warum ist es zu dieser bisher unübertroffenen Eskalation unkontrollierter und wohl auch unkontrollierbarer Wanderungsbewegungen von Flüchtlingen gekommen, deren Herkunftsländer, wie etwa die Westbalkanstaaten, keine Anzeichen für eine allgemeine Verfolgungslage aufweisen?

Das Asylrecht wird immer komplexer und seine Anwendung zeitaufwendiger. Dazu hat das EU-Recht kräftig beigetragen, das nicht an zu wenig, sondern an zu viel Regelungsintensität, fehlender Klarheit und notwendiger Transparenz leidet. Es ist die Stunde der Gerichte, die mit immer neuen Auslegungsfragen von in sich nicht hinreichend koordinierten Richtlinien und Verordnungen konfrontiert werden. Auf das Asylverfahren folgt nicht selten das Asylfolgeverfahren, Verfahren zur Aussetzung des Vollzugs und die Erteilung einer Duldung oder humanitärer Aufenthaltstitel. Ist der Rechtsweg erschöpft, folgen Härtekommissionen, Petitionen und das Kirchenasyl, wenn nicht schon aus einem anderen Grund wie z.B. fehlende Reisedokumente, Krankheit oder Unauffindbarkeit die Abschiebung ausscheidet.

Zahllose Regelungen und Verwaltungsanweisungen begünstigen das Aussitzen und die Nichtbefolgung von Ausreisepflichten. Es ist nicht recht verständlich, warum die massenhafte Vernichtung von Reisedokumenten und die Identitätsverschleierung nicht stärker sanktioniert werden. Gewiss gibt es Fälle von Flucht, bei denen nachvollziehbare Gründe für den Nichtbesitz gültiger Dokumente vorliegen. Allerdings gehören die Einziehung des Reisepasses durch den Schlepper oder die absichtliche Vernichtung von Identitätspapieren nicht dazu.

Asyl ist nicht für alle da Das Asylrecht, das als Recht auf Zuflucht aus einer unentrinnbaren Notlage entstand, ist zum Asylbewerberrecht mutiert

Es gibt starke Anhaltspunkte dafür, dass die Gewährung finanzieller Leistungen in Deutschland im Unterschied zu anderen EU-Mitgliedstaaten ein maßgeblicher Anreiz für die Wahl Deutschlands als Zielort ist. Das Bundesverfassungsgericht hat aus der Zuordnung von Geldleistungen zur Menschenwürde eine prinzipielle Gleichbehandlung mit Hartz-IV-Empfängern abgeleitet und damit für eine bestimmte Kategorie illegal Einreisender Anreize gesetzt. Eine Kürzung des Taschengelds und die Rückkehr zum Prinzip der Hilfe durch Sachleistungen erscheint bei kurzfristigem Aufenthalt trotz der problematischen rechtlichen Prämissen des Bundesverfassungsgerichts nicht ausgeschlossen, da auch Karlsruhe trotz seiner Praxisblindheit nicht ganz die Augen davor verschließen kann, wie sich seine Entscheidungen auswirken.

Das Dublin-System ausschließlicher Zuständigkeit mutet zunächst wie eine Fehlkonstruktion an, weist es doch die primäre Zuständigkeit zur Durchführung des Verfahrens einigen Frontstaaten zu. Diese Betrachtung greift freilich viel zu kurz. Sie verkennet, dass ursprünglich ein zeitlich und funktional beschränkter Aufenthalt zur Prüfung des Asylbegehrens gedacht war. Es sollte die irreguläre Weiterreise innerhalb der EU verhindert werden.

Dublin ist an der Unwilligkeit einiger europäischer Mitgliedstaaten, einer übertriebenen Verrechtlichung und der Unfähigkeit der Akteure gescheitert. Dennoch bleibt das Dubliner System ein unverzichtbarer Baustein eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Allerdings sollte zu seiner Ergänzung an ein vor Ort durchzuführendes rein europäisches Asylverfahren von ein bis zwei Monaten gedacht werden, das den Rekurs auf andere Mitgliedstaaten ausschließt und ein Verteilungssystem im Anschluss an eine Gewährung internationalen Schutzes einbezieht.

Doch die Verringerung der Dauer des Asylverfahrens ist nur ein Teilaspekt des Problems. Die Einbeziehung weiterer Staaten mit minimalen Anerkennungsquoten wie Kosovo, Albanien und Montenegro in die Kategorie der sicheren Herkunftsstaaten, die in den meisten anderen europäischen Staaten schon länger erfolgt, ist ein überfälliger Baustein auf dem Wege zu schnelleren Verfahren. Man braucht dazu keine gemeinsame Liste der EU abzuwarten Das gesamte Verfahren, insbesondere der Vollzug von Ausreisepflichten, müssen auf den Prüfstand. Ohne rasche Abschiebungen kann das bestehende Asylsystem nicht fortbestehen.

Dazu bedarf es aber auch eines Umdenkens, was verantwortliche Flüchtlingspolitik zu leisten vermag. Die längerfristigen Konsequenzen einer anhaltenden ungesteuerten Zuwanderung sind kaum absehbar. Das Unterkunftsproblem beschäftigt zwar die Kommunen, ist aber lösbar. Den diese Probleme sind gering gegenüber den längerfristigen Integrationsproblemen. Die Vermischung in der politischen und rechtlichen Debatte zwischen Migrations- und Asylpolitik und die sich daraus ergebenden Anwendungsdefizite des Asylrechts verstärken die Anreize für Menschen, sich des Asylverfahrens als Hintertür zu einer ansonsten nicht erreichbaren Einwanderung zu bedienen.

Der Autor (72) ist emeritierter Professor der Universität Konstanz und Mitglied des Direktoriums des dortigen Forschungszentrums für internationales und europäisches Ausländer- und Asylrecht. Als anerkannter Spezialist ist er Mitglied diverser nationaler und internationaler Organisationen und Kommissionen, die sich mit Migrationsfragen befassen. Er war u.a. Mitglied der Zuwanderungskommission, die den Entwurf für das neue Zuwanderungsgesetz ausarbeitete

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

uni-konstanz.de

Load-Date: August 31, 2015

Asyl ist nicht für alle da Das Asylrecht, das als Recht auf Zuflucht aus einer unentrinnbaren Notlage entstand, ist zum Asylbewerberrecht mutiert

End of Document

"Bürgerwehr" jagt Flüchtlinge auf Balkanroute; Sie nennen es "gesunde Spaziergänge". In Ungarn und Bulgarien verfolgen Zivilisten systematisch Flüchtlinge und übergeben sie der Polizei. Zum Schutz der eigenen Frauen, sagen sie

Die Welt

Freitag 3. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 128

Length: 1049 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest/Sofia

Hristo Atanasov hat zwei Leben. In dem einen arbeitet er als Koch in der bulgarischen Hafenstadt Burgas. Atanasov hat in den USA gelebt und mehr als fünf Jahre in England, um ein wenig Geld zu verdienen. Doch das Heimweh trieb ihn zurück nach Bulgarien. Dort führt er jetzt auch sein zweites Leben - als "Patriot", wie er sich selbst nennt. Er hat eine "Organisation zum Schutz bulgarischer Bürger" gegründet. Die Mitglieder pflanzen Bäume, organisieren Fackelzüge zum Nationalfeiertag - und sie jagen **Migranten**.

An Wochenenden tauscht Atanasov die Kochschürze gegen Militärkleidung und geht mit Gleichgesinnten im nahe gelegenen Strandscha-Gebirge "spazieren". Weil es dort schön sei, ein Naturschutzgebiet, sagt Atanasov. Vor allem aber, weil dort **Migranten** illegal über die Grenze kommen. Als erstes erspähen sie immer die Schlepper. "Sie laufen 200, 300 Meter voran, um zu sehen, ob die Luft rein ist", erzählt er. Die **Migranten** bekämen Angst, wenn sie ihn und seine Männer sähen. "Sie denken, wir sind die Polizei." Das sind sie zwar nicht, aber Atanasov und seine etwa 30 Mitstreiter halten die **Flüchtlinge** fest und übergeben sie den bulgarischen Sicherheitskräften - mehr als 50 **Migranten** haben sie bisher schon gefasst.

Derartige "Bürgerwehren" finden sich nicht nur an der bulgarischen, sondern auch an der ungarischen Grenze - abseits der staatlichen Strukturen. "Um Europa und Bulgarien vor dieser Migranteninvasion zu schützen", sagt Atanasov. Seit einiger Zeit wird über die selbst ernannten Grenzschrützer berichtet, die sich als Retter ihrer Staaten feiern. Immer wieder sollen sie Migranten auch verprügelt oder ausgeraubt haben.

Davon will Atanasov nichts wissen. "Wir sind ganz anders", sagt er. "Wir sind ein registrierter Verein und koordinieren unsere Aktivitäten mit der Polizei." Doch selbst der Umgang der Sicherheitsbehörden mit den Menschen, die in Bulgarien illegal die Grenzen übertreten, soll nicht immer den Gesetzen folgen. Flüchtlinge

"Bürgerwehr" jagt Flüchtlinge auf Balkanroute Sie nennen es "gesunde Spaziergänge". In Ungarn und Bulgarien verfolgen Zivilisten systematisch Flüchtlinge und üb....

berichten von Misshandlungen durch die bulgarische Polizei. Davon, dass sie geprügelt, ausgeraubt und in die Türkei zurückgejagt wurden - bis sie es bei wiederholten Versuchen dann doch schafften, die Grenze zu überqueren.

Atanasov plädiert für ein hartes Durchgreifen - so wie auch in Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orbán. "Die machen es richtig", sagt er. "Und sie helfen Bulgarien, seine Grenze zu schützen." Er ist überzeugt, dass ungarische Polizisten, "wie die bulgarischen erst einmal zuschlagen, wenn Idioten sich auf der Straße prügeln". Anders als im saft- und kraftlosen Westen.

In Westungarn, in der Stadt Győr, leitet Miklós eine Bürgerwehr. Seinen richtigen Namen will er lieber nicht sagen. Er steht in der Nähe des örtlichen McDonald's-Restaurants. Dort verhandelt ein stämmiger Iraker mit einer Gruppe Migranten. "Ein Schlepper", sagt Miklós. Die Gruppe zerstreut sich, als sie Miklós - in Begleitung einiger durchtrainierter Freunde - erblicken. "Sie kennen uns gut", sagt er.

Als 2009 die "Ungarische Garde" gegründet wurde, die heute verbotene Miliz der rechten Jobbik-Partei, war er als einer der ersten dabei. "Gründungsmitglied", sagt er stolz. Bis heute fühlt er sich seinem Garde-Schwur verpflichtet, und das gilt auch für die meisten anderen einer Truppe von rund 40 "besorgten Bürgern", die in wechselnder Besetzung abends durch die Stadt ziehen und Ausschau halten nach Migranten.

Dort sind meist Menschen aus dem benachbarten Flüchtlingslager in Vámoszabadi unterwegs. "Wir sprechen sie an, fragen, was sie hier machen", sagt Miklós. "Wir versuchen ihnen zu erklären, dass hier andere Regeln gelten, als in ihren Heimatländern. Etwa, wie man mit Frauen umgeht." Am Ende " Eskortieren wir sie zu der Haltestelle, wo der Bus zurück zum Flüchtlingslager anhält."

Auch zwei Frauen gehören zu Miklós' Gruppe. Melissa Mészáros arbeitet in einem Kaffeehaus und erzählt, wie sie dort hinter dem Tresen von einem Palästinenser begripscht worden sei. Inzwischen hat das Lokal zwei Sicherheitsleute angestellt, aber auch die "Gardisten" schauen regelmäßig rein. Seither, sagt sie, gibt es weniger Probleme. "Gesunde Spaziergänge" nennen die Mitglieder der Bürgerwehr ihre Rundgänge. Einer von ihnen ist Soldat, ein anderer ist ranghoher Funktionär der örtlichen Jobbik-Partei. Er ist der eigentliche Organisator und will nicht genannt werden. Auch seine Funktion darf nicht erwähnt werden, denn "das hat mit der Partei nichts zu tun, ich mache das nicht als Politiker". Sondern als "Gardist". Solche Gruppen gebe es auch in anderen Städten. "Die Garde lebt noch." Man organisiert sich über Facebook. Andere, extremere Gruppen wie die berüchtigte "Betyársereg" hätten ihnen gesagt, dass sie gern helfen würden.

"Klar, der örtliche Polizeichef kennt uns, sieht aber weg", meint Miklós. Geprügelt habe man sich mit den Migranten noch nie. "Spannungen, ja, die gibt es öfter, wenn wir mit ihnen sprechen." In diesen "Gesprächen" gehe es um nachdrückliche Mahnungen, sich zu benehmen. "Ich schlitze dich auf wie ein Schwein, wenn du noch mal den Mädchen nachpfeifst, habe ich ihnen gesagt", erzählt Péter, der seinen richtigen Namen nicht nennen will. Andere berichten, dass Ladenbesitzer sie zur Hilfe riefen, wenn es Probleme mit Migranten gebe.

Aus ihrer "nationalen" Gesinnung machen die Gardisten keinen Hehl, sie sind stolz darauf, dass sie "die Heimat verteidigen" gegen eine "Invasion" von Muslimen. Sie mögen Musik der "national gesinnten" Rockgruppe "Gesunde Kopfhaut". Für die Zeitung posieren einige vor einem Denkmal für die Wiedervereinigung des nach dem Ersten Weltkrieg aufgeteilten Vaterlandes. "Wir glauben an Ungarns Auferstehung", steht auf dem Monument.

Es scheint so, als bestünden die Strukturen der verbotenen "Ungarischen Garde" informell fort, nicht nur in Győr. Jobbik-Chef Gábor Vona hat in einem früheren Gespräch mit der "Welt" betont, er wolle die Garde wiederbeleben, wenn Jobbik eines Tages regieren sollte. Als Organisation für "Katastrophenschutz". Zu den Gardisten-Patrouillen in Győr sagt er jetzt: "Wir wissen von nichts dergleichen." Sollte es Aktivitäten dieser Art von Jobbik-Politikern geben, könne er das nur unterstützen, wenn es sich um "gesetzkreuzendes" Vorgehen handle - in Absprache mit den Sicherheitsbehörden, um Zivilisten zu helfen.

"Bürgerwehr" jagt Flüchtlinge auf Balkanroute Sie nennen es "gesunde Spaziergänge". In Ungarn und Bulgarien verfolgen Zivilisten systematisch Flüchtlinge und üb....

Graphic

Hristo Atanasov (2)

So zeigen sich die selbst ernannten "Grenzschützer" um Hristo Atanasov auf ihrer Internet-Seite

Hristo Atanasov (2)

So zeigen sich die selbst ernannten "Grenzschützer" um Hristo Atanasov auf ihrer Internet-Seite

Hristo Atanasov

Hristo Atanasov

Load-Date: June 3, 2016

End of Document

CSU will Türkei zu sicherem Herkunftsstaat erklären; Befreiung von Visa-Pflicht ist eine der zentralen Forderungen der Türkei. Christsoziale fürchten Massen von kurdischen Asylsuchenden

Die Welt

Mittwoch 9. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 58

Length: 779 words

Byline: Thomas Vitzthum

Manuel Bewarder

Body

Vor dem Hintergrund der Verhandlungen der EU mit der Türkei fordert die CSU, Visaerleichterungen für Türken an bestimmte Voraussetzungen zu knüpfen. "Die Visabefreiung lädt zu Missbrauch ein", sagte der CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl der "Welt". "Voraussetzung für eine Befreiung muss deshalb die Einordnung der Türkei als sicheres Herkunftsland sein." Uhl befürchtet, dass wegen des Kurdenkonflikts nach den Syrern und Irakern bald türkische Kurden die nächste **Flüchtlingswelle** in Gang setzen könnten.

Die Türkei hat ihre EU-Verhandlungspartner in Brüssel am Montag mit neuen Angeboten überrascht. So will sie alle **Flüchtlinge** aus Griechenland zurücknehmen, wenn die EU für jeden zurückgenommenen **Flüchtling** eine Person legal nach Europa holt. Grundsätzlich bindet sie ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit aber an weitere Forderungen. Dazu gehört die vollständige Visabefreiung und die EU-Mitgliedschaft des Landes. Dies ist ein Versprechen, das Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan schon in seiner Zeit als Regierungschef gegeben hatte und das nun von seinem Nachfolger Ahmet Davutoglu offensiv vorgetragen wird. Darüber hinaus will die Türkei eine Aussicht auf eine Vollmitgliedschaft in der EU erhalten. Beides ist umstritten, gerade bei der CSU.

Generalsekretär Andreas Scheuer sagte, mit der Kanzlerin über diesen Punkt "intensiv" reden zu wollen. "Die Bundeskanzlerin kennt die Haltung der CSU. Nein zu EU-Beitritt der Türkei und zu vollständiger Visafreiheit - Ja zu privilegierter Partnerschaft und zu Visaerleichterungen vor allem für die Wirtschaft." Es sei schief, wenn die Türkei ein immer stärkeres Entgegenkommen der EU fordere, sich aber gleichzeitig in Sachen Presse- und Meinungsfreiheit immer weiter von der EU entferne. Auch der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), erklärte einer Vollmitgliedschaft eine klare Absage. "Es darf keinerlei Zugeständnisse hinsichtlich einer etwaigen Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU geben." Unionsfraktionschef Volker Kauder wertet den EU-Türkei-Gipfel als wichtigen Zwischenschritt hin zu einer Lösung in der Flüchtlingskrise. Der CDU-Politiker warnte im

CSU will Türkei zu sicherem Herkunftsstaat erklären Befreiung von Visa-Pflicht ist eine der zentralen Forderungen der Türkei. Christsoziale fürchten Massen von

ARD-"Morgenmagazin" allerdings davor, der Türkei in den EU-Verhandlungen zu viele Zugeständnisse zu machen. "Jetzt werden auch bei der Türkei nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen", sagte er am Dienstag. Kauder betonte, bei den Verhandlungen mit Ankara dürften die Themen Menschenrechte und Religionsfreiheit nicht an letzter Stelle stehen.

Die EU und die Türkei hatten bei dem Gipfel in der Nacht zum Dienstag in zwölfstündigen Verhandlungen über die Bewältigung der Flüchtlingskrise zwar Fortschritte erzielt. Das Maßnahmenpaket soll aber erst beim nächsten EU-Gipfel Mitte März geschnürt werden. Bei der Bewältigung der Krise gilt die Türkei als Schlüsselland. Von dort setzen die meisten Flüchtlinge in den EU-Staat Griechenland über. Laut Pro Asyl wurden im vergangenen Jahr von 1767 Asylanträgen aus der Türkei 14,7 Prozent positiv durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beschieden. Die Betroffenen müssten damit rechnen, bei Antragstellung bis zum Abschluss ihrer Verfahren in den speziellen Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben, die das Asylpaket II vorgesehen hat. Zwar durchlaufen sie weiterhin normale Asylverfahren, im Falle einer Ablehnung haben sie jedoch weniger Recht als Menschen, die aus Staaten kommen, die nicht als sicher eingestuft wurden. So können sie bei einer Ablehnung schon nach einer Woche abgeschoben werden. Dies verkürzt die Zeit, in der Rechtsmittel eingelegt werden können erheblich. Andere Antragsteller haben dafür drei Wochen Zeit. "Die Einordnung als sicherer Herkunftsstaat hätte mit Sicherheit abschreckende Wirkung", hieß es von Seiten eines Vertreters von Pro Asyl. In den vergangenen Monaten ist die Zahl der kurdischen Asylbewerber bereits deutlich gestiegen. Das geht aus den Zahlen des Bundesinnenministeriums hervor. In der Asylstatistik wurden im vergangenen Juli noch lediglich 705 Bewerber mit zunächst unbekanntem Herkunftsland registriert. Im November waren es bereits 1618 und im Dezember 3349. Die Zahl hat sich seitdem auf dem hohen Niveau eingependelt und lag im Februar bei 3397. Die Personengruppe stellt damit nach Syrern, Irakern und Afghanen die viertgrößte Gruppe dar.

Nach Angaben des Innenministeriums bilden Kurden den Großteil dieser Asylbewerber. Sofern sie keine Pässe haben, müsse festgestellt werden, ob sie aus Syrien, dem Irak, der Türkei oder dem Iran stammten - oftmals also aus Gebieten, in denen der Krieg immer heftiger tobt. Im Laufe eines Asylverfahrens versucht das BAMF die tatsächliche Staatsangehörigkeit zu ermitteln.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AP/Mahmut Bozarslan

Rettungskräfte nach einem Anschlag kurdischer Rebellen. In manchen Regionen in der Südost-Türkei herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände

Mahmut Bozarslan

Load-Date: March 9, 2016

"Wir brauchen strengere Regeln"; Der Soziologe Ruud Koopmanns über die besonderen Schwierigkeiten bei der Integration von Muslimen

Die Welt

Freitag 8. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 158

Length: 1441 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Muslimen fällt die Integration in Deutschland schwerer als anderen Zuwanderergruppen, sagt der niederländische Soziologe Ruud Koopmanns. Denn gute Sprachkenntnisse, umfassende Kontakte zur deutschen Mehrheitsgesellschaft und eine echte Assimilation seien die Voraussetzung für den Erfolg am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem. Mit Blick auf die **Flüchtlinge** fordert der in Berlin forschende **Migrationsexperte** strengere Regeln. Der deutschen Wirtschaft wirft er vor, auf eine immer stärkere Zuwanderung zu drängen, die Probleme aber auf den Sozialstaat abzuwälzen.

Die Welt:

Herr Professor Koopmanns, wie sieht gelungene Integration aus?

Ruud Koopmanns:

Integration bedeutet, dass sich die Lebensverhältnisse von Zuwanderern an die der Mehrheitsgesellschaft angleichen. Das heißt, dass die Arbeitslosenquoten von Migranten nicht höher sind, ihre Kinder die gleichen Bildungsabschlüsse haben und die Einkommen - entsprechend ihrer Qualifikation - nicht niedriger sind als die der Gesamtbevölkerung. Dieser Teil ist in der Wissenschaft unstrittig. Für mich umfasst gelungene Integration auch soziale Aspekte: Leben die Migranten in Parallelwelten oder werden sie ein Teil der aufnehmenden Gesellschaft?

Woran machen Sie das fest?

Nicht integriert in diesem Sinne sind Zuwanderer, die weitgehend unter sich bleiben, die keine Freundschaften zur deutschen Bevölkerung knüpfen, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, vorwiegend Zeitungen und Fernsehsendungen in ihrer Heimatsprache nutzen. Eine wichtige Rolle spielt auch die Frage, ob es ethnisch gemischte Ehen in der Familie gibt. Integration bedeutet nicht, dass Migranten in jeder Beziehung deutsch werden: Lederhosen müssen sie nicht anziehen. Doch das Grundgesetz ist von allen zu akzeptieren und das hiesige Verständnis von Religion, die nicht über dem Recht steht.

"Wir brauchen strengere Regeln" Der Soziologe Ruud Koopmanns über die besonderen Schwierigkeiten bei der Integration von Muslimen

Wie sieht es mit Frauenrechten aus?

Die Gleichberechtigung der Frauen steht im Grundgesetz. Allerdings folgt daraus zum Beispiel nicht, dass man Zuwanderern vorschreiben kann, dass die Frauen erwerbstätig sein müssen - obwohl dies nachweislich die Integration erleichtert. Doch es gibt schließlich auch deutschstämmige Frauen, die nicht berufstätig sind. Aber Deutschland sollte Mehrfachehen von Muslimen strikt ablehnen. Das Gleiche gilt für Ehen mit Minderjährigen. In solchen Fällen sollte auch der Familiennachzug nicht mehr erlaubt werden.

Der Familiennachzug spielt in der Flüchtlingsdebatte eine große Rolle. Erleichtert ein rascher Nachzug von Angehörigen die Integration, vor allem wenn es sich um allein reisende Männer handelt?

Nein, im Gegenteil. Die Erfahrung mit den Gastarbeitern lehrt, dass sich erst dann soziale Segregation entwickelt hat, als die Familien nachzogen. Die ersten Gastarbeiter, die vor 50 Jahren nach Deutschland kamen, lebten hier eher modern und fanden Anschluss an die hiesige Bevölkerung. Als dann die Familien nachzogen und sich damit Gemeinschaften bildeten, wurden aus den modernen Männern plötzlich konservative Familienväter.

Bei den Flüchtlingen gibt es humanitäre Gründe, die für den Familiennachzug sprechen.

Das stimmt, aber angesichts der enormen Kapazitätsprobleme in den Ämtern, den Schulen, auf dem Wohnungsmarkt und auf dem Arbeitsmarkt wäre es ratsam, beim Familiennachzug zu bremsen. Außerdem sollte man über Anreizsysteme nachdenken. Sinnvoll wäre es, bei Flüchtlingen - ebenso wie Deutschland das bei anderen Drittstaaten macht - den Familiennachzug von Ehepartnern an Bedingungen zu knüpfen: an Deutschkenntnisse des Partners, an das Vorhandensein eines Mindesteinkommens und ausreichenden Wohnraum. Wenn der Partner in einem sicheren Flüchtlingslager in der Türkei oder in Jordanien ist, wäre es ja auch möglich, dass sich die Familie dort wieder zusammenfindet. Ein Flüchtling kann dorthin zurückkehren und dort die Ehe führen. Ein uneingeschränktes Recht auf Familiennachzug sollte es nur geben, wenn ein Flüchtling nachweisen kann, dass seine Angehörigen akut bedroht sind, etwa weil sie in einem Kriegsgebiet leben.

Sind Flüchtlinge schwieriger zu integrieren als andere Zuwanderer?

Ja, denn bei den Flüchtlingen handelt es sich um unselektierte Zuwanderer. Es kommen deshalb auch viele Menschen mit geringer Bildung. Zudem stammt der Großteil aus muslimischen Ländern, und meine Studien zeigen, dass sich Muslime mit der Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft oft schwerer tun als andere Migrantengruppen. Und die soziokulturelle Integration ist eine wichtige Voraussetzung, um sich auch gut in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wie gut sind die Türken integriert?

Die Integration der Türken ist im Vergleich zu anderen Gruppen nicht besonders gut gelungen. Zwar gibt es Fortschritte bei den Bildungsabschlüssen und am Arbeitsmarkt. Aber es geht bei den türkischen Migranten langsamer als bei vielen anderen Gruppen. Das liegt daran, dass die Türken eine viel stärkere Orientierung auf ihr Herkunftsland haben und viel häufiger in der eigenen Gruppe bleiben, als dies bei anderen Migranten der Fall ist. Es sind vor allem diese soziokulturellen Gründe, die eine Integration erschweren. Und dies wiederum verschlechtert die Chancen der Türken auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem. Die Integration der Türken wird zudem durch die Religion erschwert. Denn religiöse Trennlinien sind in einer Gesellschaft besonders schwer zu überwinden. Muslimischen Frauen ist es beispielsweise gar nicht erlaubt, einen Christen zu heiraten.

Fürchten Sie nicht, damit Rechtspopulisten Argumente für eine islamkritische Haltung zu geben?

In Deutschland tut man sich schwer, die Probleme bei der Integration zu benennen, weil man Auftrieb für die Rechtspopulisten fürchtet. Doch man muss Schwierigkeiten benennen, um Lösungen finden zu können. In den Niederlanden gab es in der Zeit der Jahrtausendwende eine ähnliche Situation wie in Deutschland. Damals regierte ebenfalls eine große Koalition, die auf das wachsende Unbehagen der Bevölkerung in Bezug auf die Migration nicht eingehen wollte. Das führte zum Erstarken der Rechten. In Deutschland passiert jetzt genau das Gleiche. Die

"Wir brauchen strengere Regeln" Der Soziologe Ruud Koopmanns über die besonderen Schwierigkeiten bei der Integration von Muslimen

Deutschen müssen sich fragen, ob sie den Durchbruch der Rechtspopulisten noch verhindern wollen. Doch dafür müssten die etablierten Parteien viel stärker auf die Stimmung in der Bevölkerung eingehen. Die Migrationspolitik wird darüber entscheiden, ob sich auch in Deutschland auf nationaler Ebene dauerhaft eine rechte Partei etablieren kann.

Warum hat sich die Einstellung der Deutschen zur Migration verändert?

An der Einstellung der Bevölkerung zur Migration hat sich seit den Neunzigerjahren wenig verändert. Was sich verändert hat, ist die Politik. Die Parteien sind heute viel offener gegenüber der Zuwanderung, als dies früher der Fall war. Dadurch haben sich die etablierten Parteien von der Bevölkerung entfernt.

Aber Deutschland braucht Zuwanderung, weil sonst der Fachkräftemangel immer größer wird.

Das stimmt, der demografische Wandel stellt Deutschland vor Probleme. Es fehlen jetzt schon in einigen Regionen und Branchen Arbeitskräfte. Deutschland braucht deshalb auf Dauer Zuwanderung. Aber nicht jede Art von Zuwanderung nutzt dem Land. Manche Art von Zuwanderung verschärft sogar die Probleme des Sozialstaats. Nur wenn ein Migrant in den Arbeitsmarkt integriert wird, profitiert die Gesellschaft davon. In der hiesigen Debatte werden - gerade auch von Wirtschaftsvertretern - oft nur die Vorteile der Zuwanderung genannt und die Probleme unterschlagen. Die Arbeitgeber machen starken Druck, möglichst viele Menschen ins Land zu lassen. Und wenn es Probleme mit der Integration gibt, wird das auf den Sozialstaat abgewälzt.

Das neue Integrationsgesetz legt den Flüchtlingen Pflichten wie Deutschkurse auf. Ein kluger Ansatz?

Es ist richtig, dass nur diejenigen dauerhaft hierbleiben dürfen, die sich erfolgreich integrieren. Man muss Bedingungen stellen. Deutschland ist hier keineswegs zu streng. Im Gegenteil: Man könnte die Regeln sogar noch etwas strenger fassen.

Inwiefern strenger?

In dem Gesetz ist nur die Pflicht zur Teilnahme an Integrationskursen vorgesehen. Besser wäre es, einen erfolgreichen Abschluss zu fordern. Entscheidend aber ist, dass am Ende, wenn die Integration trotz Integrationskursen, Nachschulungen und allen anderen Leistungen nicht gelungen ist, auch Rückführungen erfolgen. Selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass die Situation im Herkunftsland wieder sicher ist. Die Rückkehr kann mithilfe von finanziellen Rückkehrhilfen und -anreizen freiwillig erfolgen, aber wenn das nicht ausreicht, muss auch die politische Bereitschaft da sein, Abschiebungen durchzusetzen. An diesem politischen Willen hat es in der Vergangenheit oft gemangelt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 8, 2016

Vergiftetes Klima

Die Welt

Dienstag 2. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 179

Length: 410 words

Byline: Dorothea Siems

Body

In der Politik kann man bei der Partnerwahl mitunter nicht zimperlich sein. Freiwillig hätte kaum ein Regierungschef der EU mit Erdogan einen Flüchtlingsdeal ausgehandelt. Doch vor allem Bundeskanzlerin Merkel drang im Frühjahr auf eine Vereinbarung mit der Türkei, um den Strom illegal einreisender Migranten Richtung Deutschland zu stoppen. Weil die EU intern nicht mit der Flüchtlingskrise fertig wurde und unfähig war, die Außengrenzen wirksam zu schützen, schien ein Abkommen mit Ankara ein pragmatischer Ausweg zu sein. Mittlerweile mussten die Europäer lernen, dass der Deal selbst ein Problem mit Sprengkraft ist. Denn Ankara nutzt das Instrument, um zu drohen und zu erpressen. Das Klima zwischen der Türkei und der EU ist vergiftet wie seit Langem nicht.

Die Drohung des türkischen Außenministers Cavusoglu, die Vereinbarungen aufzukündigen, wenn die verlangte Visumfreiheit für die Türkei nicht bis Oktober eingeführt ist, stellt eine neue Provokation dar. Denn die vereinbarten Bedingungen, die für eine solche Liberalisierung gelten, kennt man in Ankara. Angesichts der stetigen Demontage demokratischer Grundrechte in den vergangenen Wochen ist eine Visumerleichterung in weite Ferne gerückt. War Erdogan schon vor dem missglückten Putschversuch vor zwei Wochen nicht gewillt, die Anti-Terror-Gesetze in seinem Land wie von der EU gefordert zu lockern, so stehen die Chancen, dass er das jetzt tut, bei null. Brüssel kann an dieser Stelle nicht nachgeben. Das Ultimatum macht einmal mehr deutlich, dass derzeit in der Türkei andere Werte gelten als in Europa.

Brüssel und Berlin reagieren indes zu Recht gelassen auf die neuen Drohungen. Der Flüchtlingsstrom ist heute viel kleiner als noch vor Monaten. Doch diese Entwicklung ist nicht der Türkeivereinbarung zu verdanken. Vielmehr hält die Schließung der Balkanroute durch Länder wie Mazedonien, Ungarn und Österreich Flüchtlinge davon ab, über die Türkei in die EU einzuwandern. Seit die Weiterreise nach Deutschland und in andere begehrte Ziele kaum mehr möglich ist, zieht Griechenland viel weniger Flüchtlinge an. Denn in dem krisengebeutelten Land geht es Asylbewerbern nicht besser als in der Türkei.

Die EU zahlt wie vereinbart eine Menge Geld, um die Türkei bei der Versorgung von Flüchtlingen zu unterstützen. Ankara hat somit viel zu verlieren. Einen Bruch mit Europa wird Erdogan allen Drohgebärden zum Trotz nicht riskieren - auch wenn die Visumfreiheit nie kommt.

Vergiftetes Klima

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 2, 2016

End of Document

Angela Merkel soll es allen recht machen; Vor Türkeiibesuch wird über Flüchtlingspakt gestritten

Die Welt

Dienstag 17. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 113

Length: 689 words

Body

Im Streit um den EU-Türkei-**Flüchtlingspakt** wächst der Druck auf Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die dabei zugesagte Visumfreiheit für Türken nicht zum Nulltarif zuzugestehen. Die SPD pocht darauf, dass Merkel von der Türkei die Einhaltung aller Bedingungen des Abkommens verlangt.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) wies Vorwürfe zurück, die Bundesregierung nehme zu viel Rücksicht auf die türkische Regierung. Das Interesse der Türkei an dem Abkommen und der damit verbundenen Visumfreiheit dürfe nicht unterschätzt werden, sagte Steinmeier dem "Tagesspiegel". Ankara wisse, "was zu tun ist." Der Ball liege im türkischen Spielfeld. "Ankara muss uns sagen, wie es gedenkt, die offenen Fragen zu beantworten."

Doch die SPD erwartet nach den Worten ihres Vizechefs Thorsten Schäfer-Gümbel zugleich, "dass Angela Merkel die Bedingungen des Deals durchsetzt und nicht vor Erdogan kuscht". Es sei die Verantwortung der Kanzlerin, dass der Türkei-Deal funktioniert, sagte er der "Welt am Sonntag". Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel monierte im "Spiegel", Erdogan wolle "Visaerleichterungen, ohne dafür die Voraussetzungen zu liefern". Das könne und dürfe Europa nicht akzeptieren. Merkel reist am 22. Mai nach Istanbul. Beim ersten UN-Nothilfegipfel will sie einen Tag später eine Rede halten. Ob Merkel Präsident Recep Tayyip Erdogan trifft, stand am Wochenende noch nicht fest.

Der Flüchtlingspakt sieht vor, dass die Türkei nach Griechenland übergesetzte Migranten zurücknimmt. Für jeden zurückgeschickten Syrer darf ein anderer Syrer aus der Türkei legal in die EU einreisen. Teil des Abkommens ist auch die Visumfreiheit für Türken in der EU. Die ist an eine Entschärfung der türkischen Antiterrorgesetze geknüpft. Die EU will, dass diese Gesetze nicht mehr dazu missbraucht werden, missliebige Journalisten oder politische Gegner zu verfolgen. Ankara lehnt eine Änderung der Gesetze ab. Stattdessen soll über eine vorübergehende Verfassungsänderung der Mehrheit der Abgeordneten der prokurdischen HDP die Immunität zu entzogen werden. Dann könnte auch gegen sie wegen Terrorismus ermittelt werden. Erdogan droht, den Flüchtlingspakt platzen zu lassen, wenn die Visumfreiheit nicht kommt.

CSU-Chef Horst Seehofer sieht das Abkommen als eine Ursache für das Erstarken der AfD an. Er sei nicht gegen Gespräche mit der Türkei. "Aber ich halte es für gefährlich, sich so von Ankara abhängig zu machen." Seehofer

Angela Merkel soll es allen recht machen Vor Türkeibesuch wird über Flüchtlingspakt gestritten

folgt im Interview der "Welt am Sonntag" nicht der Behauptung aus der CDU, die sinkenden Zahlen bei den Flüchtlingen seien dem Verhandlungsgeschick der Kanzlerin geschuldet. "Es kommen weniger Asylbewerber, weil die Balkanroute von Mazedonien und Österreich dichtgemacht wurde", betonte der bayerische Ministerpräsident. Die Zahl sei also bereits gesunken, bevor der Türkei-Gipfel stattgefunden habe. "Die Arbeit haben andere gemacht."

Seehofer forderte die Schwesterpartei auf, "Wahrheit herzustellen" und wieder so zu reden, "dass uns die Menschen verstehen". Falsche Analysen seien "die Vorboten der nächsten Wahlschläppen. Auf die Frage, ob der Konformitätsdruck in der Union unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel gestiegen sei, meinte Horst Seehofer vielsagend: "Kann sein."

Beobachter in Griechenland gehen davon aus, dass in der Türkei weiter viele Flüchtlinge nur darauf warten, nach Griechenland überzusetzen. Zurzeit verhindere dies die türkische Polizei, was sich aber jederzeit durch eine Anweisung Erdogans ändern könne. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl forderte in der "Frankfurter Rundschau", das Rücknahmeabkommen für Flüchtlinge auszusetzen. Die Betroffenen erhielten in der Türkei keinen Schutz, sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt zur Begründung.

Auf der griechischen Insel Lesbos demonstrierten Flüchtlinge am Montag für das Recht auf Weiterreise zum Festland. Einige bewarfen die Polizei mit Steinen. Die Beamten setzten Blendgranaten ein. Auf Lesbos harren mehr als 4000 Flüchtlinge aus. Die meisten haben Asylanträge gestellt, um nicht in die Türkei zurückgeschickt zu werden. Solange ihre Asylanträge bearbeitet werden, dürfen sie die Insel nicht verlassen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 17, 2016

Brandbrief von Beamten: Asylverfahren rechtswidrig; BAMF-Personalrat kritisiert mangelnde Identitätsüberprüfung: Durch Ankreuzen könne sich jeder Flüchtling zum Syrer machen

Die Welt

Freitag 13. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 265

Length: 427 words

Byline: Stefan Aust

Claus Christian Malzahn

Manuel Bewarder

S. Von Borstel

Body

Der Gesamtpersonalrat des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) hält die Rechtsstaatlichkeit bei der aktuellen Bearbeitung von **Asylanträgen** von Syrern und Eritreern für nicht gegeben. In einem Brandbrief an den Behördenleiter Frank-Jürgen Weise, der der "Welt" vorliegt, sprechen die Personalvertreter von "systematischen Mängeln" bei den bisher umgesetzten Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung und zur Erhöhung der Anzahl der Entscheidungen. Diese seien "mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht vereinbar", heißt es in dem Brief.

Nach der Erfahrung der Bearbeiter sei davon auszugehen, dass es einen "hohen Anteil von Asylsuchenden gibt, die eine falsche Identität angeben, um eine Bleibeperspektive mit der Möglichkeit des Familiennachzugs etc. zu erhalten". Die Personalvertreter widersprechen der offiziellen Darstellung der Nürnberger Behörde, wonach die BAMF-Mitarbeiter die Angaben zur Identität akribisch prüfen würden. "Tatsächlich verzichtet das Bundesamt auf eine Identitätsüberprüfung." Syrer sei derzeit, wer sich "schriftlich im Rahmen einer Selbstauskunft als Syrer bezeichnet (im Fragebogen an der richtigen Stelle ein Kästchen ankreuzt) und der Dolmetscher (in der Regel weder vereidigt noch aus Syrien kommend) dies bestätigt".

Der Personalrat forderte, zur gründlichen Kontrolle der Identität zurückzukehren. "Selbst wenn ein Asylsuchender aus Syrien ein Personaldokument vorlegt, ist eine Echtheitsprüfung zwingend geboten", heißt es im Brief. Hintergrund sind Meldungen über eine hohe Zahl von gefälschten syrischen Pässen. Der Wegfall der Prüfung

Brandbrief von Beamten: Asylverfahren rechtswidrig BAMF-Personalrat kritisiert mangelnde
Identitätsüberprüfung: Durch Ankreuzen könne sich jeder Flüchtling zum

"erleichtert zudem auch das Einsickern von Kämpfern der Terrormiliz IS nach Mitteleuropa und stellt ein erhöhtes Gefährdungspotenzial dar".

Auf Widerstand trifft auch die stark verkürzte Einarbeitungszeit für neue BAMF-Entscheider, die nach Kenntnisstand der Personalvertreter nach einer drei- bis achttägigen Einarbeitungsphase bereits eingesetzt würden und "massenhaft Bescheide" ausstellten. Mit Blick auf die für die Qualität einer Entscheidung notwendige Vorbildung der Mitarbeiter ist im Brandbrief von einer "Schnellschuss-Qualifizierung" die Rede. Die Gewerkschaft der Beamten und Tarifbeschäftigten der obersten Bundesbehörden VBOB forderte die Regierung auf, für geordnete Bedingungen zu sorgen. VBOB-Chef Hartwig Schmitt-Königsberg sagte der "Welt": "Für die Beschäftigten des BAMF ist es eine Katastrophe, wenn ständig Änderungen kommen und die Verfahren umgestellt werden. Da muss jetzt Ruhe einkehren."

Leitartikel Seite 3, Seiten 4 und 23

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 13, 2015

End of Document

**Deutschland Kompakt; Flüchtlinge: Behörden prüfen Reisen in
"Verfolgerländer" ++ Koalition: SPD: Merkel soll für Arbeitsfähigkeit sorgen
++ Urteil: Haftstrafe für Brand im Flüchtlingsheim**

Die Welt

Dienstag 13. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 215

Length: 400 words

Body

Flüchtlinge

Behörden prüfen Reisen in "Verfolgerländer"

Die deutschen Behörden prüfen derzeit einen Informationsaustausch zu Reisen von anerkannten **Flüchtlingen** in ihre Heimatländer. Bisher würden solche Reisen beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) in Nürnberg nicht statistisch erfasst, sagte eine Sprecherin. Vielmehr informierten die Ausländerbehörden oder die Bundespolizei in Einzelfällen das BAMF. Die "Welt am Sonntag" hatte berichtet, dass anerkannte **Asylberechtigte** besuchsweise in ihr Herkunftsland zurückkehren. Solche Reisen können nach einer Einzelfallprüfung zur Aberkennung des Schutzstatus führen. Eine Rückkehr in das Verfolgerland sei "durchaus nachvollziehbar, etwa bei schwerer Erkrankung eines nahen Verwandten, sagte die Sprecherin. "Handelt es sich jedoch um Reisen zu Urlaubszwecken, kann dies ein Indiz dafür sein, dass bei dem **Flüchtling** keine Furcht vor Verfolgung vorliegt."

Koalition

SPD: Merkel soll für Arbeitsfähigkeit sorgen

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angesichts der strittigen Fragen in der großen Koalition in die Pflicht genommen. "Es ist gut, dass wir eine Einigung darauf erzielt haben, wichtige Themen zügig anzugehen", sagte Barley in Berlin. Nun sei die Aufgabe Merkels, für die Regierungsfähigkeit der Union zu sorgen. "Wir erleben leider gerade einen Machtkampf zwischen CDU und CSU, wie es ihn in dieser Härte wohl noch nie gegeben hat." Am Sonntag hatten sich die drei Parteichefs der großen Koalition auf die Lösung strittiger Sachthemen wie Entgeltgleichheit von Männern und Frauen sowie der Angleichung der Renten in Ost und West geeinigt, den Flüchtlingsstreit aber ausgeklammert.

Urteil

Deutschland Kompakt Flüchtlinge: Behörden prüfen Reisen in "Verfolgerländer" ++ Koalition: SPD: Merkel soll für Arbeitsfähigkeit sorgen ++ Urteil: Haftstrafe fü...

Haftstrafe für Brand im Flüchtlingsheim

Mit Haftstrafen wegen schwerer Brandstiftung ist der Prozess um einen Anschlag auf ein von syrischen Flüchtlingen bewohntes Haus im nordrhein-westfälischen Altena zu Ende gegangen. Eine Verurteilung der beiden Angeklagten wegen versuchten Mordes lehnte das Hagener Schwurgericht ab. Die Richter hielten sechs Jahre Haft für den angeklagten Feuerwehrmann und fünf Jahre Haft für dessen Freund für angemessen und ausreichend. Sie stellten fest, dass es sich um eine "fremdenfeindliche Attacke" gehandelt hat. Man dürfe aber daraus nicht den zwingenden Schluss ziehen, dass die Angeklagten mit dem Tod der Hausbewohner einverstanden gewesen wären.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 13, 2016

End of Document

Was der IS hier will

Die Welt

Montag 31. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 255

Length: 372 words

Byline: Florian Flade

Body

Die Terrororganisation IS hat sich zu einem Mord an einem 16-jährigen Jungen in Hamburg bekannt. Noch ist unklar, ob sie wirklich hinter der Bluttat steckt - unwahrscheinlich aber ist es nicht. Deutschland muss sich wohl oder übel an derartige dschihadistische Gewalttaten gewöhnen, selbst wenn der IS demnächst Mossul und auch Rakka verlieren wird. Die größte Herausforderung ist dabei nicht, dass Polizei, Verfassungsschutz oder BND den nächsten Anschlag verhindern, sondern dass die Gesellschaft sich nicht auf das gefährliche Spiel der Dschihadisten einlässt. Dem IS geht es nicht darum, Deutschland zu erobern, die schwarze Flagge über dem Bundestag zu hissen und die Scharia einzuführen. Er hat die Bruchstellen westlicher Gesellschaften sehr genau analysiert. Er kennt Pegida und AfD, beobachtet die wachsende Islamophobie und rechte Gewalt, die Debatten über Flüchtlinge, Migration und Ausländerkriminalität. Genau auf diese gesellschaftlichen Brüche, Gräben und Belastungen zielt er ab.

Die Terroristen wollen die Polarisierung und Spaltung weiter vorantreiben, wollen Muslime und Nichtmuslime gegeneinander aufhetzen, Hass entfachen und politische Überreaktionen auslösen. Islam und Terrorismus sollen als Einheit gesehen werden. Muslime sollen diskriminiert werden und sich schließlich dem IS zuwenden. Es geht um den Zusammenbruch der liberalen, pluralistischen Gesellschaft. Darum, dass die Bürger aus Angst ihre Werte verraten und den Rechtsstaat aufweichen. Es wird schlimmer und noch grausamer werden, darauf sollte man gefasst sein. Paris, Brüssel, Hannover, Magnanville, Nizza, Würzburg, Ansbach, St.-Étienne-du-Rouvray. Die Liste wird noch länger werden - und die Ziele immer weicher und beliebiger.

Im nächsten Jahr wird in Deutschland gewählt, das weiß der IS. Es ist sicherlich kein Zufall, dass Dschihadisten als Flüchtlinge getarnt eingeschleust wurden, dass die Attentäter von Würzburg und Ansbach radikalisierte Asylbewerber waren und dass ein Syrer in Sachsen an einer Bombe bastelte. Angela Merkel betont, der IS-Terrorismus sei kein Phänomen, "das durch die Flüchtlinge zu uns gekommen ist". Der IS wird bis zur Bundestagswahl alles daran setzen, das genaue Gegenteil zu beweisen.

Original Gesamtseiten-PDF

Was der IS hier will

Load-Date: October 31, 2016

End of Document

Wenn der Wohlstand lockt; Auch in anderen EU-Staaten anerkannte Flüchtlinge reisen nach Deutschland weiter. Dabei bekommen sie hierzulande weder Sozialleistungen noch Arbeit

Die Welt

Mittwoch 2. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 257

Length: 913 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Noch immer nimmt Deutschland mehr Schutzsuchende auf als alle anderen Länder in der Europäischen Union (EU). Seit einem halben Jahr kommen laut Bundesinnenministerium etwa 14.000 pro Monat neu in der Bundesrepublik an. Und weil viele der 2015 Eingereisten erst jetzt an der Reihe sind, werden fünfmal so viele **Asylanträge** pro Monat gestellt.

Auch unter jenen, die schon in einem anderen EU-Staat als **Flüchtling** anerkannt wurden, entschließen sich einige zur Weiterreise nach Deutschland. Zuletzt sorgte die Meldung aus Lettland für Aufsehen, dass sich nun auch der letzte der 23 **Flüchtlinge**, die über das EU-Umverteilungsprogramm dorthin gekommen waren, auf den Weg gemacht hat. Der 29-jährige Eritreer beendete seine Anstellung als Übersetzer und setzte sich Mitte Oktober mit seiner schwangeren Frau ab. Nach Informationen des Deutschlandfunks lebt er jetzt in Hessen. Dem Sender sagte der Mann, der mit elf Monaten so lange in Lettland gelebt hatte wie kein anderer umverteilter **Flüchtling**: In dem baltischen Staat verdiene er zu wenig. Außerdem mache ihm die mangelnde Empathie der Einheimischen zu schaffen.

Erlaubt ist sein Weiterwandern freilich nicht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen zwar 90 Tage pro Halbjahr in andere EU-Länder reisen, sich aber dort nicht niederlassen. Das geht erst, wenn sie länger als fünf Jahre in ihrem Aufnahmeland gelebt haben. Wenn jemand schon vorher nach Deutschland umzieht, muss er sich ohne staatliche Hilfe durchschlagen - durch Schwarzarbeit oder Unterstützung von Landsleuten.

Einige versuchen aber trotzdem, in Deutschland Asyl zu beantragen, allerdings ohne große Aussicht auf Erfolg. "Der Antrag eines Asylbewerbers, der bereits in einem anderen europäischen Mitgliedstaat Flüchtlingsschutz erhalten hat, wird als unzulässig beschieden", teilte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) der "Welt" mit. "Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September 2016 wurde diese Entscheidung bei 1779 Personen getroffen."

Wenn der Wohlstand lockt Auch in anderen EU-Staaten anerkannte Flüchtlinge reisen nach Deutschland weiter. Dabei bekommen sie hierzulande weder Sozialleistungen....

Das bedeutet aber noch nicht zwingend, dass die Personen auch zurückgeschickt werden. Das zeigt der komplizierte Fall von 17 Irakern im Kreis Görlitz (Sachsen). Sie entgingen einer Abschiebung, indem sie vor vier Wochen ins Kirchenasyl der evangelischen Brüdergemeinde in Herrnhut umzogen. Die Iraker gehören zu einer 25-köpfigen Großfamilie, die Tschechien im Februar aus dem Nordirak eingeflogen hatte. Weil sie mit der Unterbringung und ihrer Behandlung unzufrieden waren, reisten sie wenige Wochen später nach Sachsen und beantragten Asyl. Das BAMF lehnte die Anträge als unzulässig ab und ordnete die Rückführung nach Tschechien an. Dagegen klagten mehrere Familienmitglieder, doch bestätigte das Verwaltungsgericht Dresden in letzter Instanz Ende Juni die Abschiebung.

Jetzt spielen die Iraker offenbar auf Zeit. Denn nach den Regeln des europäischen Asylsystems muss die Rückführung innerhalb eines halben Jahres - bei Untergetauchten innerhalb von 18 Monaten - vollzogen werden, nachdem der andere Staat einer Überstellung zugestimmt hat. Nach Angaben der sächsischen Landesdirektion läuft die Frist der Iraker am 23. Dezember ab. Danach könnten sie in Deutschland Asyl beantragen.

Damit könnten sie Erfolg haben, denn Tschechiens Innenminister Milan Chovanec hatte - nachdem die Gruppe in einem Reisebus auf dem Weg nach Essen aufgegriffen worden war - gesagt, die Iraker hätten den guten Willen des Staates missbraucht und sollten "unter Anwendung aller möglichen Rechtsmittel" in ihr Heimatland zurückgebracht werden. Die Brüdergemeinde bestätigte auf Anfrage der "Welt", dass die Iraker noch im Kirchenasyl seien.

Das sächsische Innenministerium teilte der "Welt" mit: "Auf die Menschen, die sich in die Obhut der Kirche begeben, hat der Staat faktisch keinen Zugriff." Deswegen spreche sich Innenminister Markus Ulbig (CDU) dafür aus, "das Schlupfloch Kirchenasyl bei einer Überarbeitung der europäischen Dublin-Verordnung zu schließen".

Die Umstände für den Verbleib von Flüchtlingen, die in anderen europäischen Staaten anerkannt wurden, sind in Deutschland sehr unterschiedlich. So hatte etwa auch der Attentäter von Ansbach schon in Bulgarien humanitären Schutz erhalten, war aber Mitte 2014 in die Bundesrepublik gereist. Er sollte eigentlich ebenfalls abgeschoben werden - in seinem Fall gelang dies nicht, weil ein Verwaltungsgericht den Abschiebungsbescheid außer Kraft setzte und ihm damit eine Duldung erteilt wurde. Um die vielfältigen Mängel des europäischen Asylsystems zu beheben, strebt die EU zum einen die Reform des Dublin-Systems an. Damit würde eine allzu ungleiche Erstverteilung von Schutzsuchenden bekämpft - der aktuelle Verordnungsentwurf sieht deswegen keine Überstellungsfristen mehr vor. Zum anderen präsentierte die EU-Kommission Anfang Juli Vorschläge zur Angleichung der Asylverfahren und -leistungen, um die Weiterwanderung in die attraktivsten Staaten einzuschränken.

Auch sollen die national unterschiedlichen Listen sicherer Herkunfts- oder Drittstaaten durch eine europäische Liste ersetzt werden. Dieses Ziel will die EU-Kommission allerdings erst in fünf Jahren erreicht haben. Die Aufnahmebedingungen will die Kommission nicht harmonisieren, hier macht sie nur Vorschläge.

So sollen Asylbewerber nach sechs Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive schon nach drei Monaten. Letzteres gilt schon in Deutschland.

Wir müssen das Schlupfloch Kirchenasyl schließen Markus Ulbig (CDU), sächsischer Innenminister

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 2, 2016

Unionspolitiker fordern Abweisung an der Grenze; In die Kritik an Merkel aus den eigenen Reihen schaltet sich auch die Mittelstandsvereinigung ein.
Bevölkerung mit de Maizièrre zufrieden

Die Welt

Samstag 14. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 266

Length: 906 words

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bleibt in der **Flüchtlingskrise** in den eigenen Reihen unter Druck. Die Mittelstandsvereinigung der Union setzt sich dafür ein, über EU-Nachbarländer ankommende **Flüchtlinge** notfalls an der Grenze zurückzuweisen. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) forderte außerdem eine Begrenzung der Zuwanderung. Die von CDU und CSU geführten Kommunen mahnten eine zügige Umsetzung der vom Bund beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des **Flüchtlingszustroms** an.

In einem vom Vorstand der Mittelstandsvereinigung der Union (MIT) einstimmig angenommenen Antrag heißt es, wenn nicht bald die Sicherung der EU-Außengrenzen und eine gerechte Verteilung der **Flüchtlinge** in der EU erreicht würden, müssten vorübergehend alle Einwanderer vor der Einreise nach Deutschland kontrolliert werden. "Wir müssen uns vorbehalten, **Flüchtlinge**, die über einen sicheren Drittstaat versuchen einzureisen, gemäß Artikel 16a unseres Grundgesetzes zurückzuweisen." Der Antrag soll an diesem Samstag bei der Delegiertenversammlung der MIT in Dresden beschlossen werden.

Zum Auftakt der Versammlung forderte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) eine Stärkung der europäischen Außengrenzen, "wenn Europa ohne Grenzen weiter funktionieren soll". Schäuble hatte zuletzt mit einem Lawinen-Vergleich den Streit über die Asylpolitik auch innerhalb der Koalition angeheizt. In dem MIT-Papier heißt es weiter: "Wir müssen jetzt schnellstmöglich das geltende EU-Recht wieder durchsetzen." Solange aber die EU-Außengrenzen nicht ausreichend gesichert würden, seien Binnengrenzkontrollen unvermeidlich.

Einen anderen Kurs als die Kanzlerin vertritt Parteikollege Haseloff: "Auf jeden Fall müssen wir sehr bald erklären, was wir leisten können und wo unsere Grenzen sind, und dann natürlich Obergrenzen festlegen, auch für Gesamtdeutschland", sagte er "Bild". Zur Aussage Merkels, das Asylrecht kenne keine Obergrenze, meinte Haseloff: "Theoretisch vielleicht, praktisch aber schon. Und ich lese aus der Verfassung auch, dass eine Nation dafür Sorge tragen muss, dass ihre Ressourcen sich nicht erschöpfen und die Demokratie instabil wird." Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) hat sich für eine deutlich unter den derzeitigen Zuwandererzahlen liegende Obergrenze ausgesprochen. "Deutschland kann im Jahr maximal 200.000 bis 300.000 Neubürger sinnvoll

Unionspolitiker fordern Abweisung an der Grenze In die Kritik an Merkel aus den eigenen Reihen schaltet sich auch die Mittelstandsvereinigung ein. Bevölkerung m....

integrieren", sagte er dem "Münchner Merkur". "Wenn es darüber hinausgeht, wird auf Dauer die Integration kaum gelingen." Söder nannte als Grund für seine Forderung, dass es nach seiner Meinung schon jetzt "viele Städte in Deutschland" gebe, in denen Parallelgesellschaften entstünden.

Die unionsgeführten Kommunen mahnten ein rasches Handeln der Regierung an. Aufnahmезentren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern sollten schnell ihre Arbeit beginnen, sagte der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU (KPV), Ingbert Liebing. Zum Auftakt des Jahreskongresses in Saarbrücken sprach Innenminister Thomas de Maizière (CDU) von den zwei Gesichtern der Flüchtlings- und Asylpolitik: dem freundlichen, aufnahmebereiten und integrierenden Gesicht. Und zugleich dem harten, abweisenden.

Seine Arbeit wird entgegen der Kritik aus den Parteien von der Bevölkerung deutlich besser als noch im September bewertet: Während damals nur 34 Prozent meinten, de Maizière mache seine Arbeit eher gut, sind es jetzt 45 Prozent. Eher negativ denken 42 Prozent der Deutschen. Das ergab das ZDF-Politbarometer, das im Gegensatz zu ähnlichen Umfragen feststellt, dass die Union in der Wählergunst trotz der heftiger werdenden Debatte um den Kurs in der Flüchtlingspolitik nicht abgerutscht ist. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU unverändert auf 39 Prozent. Allerdings würde sich die AfD um zwei Punkte auf acht Prozent verbessern.

Mehr als drei Viertel (79 Prozent) der Bundesbürger befürworten auch bei syrischen Flüchtlingen Einzelfallprüfungen der Asylanträge. Zugleich sprechen sich knapp zwei Drittel (63 Prozent) für das Recht anerkannter Asylbewerber aus, Ehepartner und Kinder nach Deutschland nachkommen zu lassen. In der Frage, ob Deutschland die Zahl der Flüchtlinge verkraften kann, sind die Deutschen weiter uneins: Mit Nein antworten 50 Prozent der Befragten, mit Ja 47 Prozent.

Die Bundesregierung will mit einer deutlichen Mittelaufstockung die Flüchtlingsslage besser bewältigen. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hatte in der Nacht zum Freitag den sogenannten bereinigten Etat für 2016 beschlossen. Die abschließende Bundestagsberatung dazu soll Ende November stattfinden. Das Innenministerium soll demnach rund eine Milliarde zusätzlich und insgesamt 7,8 Milliarden Euro erhalten. Damit sollen 4000 weitere Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geschaffen werden. Auch die Bundessicherheitsbehörden und das Technische Hilfswerk (THW) erhalten weitere Förderung.

Mehr Geld gibt es auch für das Arbeitsministerium, unter anderem für neue Stellen bei der Bundesarbeitsagentur und den Jobcentern. Beim Auswärtigen Amt sind weitere 410 Millionen für humanitäre Hilfe und Krisenprävention vorgesehen, so dass der Gesamtetat auf 4,8 Milliarden steigt. Die Rücklage zur Finanzierung der Flüchtlingskosten wurde von bislang fünf auf 6,1 Milliarden Euro erhöht. Das Bildungsministerium kündigte eine stärkere Unterstützung der Hochschulen bei der Integration von Flüchtlingen an.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Armin Weigel

Asylbewerber geben in einem "Wartezentrum" in Bayern ihre Fingerabdrücke ab

Armin Weigel

Load-Date: November 14, 2015

Unionspolitiker fordern Abweisung an der Grenze In die Kritik an Merkel aus den eigenen Reihen schaltet sich auch die Mittelstandsvereinigung ein. Bevölkerung m....

End of Document

Tausende neue Beamte gesucht; Schon lange war es nicht mehr so leicht, einen Job im öffentlichen Dienst zu ergattern. Denn Behörden brauchen viele Mitarbeiter, um Anträge von Asylsuchenden zu bearbeiten

Die Welt

Mittwoch 21. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 245

Length: 923 words

Byline: Philipp Vetter

Body

Seit einigen Wochen herrscht bei der Regierung von Oberbayern nicht nur in den Abteilungen Ausnahmezustand, die für die Registrierung und Unterbringung der ankommenden **Flüchtlinge** zuständig sind. Auch die Mitarbeiter der Personalabteilung kommen kaum hinterher. "Wir führen fast rund um die Uhr Bewerbungsgespräche", sagt eine Sprecherin. Rund 100 Stellen hat allein die oberbayerische Behörde in diesem Jahr neu besetzt, um den **Flüchtlingsstrom** zu bewältigen. Vor allem bei der Registrierung der **Asylsuchenden** werden neue Mitarbeiter dringend gebraucht. So leicht war es lange nicht, einen Job im öffentlichen Dienst zu ergattern: Zwar sei eine kaufmännische Ausbildung "wünschenswert", teilt die Bezirksregierung mit, notwendig seien aber für die Stellen in der Registrierung ausschließlich EDV-Kenntnisse. Eine spezielle Schulung gibt es nicht, die Einarbeitung übernehmen die Kollegen, das habe sich bewährt.

Entsprechend niedrig fällt das Gehalt für diese Stellen im mittleren Dienst aus. Sie werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt und in die Gruppe E5 einsortiert - das bedeutet knapp 2100 Euro brutto pro Monat. Zudem sind die Stellen bei der Regierung von Oberbayern überwiegend auf ein Jahr befristet. Zusätzlich zu den neuen Stellen sollen in dem Regierungsbezirk wie in vielen anderen Behörden bundesweit auch Pensionäre zum Einsatz kommen, die aus dem Ruhestand zurückkehren. Man habe eine "sehr positive Resonanz" auf den Aufruf bekommen, sagte die Sprecherin. Mehr als 30 Pensionäre helfen bereits bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, knapp 200 haben sich grundsätzlich bereit erklärt.

Auch in anderen Bundesländern werden meist Hunderte neue Mitarbeiter gesucht. Während neue Beschäftigte bei der Bezirksregierung von Oberbayern hoffen müssen, dass der Flüchtlingsstrom noch eine Weile anhält, damit ihre Verträge verlängert werden, bietet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) deutlich mehr langfristige Sicherheit. Die meisten neuen Mitarbeiter bekommen hier unbefristete Verträge oder werden sogar verbeamtet. Aktuell hat das Amt gut 3000 Mitarbeiter in der Nürnberger Zentrale und den insgesamt 32 Außenstellen. 550 Mitarbeiter entscheiden über Asylanträge, schon diese Zahl hat sich seit 2013 fast verdoppelt. Doch bei womöglich

Tausende neue Beamte gesucht Schon lange war es nicht mehr so leicht, einen Job im öffentlichen Dienst zu ergattern. Denn Behörden brauchen viele Mitarbeiter, u....

bis zu 1,5 Millionen neuen Flüchtlingen dieses Jahr braucht das BAMF dringend weitere Mitarbeiter, um den Antragsstau abzubauen.

Hinzu kommen Stellen in den sogenannten Asylverfahrenssekretariaten. Hier entscheiden die Mitarbeiter zwar nicht über Anträge von Flüchtlingen, nehmen sie aber entgegen, nehmen Fingerabdrücke ab, koordinieren Dolmetscher und verschicken Asylbescheide. Derzeit arbeiten in den Sekretariaten rund 900 Menschen.

In diesem Jahr hat das BAMF Geld für 1000 neue Stellen bekommen. Die Ausschreibungen laufen bereits, man arbeite unter "Hochdruck" an der Besetzung, teilte eine Sprecherin mit. Spätestens bis Ende November soll entschieden sein, wer die neuen Jobs bekommt. Bewerbermangel gibt es nicht. Auf die 1000 Stellen hätten sich insgesamt rund 12.000 Menschen beworben, von denen man schon 700 geeignete Kandidaten ausgewählt habe, sagte die Sprecherin. Es gebe keine Probleme bei der Akquise von neuem Personal, weil die Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Deutschland verteilt seien.

Voraussichtlich 450 der 1000 neuen Mitarbeiter in diesem Jahr sollen über gestellte Asylanträge entscheiden. Sie werden zu Beginn ihrer neuen Tätigkeit ein Vierteljahr lang in einem neu aufgebauten Qualifizierungszentrum geschult. Diese Jobs sind besonders attraktiv, denn diese Mitarbeiter werden nach Auskunft des BAMF in der Regel verbeamtet, da die Entscheidung über Asylanträge als hoheitliche Aufgabe gilt. Deshalb müssen Bewerber für diese Stellen die Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllen. Dazu gehört unter anderem ein abgeschlossenes Studium. Doch auch wer keine Entscheidungen trifft, sondern nur bei der Registrierung hilft, bekommt beim BAMF meist einen unbefristeten Vertrag.

Da auch für 2016 bereits weitere rund 2000 neue Stellen beschlossen sind und rund ein Drittel davon wieder Entscheider sein sollen, dürfte die Zahl der neuen Beamten allein beim BAMF um mehr als 1000 in zwei Jahren steigen. Doch nicht alle Behörden setzen bei der Bewältigung der Flüchtlingswelle auf langfristige Lösungen. Das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen sucht für die Registrierung von Asylsuchenden sogar nur Leiharbeiter. Insgesamt 104.160 Arbeitsstunden hat das Ministerium daher ausgeschrieben. "Aufgrund der aktuellen Lage in Europa und in der BRD ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Flüchtlinge auch in NRW noch weiter steigen wird", heißt es in der Ausschreibung. Man müsse daher die zusätzlichen Registrierungsstellen eröffnen, um "die in bisher unvorstellbarem Ausmaß steigende Anzahl der Asylsuchenden bewältigen zu können." Das sei "mit dem Stammpersonal allein nicht mehr zu bewältigen."

Den Zuschlag bekam das Zeitarbeits-Unternehmen Adecco. Dort will man sich zum konkreten Auftrag nicht äußern, teilt aber mit, dass sich die Nachfrage von Behörden nach Personaldienstleistungen wegen der großen Zahl von Flüchtlingen "in relativ kurzer Zeit erhöht" habe. Derzeit stelle man bundesweit etwa 200 Mitarbeiter für die Registrierung und Betreuung von Asylsuchenden zur Verfügung. Die benötigten Qualifikationen reichten von kaufmännischen Fachkräften mit Fremdsprachenkenntnissen bis zu ausgebildeten Handwerkern - die Einarbeitung findet "on the job" statt - also während des Einsatzes.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PA/Markus Schreiber/AP Photo

Eine Warteschlange mit Flüchtlingen auf dem Gelände des LaGeSo in Berlin. Die Behörde schiebt eine Menge unbearbeiteter Anträge vor sich her, weil Personal fehlt

Markus Schreiber/AP Photo/picture alliance

Tausende neue Beamte gesucht Schon lange war es nicht mehr so leicht, einen Job im öffentlichen Dienst zu ergattern. Denn Behörden brauchen viele Mitarbeiter, u....

Load-Date: October 21, 2015

End of Document

Das kleine Konjunkturpaket; Hunderttausende von Asylbewerbern müssen versorgt werden und bekommen Sozialleistungen. Einigen Branchen winkt ein Geldregen

Die Welt

Samstag 10. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 2; Ausg. 236

Length: 898 words

Byline: Tobias Kaiser

Martin Pirkl

Body

Die Teller blieben voll im ehemaligen Rathaus des Berliner Stadtteils Wilmersdorf. Der Caterer Sodexo, der die dortige Notunterkunft für **Flüchtlinge** beliefert, servierte den Bewohnern tagaus, tagein die gleiche Auswahl zum Frühstück und Abendessen: Brot, Geflügelleberwurst - und Handkäse. Die regionale Spezialität ist schon für viele Deutsche eine kulinarische Zumutung, für die Neuankömmlinge aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea allemal. Weil viele **Flüchtlinge** nur das Brot aßen, kündigte der Arbeiter-Samariter-Bund die Zusammenarbeit mit Sodexo auf; inzwischen serviert ein Berliner Unternehmen Fladenbrot, Oliven und Schafskäse zum Frühstück. Sodexo dürfte das verschmerzen. Das Unternehmen ist einer der weltweit größten Caterer und damit ein Schwergewicht in einer Branche, die derzeit viel Geld mit **Asylbewerbern** verdient. Der Caterer Alsterfood gibt täglich etwa 4500 Mahlzeiten an **Asylbewerber** heraus. Bei maximal neun Euro, die Alsterfood pro Tagesverpflegung erhält, betragen die Einnahmen aus dem Verkauf bis zu 14,7 Millionen Euro pro Jahr. "Aufgrund der hohen **Flüchtlingszahl** stellen wir laufend weitere Mitarbeiter ein", sagt Unternehmenssprecherin Sweelin Heuss.

Vier Milliarden Euro in diesem Jahr und weitere elf Milliarden im kommenden dürften Bund, Länder und Gemeinden laut führenden Konjunkturexperten ausgeben, um **Flüchtlinge** unterzubringen und zu versorgen. "Die zusätzlichen Ausgaben wirken wie ein kleines Konjunkturprogramm", sagt Ferdinand Fichtner, Konjunkturchef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Das Wirtschaftswachstum dürfte so 2016 um 0,25 Prozentpunkte höher ausfallen.

Einige Branchen profitieren schon. Etwa die Unternehmen, die viel Geld mit der Unterbringung von Asylbewerbern verdienen, wie European Homecare aus Essen. Der größte private Betreiber von Flüchtlingsunterkünften kümmert sich um 15.000 Bewohner in etwa 100 Heimen. Bereits von 2012 auf 2013, als bereits die Zahl der Asylbewerber zunahm, stieg der Umsatz um 72 Prozent auf 16,7 Millionen Euro. Im vergangenen Jahr sei der Umsatz ähnlich

Das kleine Konjunkturpaket Hunderttausende von Asylbewerbern müssen versorgt werden und bekommen Sozialleistungen. Einigen Branchen winkt ein Geldregen

stark gestiegen. Da Wohnraum knapp ist, wohnen viele Flüchtlinge in Hostels, Hotels und Jugendherbergen. Von den neuen Bewohnern profitieren vor allem Unterkünfte, deren Zimmer bislang schlecht gebucht waren, da Lage oder Ausstattung den Ansprüchen vieler Touristen nicht genügten. Alleine in Berlin leben derzeit etwa 1500 Flüchtlinge in Hostels. Das Land zahlt dafür bis zu 50 Euro pro Kopf und Nacht.

Die Nachfrage nach Wohncontainern ist derweil so groß, dass der Markt praktisch leer geräumt ist. "Die Hersteller fahren bereits Doppel-, Dreifach- und Wochenendschichten", sagt Günter Jösch, Geschäftsführer des Bundesverbands Bausysteme. "Mehr geht nicht." Dementsprechend steigen die Preise: Ende Mai lag der Preis pro Quadratmeter in Regensburg zwischen 1700 und 1800 Euro. Im August musste die Stadt schon 2400 Euro zahlen. Kommunen in Niedersachsen beschwerten sich sogar darüber, dass sich der Preis verfünft- bis verzehnfacht habe.

Die Unterkünfte müssen auch geputzt werden. Wie lukrativ das sein kann, zeigt ein Auftrag der Stadt Nürnberg. Für insgesamt 1,3 Millionen Euro kümmert sich eine Reinigungsfirma für vier Jahre um die Sauberkeit in einem Flüchtlingsheim. Viele solcher Aufträge müssen europaweit ausgeschrieben werden. Das gilt teilweise auch für die Einrichtung der Unterkünfte. Die Stadt Köln etwa kauft für ihre Asylbewerber und Hartz-IV-Empfänger in den kommenden zwei Jahren 2200 Herde, 3800 Waschmaschinen und 4600 Kühlschränke für insgesamt 3,4 Millionen Euro. Magdeburg bestellt 9000 Bettwäsche-Sets, 5300 Matratzen, 2250 Etagen- sowie 1000 Kinderbetten. Kommunen haben mitunter Probleme, überhaupt etwas zu finden. "Manche Märkte sind wie leer gefegt", sagt Uwe Lübking vom Deutschen Städte und Gemeindebund. Das gilt etwa für Feldbetten. Zum ersten Mal überhaupt musste das Deutsche Rote Kreuz (DRK) Betten einfliegen lassen. "Normalerweise versenden wir die Betten - diesmal ist es umgekehrt", sagt ein DRK-Sprecher.

Auch die Integration kostet Geld. Laut Philologenverband fehlen allein in diesem Jahr 25.000 zusätzliche Lehrer. "Wir brauchen mehr Lehrer, überall wird gesucht, gesucht, gesucht. Allerdings muss man sie auch besser bezahlen, wenn man Fachkräfte gewinnen will", sagt Matthias Jung vom Fachverband für Deutsch als Fremdsprache. Und die Flüchtlinge brauchen Wörterbücher: Die Nachfrage sei enorm gestiegen, heißt es bei Langenscheidt. Die erste Ausgabe des speziell für Asylbewerber entworfenen Bildwörterbuches "Zeig mal" war nach vier Tagen vergriffen.

Trotz dieses Geldregens für einzelne Branchen sind die Ausgaben für Heime und Integration gesamtwirtschaftlich unbedeutend. "Der bei Weitem größte Teil der Milliarden für die Flüchtlingshilfe fließt in die Transfers", sagt DIW-Experte Fichtner. 359 Euro im Monat sind es für Neuankömmlinge während des Asylverfahrens. Nach der Anerkennung steigt die Unterstützung auf den Hartz-IV-Satz von 391 Euro, mit Wohngeld sind es dann im Schnitt 791 Euro. Fichtner erwartet, dass insbesondere die Lebensmittelbranche und Einzelhändler von den zusätzlichen Milliarden profitieren, zudem Dienstleister wie Friseure. Vor allem Aldi und andere Discounter dürften zu den größten Profiteuren der Migration gehören.

"Wir stellen laufend weitere Mitarbeiter ein" Sweelin Heuss, Sprecherin des Caterers Alsterfood

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 10, 2015

"In dieser Krise brauchen wir die EU"; Der Chef der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, appelliert an die Staatengemeinschaft: Der Kampf gegen Schleuser müsse verschärft werden. Grenzkontrollen hält er für legitim

Die Welt

Montag 21. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 220

Length: 1360 words

Byline: Ana Carbajosa

Ileana Grabitz

Body

Warschau

Kaum hatte Fabrice Leggeri Anfang des Jahres seinen Platz an der Spitze von Frontex bezogen, brach das **Flüchtlingschaos** los: Zu Hunderttausenden strömen seither die Menschen nach Europa, um hier Zuflucht vor Krieg, Verfolgung und Armut zu suchen. Der Mangel an einer europaweit einheitlichen Strategie zur Bewältigung dieser Krise hat vielerorts unhaltbare Zustände verursacht und vor allem viele Tote gefordert. Mehr als 2500 sind im Mittelmeer seit Anfang des Jahres ertrunken. Leggeri, als Chef von Frontex für die Kontrolle der EU-Außengrenzen zuständig, ist dennoch die Ruhe selbst. Im Interview mit der "Welt" wirbt er für mehr Kooperation zwischen den EU-Ländern, einen besseren Kampf gegen die Schleuser - und für mehr Systematik bei der Erfassung der **Migranten** an den Grenzen.

Die Welt:

Herr Leggeri, als das erschütternde Bild des kleinen syrischen Jungen Aylan Kurdi um die Welt ging, der auf seinem Weg nach Europa ertrunken war: Fragen Sie sich in solchen Situationen, ob Sie als Frontex-Chef nicht mehr hätten tun können, um diesen unnötigen Tod zu verhindern?

Fabrice Leggeri:

"In dieser Krise brauchen wir die EU" Der Chef der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, appelliert an die Staatengemeinschaft: Der Kampf ge....

Jeder Tod ist eine Tragödie. Und Frontex trägt dazu bei, dass nicht noch mehr sterben müssen auf ihrer Flucht nach Europa. Ein Foto wie das des kleinen syrischen Jungen ist eine Mahnung an die Europäische Union, dass sie jetzt handeln muss, um die Krise zu meistern.

Bislang ist davon allerdings wenig in Sicht. Während wir uns hier in Warschau unterhalten, herrscht ein paar Hundert Kilometer weiter ein Chaos sondergleichen. Seit Ungarn seine Grenzen dicht gemacht hat, versuchen die Flüchtlinge in Scharen, über andere Staaten wie Kroatien nach Europa zu gelangen. Auch in Griechenland ist die Situation noch lange nicht unter Kontrolle. Was kann Frontex tun, um die Lage zu entspannen?

Wir haben es in der EU derzeit mit einer Situation zu tun, die es so noch nie gegeben hat. Seit Jahresbeginn haben wir an den europäischen Außengrenzen mehr als 520.000 irreguläre Grenzübertritte registriert, und die Geschwindigkeit und Dynamik des Flüchtlingszustroms bleibt weiterhin außergewöhnlich hoch. Frontex hat sein Möglichstes getan, um die Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung dieser enormen Herausforderung zu unterstützen. Zwischen der Türkei und Griechenland etwa haben wir gegenwärtig 14 Patrouillenboote und vier Flugzeuge im Einsatz und wir koordinieren die Arbeit von insgesamt 85 Registrierungsbüros.

Reicht das aus, um langsam die Kontrolle zurückzugewinnen?

Die größte Herausforderung in Griechenland besteht darin, alle ankommenden Flüchtlinge systematisch zu erfassen. Damit das klappt, müssen wir dringend zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Gemeinsam mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) und der EU-Agentur für die Koordination von IT-Systemen für einen sicheren Datenaustausch (EU-LISA) arbeiten wir daher derzeit an der Entwicklung einer neuen Technologie für die Registrierung der Migranten - die kompatibel sein soll mit den Systemen in den anderen Staaten der EU. Meine Vision ist, dass Frontex künftig ein ganzes Registrierungskpaket anbieten kann - die Technologie, die nötigen Geräte und auch diejenigen, die die Geräte bedienen. Eine geordnete Registrierung an den europäischen Außengrenzen wäre schließlich auch die beste Basis, um künftig die Flüchtlinge über die geplante EU-Quote systematisch auf die Mitgliedsstaaten verteilen zu können.

Was Sie hier vorschlagen, betrifft allerdings nur die, die es ohnehin schon nach Europa geschafft haben. Was unternimmt Frontex, damit nicht noch mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken?

Wir tun, was wir können, um die Mitgliedsstaaten zu unterstützen. Ein Drittel der im Mittelmeer aufgegriffenen Flüchtlinge wurde von Frontex gerettet. Man muss aber auch konstatieren, dass die Verantwortung für die Rettung von Migranten eigentlich bei den EU-Ländern liegt. Als überzeugter Europäer sage ich allerdings auch: In dieser Krise brauchen wir die EU mehr denn je.

Was heißt das praktisch?

Es liegt auf der Hand, dass ein gutes Grenzmanagement nur ein Baustein sein kann in einer großen Strategie für die Bewältigung der gegenwärtigen Flüchtlingskrise. Neben anderen Maßnahmen muss vor allem auch der europaweite Kampf gegen Schleuser und gegen das organisierte Verbrechen verbessert werden.

Wobei die EU den Menschenhändlern ja gerade die Geschäftsgrundlage dafür liefert, indem sie den Kriegsflüchtlingsen keine Chance gibt, legal einzureisen.

Natürlich. Wenn Europa legale Kanäle für die Menschen öffnen würde, die bei uns nach EU-Recht einen Anspruch auf Asyl haben, wäre das sicher hilfreich.

Was plant Frontex, um der Schleuserkriminalität mehr entgegenzusetzen?

Wir haben zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Europol ausgeweitet. Wenn wir in unseren Gesprächen mit den aufgegriffenen Flüchtlingen nützliche Informationen bekommen, geben wir diese an die europäischen Ermittler weiter. Aber wir können noch besser werden: Unser Ziel muss es sein, für einen automatischen Datenfluss zwischen unseren Operationen vor Ort und Europol zu sorgen. Dazu haben wir dem Europäischen Datenschutzbeauftragten jüngst eine Liste von Vorschlägen übergeben. Außerdem kann Frontex in

"In dieser Krise brauchen wir die EU" Der Chef der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, appelliert an die Staatengemeinschaft: Der Kampf ge....

Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden im Mittelmeer die Boote überprüfen, auf denen Ermittler Schleuser vermuten.

Nachdem Ungarn seine Grenzen in der vergangenen Woche geschlossen hat: Wie werden sich die Flüchtlingsrouten Ihrer Einschätzung nach verändern?

Wie wir alle wissen, erlebt in diesen Tagen vor allem Kroatien einen großen Ansturm von Flüchtlingen. Und auch Rumänien zum Beispiel ist derzeit besorgt, das nächste Land zu sein, über das die Menschen nach Europa drängen. Wie unsere Risikoanalysten prophezeien, werden sich künftig aber auch noch ganz neue Routen ergeben. Trotzdem möchte ich betonen, dass Zäune keine Lösung sind. Die Gründe, warum die vielen Menschen auf der Flucht sind, sind ja nach wie vor vorhanden: Die politische Lage in Libyen, der Krieg in Syrien. Wir müssen den Ländern helfen, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen.

Wie bereitet sich Frontex auf die veränderten Flüchtlingsrouten vor?

Wir sind in dieser Hinsicht sehr flexibel. Sobald wir von einem EU-Land hören, dass unsere Hilfe gefragt ist, schicken wir unsere Leute dorthin. Und wir versuchen uns natürlich auch mithilfe der Einschätzungen unserer Risikoanalysten für verschiedene Szenarien vorzubereiten.

Bekommen Sie in dieser Hinsicht genug Unterstützung von den EU-Ländern, auch von den osteuropäischen Ländern?

Insgesamt klappt es mit der Kooperationsbereitschaft, ja. Trotzdem sollte uns das Flüchtlingsdrama der vergangenen Monate vor Augen geführt haben, dass wir dringend zu einem einheitlichen europäischen Grenzmanagement finden müssen. Was ich aber mit Sicherheit sagen kann, ist, dass wir mehr personelle Unterstützung seitens der Länder brauchen - Leute, die wir vor Ort einsetzen können, und die brauchen wir jetzt.

Wie viel mehr Personal brauchen Sie?

Wir haben gegenwärtig 65 Gastkontrolleure, die uns die Mitgliedsstaaten jeweils für sechs Monate ausleihen. Mein Vorschlag wäre, dass die Frist auf ein Jahr verlängert wird. Das würde unsere Flexibilität schon deutlich erhöhen.

Hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Ihren Job nicht sehr verkompliziert, indem Sie vor ein paar Wochen ankündigte, dass Syrer in Deutschland offene Türen erwarten dürften?

Nein, sie hat unsere Arbeit nicht komplizierter gemacht als sie schon ist. Die Flüchtlinge, die dann verstärkt nach Deutschland drängten, waren ja alle schon da - entweder bereits in den Schengen-Ländern oder noch an den Grenzen Europas. Es haben sich lediglich die innereuropäischen Routen verändert.

Haben Sie Sorge, dass das Schengener Abkommen an der Krise zerbrechen könnte?

Derzeit steht einiges auf dem Spiel. Es kommt jetzt mehr denn je darauf an, dass die Schengen-Staaten ihren Bürgern demonstrieren, dass es möglich ist, unsere äußeren Grenzen wirksam zu schützen. Wenn das nicht gelingt, werden sie mit gutem Grund die Ausnahmeregelung nutzen und zeitweise wieder Grenzkontrollen einführen. Wenn wir das verhindern wollen, hilft nur eins: Europäische Solidarität und Kooperation.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/STRINGER

"In dieser Krise brauchen wir die EU" Der Chef der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, appelliert an die Staatengemeinschaft: Der Kampf ge....

Alltag bei Frontex: Ein Boot der Grenzschutzagentur (vorne l.) erreicht ein Boot mit Flüchtlingen, das an einer amerikanischen Jacht festgemacht hat

STRINGER

Load-Date: September 21, 2015

End of Document

"Wir finden jede Woche Tote in der Wüste"; Die Organisation NAAHT will Menschenhändlern im Niger das Handwerk legen. Ihre Vorsitzende fordert Perspektiven für Menschen vor Ort

Die Welt

Dienstag 11. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 238

Length: 684 words

Byline: Christian Putsch

Body

Niamey

Gogé Maimouna Gazibo ist die Chefin der staatlichen Antimenschenhandelsagentur NAAHT im Niger. Ihre zehn Mitarbeiter koordinieren die Arbeit an 37 Dienststellen des Justizministeriums im Land. Im Interview spricht die 38-Jährige über die Bemühungen der Regierung, das Geschäft mit den **Migranten** zu unterbinden - und was für Hürden es dabei gibt.

Die Welt:

Seit dem vergangenen Jahr gibt es ein Gesetz im Niger, das für den Schmuggel von Flüchtlingen Haftstrafen von bis zu 30 Jahren vorsieht. Wird es auch angewandt?

Gogé Maimouna Gazibo:

Es hat ein wenig gedauert. Das Gesetz wurde seit dem Jahr 2013 vorbereitet und 2015 verabschiedet. Besonders in den vergangenen Monaten haben wir Erfolge zu verzeichnen, wir haben 62 Menschenschmuggler verhaftet, die meisten sitzen im Gefängnis. Die höchste bislang ausgesprochene Haftstrafe beträgt immerhin sieben Jahre. Und wir können den Schmugglerringen auch endlich wirtschaftlichen Schaden zufügen. Vor dem Gesetz hatten wir keine Handhabe, ihre Fahrzeuge zu beschlagnahmen. Seit August haben wir 67 Trucks konfisziert.

Nimmt die Zahl der Migranten ab?

Die Zahlen schwanken. Wir hatten in der ersten Oktoberwoche 13.000 Migranten, die in Richtung Libyen und Algerien aufgebrochen sind.

Das ist deutlich mehr als im Wochenschnitt 2015. Mangelt es an Kapazitäten?

"Wir finden jede Woche Tote in der Wüste" Die Organisation NAAHT will Menschenhändlern im Niger das Handwerk legen. Ihre Vorsitzende fordert Perspektiven für Me....

Allein die Region Agadez, von wo aus die meisten Flüchtlinge durch die Wüste nach Libyen und schließlich Europa aufbrechen, ist größer als Frankreich. Mit der Überwachung eines solch großen Gebietes hätte auch eine Industrienation Probleme - und unser Land zählt zu den ärmsten der Welt. Die wenigsten Migranten stammen ja aus dem Niger selbst, als Transitland stehen wir vor einer gewaltigen Aufgabe. Wir konzentrieren unsere Mittel derzeit auf die Gegend um die Stadt Agadez. Doch viele Schmuggler wählen seit Kurzem den Umweg über eine andere Region, die Tchintabaraden, um der Polizei zu entgehen. Dort steigen die Zahlen aktuell. Glauben Sie mir, mit Polizei allein kann man vielleicht einen kleinen Effekt erzielen. Aber mit ihr allein wird sich das Problem niemals vollständig lösen lassen.

Woran fehlt es?

Zunächst einmal fehlt in Europa das Bewusstsein, dass Migranten Opfer sind, von Armut. Diese Perspektivlosigkeit muss in den Herkunftsländern beseitigt werden. Und diese Leute haben, auch wenn wir ihre Reise stoppen, Würde verdient. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) hat Rückführungszentren für diejenigen eingerichtet, die ihre Flucht abbrechen und freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehren wollen, aber das reicht längst nicht. Wir brauchen Hilfe für diejenigen, die abgefangen werden, besonders für Kinder und Frauen. Und wir brauchen mehr Zentren, in denen Aufbrechende über die Risiken informiert werden. Einige wissen nichts über die Gefahren bei der Fahrt mit den Schleppern durch die Wüste. Jede Woche finden wir dort Tote ohne Dokumente - ganz offensichtlich Migranten.

Niger ist das wichtigste Transitland für West- und Zentralafrikaner auf dem Weg nach Libyen. Warum können Sie die Migration nicht schon an der Landesgrenze stoppen?

Für die 15 Länder der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas gibt es freien Personenverkehr, wie in der Europäischen Union. Die Reise nach Niger ist nichts Illegales, wir können erst eingreifen, wenn der Konvoi in die Wüste aufbricht und damit die illegale Einreise nach Libyen offensichtlich ist.

In Agadez ist das Geschäft mit der Flucht inzwischen die wichtigste Einnahmequelle. Gibt es den politischen Willen, dieses Geschäft einzudämmen?

Ja, zweifelsfrei. Wir wissen, dass mit den Schleusern auch andere Kriminalität in den Niger kommt, Drogengeschäfte zum Beispiel. Und viele der aufgegriffenen Migranten haben keine Personaldokumente bei sich, aus Angst, nach Hause geschickt zu werden. In unseren Nachbarländern Nigeria und Mali gibt es viel Terrorismus, wir müssen wissen, wer in unserem Land ist. Aber wir verstehen auch, dass viele Leute in Agadez von der Migration leben. Sie brauchen eine alternative Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sonst haben wir keine Chance.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Christian Putsch/

NAAHT-Chefin Gogé Maimouna Gazibo will Schmugglerringe zerschlagen

Load-Date: October 11, 2016

Politik Kompakt; Asylbewerber: Die meisten Flüchtlinge dürfen bleiben ++
NSU-Prozess: Zschäpe bestreitet Kenntnisse über Peggy ++
Unterhaltsvorschuss: Kommunen fürchten hohe Kosten ++ USA: Gericht
stoppt Neuauszählung ++ Kolumbien: Warnung vor Farc-Gruppen ++
Vatikan: Papst reformiert Priesterausbildung

Die Welt

Freitag 9. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 289

Length: 521 words

Body

Asylbewerber

Die meisten **Flüchtlinge** dürfen bleiben

Drei Viertel aller **Flüchtlinge**, über deren Anträge das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) zwischen Juli und September entschied, haben einen Schutzstatus bekommen. Die sogenannte bereinigte Schutzquote lag bei knapp 75 Prozent, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linke-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke hervorgeht.

NSU-Prozess

Zschäpe bestreitet Kenntnisse über Peggy

Die mutmaßliche Rechtsterroristin Beate Zschäpe hat bestritten, etwas über das getötete Mädchen Peggy aus Oberfranken gewusst zu haben. Das erklärte ihr Anwalt Hermann Borchert am Donnerstag im Namen Zschäpes im Münchner NSU-Prozess. Der Vorsitzende Richter Manfred Götzl hatte die Hauptangeklagte Ende Oktober gefragt, ob sie etwas über Peggy wisse, das sie nicht aus den Medien habe. Hintergrund war eine DNA-Spur, die eine Verbindung zwischen dem "Nationalsozialistischen Untergrund" und dem Fall Peggy möglich erscheinen ließ. Zschäpes knappe schriftliche Antwort, die ihr Anwalt verlas: "Nein."

Unterhaltsvorschuss

Kommunen fürchten hohe Kosten

Politik Kompakt Asylbewerber: Die meisten Flüchtlinge dürfen bleiben ++ NSU-Prozess: Zschäpe bestreitet Kenntnisse über Peggy ++ Unterhaltsvorschuss: Kommunen f....

Die Kommunen warnen vor Milliarden-Mehrausgaben durch die geplanten Änderungen beim Unterhaltsrecht und fordern die Verschiebung der Reform. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund rechnet mit einer Verdoppelung der Zahl der Leistungsbezieher, "was zu zusätzlichen Ausgaben von bis zu 1,8 Milliarden Euro führen wird", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Nach dem Gesetzentwurf von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) soll die Begrenzung der Bezugsdauer von sechs Jahren entfallen und die Altersgrenze der Kinder von zwölf auf 18 Jahre angehoben werden.

USA

Gericht stoppt Neuauszählung

Im US-Staat Michigan hat ein Gericht die Neuauszählung der Präsidentenwahl gestoppt. Das berichtete die Zeitung "The Detroit News" unter Berufung auf den Gerichtsbeschluss. Die Grünen-Kandidatin Jill Stein, die die Zählung beantragt hatte, nannte die Entscheidung entmutigend. Laut Gericht war Stein nicht berechtigt, die Neuauszählung zu beantragen. Sie habe keine realistische Siegeschance.

Kolumbien

Warnung vor Farc-Gruppen

In Kolumbien warnt die Staatsanwaltschaft vor Splittergruppen der linksgerichteten Guerilla-Organisation Farc. Sie wollen demnach in der südkolumbianischen Region Tumaco trotz des Friedensvertrages mit der Regierung den bewaffneten Kampf fortsetzen. In der Gegend seien rund 18 Prozent der Drogenanbaufläche des Landes, um die sich nun neue bewaffnete Gruppen, unter ihnen auch abtrünnige FARC-Rebellen, neu organisierten.

Vatikan

Papst reformiert Priesterausbildung

Der Schutz von Minderjährigen vor sexuellem Missbrauch soll künftig weltweit fester Bestandteil der Ausbildung katholischer Priester sein. Diesem Thema müsse "größte Aufmerksamkeit" gewidmet werden, heißt es in aktualisierten vatikanischen Richtlinien zur Priesterausbildung. Die Richtlinien empfehlen auch, Frauen an der Priesterausbildung in Seminaren und Universitäten zu beteiligen. Die Fähigkeit, mit Frauen in Kontakt zu stehen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, müsse in die Beurteilung des Kandidaten eingehen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 9, 2016

Junge, mobile Migranten gesucht; IW-Chef Hüther plädiert für ein neues Gesetz, um Fachkräfte aus Staaten wie Indien anzulocken

Die Welt

Freitag 17. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 89

Length: 1222 words

Byline: Dr. Dorothea Siems

Body

Deutschland hat sich zu einem Magneten für Zuwanderer entwickelt: Mit einem Nettozuzug von rund einer halben Million Menschen lag die Bundesrepublik im vergangenen Jahr weltweit nach den USA als Zielland auf dem zweiten Platz. Der hiesige Standort profitiert enorm von dem Zustrom, wie das Institut der Wirtschaft (IW) auf seiner Frühjahrstagung in Berlin deutlich machte. Bislang kämen allerdings nur wenige Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Ländern. IW-Chef Michael Hüther hält deshalb ein Zuwanderungsgesetz für dringend nötig. Außerdem müsste Flüchtlingen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden, denn viele von ihnen seien gut qualifiziert.

Das Gros der Neuzuwanderer stammt aus der EU. Die gute Arbeitsmarktlage lässt viele junge Menschen aus den südeuropäischen Krisenländern sowie aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland ziehen. Die wichtigsten Herkunftsländer sind derzeit Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Italien. Die IW-Forscher warnen jedoch, dass der demografische Wandel nicht nur Deutschland betreffe, sondern ganz Europa. Um die Folgen der Alterung für den Arbeitsmarkt und die Sozialkassen zu dämpfen, sei deshalb langfristig ein stärkerer Zuzug aus Drittstaaten erforderlich. In vielen Ländern Asiens, Lateinamerikas oder Afrikas ist die Bevölkerung deutlich jünger als hierzulande. Das IW empfiehlt deshalb, verstärkt auf solche "demografiestarken Regionen", etwa auf Indien oder die Philippinen, zu setzen und dort Arbeitskräfte anzuwerben. Die Fachkräftelücke droht hierzulande in den kommenden Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, auf bis zu sechs Millionen anzuwachsen. Man müsse schon jetzt die Weichen im Zuwanderungsrecht attraktiver gestalten, damit die Regelungen rechtzeitig ihre Wirkung entfalten können, sagte IW-Direktor Hüther: "Wenn wir nicht heute unsere Zuwanderungsregeln auf die demografiestarken Länder ausrichten, dann kommen aus diesen Ländern auch langfristig keine Menschen zu uns." Denn die Erfahrung zeige, dass mobile junge Fachkräfte im Regelfall dorthin zögen, wo sich bereits Landsleute erfolgreich angesiedelt hätten.

Deutschland zieht heute andere Zuwanderer an als in der Vergangenheit. In den sechziger und siebziger Jahren kamen im Rahmen der Gastarbeiteranwerbung vorwiegend Geringqualifizierte aus der Türkei, Italien und Spanien. Heute dagegen ziehen zu einem großen Teil qualifizierte Arbeitskräfte ins Land. Jeder zehnte Neuzuwanderer ist Akademiker mit einem in der Wirtschaft so begehrten Abschluss in einem mathematisch-naturwissenschaftlichen

Junge, mobile Migranten gesucht IW-Chef Hühner plädiert für ein neues Gesetz, um Fachkräfte aus Staaten wie Indien anzulocken

Fach. Lag der Akademikeranteil unter den Zuwandern in den neunziger Jahren noch bei 16 Prozent, so hat er sich seither fast verdoppelt. Und fast jeder vierte Neuzuwanderer ist mittlerweile in einer Fach- oder Führungsposition beschäftigt. Mit der steigenden Qualifizierung der Migranten nimmt auch der positive Effekt der Einwanderer für die hiesigen Sozialkassen und den Fiskus zu. Auch das Wirtschaftswachstum wäre ohne den Zustrom an Ausländern geringer, unterstreichen die IW-Forscher.

Deutliche Fortschritte sind bei der Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt zu verzeichnen. 2005 lag die Erwerbsquote in der Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen unter den Zuwanderern mit fast 61 Prozent deutlich unter dem heutigen Niveau von rund 70 Prozent. Allerdings ist im gleichen Zeitraum die Erwerbsbeteiligung der Gesamtbevölkerung von 70 auf 78 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote bei den Zuwanderern hat sich im Zuge des Beschäftigungsbooms der letzten Jahre von fast 18 Prozent auf acht Prozent mehr als halbiert und liegt nur noch drei Prozentpunkte über dem Niveau der Gesamtbevölkerung. Ein Blick auf die Bildungsintegration von Migranten zeige aber auch, dass es noch Verbesserungsbedarf gebe, wie IW-Experte Hans-Peter Klös sagte. So haben nur halb so viele Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zum Rest der Bevölkerung einen technischen Abschluss oder einen Meistertitel, während der Anteil ohne einen Berufsabschluss mehr als dreimal so hoch ist. Oft mangelt es nicht nur Neuzuwanderern, sondern auch hier geborenen Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln an guten Sprachkenntnissen. "Gute Deutschkenntnisse sind aber das A und O einer gelingenden Integration", betonte Klös. Untersuchungen zeigten, dass Zuwanderer mit ordentlichen Sprachkenntnissen häufiger einen Job haben und meist auch mehr verdienen als Migranten, die hier Defizite haben. Problematisch sei häufig auch die Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen, die noch zu bürokratisch und schleppend verlaufe, so Klös. Auch eine erleichterte Einbürgerung sowie Verbesserungen in der betrieblichen Personalpolitik sind nach Einschätzung des Ökonomen Hebel notwendig, um die Integration der Zuwanderer noch zu verbessern.

IW-Chef Hühner appellierte an die große Koalition, die aktuelle Zuwanderungsdebatte für einen großen Wurf zu nutzen. Ausdrücklich widersprach der Ökonom Bundesinnenminister Thomas de Maiziére, der sich wiederholt gegen ein Zuwanderungsgesetz ausgesprochen hatte. Hühner räumte ein, dass sich Deutschland in den vergangenen Jahren bereits deutlich für Fachkräfte aus Drittstaaten geöffnet habe. Doch gebe es im hiesigen Aufenthaltsrecht eine Vielzahl unterschiedlicher und bürokratischer Regelungen. Nicht einmal die Formulare seien in allen Bundesländern gleich. "Wir brauchen klare, verständliche, transparente und praktikable Regeln, um ein deutliches Signal zu senden, dass qualifizierte Arbeitskräfte willkommen sind", sagte Hühner. Nur eine Verstärkung des Zuwanderungs-Marketings, wie es de Maiziére gefordert habe, sei zu wenig. Angesichts der hohen Asylbewerberzahlen forderte der IW-Chef einen leichteren Zugang der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Viele von ihnen verfügten über Berufsabschlüsse, die hierzulande gesucht seien. Es müsse möglich sein, vom Status "Flüchtling" in den Status "Arbeitsmigrant" zu wechseln.

In der großen Koalition gehen die Meinungen über ein Zuwanderungsgesetz auseinander. Während sich die SPD inzwischen für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild zur besseren Steuerung der Zuwanderung ausspricht, ist die Union in dieser Frage gespalten. Der Wirtschaftsflügel und die Jungen in der Unionsfraktion plädieren ebenfalls für eine große Reform. Die CSU und der Bundesinnenminister halten dagegen die bestehenden Regelungen für ausreichend und verweisen darauf, dass Kanada sein Punktesystem zuletzt dem deutschen Modell angenähert habe.

Deutschland hat schon heute nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine der liberalsten Zuwanderungsregelungen für Hochqualifizierte. Akademiker mit einem Jobangebot und einem Jahresgehalt von 48.000 Euro können uneingeschränkt nach Deutschland kommen. Das Gleiche gilt für Facharbeiter aus Mangelberufen. Auch ausländische Studenten können nach dem Abschluss dauerhaft hier bleiben, wenn sie einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz finden. Während die deutschen Regeln nur auf den aktuellen Arbeitsmarktbedarf abstellen, ermöglichen es Punktesysteme, die Zuwanderung nach dem langfristigen Bedarf zu steuern. Klare Kriterien wie Sprachkenntnisse, Qualifikation, Jobangebot oder Alter werden mit Punkten bewertet und die Besten dann ins Land gelassen. Beide Ansätze lassen sich laut Hühner durchaus kombinieren.

Junge, mobile Migranten gesucht IW-Chef Hüther plädiert für ein neues Gesetz, um Fachkräfte aus Staaten wie Indien anzulocken

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 22, 2015

End of Document

Migration ist die beste Hilfe

Die Welt

Montag 4. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 102

Length: 414 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Die Berichte von dramatischen Rettungsaktionen auf dem Mittelmeer reißen nicht ab. Das Geschäft der Schlepperbanden hat saisonbedingt Hochkonjunktur. Die Europäische Union, die Bundesregierung, die Länder und Kommunen - jede politische Ebene agiert angesichts der Flüchtlingsströme hilflos. Jenseits der Frage, wie man kurzfristig die humanitäre Aufgabe bewältigen kann, steht Europa vor der Herausforderung, seine Zukunft als Zuwanderungsgemeinschaft zu gestalten. Und die Schutzsuchenden aus dem Nahen Osten und aus Afrika werden dabei eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Europa kann und will sich nicht abschotten. Doch der wohlhabende Kontinent ist auch nicht in der Lage, alle aufzunehmen, die vor Verfolgung, Terror, Krieg und bitterer Armut fliehen. Denn es sind schlicht zu viele, und es werden im rasanten Tempo immer mehr. Die Europäer haben deshalb ein großes Eigeninteresse, die benachbarten Regionen zu stabilisieren. Dabei könnten Migranten, die es von dort hierher geschafft haben, eine Schlüsselrolle übernehmen - wenn es gelingt, sie erfolgreich in die europäische Wirtschaft zu integrieren.

Wie eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, profitieren arme Herkunftsländer enorm von den Leistungen der Fortzügler. Die Rücktransfers an die Angehörigen übersteigen das Volumen der weltweiten Entwicklungshilfe um ein Vielfaches. Das Geld wird in der Heimat meist für die Bildung der Kinder oder den Aufbau eines kleinen Unternehmens investiert. Viele Migranten kehren zudem nach einiger Zeit in ihr Herkunftsland zurück. Sie bringen oft Wissen, Kontakte und neue Sprachkenntnisse mit, die sich wirtschaftlich auszahlen können. Solche positiven Effekte für die Entwicklung ärmerer Länder sind jedoch nur realisierbar, wenn die Migranten in der Ferne Arbeit finden. Diese Chance aber wird vielen Flüchtlingen in Europa verweigert. Wer in der Diaspora von Sozialleistungen leben muss, nutzt weder der aufnehmenden Gesellschaft, noch kann er zur Stabilisierung seiner Heimat etwas beitragen.

Mehr noch als die Flüchtlinge sind Arbeitsmigranten Hoffnungsträger für ihre Herkunftsländer. In den Philippinen werden sie als "nationale Helden" regelrecht gefeiert. Während der geburtschwache Westen mobile Fachkräfte aus dem Ausland in Zukunft dringend braucht, kann die Dritte Welt ihrem Nachwuchs nicht genug Jobs bieten.

Migration ist die beste Hilfe

Migration ist deshalb für beide Seiten von Vorteil: Weder bluten die Entwicklungsländer aus, noch droht uns eine Überfremdung.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 4, 2015

End of Document

Wasser auf die Mühlen der EU-Gegner; In Großbritannien sehen sich Befürworter eines Brexits durch die Flüchtlingskrise in Europa bestätigt. Referendum vielleicht schon im April

Die Welt

Donnerstag 3. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 205

Length: 1051 words

Byline: Thomas Kielinger

Body

London

Die europäische **Flüchtlingskrise** hat inzwischen mit voller Wucht die britische Insel erreicht, mit weitreichenden Folgen für die EU-Politik David Camerons. Der Premierminister gerät unter vermehrten Druck aus Europa, sich mit den Partnerländern in der EU solidarisch zu erklären und eine höhere Quote von **Asylanten** auf der Insel zuzulassen. Einerseits ist das Bewusstsein in der Bevölkerung für diese große auch moralische Herausforderung durchaus vorhanden. Aber die Immigrationsdebatte, seit Jahren schon auf einem Siedepunkt, würde andererseits durch vermehrten Zuzug von **Asylanten** weiter angeheizt und die Frage der britischen EU-Zukunft damit ins Ungewisse tauchen. Aus dieser Zwickmühle scheint Cameron nicht so schnell herauszukommen.

Auf große Resonanz in den Medien stieß eine Äußerung des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann. Er drohte damit, Ländern, die nicht genügend zu Lösung der **Asylproblematik** beitragen, Mittel aus dem EU-Strukturfonds zu verweigern - und nannte explizit Großbritannien. Faymann deutete an, er werde das Paket an EU-Reformvorschlägen, die Cameron aushandeln will, "blockieren", wenn London sich in der **Asylfrage** sperre. Der "Daily Telegraph" zitierte ihn mit dem Satz: "Wenn ich an die Briten denke, die ihren eigenen Katalog an Forderungen haben - warum sollten wir irgendetwas ihnen zuliebe tun? Denn Solidarität, das muss man sagen, ist keine Einbahnstraße."

Ähnlich argumentiert auch Stephan Mayer, Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in einem Interview mit der "Times". "Die riesige Herausforderung der Flüchtlingsproblematik könnte zu vielen Veränderungen in den bilateralen Beziehungen innerhalb der EU führen", sagte Mayer dem Blatt. "Wenn die britische Regierung weiter an ihrer Position festhält, dass sie in dieser großen Aufgabe nicht zum Club gehört, der sich die Lasten aufteilt, so könnte das den bilateralen deutsch-britischen Beziehungen einigen Schaden zufügen und auch dem Ehrgeiz Camerons, erfolgreich mit der EU zu verhandeln, was die Frage fortgesetzter Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU angeht." Er habe immer viel Verständnis und Sympathie für die spezifisch britische EU-

Wasser auf die Mühlen der EU-Gegner In Großbritannien sehen sich Befürworter eines Brexits durch die Flüchtlingskrise in Europa bestätigt. Referendum vielleicht....

Rolle gehabt, fügte der Abgeordnete hinzu, "doch wir haben jetzt eine solche humanitäre Katastrophe vor uns, da habe ich kein Verständnis und keine Sympathie mehr für Positionen, die nur ihr jeweils eigenes Land im Auge behalten".

Entgegenkommender als die Tory-Regierung zeigte sich Yvette Cooper, eine Kandidatin für den Vorsitz der Labour-Partei, während einer Rede in London. Sie schlug die Zahl von 10.000 Asylanten vor, die Großbritannien kurzfristig bei sich aufnehmen sollte. Auch eine Sprecherin der walisischen Partei Plaid Cymru erinnerte an die Jahrhunderte alte britische Tradition der Aufnahme von Verfolgten und verlangte entsprechendes Umdenken der Londoner Zentralregierung. In diesem Zusammenhang erfreut sich derzeit Deutschland in großen Teilen der britischen Gesellschaft ausnehmender Hochachtung, weil es heute praktiziert, was die Insel in ihrer Geschichte immer vorbildlich vorgeführt hat. Ein Sympathiebonus.

Britische Euro-Skeptiker dagegen sehen in der Krise ein weiteres Argument für einen Brexit, den Auszug Großbritanniens aus der EU. So etwa der Europaabgeordnete Daniel Hannan, weithin bekannt für seine prinzipielle Anti-EU-Haltung. "Um Himmels willen, wir müssen die Grenzen dichtmachen", lautet die Überschrift seines Beitrags für die "Daily Mail". Europa sei insgesamt mit seinen offenen Grenzen überfordert, das Schengensystem müsse beendet werden. Großbritannien gehört zwar nicht zu dem im Jahr 1995 eingeführten Schengenraum, bekomme aber die Folgen der Freizügigkeit seit Langem zu spüren. In Calais brach erneut die Zugverbindung zur Insel zusammen, weil einige Migranten sich auf das Dach eines Fernzuges geschlichen hatten, was zum zeitweiligen Stopp des Kanaltunnelverkehrs führte.

Die Asylproblematik ist aber nicht das einzige Thema, das neue Schatten auf das britischen EU-Referendum im kommenden Jahr wirft. So hat die Cameron-Regierung jetzt einem Vorschlag der Wahlkommission zugestimmt und den Wortlaut der Frage geändert, die bei der Volksabstimmung gestellt werden wird. Bisher hieß es: "Sollte das Vereinigte Königreich ein Mitglied der Europäischen Union bleiben?" Kritiker hatten bemängelt, diese Formulierung suggeriere einen zu starken Drall zur Antwort Ja. Die jetzt gefundene Neufassung dagegen stellt explizit eine Alternative zur Wahl: "Sollte das Vereinigte Königreich ein Mitglied der Europäischen Union bleiben oder die Europäische Union verlassen?" Damit will man jeder Verwirrung der Sachlage vorbeugen.

Aus Regierungskreisen ist zu hören, dass man als mögliches Datum der Volksabstimmung vielleicht sogar schon den kommenden April ins Auge fassen könnte. Eine frühe Abstimmung kommt der Downing Street auch deshalb entgegen, weil man nach der Wahl des neuen Labour-Vorsitzenden - das Ergebnis soll am 12. September bekannt gegeben werden - mit einer zerrissenen Labour-Partei rechnet, die sich leicht durch die Argumentation der Regierung, wie immer diese ausfällt, in den Schatten stellen lassen. Freilich hat Cameron in diesen Tagen mit einer Entscheidung einen weiteren Kotau vor den Euro-Skeptikern vollzogen: In den entscheidenden sechs Wochen des Wahlkampfes vor dem Referendum sollen keine Steuergelder zur Verfügung stehen, um für die Position der Regierung zu werben.

In die Debatte um die britische Rolle in der Union hat sich gestern auch der frühere Außenminister David Owen eingeschaltet, einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei (SDP). In einer überarbeiteten Fassung seines Buchs "Europe Restructured" setzt er sich vehement für eine Zweiteilung Europas in eine "immer engere Union" und eine (übrige) Gemeinschaft ein. Die Euro-Zone könne nur durch eine straffere Integration funktionieren, während die übrigen nicht Euro-gebundenen Länder, darunter natürlich Großbritannien, die "Europäische Gemeinschaft" bildeten, zusammengehalten als Freihandelszone. Nur so, mit dieser Teilung, könne das europäische Projekt überhaupt überleben. Cameron verhandle viel zu zaghaft und minimalistisch, argumentiert Owen. Auf einer solchen Basis, so Owen, könne er sich nur vorstellen, beim Referendum mit Nein zu stimmen.

Original Gesamtseiten-PDF

Wasser auf die Mühlen der EU-Gegner In Großbritannien sehen sich Befürworter eines Brexits durch die Flüchtlingskrise in Europa bestätigt. Referendum vielleicht....

dpa/Yoan Valat

Ein Migrant versucht, vom französischen Calais nach Großbritannien zu gelangen

Yoan Valat

Load-Date: September 3, 2015

End of Document

Zu Deutschen machen, aber wie?; Sprachunterricht für Flüchtlinge ist viel mehr, als es den Anschein hat. Nämlich Übung in Demokratie und Kultur des Aufnahmelandes. Eine ehrenamtliche Deutschlehrerin erzählt

Die Welt

Mittwoch 30. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 228

Length: 1311 words

Byline: Eva Quistorp

Body

Wie macht man **Flüchtlinge** zu Deutschen? Als ehemalige Deutschlehrerin und Kennerin der kleineren **Flüchtlingswellen** der letzten Jahrzehnte weiß ich, wie schwer der Sprachunterricht für Zugewanderte und **Flüchtlinge** sein kann: Deutschunterricht muss den großen sozialen, politischen und kulturellen, damit auch religiösen Graben gegenseitiger Unkenntnis überwinden helfen. Nun bin ich seit einigen Wochen eine von Hunderttausenden Ehrenamtlichen in Deutschland, die versuchen, den **Flüchtlingen** aus Nordafrika und dem Nahen Osten Deutsch beizubringen, mit ihnen zu reden, ihnen zuzuhören. In dem Berliner **Flüchtlingshaus**, in dem ich arbeite, gibt es einen Moscheeraum, einen Spielraum, ein Frauenzimmer und inzwischen unzählige Pakete von Buchhandlungen, die Wörterbücher Deutsch-Arabisch oder alle möglichen Kinderbücher schenken, von Astrid Lindgren bis zu Barbie. In meinem Haus wohnen 850 vor allem junge Männer, von denen aber nur um die 100, einige wenige Frauen und einige Kinder unregelmäßig zu den drei freiwilligen Deutschkursen, die wir dreimal täglich anbieten, kommen. Es wird eine Anstrengung für die nächsten 15 Jahre sein, und damit werden die eigentlichen Krisen noch nicht einmal gelöst sein. Die Aufgaben, vor denen alle im Lande und nicht nur die hilfsbereiten Bürgerinnen stehen, möchte ich an einem Beispiel klarmachen: Am Heft "Deutschkurs für **Asylbewerber**. Thannhauser-Modell", das tausendfach in allen **Flüchtlingsheimen** verteilt wird. Es basiert auf dem Konzept "Erstorientierung und Deutschlernen für **Asylbewerber**" des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge**.

Zuerst war ich froh, endlich einmal ein einfaches, klares, freundliches Heft für den Deutschunterricht zur Verfügung zu haben. Welches kulturelle und demokratische Selbstverständnis der Deutschen, welcher Sinn ihres Lebens, welche Gründe für das Engagement und für das Asylrecht aber werden vermittelt, wenn die ersten Sätze - "Ich heiße Mohammed, ich komme aus Syrien, ich gehe einkaufen" - erst einmal gelernt sind? Wo es um "Körper" und "Gesundheit" geht, wird das Wort "Brust" mit dem Bild einer nackten Männerbrust gelernt. Danach kommt das "Gesicht" am Beispiel einer strahlend lächelnden Merkel: Lippen, Mund, Stirn, Zähne ... Dann der Satz: "Das ist unsere Bundeskanzlerin." Dass Frau Merkel keine Kinder hat, geschieden ist, Protestantin und wieder verheiratet,

Zu Deutschen machen, aber wie? Sprachunterricht für Flüchtlinge ist viel mehr, als es den Anschein hat.
Nämlich Übung in Demokratie und Kultur des Aufnahmelande....

aus der DDR kommt, wird nicht erwähnt, eher scheint sie unsere "Kaiserin" zu sein. So viel zu Frauenrechten und Demokratie. Wenn ich soweit bin im Kurs, werde ich mir wohl die Freiheit nehmen zu erklären, was der deutsche Bundestag, die Parteien, die Wahlen, das Grundgesetz bedeuten. Das Wort "Flucht" kommt in dem Heft so wenig vor wie "Krieg" oder "Frieden", "Diktatur" und "Terror" oder die wesentlichen Worte für Trauer, Leid, Freude, Lachen, Weinen, Trösten, Die-Hand-Geben, Küssen, Toleranz, Barmherzigkeit, Mitleid, Verantwortung, Pflicht. Dafür aber alle Worte, die jeder zum Einkaufen von Kleidung braucht, obwohl doch Kleidung zur Zeit vor allem gespendet wird! Bei den Berufen, die gelernt werden, kommen der Lehrer, der Pfarrer, der Maurer, der Automechaniker, der Altenpfleger, dann erscheinen plötzlich Putzfrau und Putzmann. Putzmann? Draußen im Hof werfen Kinder Plastikmüll weg, sogar Brot liegt auf dem Boden. Die meisten zucken mit den Schultern, der globale Ausdruck für: "Nicht mein Problem, ich bin nicht verantwortlich." Keiner der Älteren zeigt, wie man putzt oder Abfälle in den Mülleimer wirft, es kommt ja täglich eine Putzfirma. Am Ende gibt sich das Heft Mühe, auf das umweltbewusste Deutschland vorzubereiten - mit einer Seite: "Wir schützen gemeinsam unsere Erde". Ein sauberer Hof wäre schon ein Anfang

Und wie lernen die Hunderttausenden von jungen muslimischen Männern, wie man eine Frau kennenlernt, wie man sie behandelt, was Respekt, was Liebe ist? Was ist Arbeitsdisziplin, was Kollegialität? Was ist Ordnung, Polizei, was sind Gesetze und Regeln? Nicht unwichtig für die, die aus zerfallenden Staaten kommen, die gelernt haben, sich illegal durchzusetzen und im Handgemenge, mit Steinewerfen und Zughalten nach Deutschland zu kommen. Wie sie ohne all dies zu Deutschen machen, Frau Merkel, Herr Gauck? Und zu welchen Deutschen? Helle wohl. Die entscheidende Frage ist dabei doch, was uns elementar wichtig ist an kulturellen und geistigen Traditionen? Der Supermarkt kann doch nicht der Kern unseres Wesens sein!

Woran ich mich am meisten störe, ist das Thema Behörden, Religion und Brauchtum auf Seite 36 und folgende. Das Asylverfahren wird auf einem sehr detaillierten, komplexen Sprachniveau mit Begriffen wie Anerkennung, befristeter Erlaubnis und Duldung erklärt. Doch es wird nicht einmal klargemacht, dass dies Teil des Grundgesetzes ist und wann und warum das geschaffen wurde. Auch die elementare Frage der Integration, wie wir es mit Religion und Brauchtum halten, bleibt auf nichtssagendem Niveau. Schockiert war ich, als ich feststellte, dass für Deutschland, Europa und die Welt nur zwei Religionen angegeben sind, das Christentum und der Islam: Auf Seite 37 wird zwar zu Christen und Muslimen geschrieben: "Gemeinsam geht es besser." Doch bei der Gemeinsamkeit fehlen ausgerechnet die Juden! Überhaupt fehlt jeder Hinweis auf das Judentum. Wie kann es passieren, dass das niemandem im Bundesamt für Migration oder im Bayerischen Staatsministerium aufgefallen ist? Soll unser Deutsch ausgerechnet jetzt, wo fast eine Million Muslime aus dem Nahen Osten kommt, ohne Judentum und ohne Juden stattfinden? Ist es ein Ergebnis der faulen oder der blinden Toleranz? Wo wird im Deutschunterricht und bei den vielen Angeboten für Flüchtlinge der säkulare Staat, die Freiheit der Meinung und die Beschränkung von Hassreden in Deutschland erklärt und das besondere Verhältnis zu Israel? Wie wird es geübt? Nicht in den Parallelgesellschaften oder den kriminellen Clans, die wir ja schon haben. Oder wollen wir nur Konsumenten in Supermärkten, Jobber im Billiglohnbereich und ein paar moderate und gebildete Aleviten oder Kurden?

Es sollte den Ehrenamtlichen die Freiheit gegeben werden, die Schwachstellen der Arbeitshefte und Curricula schnell zu korrigieren, damit Frauenrechte, Minderheitenrechte und die Kritik am Antisemitismus wie am Rassismus von Anfang an begriffen werden. Damit die Hunderttausenden aus den Kriegs- und Flüchtlingslagern in einem liberalen, demokratischen Land zurechtkommen - mit verschiedenen Religionen und Kulturen, mit Kabarett und Satire, ja, auch mit Sexshops und Nachtclubs. Wie gelingt das? Wie erträgt man so viel Verschiedenheit und Individualismus? Was lernen die Flüchtlinge im Internet über uns? Wie sollen sie sich das Durcheinander erklären? Auch mit Besuchen von Kirchen, Synagogen, Museen, Theatern, Opern, Sportplätzen - auf denen auch Mädchen Fußball spielen. Einige Flüchtlingsinitiativen rekrutieren linksradikale Kämpfergruppen, andere versorgen und alimentieren nur, statt Eigenverantwortung zu aktivieren. Deutsch zu lernen ist aber soziales, kulturelles und demokratisches Üben. Es muss mit dem Lernen von Streitkultur und Kompromissen, von Konfliktfähigkeit einhergehen und damit, Frustrationen auszuhalten und Leiderfahrungen gewaltfrei zu verarbeiten.

Mit den Mädchen und Jungs übe ich unterdessen Seilhüpfen, die Kinder haben letzts bei einem kleinen Fest gelernt, ihre Gesichter anzumalen. Tanzen, Singen sind elementare Formen der Verständigung, und am liebsten würde ich auch einen Kinder- und Flüchtlingschor gründen. Neulich erlitt ich Prellungen und musste humpeln. Ein

Zu Deutschen machen, aber wie? Sprachunterricht für Flüchtlinge ist viel mehr, als es den Anschein hat.
Nämlich Übung in Demokratie und Kultur des Aufnahmelande....

junger Afghane sah das, kam angerannt und trug mich die Treppe hinunter. Verwundert beobachtet von seinen Landsleuten.

Die Autorin (70) ist Gründungsmitglied der Grünen und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Laif/Plambeck

Plambeck/laif

Load-Date: September 30, 2015

End of Document

Migranten sind keine Konkurrenz für Arbeitslose; BA-Chef: Wir brauchen qualifizierte Zuwanderer

Die Welt

Montag 5. Januar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 3

Length: 571 words

Byline: Stefan Von Borstel

Body

Gut qualifizierte Zuwanderer nehmen nach Einschätzung von Bundesagentur-Chef Frank-Jürgen Weise Langzeitarbeitslosen in Deutschland keine Arbeitsplätze weg. "Die Zuwanderer kommen oft mit einer guten Qualifikation und motiviert nach Deutschland", sagte Weise der "Welt". "Sie wollen als Fachkraft arbeiten, und hier haben wir auch viele offene Stellen." Wenn es gelinge, offene Stellen für Fachkräfte zu besetzen, dann könne dies auch zum Entstehen weiterer Stellen führen: "Ein Projektleiter braucht Teamassistenten, und Aufträge werden hierzulande realisiert, die sonst möglicherweise ins Ausland gegangen wären."

Die Debatte über den wirtschaftlichen Nutzen von Zuwanderung hatte zuletzt Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts, befeuert. Er kritisierte die Regierung für ihre Zuwanderungspolitik scharf. "So wie die Migration derzeit läuft, läuft sie falsch", schrieb Sinn in einem Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Einer neuen Berechnung nach koste ein Migrant den Staat 1800 Euro im Durchschnitt mehr im Jahr, als er einbringe. Dies errechneten die Ifo-Wissenschaftler auf Basis einer aktuellen Bertelsmann-Studie, die sie aber um nicht berücksichtigte Ausgaben ergänzten. Auch sie komme letztlich zu einem negativen Ergebnis mit einem "impliziten Finanzierungsdefizit" in Höhe von 79.100 Euro je Migrant über die gesamte Zeit, so Sinn. Seine Schlussfolgerung: "Angesichts dieser Verhältnisse sollte nun endlich eine ideologiefreie und nicht vom Streben nach politischer Korrektheit getriebene Debatte über die Migrationspolitik beginnen." BA-Chef Weise sieht das anders. "Wir brauchen Zuwanderer", betonte er. Allerdings würden diejenigen, die aus Südeuropa kommen, nicht alle dauerhaft in Deutschland bleiben. "Wenn die Wirtschaft in ihren Ländern anspringt, werden sie dort gebraucht und viele von ihnen zurückkehren." Alleine aus Zuwanderung werde der Fachkräftebedarf aber nicht zu decken sein, warnte Weise. "Wir brauchen zusätzlich die längere Erwerbstätigkeit von Älteren, eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und natürlich vor allem die Integration der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt." Er sprach sich auch dafür aus, dass nach Deutschland geflüchtete Asylbewerber möglichst rasch Deutsch lernen können. Es sei wichtig, dass ihre Schulabschlüsse schnell anerkannt werden. "Bei den Asylbewerbern steht für mich die humanitäre Frage im Vordergrund", sagte er.

Migranten sind keine Konkurrenz für Arbeitslose BA-Chef: Wir brauchen qualifizierte Zuwanderer

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist im vergangenen Jahr voraussichtlich um 500.000 Stellen gewachsen, die Arbeitslosenzahl lag Anfang Dezember aber nur um knapp 90.000 unter der des Vorjahrs. Die neu geschaffenen Stellen werden vor allem mit Zuwanderern sowie Älteren und Frauen aus der sogenannten "stillen Reserve" besetzt. Nach Schätzungen dürften im vergangenen Jahr erneut rund 500.000 Zuwanderer nach Deutschland gekommen sein, die meisten aus Europa. Deutschland ist damit nach den USA das zweitbeliebteste Einwanderungsland. Für 2015 rechnet das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um nur noch 22.000. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze soll dabei kräftig um 430.000 wachsen. Die Zahl der Zuwanderer wird in diesem Jahr bei 450.000, etwas weniger als 2014, prognostiziert.

"Wenn die Wirtschaft in ihren Ländern anspringt, werden viele zurückkehren" Frank-Jürgen Weise, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit

Graphic

dpa/Maurizio Gambarini

Maurizio Gambarini

Load-Date: January 5, 2015

End of Document

Migranten denken politisch eher links; Eine Studie zeigt, mit welchen Parteien Einwanderer sympathisieren. Die Ergebnisse dürften vor allem die SPD freuen

Die Welt

Donnerstag 17. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 270

Length: 1025 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Das politische Herz der meisten Migranten in Deutschland schlägt links. Das ist das Kernergebnis des Integrationsbarometers des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Als "Partei ihrer Wahl" nennen Zuwanderer demnach an erster Stelle die SPD (40,1 Prozent). Dann folgen Union (27,6 Prozent), Grüne (13,2) und Linke (11,3).

Das Ergebnis überrascht, weil bisherige Umfragen zum Wahlverhalten der Zuwanderer grob zusammengefasst ergaben: Türkeistämmige stimmen für die Sozialdemokraten - Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten sind hingegen eine Unionsbastion. Die übrigen Parteien fallen nicht weiter ins Gewicht. Doch diese relativ gleichmäßige Aufteilung der beiden großen Migrantengruppen auf die Volksparteien ist kräftig ins Wanken geraten. Während die SPD laut SVR-Integrationsbarometer bei den Türkeistämmigen immer noch die mit Abstand beliebteste Partei (69,8 Prozent) ist, zeigt sich bei den Spätaussiedlern dagegen in der traditionellen Zustimmung zur CDU/CSU ein regelrechter Einbruch.

Zwar finden die Unionsparteien in dieser Gruppe nach wie vor am meisten Zuspruch, aber es sind nur noch etwas mehr als 45 Prozent, die der Union zuneigen; zwischen 2000 und 2008 waren es noch rund 65 Prozent. Stabil ist die Zustimmung der Spätaussiedler zur SPD. Diese bevorzugt nach wie vor etwa ein Viertel.

Linke (11,5 Prozent), AfD (9,5) und Grüne (8,2) sind bei den Spätaussiedlern inzwischen ähnlich beliebt wie in der Gesamtbevölkerung. Den Aufstieg der AfD bildet die Umfrage nicht ab: Die mehr als 5000 Befragungen fanden vor dem August 2015 statt - zu einer Zeit, als die rechte Partei noch nicht so großen Zulauf hatte wie heute.

Die Aussiedler bilden insgesamt noch die größte Gruppe unter den eingebürgerten Migranten; deswegen schlagen sich ihre Parteipräferenzen am stärksten auf tatsächliche Wahlergebnisse nieder. Dass sie in den 90er-Jahren zunächst stark den Unionsparteien zuneigten, lässt sich durch die aussiedlerfreundliche Politik der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP erklären. Die Türkeistämmigen hingegen tendieren unverändert deutlich

Migranten denken politisch eher links Eine Studie zeigt, mit welchen Parteien Einwanderer sympathisieren. Die Ergebnisse dürften vor allem die SPD freuen

zum linken Parteienspektrum. Die Grünen kommen in dieser Gruppe auf 13,4 Prozent, die Linke auf 9,6 Prozent. Neun von zehn Türken bevorzugen also - einschließlich der rund 70 Prozent für die Sozialdemokraten - eine Partei links der Mitte.

Der SPD halten diese Migranten besonders zugute, dass sie sich für die doppelte Staatsangehörigkeit und einen erleichterten Familiennachzug eingesetzt hat. Die Union steht vielen Türkeistämmigen zwar in der Familienpolitik näher. Doch die von ihr befeuerten Leitkulturdebatten und die traditionelle und jetzt wieder aufkommende Ablehnung des Doppelpasses sind nicht im Interesse jener Türkeistämmigen, die sich stark mit ihrer Herkunft identifizieren. Im SVR-Integrationsbarometer bilden die "Zuwanderer aus der übrigen Welt" die vielfältigste Herkunftsgruppe; hier sind Zuwanderer aus fast 100 verschiedenen Ländern außerhalb der EU - und ohne Türkei - zusammengefasst. Auch sie bevorzugen die SPD (39 Prozent). Die Union liegt mit 19 Prozent nur leicht vor Grünen (16,9 Prozent) und Linkspartei (15,4).

Die Studienautoren vermuten, dass Zuwanderer der Herkunftsgruppe "übrige Welt" auch deshalb nach links tendieren, "weil sie wegen ihres Aussehens und ihrer Zugehörigkeit zum islamischen Glauben besonders häufig Benachteiligung und Diskriminierung erleben. Denn diese Parteien setzen sich traditionell stärker für eine chancengleiche Teilhabe von Zuwanderern ein". Diese Vermutung gelte auch für Türkeistämmige. Der hohe Zuspruch, den das linke Parteienspektrum bei den Zuwanderern aus der "übrigen Welt" finde, könne darüber hinaus mit dem beruflichen Status zusammenhängen. So sei etwa anzunehmen, dass die Befragten in dieser Gruppe häufiger unsicherer und gering bezahlt beschäftigt sind.

Bemerkenswert ist auch eine Auswertung nach Religionszugehörigkeit: Von den muslimischen Befragten aus diesen Staaten außerhalb der EU und der Türkei sympathisieren rund 63 Prozent mit der SPD und nur neun Prozent mit der Union. Dies ist eine Parallele zu den meist muslimischen Türkeistämmigen. Die christlichen Zuwanderer aus der "übrigen Welt" bevorzugen dagegen zu 32 Prozent die SPD (und immerhin zu 24 Prozent die Union). Bei den kleineren Parteien zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede nach Religion.

EU-Zuwanderer, die bis zum Jahr 2000 nach Deutschland zugewandert oder in der Bundesrepublik geboren sind, ziehen laut Umfrage Rot-Grün vor. EU-Neuzuwanderer, die meist aus osteuropäischen Ländern wie Polen, Bulgarien oder Rumänien kommen und traditionell konservativer sind, neigen eher den Unionsparteien zu.

Die Studienautoren weisen auf den sich beschleunigenden Wandel der Gesellschaft hin: Durch die schrumpfende deutschstämmige Bevölkerung und anhaltend hohe Nettozuwanderung ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund (17 Millionen) auf 21 Prozent gestiegen. Gut die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Hintergrund ist die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000. Seither kann die Einbürgerung schon acht Jahre nach Einreise erfolgen, zuvor lag die Mindestaufenthaltsdauer bei 15 Jahren. Außerdem wurde das Abstammungs- durch das Geburtsortprinzip erweitert. Die Studienautoren prognostizieren, dass "auch die aktuelle hohe Fluchtmigration und die damit verbundene Zunahme von Zuwanderern aus der "übrigen Welt" bewirken könnte, dass sich die "Parteineigungen insgesamt verschieben". Zuwanderer dieser Herkunftsgruppe tendierten bisher stärker als Personen ohne Migrationshintergrund zum linken Parteienspektrum.

Ob dies auch für die Gruppe der jüngst nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge gelte, lasse sich indes noch nicht sagen. Denn viele von ihnen verknüpften ihre Chance, nach Deutschland zu kommen und hier einen Asylantrag zu stellen, mit der Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel von der CDU. "Sofern sich ihre Aufenthalte verfestigen und sie eingebürgert werden, können sie in nicht allzu ferner Zukunft den Ausgang von Wahlen in Deutschland mitentscheiden."

Original Gesamtseiten-PDF

Migranten denken politisch eher links Eine Studie zeigt, mit welchen Parteien Einwanderer sympathisieren. Die Ergebnisse dürften vor allem die SPD freuen

AFP/Getty Images/TOBIAS SCHWARZ

Die Zeiten, als viele Migranten noch mit der Union sympathisierten, scheinen vorbei. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) besucht einen Deutschkurs

TOBIAS SCHWARZ

Load-Date: November 17, 2016

End of Document

Warum darf man nicht abschieben, Frau Düker?

Die Welt

Samstag 17. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Nachgefragt; S. 6; Ausg. 296

Length: 377 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Die Abschiebung abgelehnter **Asylbewerber** nach Afghanistan belastet die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen. Monika Düker, 53, ist deshalb als **flüchtlingspolitische** Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion zurückgetreten.

Die Welt:

Frau Düker, warum haben Sie die Funktion der flüchtlingspolitischen Sprecherin in der Grünen-Landtagsfraktion aufgegeben?

Mit der Sammelabschiebung, an der sich das nordrhein-westfälische Innenministerium beteiligt hat, war für mich persönlich eine rote Linie überschritten. Es waren 13 Personen aus NRW für den Flug angemeldet worden. Das hat die Zahl der bisherigen Einzelabschiebungen von Straftätern deutlich überstiegen. Ich wusste auch bis zum Schluss nicht, um welche Personen es sich handelt. Aus meiner Sicht ist es derzeit menschenrechtlich nicht verantwortbar, Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchzuführen.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen betont, dass es sichere Regionen in Afghanistan gebe. Worauf stützen Sie sich?

Auch wenn es Sie überrascht, ich stütze mich auf einen geltenden Beschluss der Innenministerkonferenz. 2015 hat die IMK den Bund gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR und der IOM sicherzustellen, dass bei Rückführungen auch für die Sicherheit der Betroffenen gesorgt wird. Der Bundesinnenminister ist dieser Aufforderung bisher nicht nachgekommen, wie die Sicherheit der Menschen gewährleistet ist, nachdem sie in Kabul angekommen sind. Die Menschen sind auf sich allein gestellt. Aufgrund dieser fehlenden Informationen lehnt der Innenminister von Schleswig-Holstein eine Sammelabschiebung ab.

Bei einem Teil der Abgeschobenen handelt es sich um verurteilte Straftäter. Was soll mit denen passieren?

Warum darf man nicht abschieben, Frau Düker?

Es ist ja nicht so, dass es bisher überhaupt keine Abschiebungen nach Afghanistan gab. Über schwierige Einzelfälle kann man immer sprechen. Wir haben als Grüne in NRW Einzelabschiebungen mitgetragen. Das waren in diesem Jahr drei. Diese Fälle waren in sich begründet, weil es sich um Straftäter handelte, die eine Gefahr für die Sicherheit darstellen und die ihre Strafe verbüßt haben. Das ist eine eingegrenzte Zielgruppe. Das ist weiterhin legitim. Es handelt sich um alleinreisende, männliche Personen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PA/ dpa/ Balk

Matthias Balk

Load-Date: December 17, 2016

End of Document

Kirchenasyl wird zum Dauerzustand; Viele Gemeinden sind bereit, noch mehr Menschen vor Abschiebung zu retten

Die Welt

Freitag 18. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 295

Length: 607 words

Byline: Matthias Kamann

Body

Ist das hoch oder niedrig? Für hoch kann man die kaum gesunkene Zahl von Kirchenasylen halten, wenn man bedenkt, wie großzügig sich Deutschland derzeit gegenüber **Flüchtlingen** zeigt. Warum muss man ihnen da noch Unterschlupf in kirchlichen Räumen gewähren und sie so vor der Abschiebung durch Behörden schützen? Die zu 90 Prozent eine Abschiebung in ihr jeweiliges EU-Erstaufnahmeland ist.

Dennoch verharrt deren Zahl auf dem Niveau, auf dem sie nach Angaben der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl Mitte 2015 nach sprunghaftem Anstieg ankam: Von 79 Fällen mit insgesamt 162 Personen (2013) auf 291 Kirchenasyle mit 488 Personen (Juli 2015). Jetzt im Dezember beträgt die Zahl der Fälle immer noch 278, was 453 Menschen betrifft, 102 davon Kinder.

Man kann das aber auch anders deuten. Die Zahl sei gering im Verhältnis zur gesamten Zahl der Flüchtlinge, sagt Dietlind Jochims der "Welt". Dies zeige, dass sich die Gemeinden beim Kirchenasyl auf besondere Härtefälle konzentrieren. Die Pastorin ist Flüchtlingsbeauftragte der evangelischen Nordkirche in Hamburg und Vorstandscheffin von Asyl in der Kirche. Nach ihrer Einschätzung gibt es Härtefälle auch bei Syrern. Diese bilden die größte Gruppe der Menschen im durchschnittlich sechs Monate lang dauernden Kirchenasyl, gefolgt von Afghanen, Iranern und Eritreern. Jochims beschreibt diese Fälle so: "Traumatisierte und körperlich schwer erkrankte Bürgerkriegsflüchtlinge, die gar nicht reisefähig sind und dringend einer Behandlung bedürfen, drohen in Erstaufnahmeland wie Ungarn oder Bulgarien abgeschoben zu werden, obwohl diese Menschen dort vorher bei der Flucht auf der Balkanroute tagelang inhaftiert worden waren und weder Nahrung noch medizinische Behandlung erhalten hatten."

Bekämen diese Menschen nun aufgrund der Dublin-Regeln in Deutschland einen Abschiebebescheid für Ungarn oder Bulgarien, dann könne "es notwendig werden, durch ein Kirchenasyl Zeit zu gewinnen". Nämlich Zeit, "um medizinische Gutachten oder auch fehlende Dokumente nachzureichen, auf deren Basis die deutschen Behörden unter Umständen anders zu entscheiden hätten". Dies gelte umso mehr, als nach neuer Gesetzeslage

Kirchenasyl wird zum Dauerzustand Viele Gemeinden sind bereit, noch mehr Menschen vor Abschiebung zu retten

Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden dürfen. Also eventuell gar keine Zeit und keine Möglichkeit mehr bleiben.

Die Behörden über die Besonderheiten und Schwere der Fälle zu informieren, ist beim Kirchenasyl mittlerweile zur Regel geworden. Im Gegenzug erklärte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seine Bereitschaft, das Kirchenasyl grundsätzlich nicht infrage zu stellen und keine zusätzlichen juristischen Hürden dagegen zu errichten. Grundlage ist eine im Frühjahr geschlossene Vereinbarung, die nach einer Mitteilung von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des BAMF fortgesetzt werden soll, nach einer "durchweg positiven Bewertung".

Allerdings wollen sich die beiden großen Kirchen die Möglichkeit des Asyls weiter offenhalten. Diese gelte besonders wegen der bereits beschlossenen oder noch geplanten Änderungen am Asylrecht. Kritisiert werden vor allem die Ausdehnung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, deren Bürger sehr schnell abgeschoben werden können sowie die steigende Zahl der Rücküberstellungen in EU-Ersteinreiseländer. Als "skandalös" bezeichnet Jochims die Überlegungen in der großen Koalition, auch Teile von Afghanistan zu sicheren Herkunftsregionen zu erklären.

Zwar sei "noch nicht absehbar", sagt sie, "wie sich das auf die Zahl der Kirchenasyle auswirkt". Aber: "Klar ist bereits jetzt, welche große Angst und Verunsicherung die Maßnahmen auslösen."

Die Kirche konzentriert sich auf besondere Härtefälle

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 18, 2015

"Deutschland ist nicht frei von Egoismus"; Alexander Graf Lambsdorff über die Flüchtlingskrise, die Fehler der Bundesregierung und Ursachen der Migration

Die Welt

Donnerstag 3. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 205

Length: 1455 words

Byline: Thorsten Jungholt

Body

Es wird in diesen Tagen viel über den praktischen Umgang mit der **Flüchtlingskrise** geredet. Alexander Graf Lambsdorff, Vize-Präsident des EU-Parlamentes, denkt darüber ebenfalls nach. Aber der FDP-Politiker macht sich auch Gedanken über die Frage, wie sich die Ursachen der **Migration** bekämpfen lassen. Ein Gespräch über das Selbstbild Europas, Entwicklungshilfe und die Rolle des Militärs.

Die Welt:

Herr Lambsdorff, zuletzt mal wieder die Präambel des EU-Vertrags gelesen?

Alexander Graf Lambsdorff:

Hermann Höcherl hat einmal gesagt: Ich laufe nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herum. So geht es mir mit dem EU-Vertrag. Also: Nein.

Darin ist von einem Bekenntnis zum humanistischen Erbe Europas zu lesen, aus dem sich unveräußerliche Rechte des Menschen als universeller Wert entwickelt haben. Wenn man auf die Flüchtlingskrise blickt, muss man sagen: Papier ist geduldig.

Wenn wir den Bezug zu diesen universellen Werten verlieren, haben wir nicht mehr das Europa, das wir wollen. Von daher sollten einige Mitgliedstaaten in der Tat wieder einmal in die Präambel hineinschauen.

Es gibt auch geltendes Recht für ein geordnetes Asylverfahren. Bei der Verteilung von Flüchtlingen aber stehen sich viele Staaten aus der Verantwortung. Ein neuer Geist des nationalen Egoismus scheint an die Stelle von Solidarität zu treten.

"Deutschland ist nicht frei von Egoismus" Alexander Graf Lambsdorff über die Flüchtlingskrise, die Fehler der Bundesregierung und Ursachen der Migration

Das stimmt. Wir sehen, dass wir mit der EU der 28 in einer neuen Zeit leben. Der existenzielle Druck aus dem Kalten Krieg ist weg, jetzt muss Europa auch ohne äußeren Feind zusammenhalten. Dazu muss es neu begründet werden. Es wäre Aufgabe der deutschen Europapolitik, hierzu Konzepte zu entwickeln, aber aus dem Auswärtigen Amt oder dem Kanzleramt hören wir herzlich wenig dazu. Und auch Deutschland ist ja keineswegs frei von nationalem Egoismus. Die Bundeskanzlerin und der Innenminister haben sich über Jahre geweigert, die Hilferufe aus Italien und Griechenland zur Kenntnis zu nehmen. Lampedusa, Malta, Lesbos, Kos, all diese Tragödien sind ja nicht überraschend über uns gekommen. Die Südeuropäer haben oft darauf hingewiesen, dass Dublin nicht praxistauglich ist. Auch die FDP vertritt diese Position seit Langem. Deutschland aber hat Rom und Athen auf ausdrücklichen Wunsch der CDU immer und immer wieder die kalte Schulter gezeigt. Jetzt, bei der Verteilung der Flüchtlinge, ist der Egoismus anderswo ausgeprägter als bei uns. Aber das ändert nichts daran, dass diese Bundesregierung in den vergangenen Jahren eklatant versagt hat. Diese Krise war absehbar.

Wie lange geben sie dem Schengen-Raum noch, den offenen Grenzen?

Dieser Raum der Freiheit ist einer der größten Erfolge Europas, er muss uns noch lange erhalten bleiben. Dafür müssen wir allerdings an den Außengrenzen dafür sorgen, dass das Chaos der Fluchtbewegungen durch eine geordnete Zuwanderung abgelöst wird. Deshalb sind die Freien Demokraten für die Wiedereinführung der Visumpflicht für die Staaten des Westbalkan. Die Migranten aus diesen Ländern haben keinerlei realistische Chance, hier bleiben zu dürfen. Aber sie belasten die Aufnahmelager und die Verfahren. Die wirklich Schutzbedürftigen aus Bürgerkriegsländern wie Syrien leiden dann darunter. Gleichzeitig zur Visapflicht sollten die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesamt für Migration Mitarbeiter auf den Balkan entsenden, um qualifizierte Zuwanderer anzuwerben, die unsere Betriebe brauchen. Diese Leute würden dann nicht in Aufnahmelager einwandern, sondern in den Arbeitsmarkt.

Ungarn versucht, die Außengrenze mit einem Grenzzaun zu schützen. Sinnvoll?

Ich will die Ungarn hier nicht verurteilen, sie haben derzeit dreimal mehr Flüchtlinge pro Kopf zu bewältigen als wir in Deutschland. Statt mit Schaum vorm Mund auf Budapest einzuschlagen, wäre es hilfreicher, endlich eine realistische Balkanpolitik zu entwerfen. Ich verstehe nicht, wieso die Bundeskanzlerin gerade erst wieder in Serbien den EU-Beitritt als in naher Zukunft realistisch erreichbares Ziel in Aussicht gestellt hat - während gleichzeitig die Bürger zu Tausenden dieses Land verlassen, um bei uns eine bessere wirtschaftliche Zukunft zu suchen. Das gleiche gilt für Montenegro, Kosovo, Albanien und Bosnien. Für diese Länder braucht es eine Politik, die nicht mit Illusionen arbeitet, sondern mit Realismus.

Weitere Ursachen der Migration liegen in den zerfallenden Staaten Syrien, Libyen oder Irak. Wer in Europa kümmert sich eigentlich darum?

Die Lage in Syrien ist objektiv nicht unter Kontrolle zu kriegen, solange die Völkergemeinschaft aufgrund des russischen Vetos im UN-Sicherheitsrat nichts tun kann. Die Menschen werden bis auf Weiteres von dort aus zu uns kommen, um unseren Schutz in Anspruch nehmen. Sobald es eine Chance gibt, muss sie genutzt werden, um der geschundenen Bevölkerung endlich Erleichterung zu verschaffen.

Australien hat der EU vorgeworfen, sich zu wenig um Syrien und Irak zu kümmern. Außenministerin Julie Bishop verlangt militärisches Engagement Europas, um den Islamischen Staat zu bekämpfen.

Das zeigt, was die Welt von Europa erwartet. Frau Bishop blickt auf Europa als einen Kontinent, der wie ein Kaninchen vor der Schlange vor dieser extremistisch-totalitären Herausforderung hockt und kaum in der Lage ist, strategische Antworten zu geben - und schon gar keine militärischen. Europa kann aber nicht mehr nur über den großen Teich schielen und hoffen, dass Amerika es schon richten wird. Ich glaube auch, dass die Bekämpfung des IS auch militärisch erfolgen muss. Die FDP hat die Waffenlieferungen an die Peschmerga kritisiert, weil dieses Konzept schon in Afghanistan Anfang der 80er-Jahre gescheitert ist: Die Waffen gelangen irgendwann in falsche Hände. Besser wäre eine Beteiligung an den Luftangriffen, die immerhin sechzig Alliierte unter Federführung der Amerikaner fliegen.

"Deutschland ist nicht frei von Egoismus" Alexander Graf Lambsdorff über die Flüchtlingskrise, die Fehler der Bundesregierung und Ursachen der Migration

Eine weitere Quelle der Zuwanderung liegt in Afrika. Warum eigentlich? Wir fördern die Region seit Jahrzehnten mit Entwicklungshilfe.

Ich glaube, der entwicklungspolitische Ansatz der letzten Jahre muss überarbeitet werden. Es reicht nicht, in erster Linie mit Staatsregierungen zusammenzuarbeiten und auf ihre "ownership" für Entwicklungsprozesse zu setzen. Die Eliten vieler Länder, die von uns Entwicklungshilfe empfangen, sind korrupt. Das Geld versickert viel zu oft in dunklen Kanälen, das ist genau die Art der "ownership", die die Entwicklungshilfe nicht fördern sollte. Wichtiger wäre es, auf die zwischengesellschaftliche Ebene abzustellen. Soziale, politische und wirtschaftliche Projekte mit Partnern aus der Zivilgesellschaft bringen mehr als beispielsweise die sogenannte Budgethilfe, bei der wir den Regierungen das Geld quasi als Blankoscheck ausstellen. Diese Mittel kommen nie bei den wirklich Bedürftigen an, und dann suchen sie ihr Glück in Europa.

Was kann die EU praktisch tun?

Ganz wichtig ist, dass wir den Schleppern und Schleusern nicht die Kommunikationshoheit überlassen. Sie verbreiten gezielt die Lüge, der Weg nach Europa sei leicht, und am Ziel würden Milch und Honig fließen. Dagegen müssen wir Aufklärung vor Ort setzen, wie das die EU gerade in Niger versucht. Dort wurde eine zentrale Informationsstelle eingerichtet. Das ist sicher nicht die Lösung aller Probleme, aber es ist ein richtiger Ansatz.

Die EU will ihre Mittelmeermission ausweiten, die bislang mit Kriegsschiffen Flüchtlinge rettet. Nun sollen die Schlepper auch militärisch bekämpft werden. Kann das gelingen?

Der Einsatz der Marine ist kein Allheilmittel, denn das gibt es nicht. Aber wenn es richtig gemacht wird, kann es ein Beitrag zum besseren Umgang mit der Krise sein. Am Ende des Tages wird es nicht anders gehen, als Libyen zu stabilisieren. Da muss das europäische Engagement viel stärker werden. Da stehen Frankreich und Italien besonders in der Verantwortung, aber auch Deutschland muss helfen, Frieden zu schaffen.

Scheitert der Euro, scheitert Europa, hieß es in der Griechenland-Krise. Ist es an der Zeit, Euro durch Umgang mit Migration zu ersetzen?

Nein. Der Umgang mit der Flüchtlingskrise ist eine enorme Herausforderung, das sehen wir alle. Die Ehrlichkeit gebietet, zu sagen, dass es weder schnelle noch einfache Lösungen geben wird. Aber wir müssen das schaffen, denn es geht auch um das Selbstbild Europas. Mit Blick auf die Präambel des EU-Vertrags stellt sich die Frage: Schaffen wir es, dass statt nationaler Egoismen die gemeinsamen Werte im Vordergrund stehen? Anders gesagt: Retten wir Leben? Organisieren wir menschenwürdige Aufnahme? Schaffen wir eine faire Lastenverteilung? Gibt es Chancen für Menschen, die bei uns bleiben werden? Und schaffen wir eine europäische Politik, die erfolgreich Fluchtursachen bekämpft? Das sind die zentralen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen und die unseren ganzen Einsatz verlangen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Zoltan Balogh

Flüchtlinge stehen mit ihren Tickets vor dem geschlossenen Bahnhof in Budapest. Ihr Ziel ist Westeuropa

Zoltan Balogh

Load-Date: September 3, 2015

"Deutschland ist nicht frei von Egoismus" Alexander Graf Lambsdorff über die Flüchtlingskrise, die Fehler der Bundesregierung und Ursachen der Migration

End of Document

Mehrheit glaubt: "Wir schaffen das nicht"; In der Bevölkerung wachsen Zweifel am Vorgehen der Kanzlerin in der Flüchtlingskrise. Die Vorfälle in der Silvesternacht spielen eine große Rolle

Die Welt

Samstag 16. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 13

Length: 489 words

Body

Nach der Gewalt an Silvester in Köln wachsen in der Bevölkerung die Zweifel, ob Deutschland die **Flüchtlingskrise** bewältigen kann. Das ist das Ergebnis von zwei Umfragen. Im ZDF-"Politbarometer" ist erstmals eine klare Mehrheit von 60 Prozent der Ansicht, dass die Bundesrepublik die hohe Zahl an **Flüchtlingen** nicht verkraften kann. Im Dezember waren es nur 46 Prozent gewesen. Etwas weniger dramatisch sind die Zahlen des Deutschlandtrends der ARD: Hier bezweifeln 51 Prozent, dass Deutschland die aktuelle **Flüchtlingsproblematik** meistern kann. Nur noch 44 Prozent unterstützen weiter Angela Merkels Einschätzung "Wir schaffen das".

Laut "Politbarometer" schürt die Flüchtlingskrise auch die Unzufriedenheit mit der Politik der Kanzlerin. Eine klare Mehrheit von 56 Prozent meint, dass Merkel in diesem Bereich ihre Arbeit eher schlecht macht, nur noch 39 Prozent bewerten ihre Politik als positiv. Im Dezember waren die Deutschen in dieser Frage noch gespalten. Ein Drittel der Befragten gab an, dass die Vorfälle in der Silvesternacht ihre Einstellungen in der Flüchtlings- und Asylfrage wesentlich verändert haben.

Trotz des Winters kommen täglich weiter Tausende Flüchtlinge in Deutschland an: Seit Jahresbeginn seien 51.395 neue Asylbewerber von den Behörden registriert worden, berichtet "Bild" unter Berufung auf Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Unter ihnen sind inzwischen viele aus nordafrikanischen Ländern. Allein im Dezember wurden fast 2300 Algerier und 2900 Marokkaner registriert. Das heizt die Diskussion über Kriminalität und sexuelle Übergriffe durch Männer aus diesen Staaten an. In einer N24-Emnid-Umfrage befürchteten 77 Prozent der Deutschen, dass die sexuellen Angriffe zu einer Polarisierung der Gesellschaft in der Flüchtlingsfrage führen werden. Auf die Frage, ob es sich bei solchen Taten generell um Fälle von Männergewalt handelt oder ob die Herkunft der Täter aus dem arabischen Kulturkreis dabei eine besondere Rolle spielt, antworteten 68 Prozent, dass der Kulturkreis bei den sexuellen Übergriffen eine Rolle spielt.

Die EU-Finanzminister konnten sich unterdessen am Freitag nicht auf die Finanzierung der drei Milliarden Euro einigen, mit denen die Türkei bei der Versorgung von Flüchtlingen unterstützt werden soll. Italien weigert sich, eine

Mehrheit glaubt: "Wir schaffen das nicht" In der Bevölkerung wachsen Zweifel am Vorgehen der Kanzlerin in der Flüchtlingskrise. Die Vorfälle in der Silvesternac....

Vereinbarung mitzutragen. Die EU-Mitgliedsstaaten ringen seit Wochen um die Finanzierung der drei Milliarden, mit denen Projekte für die rund zwei Millionen Syrien-Flüchtlinge in der Türkei finanziert werden sollen.

Innerhalb der Bundesregierung gibt es Überlegungen, die drei Milliarden Euro "notfalls" allein durch Deutschland stemmen zu lassen. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sagte: "Ich fordere von der Bundeskanzlerin, die internationalen Verhandlungen zum Erfolg zu führen." So etwas dürfe nicht an den drei Milliarden Euro scheitern. "Notfalls müssen wir es alleine machen."

Siehe Kommentar, Seiten 4 und 5

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 16, 2016

Der Marsch nach Westen; Flüchtlinge versuchen inzwischen, zu Fuß von Budapest nach Österreich zu gelangen. Großbritannien erklärt sich überraschend bereit, mehrere Tausend Syrer aufzunehmen

Die Welt

Samstag 5. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 207

Length: 794 words

Body

In Ungarn verhärten sich die Fronten zwischen den **Flüchtlingen** und den Behörden. Aus einem Lager an der österreichischen Grenze flüchteten 300 Menschen. Rund 2300 weitere **Migranten** drohten damit, aus einem weiteren Lager auszubrechen. Die Lage in einem Zug, der eigentlich nach Österreich fahren sollte, aber am Donnerstag außerhalb von Budapest gestoppt wurde, wurde am Freitag stündlich dramatischer. Hunderte Menschen weigern sich, den Zug zu verlassen, um in eine Aufnahme­stelle gebracht zu werden. Sie beharren darauf, Richtung Westen auszureisen.

Am Morgen brachen mehr als tausend **Flüchtlinge** in einem großen Marsch vom Budapester Bahnhof Keleti auf. Teilnehmer berichteten, sie wollten versuchen, zu Fuß die rund 175 Kilometer entfernte österreichische Grenze zu erreichen. Sie überquerten die Elisabethbrücke über die Donau, ohne dass die Polizei eingriff. Teilnehmer des Marsches spreizten die Finger zum Siegeszeichen, andere schwenkten Bilder von Bundeskanzlerin Angela Merkel. "Wir sind so froh, dass endlich etwas passiert", sagte der 23-jährige Osama aus Syrien, der in dem Zug mitmarschierte. "Der nächste Halt ist Österreich. Die Kinder sind sehr müde, Ungarn ist sehr schlecht, wir müssen irgendwohin."

Tschechien und die Slowakei schlugen die Einrichtung eines Korridors für syrische Flüchtlinge zwischen Ungarn und Deutschland vor. Beide Länder würden die Bahnlinien einrichten, wenn Berlin und Budapest zustimmten, sagte der tschechische Innenminister Milan Chovanec. Dabei könnten Tschechien und die Slowakei "die Züge passieren lassen, ohne die Menschen weiter zu kontrollieren".

Nach EU-Regeln muss ein Asylantrag in dem Mitgliedsstaat bearbeitet werden, in dem ein Flüchtling zuerst in der Union ankommt. Die Bundesregierung forderte Ungarn erneut auf, sich an europäische Vereinbarungen zu halten. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) habe dazu mit dem ungarischen Botschafter telefoniert, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Die Regierung setze darauf, dass Ungarn "als Teil der westlichen Wertegemeinschaft seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen" gerecht werde. An der Rechtslage ändere sich auch dadurch nichts, dass Deutschland zurzeit keine syrischen Flüchtlinge nach Ungarn zurückschicke. Die

Der Marsch nach Westen Flüchtlinge versuchen inzwischen, zu Fuß von Budapest nach Österreich zu gelangen. Großbritannien erklärt sich überraschend bereit, mehrer....

ungarische Regierung hatte Deutschland zuvor vorgeworfen, Flüchtlinge speziell aus Syrien geradezu einzuladen. Es handele sich daher um ein deutsches Problem, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán.

Beim EU-Außenministertreffen in Luxemburg gab Ungarns Außenminister Péter Szijjártó allein den Flüchtlingen die Schuld. Er sagte: "Die Flüchtlinge sind nicht zur Kooperation bereit. Sie sind auf einem der wichtigsten Bahnhöfe eingefallen. Jetzt müssen wir Züge streichen. Aber ein Bahnhof ist kein Flüchtlingslager." Ministerpräsident Orbán warnte erneut davor, Muslime einwandern zu lassen. Eines Tages würden die Europäer entdecken, dass sie auf dem eigenen Kontinent in der Minderheit seien, sagte der rechtsnationale Regierungschef im Staatsrundfunk. "Wenn wir unsere Grenzen nicht schützen, werden zehn Millionen nach Europa kommen."

Großbritanniens Premierminister David Cameron, der wegen einer harten Haltung in der Kritik steht, erklärte sich überraschend zur Aufnahme von mehreren Tausend syrischen Flüchtlingen bereit. Das Angebot soll jedoch nur für Menschen gelten, die in Lagern nahe der syrischen Grenze leben - nicht für Flüchtlinge, die bereits in Europa sind. Cameron sagte: "Das gibt ihnen einen direkteren und sichereren Weg ins Vereinigte Königreich, statt dass sie die gefährvolle Reise riskieren, die tragischerweise so viele das Leben gekostet hat." Großbritannien steht europaweit in der Kritik, weil es vergleichsweise wenige Flüchtlinge aufnimmt. Durch die Bilder eines am Strand in der Türkei angespülten toten syrischen Jungen war Cameron aber unter verstärkten Druck geraten, mehr für Flüchtlinge zu tun.

Deutschland und Frankreich drängten die EU-Kommission, mit den Herkunfts- und Transitländern Rückführungsabkommen zu vereinbaren. Im Niger und in anderen Staaten könnten Zentren eingerichtet werden, in denen die Flüchtlinge über ihre Aussichten auf Asyl informiert werden sollten, sagte Regierungssprecher Seibert. Zudem wolle die Bundesregierung erreichen, dass die EU alle Staaten des westlichen Balkans als sichere Herkunftsstaaten einstufe. Die Asylanträge von Menschen aus diesen Staaten werden schon heute fast komplett abgelehnt.

Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn sprachen sich am Abend gegen verbindliche Flüchtlingsquoten aus, wie sie von Paris und Berlin gefordert werden. Der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka sagte nach einem Treffen der sogenannten Visegrad-Gruppe: "Wir bestehen auf Freiwilligkeit."

Leitartikel Seite 3, Seiten 6 bis 8

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AP/Frank Augstein; PA/Sven Simon

Etwa tausend Flüchtlinge haben sich in Budapest in Bewegung gesetzt und wollen auf der Autobahn die etwa 175 Kilometer entfernte österreichische Grenze erreichen

Frank Augstein

Load-Date: September 7, 2015

Juncker fordert mehr Europa, mehr Union; EU-Kommissionspräsident geht in Rede mit seinen Kritikern ins Gericht - und erntet parteiübergreifenden Applaus

Die Welt

Donnerstag 10. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 211

Length: 1327 words

Byline: Andre Tauber

Body

Brüssel

Es war kein leichter Auftritt für Jean-Claude Juncker. Am Wochenende starb die Mutter des EU-Kommissionspräsidenten. Als der 60-Jährige durch die Reihen des Europäischen Parlaments ging, eilten die Abgeordneten zu ihm, um ihr Beileid zu bekunden. Der Luxemburger verteilte Küsse. Doch er lächelte nur schwach. An der Trauer allein muss das nicht liegen. Juncker hat ein schwieriges Jahr hinter sich. Vor seinem Amtsantritt vor gut elf Monaten kündigte er an, er wolle die "Kluften" in Europa überwinden und das Vertrauen der Menschen in Europa zurückgewinnen. Er wolle für ein Europa arbeiten, das sich "mitten im Geschehen" befinde, das gewinne und "nach vorn" spiele.

Doch seitdem befindet sich Europa in einem ununterbrochenen Notfallmodus. Und damit auch Juncker. Zunächst wurde über einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone gesprochen. Nun scheitern die 28 Mitgliedstaaten an der Suche nach einer gemeinsamen Antwort auf die **Flüchtlingskrise**. In Europa müssen Brände gelöscht werden. Für wirkliche Zukunftsprojekte bleibt wenig Zeit. Und so fällt das Urteil Junckers zum Zustand des Kontinentes nicht gerade ermutigend aus. Im Gegenteil. "Europa", sagt er in seiner Rede zur Lage der Union in Straßburg, die er auf Deutsch beginnt, "ist in keinem guten Zustand." Schönmalen wolle er die Situation nicht. "Es fehlt an Europa in dieser Europäischen Union. Und es fehlt an Union in dieser Europäischen Union."

Juncker musste im vergangenen Jahr oft als Prügelknabe Europas herhalten. Er kann sich zwar als erster Präsident der Europäischen Kommission darauf berufen, ein direktes Mandat der Wähler erhalten zu haben. Immerhin war er bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als Spitzenkandidat angetreten. Aber im Kreis der EU-Staaten fungiert die Kommission häufig als Behörde, die man für all das verantwortlich erklärt, was in Europa schief läuft. Juncker selbst geriet häufig in die Schusslinie. In vielen Hauptstädten der Euro-Länder nahm man es ihm übel, dass er immer und immer wieder der griechischen Regierung die Hand reichte und sich öffentlich gegen einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone aussprach.

Juncker fordert mehr Europa, mehr Union EU-Kommissionspräsident geht in Rede mit seinen Kritikern ins Gericht - und ertotet parteiübergreifenden Applaus

Und als im Sommer die Flüchtlingskrise an Dramatik gewann, wurde immer lauter gefragt, wo denn eigentlich Europa stecke. Juncker berichtet im Parlament davon, wie er zuletzt das deutsche Fernsehen eingeschaltet und ein Interview mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) gesehen habe. Der habe sich darüber beklagt, dass Europa in der Flüchtlingskrise nicht präsent gewesen sei. Juncker ärgerte sich. "Ja, ich war im Urlaub", sagt der Luxemburger an die Adresse Seehofers gewandt, der freilich nicht in Straßburg ist. "Waren Sie nicht im Urlaub?" Juncker reicht gleich nach, dass er freilich nicht dazu gekommen sei, sich zu erholen. "Ich habe von den zehn Tagen, in denen ich im Urlaub war, vier Tage mit Griechenland zugebracht und vier Tage mit Migration."

Nicht nur mit Kritik aus Bayern kämpft Juncker. Während das Bundesland die mangende Solidarität Europas beklagt, warnen die Staaten Mittel- und Osteuropas davor, sie mit Flüchtlingen zu überfordern. Zuletzt waren die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sogar daran gescheitert, 40.000 Flüchtlinge fair in Europa zu verteilen. Wenn Juncker dafür kritisiert wird, kann er sich auf die Rückendeckung des Parlaments verlassen. Er selbst gehört zwar der Europäischen Volkspartei an. Doch er handelt längst wie ein Präsident, der über den Parteien steht. Er spricht von Solidarität wie ein Sozialdemokrat und von europäischen Werten wie ein Christdemokrat. Und so erhält er durch die Reihen Applaus. Die Abgeordneten finden es unfair, dass Europa stets aufs Neue als Sündenbock herhalten muss. Die Europäische Kommission habe schon vor Jahren vorgeschlagen, eine europäische Liste sicherer Drittstaaten zu entwickeln, erinnert Manfred Weber (CSU), einflussreicher Chef der Europäischen Volkspartei, der auch die deutschen Unionsparteien angehören. "Was versagt, ist nicht Europa, es versagen nicht Brüssel oder Straßburg", so Weber, "es versagt der nationale Egoismus auf diesem Kontinent." Weber geht mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico ins Gericht, der gesagt hat, sein Land wolle keine muslimischen Flüchtlinge aufnehmen. "Wir sind in Europa nicht stolz darauf, dass wir Christenrechte erfunden haben", sagt der CSU-Politiker an dessen Adresse gewandt, "sondern wir sind stolz darauf, dass wir Menschenrechte erfunden haben."

Auch Juncker wirbt für mehr Solidarität mit den Flüchtlingen. Europa beschreibt er als Kontinent, der seit Jahrhunderten von Migration geprägt worden sei. Daran müssten sich die Menschen erinnern. "Europa", sagt Juncker, "das ist der Bäcker in Kos, der sein Brot an die armen Menschen verteilt, das sind die Menschen, die in München am Bahnhof stehen, Flüchtlinge begrüßen und ihnen applaudieren." Europa müsse legale Wege für die Einwanderung öffnen und den Menschen, die jetzt Asyl suchten, von "Tag eins" ihrer Ankunft eine Möglichkeit geben, zu arbeiten. "Wir sind ein alternder Kontinent", sagt er. "Wir brauchen Talente, die von überall in der Welt zu uns kommen." Flüchtlinge sollten kein Problem sein, sondern eine "Ressource", mit der man gut umgehe.

Die Appelle wird es brauchen. Denn Juncker hat noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Am 14. September werden sich die Innenminister der 28 EU-Staaten treffen, um über Lösungen der Flüchtlingskrise zu beraten. Juncker will ihnen weitreichende Vorschläge machen. Als Notmaßnahme fordert er, 160.000 Flüchtlinge in Europa nach einer festgelegten Quote zu verteilen, um damit Italien, Griechenland und Ungarn zu entlasten. Er kündigt an, bis Jahresende Vorschläge für einen europäischen Grenzschutz zu präsentieren. Er stellt eine Liste in Aussicht, die sichere Herkunftsstaaten benennt und damit die Asylverfahren beschleunigt. Darüber hinaus möchte sich die Kommission noch energischer dafür einsetzen, dass alle EU-Staaten die Standards, die sie in der Asylpolitik vereinbart haben, auch wirklich umsetzen. Schon bald will die EU neue Mahnbriefe an die Hauptstädte verschicken.

Das kommt gut an im Parlament. "Es war richtig, dass Jean-Claude Juncker an die gemeinsame humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen erinnert und ein konkretes Quotensystem vorgeschlagen hat", sagt Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. "Es ist nicht hinnehmbar, dass sich einige nationale Regierungen einen schlanken Fuß machen und die Lasten einfach anderen überlassen." Die Frage ist, ob die Kommission damit erfolgreich ist. Zwar befürworten Deutschland und Frankreich eine Quote für die Verteilung von Flüchtlingen. Doch viele andere Länder lehnen sie weiter entschieden ab. Juncker darf sich also auf heftigen Widerstand einstellen. Er hat deswegen auch vorsorglich dazu aufgefordert, wieder zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren. "Es wurde mehr Zeit damit verbracht, auf andere mit dem Finger zu zeigen, als Fingerabdrücke zu nehmen", klagt er. Es ist ein Seitenhieb auf die Staaten, die derzeit in Verletzung der europäischen Regeln ankommende Flüchtlinge nicht ordnungsgemäß registrieren, sondern sie einfach weiter über die Grenze schicken - unter anderem nach Deutschland.

Juncker fordert mehr Europa, mehr Union EU-Kommissionspräsident geht in Rede mit seinen Kritikern ins Gericht - und erntet parteiübergreifenden Applaus

Solche Sätze sind es, die zu Ärger am rechten Rand des Parlaments führen. Nigel Farage, bis zuletzt Vorsitzender der UK Independence Party (Ukip), die für einen britischen Austritt aus der EU wirbt und eine harte Linie gegenüber Migranten vertritt, stört immer wieder die Rede. An einem Punkt setzt sich ein Abgeordneter der rechtspopulistischen Lega Nord eine Maske von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, um Juncker die Hand zu reichen. "Sie haben sich verschönert", scherzt EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Es ist der Moment, an dem auch Juncker seine Trauer vergisst. "Das Europäische Parlament", sagt er, "ist ein Ort, an dem man wirklich jeden treffen kann." Auch die Bundeskanzlerin.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Orestis Panagiotou

Afghanische Flüchtlinge landen mit ihrem Schlauchboot auf der griechischen Insel Lesbos

AP/Christian Lutz

Jean-Claude Juncker hielt seine erste Rede zur Lage der Union

Orestis Panagiotou

Christian Lutz

Load-Date: September 10, 2015

End of Document

Länder fordern Pro-Kopf-Hilfe vom Bund; Auch Bundeswehr soll Flüchtlinge betreuen

Die Welt

Dienstag 28. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 173

Length: 643 words

Body

Die Lage spitzt sich offenbar zu: Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) rechnet mit einer dauerhaft hohen Zahl von **Asylbewerbern** in Deutschland. Die Gewalttaten gegen **Flüchtlingsunterkünfte** mehren sich, Länder und Kommunen klagen über fehlendes Geld und fehlende Unterbringungsmöglichkeiten. Wichtige Daten und Fakten in der Debatte:

Wie viele Flüchtlinge werden tatsächlich erwartet?

Nach bisherigen Prognosen werden in diesem Jahr 450.000 Flüchtlinge erwartet, doppelt so viele wie 2014. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) erklärte allerdings am Montag, dass auch diese Schätzungen überholt sein könnten. Allein in NRW würden mit Sicherheit mehr als 100.000 Flüchtlinge ankommen - zuvor war nur von 85.000 die Rede.

Wie hilft der Bund den Ländern und Kommunen?

Bereits im Juni hatte der Bund seine Finanzhilfe für dieses Jahr auf eine Milliarde Euro verdoppelt. Allerdings haben Ministerpräsidenten bereits betont, dass das nicht ausreiche. Nach Berechnungen der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" kommen in diesem Jahr auf Länder und Kommunen Kosten von fünf bis sechs Milliarden Euro für Unterbringung, Verpflegung und Sprachkurse zu. Vergangenes Jahr lag der Betrag bei 2,2 Milliarden. "Für die folgenden Jahre wäre mindestens eine Verdopplung der Mittel geboten", sagte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) forderte am Montag eine stärkere strukturelle Unterstützung des Bundes, und zwar nach der Zahl der Flüchtlinge. Er und Jäger wollen eine Pro-Kopf-Unterstützung durch den Bund anstelle einer starren Summe. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) will die Hilfe für Flüchtlinge von Taschengeld auf Sachleistungen umstellen.

Warum ist das Bundesamt in die Kritik geraten?

Dem Bundesamt liegen nach eigenen Angaben derzeit etwa 270.000 Anträge auf Asyl vor. Die Mitarbeiter hätten bisher rund 128.000 Entscheidungen getroffen - mehr als im gesamten Jahr 2014, hieß es. Politiker wie der

Länder fordern Pro-Kopf-Hilfe vom Bund Auch Bundeswehr soll Flüchtlinge betreuen

niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) beklagen, dass das Bundesamt viel zu wenige Mitarbeiter habe. Es sei ein "Flaschenhals", die Bearbeitung der Anträge dauere viel zu lange. Amtspräsident Manfred Schmidt erklärte, das Bundesamt habe in den vergangenen zwölf Monaten 650 neue Stellen bekommen. "Bis Ende 2015 können wir noch zusätzlich 1000 Mitarbeiter einstellen. Dann werden wir ungefähr 4500 Mitarbeiter haben."

Soll die Bundeswehr bei der Unterbringung von Flüchtlingen helfen?

Sachsen-Anhalts Landesregierung hat vorgeschlagen, Zelte, Sanitäter und Versorgungszüge der Bundeswehr einzusetzen. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums prüft die Bundeswehr, ob sie logistische Unterstützung leisten kann, etwa durch Bereitstellung von Kasernen für die Unterbringung. "Bisher hat die Bundeswehr deutschlandweit acht Kasernen mit einer Kapazität für 3500 Menschen zur Verfügung gestellt", erläuterte ein Ministeriumssprecher. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) lehnte aber am Montag einen Einsatz der Bundeswehr ab. "Wir haben weder einen Notstand noch einen Verteidigungsfall, sondern nur mit den Folgen des bundesweiten Ressourcenabbaus für Not- und Katastrophenlagen zu kämpfen", erklärte sie. NRW-Innenminister Jäger erneuerte aber die Forderung, ungenutzte Bundeswehrkasernen für Flüchtlinge zu öffnen.

Wie reagieren die Bundesländer auf die Ankunft immer neuer Flüchtlinge?

Die Länder Brandenburg und Sachsen sind dazu übergegangen, Flüchtlingsfamilien übergangsweise in Wohnzelten unterbringen. Verantwortliche Politiker sprechen aber von einer Notlösung, die spätestens bis zum Winter beendet werden müsse. In Taufkirchen bei München wurde auf einer Zirkuswiese eine Traglufthalle als neues Flüchtlingsquartier aufgebaut. Vielerorts werden Turnhallen bereitgestellt - auch das ist eine kurzzeitige Lösung, solange die Sommerferien dauern.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 28, 2015

Ein Anfang ist gemacht

Die Welt

Freitag 18. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 218

Length: 417 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Zum Sommermärchen gehört das Erwachen. Und dieses Erwachen beginnt nun. Für Skeptiker und Pessimisten sind die Gesetzentwürfe aus dem Innenministerium eine Erleichterung. Sie signalisieren: Die große Koalition erkennt nach all den Sonntagsreden an, wie sehr die Anfänge einer Völkerwanderung unseren lieb gewonnenen Status quo herausfordern. Die substanziellen Leistungskürzungen für Flüchtlinge, für die Deutschland laut dem Dubliner Abkommen nicht zuständig ist, werden Zigtausende treffen. Ähnlich folgenreich sind die Überlegungen, wie abgelehnte Asylsuchende schneller abgeschoben werden können. Die Verschärfungen im Aufenthaltsrecht wie die Verlängerung der Residenzpflicht sind juristische Versuche, den Herausforderungen ungeordnet durchs Land ziehender Flüchtlingsgruppen zu begegnen.

Der Protest auf das Bekanntwerden folgt unmittelbar. Neben den rührenden Idealisten empört sich besonders jener Teil der Linken, welcher die aktuelle Problemlage nutzt, um seine alte Leier nach mehr Umverteilung, mehr Staat, mehr Gift für den Wirtschaftsstandort Deutschland anzuwerfen. Doch auch auf der anderen Seite grummelt es. Die Rechten pöbeln ihre Ressentiments gegen jede Form von Zuwanderung lustvoll heraus und legen damit zumindest in Sachsen in Umfragen ordentlich zu.

Einmal mehr ist es Aufgabe der Mitte, den Laden zusammenzuhalten und mit Augenmaß und denkbar unaufgeregt das Nötige zu tun, um die Migrationsströme bewältigbar zu machen und die rechtsstaatlichen Standards - entbürokratisiert - zu wahren. Damit dieses Land auch weiter ihr Land bleiben kann, versucht die Kanzlerin, ihre neu entdeckte Liebenswürdigkeit mit einem Kabinettsentwurf zu kontrastieren, welcher den Stirnrunzeln in den eigenen Reihen Wind aus den Sorgensegeln nehmen soll. Auch bei der SPD liegen Nerven blank, die rassistischen Ausrutscher des Duisburger Oberbürgermeisters sind nur Vorschein der verschärften Debatten über scheiternde Integration, die drohen.

Das erste Gesetzespaket ist ein Anfang. Es bedarf keiner prophetischer Kräfte, um vorherzusagen, dass weitere Verschärfungen des Asylrechts unerlässlich sind und auf europäischer Ebene die Robustheit, den Zuzug weiterer Kriegsflüchtlinge zu erschweren, zunehmen wird. Es wird kalt. Und es wird hart. Umso wichtiger ist, dass die Mitte

Ein Anfang ist gemacht

des Landes, die Verantwortungsseele der Bundesrepublik, jetzt zusammensteht. Empathisch, pragmatisch, am Allgemeinwohl orientiert, die eigene (auch) ökonomische Stärke des Landes nicht gefährdend.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 18, 2015

End of Document

Deutschlands Ruf dringt bis nach Mali; In Westafrika ist die Zahl derjenigen, die ausreisen wollen, rasant gestiegen. Und wer in Europa ausgewiesen wurde, versucht es noch einmal. Gefälschte Visa sind leicht zu besorgen

Die Welt

Mittwoch 14. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 239

Length: 1975 words

Byline: Nicole Macheroux-denault

Body

Bamako

Rauch hängt über dem geschäftigen Busbahnhof von Bamako. Gut riechender Rauch, der von kundig auf offenem Feuer gegrillten Hühnerspießen stammt, die zwischen den Marktständen brutzeln. Hier wird alles verkauft: Flip-Flops, Sonnenbrillen, BHs. Der lebendige Trubel umrahmt die zur Abfahrt bereiten Auslandsbusse. Wer das westafrikanische Mali verlässt, fährt hier los. Die, die ihre Taschen schon gepackt haben, stoppen noch einmal kurz vor einem der vielen kleinen Fernseher, aus denen mit unerträglicher Lautstärke die neuesten französischen TV-Nachrichten dröhnen.

"Crise migratoire" oder "milliers de migrants" - an diesem von Deutschland knapp 5000 Kilometer entfernten Ort hat die Flüchtlingskrise einen anderen, fast Hoffnung verheißenden Klang. Als Vizekanzler Sigmar Gabriel dann noch am Busbahnhof von Bamako auf der Mattscheibe erscheint, schaut wirklich jeder hin. Allemagne pourrait avoir à accueillir jusqu'à un million d'immigrants - eine Million Flüchtlinge seien dieses Jahr in Deutschland willkommen, sagt er da in sinngemäßer und galant klingender Übersetzung. Ein Raunen geht durch die Menge, als sich die Zahl in den Köpfen der malischen Zuschauer und Zuhörer festsetzt. Es wird geflüstert: "Jetzt muss man losziehen."

Die Sogwirkung der deutschen Flüchtlingspolitik ist groß in Westafrika. In Transitländern wie Mali oder Niger ist die Zahl derer, die ausreisen wollen, rasant angestiegen. Genaue Zahlen fehlen. In Bamako wird an jeder Straßenecke über Einzelheiten der deutschen Flüchtlingsituation gesprochen. Ein sicherer Indikator für das neu erwachte Interesse an Deutschland. "Mali ist nicht nur Ursprungsland für Migranten, es ist auch Transitland", sagt Bakary Doumbia, Chef der Mission der Internationalen Organisation für Migranten (IOM) in Bamako. "70 Prozent der Menschen, die Mali verlassen, sind auf der Durchreise. Sie stammen aus Gambia, dem Senegal und Guinea-Bissau." Doumbia beobachtet die Migrationsbewegungen in Westafrika seit Jahren. "Hier glauben immer noch

Deutschlands Ruf dringt bis nach Mali In Westafrika ist die Zahl derjenigen, die ausreisen wollen, rasant gestiegen. Und wer in Europa ausgewiesen wurde, versuc....

viele, Europa sei ein Eldorado, wo Geld auf der Straße liegt und man es nur aufheben und nach Hause schicken muss."

Diese Mythen zu zerschlagen ist laut Doumbia zentraler Punkt für die Bewältigung der derzeitigen Abwanderung aus Afrika. "Wir sind mit einer Situation konfrontiert, die die internationale Gemeinschaft zum Handeln zwingt", meint er. Doumbia kommt von der Elfenbeinküste. Er versteht die Migrationsdynamik nicht nur aus internationaler Sicht, sondern auch die spezifische Situation der Westafrikaner. "Die Leute sind entschlossen. Sie sind bereit, illegale Wege zu gehen. Wenn wir glauben, es reicht, diesen Menschen ein oder zwei Mal zu sagen 'Geht nicht! Es ist gefährlich!', dann täuschen wir uns."

Doumbia hebt seine Hände vom großen Schreibtisch, spreizt erst einen, dann zwei Finger gen Decke. "Das stoppt sie für einen, vielleicht zwei Monate. Wir müssen hier langfristige Aufklärung betreiben, sonst ändert sich nichts." Doumbia gibt zu, es wird teuer, wenn die Europäer die Menschen in Westafrika halten und Menschenleben retten wollen. "Ein Menschenleben ist unbezahlbar. Wir brauchen bessere Strategien und einen längeren Atem als bisher. Es muss gute Politik gemacht werden."

Während vor ein paar Monaten die meisten Migranten aus Westafrika noch die alte Kolonialmacht Frankreich als Ziel angaben, steht nun Deutschland mindestens ebenso hoch im Kurs. Und das hat viel mit den Fernsehbildern freundlicher Deutscher zu tun, die Neuankömmlinge mit Seifenblasen, Geschenken und Applaus willkommen heißen. "Das Bild vergisst man nicht", sagt Salif*. Zwar reden hier alle offen über die Flüchtlingskrise, Reisepläne aber sind Privatsache. "Wir sagen, wenn man über seine Träume spricht, erfüllen sie sich nicht." Salifs größter Traum ist es, zurück nach Europa zu gehen. Ja, zurück. Denn neben den vielen Migranten, die sich derzeit aus Westafrika via Mali, dem Niger, Libyen und dem Mittelmeer zum ersten Mal auf den Weg nach Europa machen, gibt es inzwischen eine zweite Welle. Sozusagen die Fortgeschrittenen, die Erprobten. Gemeint sind Westafrikaner, die zum zweiten Mal aufbrechen, weil sie beim ersten Anlauf scheiterten.

Der Mittvierziger Salif ist ein solcher "Rückkehrer". Sein Schicksal ist typisch: Asylantrag in Frankreich abgelehnt, kein Visum, untergetaucht, illegal gearbeitet, von der Polizei entdeckt, abgeschoben. "Jeden Tag kommen zwei Malier aus Europa zurück", sagt Ousmane Diarra von der Organisation für Abgeschobene (AME) in Bamako. Die Hilfsorganisation finanziert sich vollständig aus Mitteln der Frankfurter Hilfsorganisation Medico International und kümmert sich ausschließlich darum, gescheiterte Flüchtlinge wieder in die malische Gesellschaft zu integrieren. Und wohl auch, sie davon abzuhalten, nochmals loszuziehen. "Jeder hat das Recht, sich frei zu bewegen", sagt Diarra. "Aber heutzutage ist es unsere Pflicht, vor der illegalen Einreise nach Europa zu warnen."

Das ist eine schwierige Aufgabe besonders bei Rückkehrern wie Salif. Man sagt hier: Nach der Rückkehr ist alles schlimmer als zuvor. Salif kann das bestätigen. "Ich habe hier nichts mehr. Es gibt keine Jobs, kein regelmäßiges Einkommen." Die Arbeitslosenrate in Mali ist hoch. In manchen Regionen beträgt sie mehr als 30 Prozent. Eins hat Salif noch nicht probiert: Er hat sich noch nicht an "die Mauer" gestellt. Die "Mauer" ist eine hüfthohe säulenartige Abgrenzung einer kleinen Parkanlage, die an einer geschäftigen Hauptverkehrsstraße unweit seines kleinen Hauses liegt. An diesem Morgen stehen knapp 30 junge Männer dort und warten darauf, dass eines der vorbeifahrenden Autos anhält und der Fahrer ihnen einen Tagesjob anbietet. Derartige Job-Tankstellen gibt es in weiten Teilen des afrikanischen Kontinents. Es ist auch ein Ort des Austauschs unter Leidensgenossen. Oft ist man sich schnell einig: Europa ist die attraktivste, die einzige Alternative.

Salif reagiert aber noch auf andere Impulse. Als ein mit Sand beladener Lastwagen vorbeifährt, zeigt er aufgeregt darauf. "Da, das ist etwas, was Sinn machen würde. Wenn ich einen Truck hätte, könnte ich mein eigenes Geschäft aufmachen. Das würde funktionieren." Salif hat einen Lastwagenführerschein und die Motivation, aber kein Startkapital. Keine Bank in Mali würde ihm Geld leihen, so mittellos wie er aus Europa zurückgekommen ist.

"95 Prozent der Menschen verlassen Mali wegen der wirtschaftlichen und politischen Lage in unserem Land", sagt Ousmane Diarra. Der AME-Chef hat selbst lange in Frankreich gelebt und kennt die Gründe, die hinter der Entscheidung stehen, die Heimat zu verlassen: Arbeitslosigkeit, mangelnde Schulausbildung und der Terror der Separatisten im Norden Malis. Emigration habe in Westafrika Tradition. Dabei werde oft vergessen, dass ähnlich

Deutschlands Ruf dringt bis nach Mali In Westafrika ist die Zahl derjenigen, die ausreisen wollen, rasant gestiegen. Und wer in Europa ausgewiesen wurde, versuc....

dem europäischen Schengen-Abkommen die Bürger der westafrikanischen Ecowas-Mitgliedsstaaten frei über Grenzen hinweg reisen und arbeiten dürfen. Die wenigsten Malier verfügen über Pässe, die sie ohnehin nicht brauchen. Auch auf ihrer langen Reise nach Europa nicht. Selbst Algerien gewährt Maliern gemäß eines Sonderabkommens bevorzugte Behandlung bei der Einreise. Und das ist schon der halbe Weg nach Europa.

Doch selbst die beste Aufklärungskampagne über die geringen Chancen, dort legal einreisen zu können, werde den Menschenstrom nicht aufhalten, mahnt Bakary Doumbia. "Afrikas Regierungen helfen nicht, die Lage zu entspannen. Zu ihrer Verteidigung muss man allerdings sagen, dass ihnen die Mittel fehlen. Europa muss helfen, die wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Konflikte zu schlichten." Das ist sicherlich ein Streitpunkt.

Weniger Korruption und dafür mehr eigenverantwortliche Wirtschaftspolitik würden Afrika gut zu Gesicht stehen und Männern wie Salif vielleicht sogar zu einem Lastwagen verhelfen. Europa wird nicht daran vorbeikommen, den politischen Druck auf Regierungen in Ländern wie Mali zu erhöhen. In der Zwischenzeit empfiehlt sich eine neue Geberkultur. Zuhören und Bedürfnisse erkennen gehört sicherlich dazu. Wenn große Gruppen senegalesischer Fischer, die sich durch die Sahara schlagen, davon sprechen, dass sie nach Europa gehen, um das Geld für ein Boot zu verdienen mit dem sie ihre Familie ernähren können, dann sollte es möglich sein, den Bootsbau in der Region zu fördern.

"In Frankreich habe ich als Fußball-Coach für einen Verein gearbeitet und genug Geld für meine Familie verdient", sagt Salif. "Hier verdiene ich noch nicht einmal genug, um die Schulausbildung meines Sohnes zu bezahlen." Der wurde gemeinsam mit Salif ausgewiesen und kann seinen Schulabschluss nun in Bamako nicht mehr machen. Salif steht unter enormem Druck, dies zu ändern.

"In den meisten Fällen nehmen die Migranten vor ihrer Abreise Kredite auf oder sammeln Geld in der Familie", sagt AME-Chef Diarra. Eine Abschiebung gilt als Versagen. Das Familienvermögen ist ausgegeben, die Familie leidet nun noch größere Not. "Diese Männer und Frauen wissen oft nicht, wie sie in das Familienleben zurückfinden sollen. Sie werden wie Aussätzige behandelt, regelrecht verdammt", sagt Diarra. Europa verliere in diesen Fällen gleich doppelt: Einerseits entstünden durch Aufnahmeverfahren, Bearbeitung und Rückführung der Migranten hohe Kosten. Andererseits stürzten in den Herkunftsländern immer mehr Familien in die finanzielle Not, was den Druck, es noch einmal in Europa zu probieren, verstärkt.

"Wir schauen viel Fernsehen. Wir wissen, was derzeit in Europa los ist", sagt Salif. "Grenzkontrollen und Zäune halten mich nicht auf. Ich gehe zurück, und ich weiß ja, Tausende andere sind auch unterwegs. Wir sind viele." Und dann zeigt er auf seine Turnschuhe. "Wenn's sein muss, laufe ich den ganzen Weg nach Europa." Salif könnte sich morgen ein Visum für Frankreich kaufen. Vier Millionen CFA-Francs (Franc de la Communauté Financière d'Afrique) koste es auf dem Schwarzmarkt, sagt Salif. Das sind gut 6000 Euro. Die hat er letztes Mal bezahlt und ist mit einem illegal erworbenen Visum nach Frankreich eingereist. "Ich kenne die richtigen Leute. Ein französisches Visum dauert zwei bis vier Wochen. Auch deutsche Visa kann man in Bamako kaufen. Die sind aber schwieriger zu bekommen und dauern länger."

Vor der französischen Botschaft kann man mit etwas Geduld die geschäftigen Schwarzmarkt-Visaverkäufer bei ihren Botengängen beobachten. Jeder in Bamako weiß, in der Botschaft gibt es korrupte Mitarbeiter, die sich ein ordentliches Zubrot verdienen. Bestellungen werden angeblich in einer Autowaschanlage eines gut verknüpften Händlers aufgegeben. Auf Anfragen reagiert der extrem freundlich. "Alles ist möglich", so der Standardspruch. Weitere Nachfragen über das "Wie" und "Wo" führen direkt zu Misstrauen und dem abrupten Abbruch der Verhandlungsbereitschaft. Nur so viel noch telefonisch: Man solle besser vorsichtig sein, nicht zu viel erzählen.

Die Grenzschießungen und -kontrollen in Ungarn, Österreich und Deutschland werden in Mali niemanden aufhalten. Besonders die Rückkehrer wissen: Die Schlepper finden ihren Weg. Sie kennen die Preise und können sich vorbereiten. "Die meisten haben Verwandte in Europa zurückgelassen oder ausstehende Gehälter, die sie in der Hast der Abschiebung nicht einfordern konnten", sagt Doumbia. Für Salif steht jedenfalls fest: "Ich gehe entweder nach Frankreich oder nach Deutschland. Und da finde ich dann schon einen Weg und einen Job." Seine

Deutschlands Ruf dringt bis nach Mali In Westafrika ist die Zahl derjenigen, die ausreisen wollen, rasant gestiegen. Und wer in Europa ausgewiesen wurde, versuc....

Frau und seine Tochter sind noch in Frankreich. "Sie wurden nicht abgeschoben." Salif lässt offen, ob die beiden untergetaucht sind oder inzwischen über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen. Für seine Planung ist das eigentlich auch egal. "Ich mache das so. Ich gehe. Eine andere Wahl habe ich nicht."

"Wenn's sein muss, laufe ich den ganzen Weg nach Europa" Salif, will es nach seiner Abschiebung erneut versuchen

*Name von der Redaktion geändert

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Nicole Macheroux-Denault

Nur weg: Szene in Malis Hauptstadt Bamako. Arbeitslosigkeit, mangelnde Schulausbildung und der Terror der Separatisten im Norden Malis sind die Hauptgründe für die Flucht ins "Eldorado Europa"

Nicole Macheroux-Denault

Load-Date: October 14, 2015

End of Document

"Das Asylpaket ist einfach nur schäbig"; Grünen-Chefin Simone Peter lobt Angela Merkel, schimpft aber die Koalition hilflos und ärgert sich über einen Parteifreund

Die Welt

Samstag 7. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 260

Length: 1303 words

Byline: Claudia Kade

Body

In der **Flüchtlingskrise** kann die Grünen-Vorsitzende Simone Peter sich vor allem über zwei Männer aufregen: über CSU-Chef Horst Seehofer, den sie als Hardliner in **Asylfragen** kritisiert, und über ihren Parteifreund Boris Palmer, der als Tübinger Oberbürgermeister eine Obergrenze für den Zuzug weiterer **Asylsuchender** verlangt.

Die Opposition III

Die Welt:

Frau Peter, gibt es aus Ihrer Sicht ein Limit bei der Aufnahme von Flüchtlingen?

Simone Peter:

Es darf keine Obergrenzen geben, da stimme ich Angela Merkel voll zu. In Deutschland gilt das Grundrecht auf Asyl neben der Genfer Flüchtlingskonvention. Jeder kann hier die Ursachen seiner Flucht darlegen und dann wird in jedem Einzelfall entschieden, ob ein Grund für Asyl vorliegt.

Ist es nicht Kernaufgabe des Staates, zu regeln, wer ins Land kommt?

Wir haben in Europa offene Grenzen und Reisefreiheit, da darf es keine Abstriche geben. Uns erreichen seit Monaten Flüchtlinge mit guten Asylgründen und Menschen ohne ausreichende Voraussetzungen für Asyl. Wer nach dem Asylrecht bleiben kann und wer nicht, entscheiden nicht Polizisten an den Grenzen, sondern die Bearbeiter der Asylanträge. Das heißt aber nicht, dass Deutschland alle Flüchtlinge aufnehmen soll, die nach Europa kommen. Die anderen EU-Mitgliedsstaaten müssen mehr leisten. Und wir brauchen Bleibemöglichkeiten jenseits des Asylrechts. Wir setzen uns deshalb für ein neues Einwanderungsgesetz ein, das mehr Menschen die Möglichkeit gibt, einzuwandern und zu arbeiten.

"Das Asylpaket ist einfach nur schäbig" Grünen-Chefin Simone Peter lobt Angela Merkel, schimpft aber die Koalition hilflos und ärgert sich über einen Parteifreud....

Wie wollen Sie den Zuzug von Asylsuchenden ordnen?

Ordentliche Verfahren gibt es bereits, aber weder genügend Personal noch ausreichend Unterkünfte oder Sprachkurse. Wir müssen den Improvisationsmodus endlich verlassen und von der überwiegend ehrenamtlich organisierten Versorgung der Flüchtlinge zu einer staatlichen Verantwortung übergehen. Mehr Geld vom Bund für die Kommunen und Tausende Stellen für das Bundesamt für Migration kommen viele Monate zu spät.

Macht es Ihnen nicht Sorgen, dass Tausende ohne Registrierung über die Grenze kommen und auf eigene Faust durchs Land ziehen?

Das ist ein Versagen der Bundesregierung, aber kein Verschulden der Flüchtlinge. Offenbar ist überhaupt nur ein Viertel aller Flüchtlinge, die im September zu uns gekommen sind, registriert. Und die Flüchtlinge müssen im Schnitt über fünf Monate warten, bis sie einen Asylantrag stellen können. Das hat dramatische Folgen: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen beispielsweise in Berlin rund fünf Monate bis zu einem Erstgesprächstermin zur Überprüfung ihrer Minderjährigkeit warten. Dann erst haben sie Anspruch auf eine Gesundheitsbehandlung jenseits einer Notversorgung, etwa auf den Ersatz ihrer zerbrochenen Brillen oder die Behandlung chronischer Krankheiten. Das ist beschämend für unser Land.

Was halten Sie vom Beschluss, den Familiennachzug für einige Flüchtlingsgruppen auszusetzen?

Die Union betreibt auf Druck ihres rechten Randes, vor allem der CSU, eine unverantwortliche Asylverschärfungspolitik zulasten der Flüchtlinge. Wenn die Bundesregierung nun Asylsuchende, die vor Folter und Menschenrechtsverletzungen fliehen, dauerhaft von ihren Angehörigen trennen will, hat das schwere Folgen für die Betroffenen. Viele von ihnen sind traumatisiert nach allem, was sie in ihrer Heimat und auf der Flucht durchmachen mussten. Der Familienzuzug ist für sie eine wichtige Möglichkeit, hier in Deutschland wieder ein normales Leben anzufangen.

Was halten Sie von den übrigen Asylbeschlüssen der Koalition?

Die große Koalition offenbart mit ihren mit heißer Nadel gestrickten Asylpaketen ihre gesamte Hilflosigkeit. Dieses hektische Agieren bedient vor allem die Hardliner-Interessen von CSU-Chef Horst Seehofer. Hauruckverfahren, die Kasernierung von Flüchtlingen mit geringer Bleibeperspektive oder ein ausgesetzter Familiennachzug bei von Folter bedrohten Menschen sind einfach nur schäbig. Abschiebelager, die gerade die diskriminierte Minderheit der Roma treffen, sind vor dem Hintergrund unserer dunklen Geschichte eine besonders perfide Entscheidung. Aber auch die Intensivierung von Rückführungen nach Afghanistan und halbseidene Vereinbarungen mit der Türkei zeigen den boshafte Charakter dieses Kompromisses.

Sie besuchen Flüchtlingsheime. Wie ist Ihr Eindruck - geht die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung zurück?

Nein, ich sehe viele ermutigende Beispiele. Der Einsatz für Flüchtlinge ist bisher ungebrochen. Aber das Engagement von Ehrenamtlichen und die Sachspenden können die fehlende Hilfe des Staates nicht dauerhaft kompensieren.

Bislang wurden 2015 dreimal so viele Straftaten gegen Asylunterkünfte gemeldet wie im gesamten Vorjahr.

Die Gewalttaten sind eine Schande. Die Stichwortgeber von CSU bis AfD, die von Obergrenzen und Asylmissbrauch schwadronieren, schüren damit diffuse Ängste und Ressentiments. Mir kann niemand erzählen, dass es besorgte Bürger sind, die bei Pegida-Demonstrationen Volksverhetzern wie Lutz Bachmann hinterherlaufen. Deshalb braucht es den entschiedenen Widerstand der gesamten Politik. Bundespräsident Joachim Gauck und die Kanzlerin haben sich unmissverständlich geäußert. Das muss öfter und lauter passieren. Merkels Zugeständnisse an Seehofer sprechen aber leider eine andere Sprache.

Auch die Grünen streiten heftig über Flüchtlingspolitik. Tübingens Oberbürgermeister Palmer wurde wegen seiner skeptischen Haltung von der Grünen Jugend ein Parteiausschluss angedroht. Was ist bei Ihnen los?

"Das Asylpaket ist einfach nur schäbig" Grünen-Chefin Simone Peter lobt Angela Merkel, schimpft aber die Koalition hilflos und ärgert sich über einen Parteifreu....

Boris Palmer ist als Individualist bekannt und hat schon oft Dinge gesagt, die nicht der Mehrheitsmeinung der Partei entsprechen. Wir wollen den Flüchtlingszuzug bewältigen und bieten Konzepte und Maßnahmen an. Wenn Boris Palmer sagt, wir schaffen das nicht, stellt er das Engagement all jener infrage, die sich vor Ort kümmern. Ein Parteiausschluss wäre aber Unsinn.

Boris Palmer spricht als Praktiker, wenn er Obergrenzen für den Flüchtlingszuzug fordert. Warum sollte er die Lage schwärzer malen, als sie ist?

Ich begegne nur sehr selten Verantwortlichen in den Kommunen, die sagen, wir sind jetzt an unserer Grenze angekommen. Die allermeisten sagen mir mit einem gewissen Stolz: Wir wollen das stemmen und bekommen das auch hin. Gerade in dieser Woche konnte ich mich in Hameln davon überzeugen, wie ein Landrat anpackt, statt zu zaudern. Nur so geht es.

Was schadet den Grünen eher - Palmers Äußerungen oder die Forderung nach seinem Parteiausschluss?

Gerade weil Boris Palmer weit über Tübingen hinaus bekannt ist, trägt er eine besondere Verantwortung. Deswegen würde ich mir von ihm wünschen, dass er Mut macht und Zuversicht verbreitet. Seine Äußerungen haben Gewicht.

Auf dem Parteitag in zwei Wochen treten Sie als Parteichefin zur Wiederwahl an. Wollen Sie auch die Spitzenkandidatur 2017?

Erst einmal möchte ich als Bundesvorsitzende wiedergewählt werden. Alles andere hat Zeit bis zum kommenden Jahr. Klar ist: Die Vorsitzenden von Partei und Bundestagsfraktion sind natürliche Kandidaten.

Auf Ihrem Flügel steht bislang nur Fraktionschef Anton Hofreiter bereit. Haben die Linken nichts mehr zu melden?

Es ist doch noch viel Zeit bis zur Urwahl und bis zur Bundestagswahl selber. Wir haben erst einmal wichtige Landtagswahlen zu stemmen. Das Spitzenkandidatenduo wird rechtzeitig vor der Bundestagswahl stehen, und ich zweifle nicht an einer guten Kandidatenauswahl. Aber jetzt geht es zunächst um Programme und Konzepte.

Die Grünen zählen zu den treuesten Verbündeten der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik. Rücken die Grünen an die Union heran?

Merkel rückt derzeit Schritt für Schritt von ihrer einstigen Zuversicht ab. Damit entfernt sie sich auch von den Grünen. Die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik wird 2017 zu den wahlentscheidenden Fragen gehören. Aber auch in Sachen Klimaschutz, Europapolitik und Datenschutz bewegt sich die Union immer weiter weg von uns.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

In Deutsch und Arabisch fragt die Bundesagentur für Arbeit nach der im Herkunftsland abgeschlossenen Berufsausbildung (I.). Anas aus Syrien lernt in einer Großküche in Bayern, wie man Knödel macht (M.). Verbote in einer Unterkunft im sächsischen Schneeberg

In Deutsch und Arabisch fragt die Bundesagentur für Arbeit nach der im Herkunftsland abgeschlossenen Berufsausbildung (I.). Anas aus Syrien lernt in einer Großküche in Bayern, wie man Knödel macht (M.). Verbote in einer Unterkunft im sächsischen Schneeberg

"Das Asylpaket ist einfach nur schäbig" Grünen-Chefin Simone Peter lobt Angela Merkel, schimpft aber die Koalition hilflos und ärgert sich über einen Parteifreu....

In Deutsch und Arabisch fragt die Bundesagentur für Arbeit nach der im Herkunftsland abgeschlossenen Berufsausbildung (I.). Anas aus Syrien lernt in einer Großküche in Bayern, wie man Knödel macht (M.). Verbote in einer Unterkunft im sächsischen Schneeberg

Jens Büttner

Karl-Josef Hildenbrand

Sebastian Kahnert

Peter Endig

Load-Date: November 7, 2015

End of Document

Nur christliche Flüchtlinge willkommen; Polen ist entschieden gegen eine EU-weite Quotenregelung und interpretiert Solidarität auf ganz eigene Weise

Die Welt

Freitag 26. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 146

Length: 928 words

Byline: Jörg Winterbauer

Body

Warschau

Wenn Amina in Warschau über die Straße geht, drehen sich die Menschen um. Amina kommt aus dem Sudan. Sie ist schwarz und trägt ein Kopftuch. In Städten wie Paris oder Berlin würde das wohl kaum für gesteigerte Aufmerksamkeit sorgen. In der polnischen Hauptstadt schon. Denn in Polen gibt es kaum muslimische Immigranten, und die wenigsten aus Afrika. Amina ist vor 22 Jahren nach Polen gekommen. Sie hat hier ihren Doktor in Rechtswissenschaften gemacht. Die Polen waren immer sehr interessiert an ihr. Früher erlebte sie das überwiegend als freundliche Neugierde. Die Leute hatten kaum Erfahrung mit Ausländern, Amina war für sie etwas Besonderes. Sie fragten, woher sie komme, welche Sprache sie spreche und wie es ihr in Polen gefalle. Heute ist das anders, sagt sie. Seit etwa fünf, sechs Jahren werde sie täglich auf der Straße angepöbelt. "Terroristin" rufen die Leute, weil sie ein Kopftuch trägt. Sie führt das zurück auf die Berichterstattung über Gruppierungen wie IS und al-Qaida.

Die Erlebnisse Aminas passen zu den Daten, die das Pew Research Center kürzlich ermittelt hat. Das US-Meinungsforschungsinstitut hat die Einstellungen der Bevölkerung in den sechs größten EU-Ländern gegenüber Minderheiten untersucht. Demnach sind in Polen 56 Prozent der Menschen negativ gegenüber Muslimen eingestellt. Zum Vergleich: In Deutschland sehen laut der gleichen Studie 26 Prozent der Bevölkerung Muslime negativ. Es ist wohl auch die Angst der Gesellschaft vor dem islamistischen Terrorismus, die Länder wie Polen, Ungarn oder die Slowakei zurückhaltend bis ablehnend agieren lässt, wenn es um die Bereitschaft geht, Flüchtlinge aufzunehmen.

Am Donnerstag verhandelten in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder unter anderem über die Frage, wie mit den vielen Flüchtlingen zu verfahren sei, die in Griechenland und Italien ankommen. 40.000 Menschen aus Syrien und Eritrea sollen auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Über einen Verteilungsschlüssel, der Faktoren wie Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosigkeit und Einwohnerzahl berücksichtigt. Polen soll demnach rund 2700 Flüchtlinge aufnehmen. Zum Vergleich: In Deutschland wurden im Jahr 2014 mehr

Nur christliche Flüchtlinge willkommen Polen ist entschieden gegen eine EU-weite Quotenregelung und interpretiert Solidarität auf ganz eigene Weise

als 200.000 Anträge auf Asyl gestellt. Schon beim letzten Treffen des Europäischen Rates verkündete Polen, es sei gegen die Quote. Ja, man werde Flüchtlinge aufnehmen, aber nur freiwillig und keine bestimmte Anzahl, die dem Land aufgezwungen werde.

Kurz zuvor hatte Ministerpräsidentin Ewa Kopacz allerdings verkündet, dass Polen 60 christliche syrische Familien aufnehmen werde. Auf lange Sicht sollen bis zu 150 christliche Familien aus Syrien in Polen Zuflucht vor dem IS bekommen. Kopacz sagte dazu: "Christen, die (in Syrien) auf barbarische Weise verfolgt werden, verdienen es, dass ein christliches Land wie Polen ihnen hilft." Heute nutzt Kopacz die Tatsache, dass Polen christlichen syrischen Familien hilft, um gegen weitere Verpflichtungen für das Land zu argumentieren. Am Mittwoch betonte sie: "Wir nehmen Ukrainer auf, unsere Nachbarn. Wir nehmen Tschetschenen auf. Wir haben erklärt, dass wir 60 syrische Familien aufnehmen." Polen könne nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, als es dem Land wirtschaftlich und logistisch möglich sei. Die Ukrainer, die nach Polen kommen, haben allerdings keinen Flüchtlingsstatus. Im vergangenen Jahr hat Polen rund 750 Menschen Asyl gewährt.

Zahlreiche polnische Nichtregierungsorganisationen haben die Haltung der Regierung in der Flüchtlingsfrage in einem offenen Brief kritisiert: "Wir sind dagegen, dass der polnische Staat das Kriterium der Religion heranzieht, wenn es um die Auswahl der Personen geht, die Hilfe erhalten." Es sei ein Widerspruch, dass Polen zwar christlichen Familien aus Syrien helfen wolle, gleichzeitig aber gegen die Aufnahme von andersgläubigen Syrern sei, die in ihrer Heimat ebenso verfolgt würden und unter Lebensgefahr nach Europa eingereist seien. 33 Organisationen, darunter die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, haben den Brief unterzeichnet.

Piotr Bystrianin von der Stiftung Ocalenie (Deutsch: Rettung), der den Brief mitverfasst hat, sagt, dass die Entscheidung der Regierung in einer Zeit gefallen sei, in der islamfeindliche Organisationen Stimmung gegen Einwanderung machten. Das Vorgehen der Regierung stärke nun die Islamophobie in Polen. Bystrianin sagt, die Politik nutze die Aufnahme christlicher Familien zu PR-Zwecken. Zuvor hatte die Stiftung Esera in Polen über Wochen hinweg öffentlichkeitswirksam auf das Schicksal von Christen in Syrien hingewiesen, sodass es für die Regierung schwer gewesen wäre, diesen keine Hilfe zu gewähren. Für verfolgte Jesiden oder Muslime aus Syrien gab es in Polen keine vergleichbare Lobby. Die Stiftung übernimmt nun auch die Formalitäten für die Einreise der Familien, die derzeit noch in Syrien sind.

Der Warschauer Migrationsexperte Maciej Duszczak von der Universität Warschau sieht die Entscheidung, sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen auf Christen zu konzentrieren, positiv: "Selektion in der Integrationspolitik ist nichts Schlechtes." Christen ließen sich in Polen aufgrund der eigenen christlichen Tradition deutlich leichter integrieren als Muslime. Italien und Griechenland wird dieses Argument wohl kaum überzeugen, wenn sie mit dem Flüchtlingsansturm weiterhin alleingelassen werden. Die italienische Gesellschaft ist übrigens laut Pew-Studie gegenüber Muslimen mit 61 Prozent noch negativer eingestellt als die polnische.

"Selektion in der Integrationspolitik ist nichts Schlechtes" Maciej Duszczak, Migrationsexperte

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 26, 2015

"Wir haben das Chaos gesehen"; Frontex-Chef Fabrice Leggeri fordert ein härteres Grenzmanagement. Vor allem Griechenland soll Migranten konsequenter abweisen

Die Welt

Mittwoch 23. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 299

Length: 1292 words

Byline: Ileana Grabitz

Body

Die EU-Kommission will die europäische Grenzschutzagentur Frontex mit Befugnissen ausstatten, damit die Einheit notfalls auch gegen den Willen von einzelnen Staaten Grenzkontrollen durchführen kann. Für den Chef der Kontrolleure, Fabrice Leggeri, wäre das ein überfälliger Schritt.

Die Welt:

Herr Leggeri, die EU-Kommission plädiert dafür, das Mandat von Frontex spürbar auszubauen. Reichen die geplanten Maßnahmen, um aus Europa wirklich die gut gesicherte Festung zu machen, die man sich vielerorts wünscht?

Fabrice Leggeri:

Der Begriff Festung passt mir in diesem Zusammenhang nicht. Aber natürlich müssen wir die Außengrenzen der EU gut sichern, wenn das Schengenabkommen weiterhin gelten soll - und das, also die Freizügigkeit, ist ja die Grundlage für das Europa, wie wir es kennen. Insofern hoffe ich sehr, dass sich die Mitgliedsstaaten darauf verständigen können, dass unser Mandat auch wirklich ausgeweitet wird.

Frontex soll unter anderem mehr Personal bekommen, die Mitarbeiterzahl soll bis 2020 auf 1000 steigen. Aber hilft das weiter? Griechenland hat allein in der akuten Krise 1500 Grenzbeamte von Frontex angefordert - und nur einen Bruchteil bekommen.

Natürlich wird auch das erweiterte Personal nicht ausreichen, um die Krise wirklich in den Griff zu bekommen. Mit einem guten Grenzmanagement allein kann man da aber ohnehin nicht viel ausrichten, wir müssen uns vor allem auch den Ursachen widmen. Aber der geplante Ausbau von Frontex ist immerhin ein guter Anfang: Wichtig ist mir

"Wir haben das Chaos gesehen" Frontex-Chef Fabrice Leggeri fordert ein härteres Grenzmanagement. Vor allem Griechenland soll Migranten konsequenter abweisen

vor allem, dass unsere Agentur künftig operativ unabhängiger arbeiten können soll. Und dass wir dank der zusätzlichen Mittel in die Systeme investieren können, die wir für ein gutes Grenzmanagement brauchen.

Wo werden Sie investieren?

Was uns vor allem interessiert, sind neue Instrumente für Luftüberwachung. Bislang ist Frontex zu einem großen Teil auf die Unterstützung der Mitgliedsstaaten angewiesen, wenn es darum geht, die Grenzen aus der Luft zu beobachten. Seit September haben wir in Bulgarien bereits eigene Überwachungskameras im Einsatz, dank derer wir Bilder und Informationen aus erster Hand beziehen und selber auswerten können. Das ist sehr entscheidend, vor allem in den Fällen, wo ein EU-Land um Unterstützung bittet und die anderen Mitgliedsstaaten keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Geht es nach der Europäischen Kommission, soll Ihre Agentur im Notfall auch gegen den Willen eines Mitgliedsstaates in das Grenzmanagement einsteigen dürfen. Ist das nicht ein derber Eingriff in die Souveränität eines Landes?

Aber was hat man von dieser Souveränität, wenn 20.000 Migranten an der Grenze stehen und die Grenzbehörden so unter Druck setzen, dass ganze Ströme von Menschen völlig unkontrolliert in die EU einreisen können? Wir haben doch in den vergangenen Monaten alle gesehen, zu welchem Chaos das führt und welche Sicherheitsrisiken auf diese Weise entstehen. In solchen Extremsituationen hätte Frontex die Möglichkeit, den EU-Staaten nützliche Ratschläge zu erteilen.

Ratschläge? Das klingt fast euphemistisch. Laut Plan müssten sich die EU-Staaten doch daran halten.

Richtig. Die Maßnahmen wären verbindlich. Allerdings würde sich unsere Agentur im Gegenzug ja auch verpflichten, die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung zu unterstützen. Wie beispielsweise bei der "Poseidon Rapid Intervention" in der Ägäis, die wir Ende Dezember starten und mit der wir Griechenland mit zusätzlichen Patrouillebooten und weiteren 375 Dolmetschern und Beamten aushelfen.

Und wenn sich ein Mitgliedsstaat weigern würde, das zu akzeptieren?

Dann könnte die EU-Kommission durchgreifen - dank der Exekutivrechte, die ihr laut EU-Vertrag zustehen. Frontex selbst ist keine politische Behörde, die nötige Macht würde der Agentur erst durch die Kommission verliehen.

Mal konkret: Sie selbst haben kritisiert, dass Ungarn im Herbst den Grenzzaun aufgebaut hat. Zäune seien keine Lösung für die Flüchtlingskrise. Hätte man das mit dem neuen Mandat verhindert?

Vielleicht. Viel wichtiger als die Intervention in einer akuten Krise ist mir aber, dass wir die Länder darin unterstützen wollen, bedrohliche Entwicklungen in Flüchtlingsfragen schon frühzeitig zu erkennen und diese dann gemeinsam anzugehen. Als Ungarn den Zaun hochgezogen hat, war ja klar, dass der Flüchtlingsstrom nach Kroatien ausweichen würde. In so einem Fall hätte man idealerweise zusammen mit beiden Staaten ein integriertes Grenzmanagement aufgebaut.

Wie zufrieden sind Sie mit der Unterstützung der Mitgliedsstaaten? Im Herbst forderten Sie mehr Leihbeamte. Ist man auf Sie zugekommen?

Für die "Poseidon Rapid Operation" etwa sollte das grundsätzlich geregelt sein. Da sind die Länder verpflichtet, uns auch personell zu unterstützen; Deutschland etwa wird von Januar bis März 179 Bundespolizisten nach Griechenland schicken. Trotzdem ist mir klar, dass in dieser Hinsicht auch die Länder am Rande ihrer Kapazitäten angekommen sind. Das hat auch damit zu tun, dass der Schengenraum zuletzt immer erweitert wurde und die Staaten daher ihren Grenzschutz reduziert haben. Das und der allgemeine Spardruck haben dazu geführt, dass sie oft nicht in der Lage sind, die angeforderten Grenzbeamten abzustellen.

Wie kann man die Lücke schließen?

"Wir haben das Chaos gesehen" Frontex-Chef Fabrice Leggeri fordert ein härteres Grenzmanagement. Vor allem Griechenland soll Migranten konsequenter abweisen

Einerseits muss die Agentur selbst mehr Leute einstellen, wie es ja auch angedacht ist. Andererseits müssen wir das Anforderungsprofil allgemein erweitern: Für die Registrierung etwa brauchen wir ja keine Grenzbeamten, das können auch andere Beamte übernehmen.

Wie viel mehr Personal brauchen Sie jetzt akut in Griechenland?

Wir prüfen das gerade. 550 zusätzliche Mitarbeiter sollten es aber mindestens sein.

Werden die Flüchtlingszahlen aufgrund des Winters zurückgehen?

Seriöse Prognosen kann man in dieser Lage wirklich kaum treffen. Die Lage ändert sich derzeit von Woche zu Woche, teils von Tag zu Tag - auch abhängig davon, wie das Wetter ist.

Gehen Sie davon aus, dass ab Frühling, wenn das Wetter wieder besser wird, die Zahlen weiter steigen werden?

Zumindest werden sie nicht schrumpfen. Denn die Gründe, aus denen derzeit so viele Migranten nach Europa drängen, sind ja nicht verschwunden: Die Lage in Syrien hat sich nicht verbessert. Zu hoffen bleibt, dass die Türkei ihre Grenze wie vereinbart besser kontrolliert. Auch ob die ehemalige jugoslawische Republik von Mazedonien auf die Dauer keine wirtschaftlichen Migranten mehr annimmt, ist ein wichtiger Faktor. Um die Situation weiter zu entspannen, müsste Griechenland außerdem die weiterhin anlandenden Flüchtlinge, die keine Aussicht auf Asyl haben, konsequenter abweisen, als es bislang der Fall ist. Dabei können laut EU-Recht dann auch wir es unterstützen.

Ist es rechtlich möglich, dass Frontex Migranten in die Türkei oder nach Afrika zurückführt?

Wenn wir genug Beweise haben dafür, dass jemand aus einem Maghrebland stammt und nicht schutzbedürftig ist, ist das grundsätzlich möglich, ja. Frontex organisiert solche Rückführungen auch heute schon, allerdings muss der betroffene Herkunftsstaat ebenso wie der Mitgliedsstaat, wo der Flüchtling ankam, sein Einverständnis geben.

Wie viele Personen hat Frontex im vergangenen Jahr zurückgeführt?

Weniger als zwei Prozent aller Rückführungen wurden von uns abgewickelt. 2015 haben wir fast 60 Flüge organisiert, 50 Prozent mehr als im Jahr davor.

Werden die Zahlen zunehmen?

Ich gehe davon aus. Man darf aber nicht vergessen, dass es oft sehr schwer ist, den Migranten ihre Herkunft gleich beim Grenzübertritt in die EU zweifelsfrei nachzuweisen. Erfahrungsgemäß ist es bei zwei Dritteln nicht möglich, etwa weil es keine Reisedokumente gibt und daher die Identität nicht geklärt werden kann. Was die Mitgliedsstaaten nicht geschafft haben, wird auch Frontex vor Probleme stellen. Da muss ich die Erwartungen dämpfen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/STRINGER; Zarko Basic/PIXSELL

Zu Land, zu Wasser und in der Luft: Ein Frontex-Hubschrauber überwacht den Strand von Lesbos, an dem ein syrisches Flüchtlingskind Schutz sucht

STRINGER

"Wir haben das Chaos gesehen" Frontex-Chef Fabrice Leggeri fordert ein härteres Grenzmanagement. Vor allem Griechenland soll Migranten konsequenter abweisen

Load-Date: December 23, 2015

End of Document

"Jetzt geht es um die Herkules-Aufgabe"; Wegen des Flüchtlingsstroms rechnet der Städte- und Gemeindebund mit 30.000 zusätzlichen Schülern und 100.000 Kitakindern

Die Welt

Montag 4. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 154

Length: 1394 words

Byline: Manuel Bewarder

Thorsten Mumme

Body

Erst ging es nur um die Unterbringung und Verpflegung der **Flüchtlinge**. Das war schon schwer genug, jetzt müssen aber Zehntausende Schul- und Kitaplätze geschaffen werden. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, spricht über die kommenden Aufgaben.

Die Welt:

Herr Landsberg, im vergangenen Jahr kamen mehr als eine Million **Flüchtlinge** nach Deutschland. Für dieses Jahr will der Bund keine Prognose wagen. Scheut Berlin die Verantwortung?

Gerd Landsberg:

Nein, das ist vielmehr eine kluge Entscheidung, denn es kann niemand seriös voraussagen, wie sich zum Beispiel die Fluchtrouten oder der Bürgerkrieg in Syrien entwickeln. Wir müssen jetzt unsere Hausaufgaben machen und uns um die kümmern, die bereits hier sind.

Welchen Anteil erbringen Städte und Gemeinden?

Wir haben die Leute untergebracht, jetzt geht es um die Herkules-Aufgabe Integration. Ein Beispiel aus dem Bildungswesen: Wir rechnen durch die hohe Flüchtlingszahl mit voraussichtlich 300.000 zusätzlichen Schulkindern und rund 100.000 zusätzlichen Kitakindern. Alle Schul- und Kitaprognosen der vergangenen Jahre sind also hinfällig. Dafür brauchen wir mehr Gebäude, mehr Personal und mehr Busse und Bahnen für den Schulweg.

"Jetzt geht es um die Herkules-Aufgabe" Wegen des Flüchtlingsstroms rechnet der Städte- und Gemeindebund mit 30.000 zusätzlichen Schülern und 100.000 Kitakinder....

Zuerst lebten die Flüchtlinge in Notunterkünften. Mittlerweile sind viele auf die Kommunen verteilt. Wie klappt das, wenn doch sowieso schon vielerorts Wohnungen knapp sind?

Das Wohnungsproblem ist immens. 2015 wurden in Deutschland etwa 250.000 Wohnungen fertiggestellt. Wir brauchen 2016 und in den Folgejahren aber rund 400.000. Das schaffen wir nur, wenn wir die bisherigen bürokratischen Hürden weiter absenken. Ein paar Dinge haben wir schon geändert, die noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wären. Das Baurecht ist weniger streng, Asylunterkünfte dürfen auch in Gewerbegebieten angesiedelt werden. Aber wir müssen noch viel mehr scheinbar unverrückbare Standards absenken. Das Bauen muss günstiger werden und darf nicht mehr als 1500 Euro pro Quadratmeter kosten.

Welche Standards wollen Sie denn schleifen?

Zum Beispiel die Energieeinsparverordnung. Wir sind das Volk der Dichter und Dämmer. Das sollte sich in Teilbereichen ändern. Und wir brauchen auch mehr und einfachere Serienbauweise. Im Moment braucht es dafür in jedem Bundesland noch unterschiedliche Genehmigungen.

Die Kommunen sind bei der Finanzierung auf Zuschüsse von Bund und Ländern angewiesen. Wie viel Geld brauchen Sie von denen?

Die Integrationskosten werden pro Jahr auf rund 20 Milliarden Euro geschätzt. Im Moment streiten Bund und Länder darüber, wer wie viel übernimmt. Die Länder wollen eine 50:50-Lösung, der Bund will nur 40 Prozent übernehmen. Beim nächsten Treffen am 8. Juli muss es endlich eine Lösung geben. Für uns Kommunen zählt, dass das Geld auch bei uns ankommt. Ein erstes richtiges und gutes Zeichen ist, dass der Bund für die nächsten drei Jahre bis 2018 die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber, die erwerbslos sind, in Höhe von circa 2,6 Milliarden Euro übernehmen wird.

Jetzt haben wir viel über Integrationskosten geredet. Aber wie integriert man Flüchtlinge denn am besten?

Ich sage immer: Tut nicht etwas für die Flüchtlinge; macht etwas mit den Flüchtlingen. Wichtig ist, die Menschen sehr schnell in Arbeit zu bringen. Mittelfristig müssen wir auch versuchen, den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung deutlich zu erhöhen. Ein Flüchtlingsmanager mit Migrationshintergrund und eigener Fluchterfahrung ist für eine solche Aufgabe sicher besonders gut geeignet. Auch ein Polizist mit Migrationshintergrund hat es möglicherweise bei Konflikten zwischen Flüchtlingen leichter, diese Konflikte zu lösen.

Bislang wird vor allem darauf verwiesen, dass die Flüchtlinge unserer Wirtschaft helfen können.

Das stimmt auch. Wir brauchen gut ausgebildete junge Fachkräfte. Aber ich denke auch: Der Syrien-Konflikt wird irgendwann beendet sein. Und wer baut das Land dann wieder auf? Wenn wir schlau sind, werden das unsere Flüchtlinge sein, die wir ausgebildet haben und die dann für deutsche Firmen dort arbeiten. Das sind riesige Chancen.

Weiterhin kommen viele unbegleitete Minderjährige. Muss man diese auf besondere Weise unterstützen?

Unser jetziges Jugendhilferecht ist für diese Aufgabe nicht primär zugeschnitten. Es ist für schwer erziehbare Kinder gemacht oder für Kinder, die aufgrund schwieriger häuslicher Umstände nicht mehr zu Hause bleiben können. Das kann man auf jemanden, der eine 4000-Kilometer-Flucht hinter sich hat, nicht ohne Weiteres anwenden. Der braucht eine andere Förderung, Sprachförderung, Schulausbildung und berufliche Orientierung. Dies gilt umso mehr, als der überwiegende Teil der minderjährigen Flüchtlinge zwischen 16 und 18 Jahre alt ist. Sinnvoll wäre es deshalb, das Recht deutlich zu flexibilisieren und damit die Unterstützung effektiver und kostengünstiger zu gestalten.

Derzeit wird heftig diskutiert, wie wir mit Reibungen durch kulturelle Unterschiede umgehen sollen. Was denken Sie, wenn der muslimische Vater der Lehrerin seines Kindes nicht die Hand geben will?

"Jetzt geht es um die Herkules-Aufgabe" Wegen des Flüchtlingsstroms rechnet der Städte- und Gemeindebund mit 30.000 zusätzlichen Schülern und 100.000 Kitakinder....

Dieser Vater, der ja gleichzeitig auch Imam ist, sollte sich klarmachen, dass er eine Vorbildfunktion für junge Muslime hat. Ein Muslim, der in Deutschland lebt und den Handschlag verweigert, wird hier nie Karriere machen. Durch sein Verhalten trägt der Imam dazu bei, die Chancen der Menschen, für die er sich einsetzen will, deutlich zu verringern. Das muss man ganz sachlich betrachten. Dieses Theater, das derzeit um diesen Vorfall gemacht wird, ist für mich dagegen eine Zumutung.

Solche Diskussionen kochen regelmäßig hoch. Wo verläuft die Grenze zwischen Anpassen und dem Festhalten an der Kultur der Heimat?

Das muss sich von alleine austarieren, gesetzlich kann man das nicht anordnen. Allerdings muss man auch darauf achten, dass viele Flüchtlinge Konsensformen, wie wir sie hier zwischen Staat und Bürgern haben, aus ihren Heimatländern gar nicht kennen und sie möglicherweise falsch auslegen. Da braucht es schon klare Botschaften.

Wo sich Menschen drängen, gibt es auch abseits der Folgen der Flüchtlingszuwanderung allerlei Reibungspunkte. Besonders emotional wird in den Städten derzeit das Thema Fahrradfahren diskutiert. Warum eigentlich?

Wir haben Städte jahrelang nicht nur für Menschen, sondern auch für Autos gebaut. Die Autostadt ist aber tot, die Fahrradstadt ist die Zukunft. Ich finde, man muss den Fahrradverkehr zulasten des individuellen Autoverkehrs privilegieren. Das verursacht natürlich Reibereien.

Sollte man nicht eher Anreize schaffen, auf das Fahrrad umzusteigen, als das Autofahren immer mehr zu erschweren?

Die Verkehrsflächen in den Städten sind kaum vermehrbar. Wenn es Konkurrenz gibt, muss man wissen, welche Prioritäten man setzen will. Und in Hinblick auf die Feinstaubbelastung ist es richtig, den individuellen Autoverkehr im Innenstadtbereich zurückzufahren. Da muss man auch gesetzlich nachsteuern. Neben der Stellplatzpflicht für Autos sollte auch eine Stellplatzpflicht für Fahrräder bei Neubauten angeordnet werden können.

Das Auto hat also keine Zukunft in der Innenstadt?

Diese Diskussion hatten wir schon in den 70er-Jahren, als die ersten Fußgängerzonen gebaut wurden. Da war der Aufschrei auch groß, das Auto dürfe nicht aus den Innenstädten verbannt werden. Aber es hat funktioniert. Letztlich muss das jede Stadt für sich selbst entscheiden.

Aber auch die Fußgänger beschweren sich mitunter

über den Kampfradler, ja. Diese Konflikte nehmen zu, weil es mehr Fahrradfahrer gibt. Pro Jahr werden zum Beispiel 500.000 E-Bikes verkauft.

Die Beschwerden richten sich gegen aggressive Radfahrer. Braucht man für sie strengere Verkehrsregeln?

Möglicherweise. Allerdings bin ich dagegen, dort die nächste Bürokratie anzufangen. An vielen Städten, wie etwa Münster, sieht man ja, dass es auch ohne drastische zusätzliche Bürokratie geht. Ich bin mir sicher, dass sich ein neues Miteinander etablieren wird, und dafür werben wir. Der weitere Aufbau einer Fahrradkultur wird allerdings nur gelingen, wenn wirksamer auch gegen Fahrraddiebstähle vorgegangen wird. Schätzungsweise werden pro Tag in Deutschland 900 Fahrräder geklaut. Das ist deutlich zu viel. Die Industrie ist gefordert - wie auch beim Auto - , Wegfahrsperren oder andere Sicherungsmittel zu entwickeln. Gleichzeitig muss das Angebot an sicheren Abstellplätzen erhöht werden.

Original Gesamtseiten-PDF

"Jetzt geht es um die Herkules-Aufgabe" Wegen des Flüchtlingsstroms rechnet der Städte- und Gemeindebund mit 30.000 zusätzlichen Schülern und 100.000 Kitakinder....

Carsten Coall/Getty Images

Der kleine Abdulhay floh mit seinen Eltern vor der Terrormiliz IS aus dem Irak. Wenn er gut Deutsch lernen soll, braucht er bald einen Kitaplatz

ck

Load-Date: July 4, 2016

End of Document

Italien auf der Flucht; Österreich macht den Brenner dicht - und könnte seinen südlichen Nachbarn tief ins Chaos stürzen. Daran ist auch die Mafia schuld

Die Welt

Montag 2. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 102

Length: 1027 words

Byline: Dirk Schümer

Body

Österreich macht die Grenzen zu Italien für **Flüchtlinge** dicht - und die italienischen Politiker spucken Gift und Galle. Quasi täglich noch droht Ministerpräsident Matteo Renzi Österreich mit europäischen Sanktionen, falls am Brenner streng kontrolliert wird. Italienische Zeitungen sprechen von einem "neuen Kalten Krieg" und vergleichen die Pläne aus Wien mit der Berliner Mauer.

Doch nach dem Triumph des rechten Kandidaten Norbert Hofer in der ersten Runde der Präsidentenwahlen bringt Österreichs große Koalition aus Sozial- und Christdemokraten einen Notstandsplan auf den Weg, der ganz nach ungarischem Vorbild **Asylverfahren** bereits an der Grenze ermöglichen und das Land nach Erreichen einer Obergrenze komplett für **Migranten** sperren soll. Dieweil werden auch andere Zugangswege, etwa die Kärntner Grenze bei Tarvisio, die burgenländische Grenze zu Ungarn oder der Zugverkehr zwischen Verona und Innsbruck bereits von österreichischen Beamten oder Militärs mehr oder weniger diskret überwacht.

Dass die Italiener sich nun fürchten, hat gute Gründe. Weil Italien seine Seegrenzen nicht zu sichern vermag, werden bei anhaltendem Zustrom am Ende Hunderttausende von Migranten in Italien festsitzen - so wie dies bereits jetzt mit gut 30.000 Menschen in Griechenland der Fall ist. Auf diesen massenhaften Zustrom aber ist Italien nicht vorbereitet. Seit Jahren schon geht der Staat das brennende Problem mit einer landesüblichen Mischung aus Laxheit und Ignoranz an.

Konkret heißt das: Weil es in Italien kein dem mitteleuropäischen Standard vergleichbares Sozialsystem gibt, streben ohnehin die meisten Zuwanderer nach Norden, und man lässt sie gerne ziehen. Wer dennoch in Italien hängen bleibt, der landet oft in illegalen Beschäftigungen, um sich über Wasser zu halten: Drogenhandel, Prostitution, Kurierdienste der Mafia, Straßenverkauf kopierter Markenware oder Bettelei. Weil das für sie am bequemsten ist, schauen Polizei und Ordnungsbehörden meistens weg.

Italien auf der Flucht Österreich macht den Brenner dicht - und könnte seinen südlichen Nachbarn tief ins Chaos stürzen. Daran ist auch die Mafia schuld

Die italienischen Bürger haben die Lasten zu tragen. Jetzt schon ist es schwer, in Mailand oder Florenz in einem Café zu sitzen, ohne mehrmals angebettelt zu werden. Alle Strände wimmeln von afrikanischen Verkäufern, die ihren Kunden vom Badetuch bis zur Kleinskulptur hartnäckig allerlei Krimskrams anzudrehen versuchen.

Wer in Venedig oder Rom durch die Altstadt streift, bekommt an jeder Ecke falsche Markenhandtaschen oder billiges Kinderspielzeug unter die Nase gehalten. An vielen Landstraßen bieten vorwiegend afrikanische Frauen ihren Körper unter erbärmlichen Bedingungen als Ware an. Und auf Baustellen, aber auch in Haushalten, Wohnblocks, Märkten arbeiten Hunderttausende Moldawier, Ukrainerinnen, Rumänen als Bauarbeiter, Altenpfleger, Hausmeister, Lastenträger. All das ist natürlich illegal.

Aber in einem Land mit traditionell starker Schattenwirtschaft und einer mächtigen Mafia aller Spielarten ist die Beschäftigung recht- und wohnungsloser Zuwanderer die zynische Normalform der Eingliederung ins Wirtschaftsleben. Weil es in Italien keine Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit und kein Wohngeld gibt, landen die meisten der neuen Zuwanderer neben anderen Arbeitsmigranten aus Bangladesch, Osteuropa und Nordafrika zwangsläufig in der geduldeten Kriminalität.

Der neapolitanische Bestsellerautor Roberto Saviano hat konkret beschrieben, wie die Bosse der Unterwelt nicht mehr nur heruntergekommene heimische Jugendliche, sondern auch schwarze Obdachlose für den illegalen Mülltransport oder als Drogenkuriere rekrutieren.

Weil viele überforderte Kommunen - an der Spitze die Hauptstadt Rom - eine gewisse Anzahl von Roma oder Subsaharianer aus Lampedusa dann doch in Notunterkünften unterbringen, hat die Mafia auch hier Beamte korrumpiert und das Flüchtlingsbusiness übernommen. Die Hilfssummen des Staates werden einkassiert, im Gegenzug erhalten die Betreuten verdorbenes Essen, verrottete Unterkünfte und müssen von ihren 2,50 Euro täglichem Taschengeld sogar noch Schutzgeld abtreten. In Palermo jagte bereits ein Mafioso einem Migranten eine Kugel durch den Kopf, weil der 21-jährige Gambier sich nicht an die territorialen Regeln der Clans hielt. In anderen verarmten Regionen wie Kalabrien besteht keine Hoffnung, die dort hängen gebliebenen Afrikaner in den Arbeitsmarkt einzugliedern, weil hier ohnehin schon über 60 Prozent der Jugendlichen vergeblich nach einem Job suchen.

So kommen junge Afrikaner in alten Hotelanlagen unter, wo sie über Jahre herumhängen. Sprachkurse, Arbeitsleistungen, Schule, Perspektive - all das gibt es nicht. Wohin werden sich diese himmelschreienden Zustände entwickeln, wenn nach Frankreich nun auch Österreich die italienischen Grenzen für Migranten dichtmacht? Man braucht nicht viel Fantasie, um zu sehen, dass die Italiener angesichts hoher Arbeitslosigkeit, explodierender Staatsverschuldung und steigender Kriminalität mit dieser Völkerwanderung jetzt schon heillos überfordert sind.

Es ist dieselbe Frage, die sich auch in Osteuropa stellt: Wie kann eine klamme Regierung ihre Bürger zu einer Willkommenskultur überreden, wenn die Eingesessenen selbst immer schwerer über die Runden kommen und sich vom Staat im Stich gelassen fühlen? Ausschreitungen und Demonstrationen, wie sie in einigen Kommunen vor allem Norditaliens gegen die Unterbringung von Flüchtlingen bereits losbrachen, werden sich häufen. Und rechten Parteien wie der Lega Nord von Matteo Salvini laufen die Wähler in Scharen zu.

Premierminister Matteo Renzi weiß das alles. Aber Renzi kann seine Küsten nicht vor dem lebensgefährlichen Bootsverkehr der Schlepper schützen. Nur zwanzig Prozent auf den Booten, die nach Italien übersetzen, sind übrigens Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten. Beim übergroßen Rest handelt es sich um junge Glückssucher aus Ländern wie Mali, Nigeria, Burkina Faso und dem Senegal. Wenn das Land weiter keine andere Lösung einfällt, als diese Menschen nonchalant nach Norden oder gleich in die Kriminalität abzuschieben, wird die Lage in Italien explosiv. Und erst wenn der mörderische Bootsverkehr übers Mittelmeer schon beim Start unterbunden werden kann, dürfte sich die Lage am Brenner auch wieder normalisieren.

Italien auf der Flucht Österreich macht den Brenner dicht - und könnte seinen südlichen Nachbarn tief ins Chaos stürzen. Daran ist auch die Mafia schuld

Graphic

Axel Springer SE

Load-Date: May 2, 2016

End of Document

Mazedonien öffnet wieder Grenzübergang. Mehr als 50.000 auf Balkanroute unterwegs

Die Welt

Freitag 29. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 24

Length: 235 words

Body

Mazedonien hat seinen Grenzübergang zu Griechenland für Flüchtlinge und Migranten wieder geöffnet. Dies sagte ein Polizeioffizier aus der griechischen Grenzstadt Idomeni. Der nördliche Nachbarstaat Griechenlands hatte diesen für die Flüchtlinge wichtigen Grenzübergang am Vortag vorübergehend geschlossen. Es gebe weiter nördlich nahe der mazedonisch-serbischen Grenze einen "Stau", hatten die mazedonischen Behörden der griechischen Polizei als Grund genannt. Viele Flüchtlinge warteten auf die Weiterreise nach Serbien.

Auf der griechischen Seite des Eisenbahnübergangs von Idomeni befanden sich nach Augenzeugenberichten rund 1000 Menschen. Diese verbrachten die Nacht in Zelten und provisorischen Unterkünften. Gut 800 Flüchtlinge mussten demnach die Nacht in Bussen und in einer Tankstelle rund 20 Kilometer südlich ausharren. "Jetzt gehen sie wieder in kleineren Gruppen rüber", sagte ein griechischer Grenzpolizist.

Mehr als 50.000 Flüchtlinge und Migrantensind nach slowenischen Angaben seit Jahresbeginn auf der Balkanroute unterwegs gewesen. Bis zum Donnerstagmorgen seien 50.898 Menschen durch Slowenien in Richtung Österreich und Deutschland gezogen, teilte die Polizei in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana mit.

Trotz des Winterwetters kommen weiter Tausende aus Süden nach: Allein am Mittwoch waren es mehr als 1400, wie das mazedonische Innenministerium in Skopje mitteilte.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 29, 2016

**Einhundert Seiten Angst zum Mitnehmen; Thilo Sarrazin stellt das Buch
"Völkerwanderung" des tschechischen Ex-Präsidenten Vaclav Klaus vor.
Und wirkt im Gegensatz zu ihm verblüffend handzahn**

Die Welt

Samstag 4. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 129

Length: 828 words

Byline: Mareike Kürschner

Body

Thilo Sarrazin ist Deutschlands umstrittenster Sachbuchautor. Der SPD-Politiker steht hierzulande für Krawall: Er ist der Prototyp des Querdenkers, seine Äußerungen polarisieren, er nennt Merkels Politik in der **Flüchtlingskrise** "fahrlässig und gemeingefährlich". Eine ähnliche Rolle nimmt der ehemalige tschechische Präsident Vaclav Klaus in seiner Heimat ein. Der 74-Jährige hegt eine tiefe Skepsis gegen die EU, spricht auf AfD-Parteitage und gesteht, "wenn ich Deutscher wäre, wäre ich in der AfD".

Wenn diese beiden sich treffen, um das neue Buch des Tschechen mit dem Titel "Völkerwanderung" in Berlin vorzustellen, dann erwartet das Publikum einen Frontalangriff auf die europäische **Flüchtlingspolitik**. Die beiden würden Meinungen vertreten, die nicht gerade "common sense" sind, drückt es der Moderator der Veranstaltung vorsichtig aus. Doch was nur wenige erwarten: Es sind 90 Minuten, in denen der Krawallmacher Sarrazin geradezu milde wirkt, während mit Klaus ein Mann auf dem Podium sitzt, der solch haarsträubende, rechtspopulistische Verschwörungstheorien vertritt, dass es sogar Laudator Sarrazin manchmal die Mundwinkel nach unten zieht.

Das Buch von Klaus könnte auch als Thriller durchgehen - mit dem Titel "100 Seiten Angst", denn genau die wird in jeder Zeile des kleinen Taschenbuchs vermittelt: Der Tscheche und sein Co-Autor Jiri Weigl, ein langjähriger Weggefährte des Ex-Präsidenten, zeigen den Untergang Europas auf, der mit der Flüchtlingskrise kommen wird. Die Migrationswelle wird darin verglichen "mit früheren Invasionen 'barbarischer' Völker", für die beiden Autoren wird Europa "von lauter weltfremden und heuchlerischen humanistischen Ideen durchdrungen", und es sei "unklar, ob von einem Verteidigungswillen Europas noch die Rede sein kann". Bevor er sein Werk vorstellt, beschwert sich Klaus noch, dass das Buch in Deutschland so groß ist, in seiner Heimat würde die Ausgabe in die Hosentasche passen, und man könne sie überall hin mitnehmen. Sehr praktisch, diese Angst zum Mitnehmen. In Tschechien findet das Buch großen Absatz.

Die Kernaussage der 100 Seiten: Die Krise wurde nicht von den Flüchtlingen losgetreten. "Sie haben nur den Ruf der europäischen Eliten gehört", sagt Klaus. "Diese Eliten haben sie ausgelöst! Wir müssen Nein sagen zur

Einhundert Seiten Angst zum Mitnehmen Thilo Sarrazin stellt das Buch "Völkerwanderung" des tschechischen Ex-Präsidenten Vaclav Klaus vor. Und wirkt im Gegensatz....

Massenmigration, und das ist eine politische Aufgabe." Beim letzten Aspekt ist ein leichtes Nicken bei Sarrazin zu erkennen. Den Grund für die Migrationswelle sieht der Tscheche in einer "europäischen Politikerelite, die denkt, dass sie etwas Neues in Europa schaffen soll, einen neuen europäischen Menschen". Ein solches Europa könne "nicht mit den alten Einwohnern funktionieren, die Migranten aber sind dafür perfekt geeignet". Sie seien offen für das Neue, weil sie keine nationalstaatliche Bindung hätten.

Die Flüchtlingskrise als Vorwand, um in Europa politischen Umsturz zu betreiben und damit einen neuen europäischen Menschen zu schaffen? So die These des ehemaligen Präsidenten unseres Nachbarlandes. Deutlich hört man die Anwesenden im Saal schlucken. Anders ließe sich der Hintergrund für die Krise nicht erklären, ist Klaus der Ansicht. Denn wie sonst könne es sein, dass in Europa bei allen Themen Verantwortung gepredigt würde, aber ausgerechnet bei der Migration von Verantwortung keine Spur sei. Er unterstellt der "deutschen 'Migranten-Mama' Merkel", wie es im Buch heißt, sogar mit Plan die Grenzen geöffnet zu haben - um dem Ziel eines europäischen Zentralstaates näherzukommen.

Doch in dieses Boot will sich Sarrazin nicht setzen. Er sieht in der Flüchtlingskrise "keine bewusste Entscheidung, die Bevölkerung in Europa zu verändern". Bei den Politikern sieht er überhaupt "kein bewusstes Handeln". Lachen im Saal, sogar bei Klaus. Dabei gehen an dieser Stelle die gemeinsamen Ansichten der beiden weit auseinander. So glaubt Sarrazin, dass die Flüchtlingspolitik zu neuem Nationalstaatsdenken geführt hat. Mehr Zentralstaat? Keineswegs. Vielleicht habe man tatsächlich gedacht, dass die Krise zu einer verstärkten Zusammenarbeit führen würde, doch dieses Kalkül habe sich nicht erfüllt, erläutert er. Klaus schreibt fleißig mit.

Und die Hintergründe der Angela Merkel? Sarrazin gibt zu, dass er überlegt hat, ob der Kanzlerin wohl einmal der Gedanke durch den Kopf gegangen ist, dass sie mit der Grenzöffnung im vergangenen Sommer ihre Position festigen und die anderen europäischen Staaten ihrem Willen unterwerfen wollte. "Falls das in ihrem Interesse war", philosophiert Sarrazin, "dann weiß ich nicht, ob sie das wieder tun würde." Auch Klaus will noch etwas dazu sagen: "Was Angela Merkel im Kopf hat, wissen wir nicht, aber sie glaubt an die Ideen des Multikulturalismus. Das ist für mich nicht verständlich." Die Frage, was Vaclav Klaus im Kopf hat, macht diese Veranstaltung mehr als deutlich: ein krudes, antieuropäisches, von Verschwörungstheorien geleitetes Weltbild. Thilo Sarrazin bildet dagegen ausnahmsweise den milden Gegenpol.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

WeltN24

Zwei Populisten unter sich: Doch Thilo Sarrazin (l.) und Vaclav Klaus (r.) ziehen nicht am selben Strang

WeltN24

Load-Date: June 4, 2016

Härtere Linie gegen Migranten; Koalition erleichtert Ausweisungen von Straftätern als Reaktion auf Vorfälle in Köln

Die Welt

Donnerstag 28. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 23

Length: 1002 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Fast einen Monat nach der erschreckenden Silvesternacht mit Gewalttaten gegen zahlreiche Frauen hat das Bundeskabinett beschlossen, die Ausweisung ausländischer Straftäter zu erleichtern. Die von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) vor zwei Wochen gemeinsam vorgeschlagene Verschärfung des Ausweisungsrechts wurde "eins zu eins" angenommen, wie das Justizministerium mitteilte - ein Erfolg der beiden Kabinettskollegen, deren Ressortinteressen häufig in Konflikt geraten.

Nach den Übergriffen in Köln und anderswo hatten Politiker aus Union und SPD einen Überbietungswettbewerb um die härteste Asyl- und Migrationspolitik veranstaltet: Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD)? Forderte die Streichung der Entwicklungshilfe für Länder, die ihre aus Deutschland abgeschobenen Staatsbürger nicht zurücknehmen. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer? Straffällige Flüchtlinge gleich ganz ohne Prozess abschieben! "Nicht erst das Strafmaß nach einer Verurteilung soll Grundlage für eine mögliche Abschiebung sein, sondern bereits ein Delikt", polterte der Bayer. Die Bundeskanzlerin kündigte am Tag sieben nach Köln in ihrem ganz eigenen Ton an zu prüfen, "ob wir, was Ausreisepflichten anbelangt, schon alles getan haben, was notwendig ist, um hier auch klare Zeichen zu setzen an diejenigen, die nicht gewillt sind, unsere Rechtsordnung einzuhalten". Ein Zwischenergebnis dieser Prüfung ist der vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf: Im Kern soll erstens künftig ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Das gilt für Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte - unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Bisher muss eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr vorliegen.

Zweitens soll nach dem Beschluss ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse gegeben sein, wenn ein Ausländer zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird. Auch dies soll künftig unabhängig davon gelten, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Bisher bedarf es für die Kategorisierung besonders schwerwiegend einer Strafe von mehr als zwei Jahren.

Härtere Linie gegen Migranten Koalition erleichtert Ausweisungen von Straftätern als Reaktion auf Vorfälle in Köln

Drittens wird auch die Grenze, ab der eine Verurteilung die Anerkennung als Flüchtling verhindert, abgesenkt. Dies soll künftig bei einer Freiheitsstrafe von einem statt drei Jahren der Fall sein. Rechtsexperten bezweifeln allerdings, dass durch diese Verschärfung kriminelle Ausländer schneller außer Landes gebracht werden. "Mit der Ausweisung ist noch längst nicht gesagt, dass auch tatsächlich eine Abschiebung erfolgt", sagt der renommierte Ausländerrechtler Kay Hailbronner der "Welt". Er verweist darauf, dass auch ein besonders schwerwiegendes öffentliches Interesse immer mit dem Interesse des Ausländers am Verbleib in der Bundesrepublik abgewogen werden muss. "Der gesetzlichen Bewertung als schwerwiegend oder besonders schwerwiegend kommt keine allzu große rechtliche Bedeutung zu, weil der Gesetzgeber keinen Zweifel daran gelassen hat, dass es sich hierbei nur um Anhaltspunkte handelt, die am Erfordernis der individuellen Abwägung nichts ändern. Vieles spricht dafür, dass sich im Grunde an der bisherigen Praxis nichts ändern wird", sagt der Professor.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion, Stephan Mayer (CSU), bezeichnete die Verschärfung des Ausweisungsrechts hingegen als "großen Schritt nach vorne". Nicht nur die Strafbarkeitsschwellen für die Ausweisung würden stark abgesenkt, auch das Asylrecht werde künftig leichter verwirkt, wenn ein Asylbewerber straffällig werde. "Dies hat die Union seit langer Zeit gefordert. Jetzt müssen die Länder dafür sorgen, dass mit zügigen Verurteilungen und schellen Ausweisungen und Abschiebungen diejenigen Deutschland schnell verlassen, die ihr Gastrecht verwirkt haben", sagte Mayer der "Welt".

Ausländerrechtler Hailbronner kann - trotz aller Kritik - der gesetzlichen Änderung "einen rechtspsychologischen Wert abgewinnen, weil sie verdeutlicht, dass Straftaten entsprechend gewichtig angesehen werden, um eine Aufenthaltsbeendigung rechtfertigen zu können". Es sei allerdings falsch anzunehmen, dass wegen der herabgesetzten Schwelle die Gerichte das Ausweisungsinteresse des Staates künftig höher gewichten als das Bleibeinteresse oder das besonders schwerwiegende Bleibeinteresse des Ausländers. Grundsätzlich gelte: "Ein absolutes Abschiebungshindernis ist die Gefahr unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe. Absolut ist dieses Hindernis, weil hier die Gefährdung der öffentlichen Ordnung nicht greift", sagt Hailbronner. "Auch ein Terrorist, der allgemein seine Unterstützung für den Islamischen Staat erklärt, darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem ihm unmenschliche Haft- oder Lebensbedingungen drohen." Dabei sei zu beachten, dass unmenschliche Lebensbedingungen auch angenommen worden seien, wenn keinerlei ökonomische Existenz möglich sei. Entsprechendes gelte auch für einen Straftäter, der wegen schwerer sexueller Straftaten abgeschoben werden solle. Bei Syrern oder Afghanen etwa müssten "sichere Landesteile" vorhanden sein.

Auch wenn es sich nicht um straffällig gewordene anerkannte Flüchtlinge handelt, sind Abschiebungen schwer durchzusetzen, etwa 200.000 ausreisepflichtige Ausländer leben in Deutschland. Häufig tauchen die Betroffenen unter oder quartieren Kinder bei Bekannten ein, sodass am Rückführungstermin die Familie nicht vollständig ist. Oft scheitern Abschiebungen auch an Krankheiten, einer anstehenden Elternschaft oder mangelnder Kooperation der Herkunftsstaaten. Das führt dann zu einer Duldung von Personen, die eigentlich schon ausgewiesen wurden. Auf den Abbau von Abschiebehindernissen richtete sich das seit November geplante Asylpaket II, auf das sich die Koalition vielleicht heute endlich einigt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 28, 2016

Philippinen bieten Hilfe für Flüchtlinge an; UN: Tausende treiben seit Wochen auf See

Die Welt

Mittwoch 20. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 115

Length: 431 words

Body

Die Philippinen haben Hilfe für die Bootsflüchtlinge auf dem Meer vor Malaysia und Indonesien angeboten. "Wir tun, was nötig ist", sagte Präsidentsprecher Herminio Columa. "Wir haben Verpflichtungen, Asylsuchenden zu helfen", sagte ein Sprecher des Außenministeriums. Vor den Küsten Thailands, Malaysias und Indonesiens treiben nach Angaben von Menschenrechtlern Tausende Flüchtlinge unter elenden Bedingungen auf völlig überfüllten Fischerbooten. Kein angrenzendes Land will sie aufnehmen. Welche Hilfe die Philippinen ins Auge fassen, sagten die Sprecher nicht. Das Land hat in den 70er-Jahren Tausende Bootsflüchtlinge aufgenommen, die vor den Kommunisten aus Südvietnam geflüchtet waren. Im 2. Weltkrieg nahmen die mehrheitlich katholischen Philippinen 1500 jüdische Flüchtlinge auf. Gut zehn Prozent der 100 Millionen Philippiner sind Muslime; einige Provinzen haben überwiegend muslimische Bevölkerung.

Die Vereinten Nationen haben sich besorgt über die Lage von mindestens 2000 asiatischen Flüchtlingen geäußert, die seit Wochen in Booten im Golf von Bengalen treiben. Die auf mindestens fünf Boote verteilten Flüchtlinge seien von Gewalt und Hunger bedroht, sagte eine Sprecherin des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), Vivian Tan. Sie würden seit mehr als 40 Tagen nahe den Küsten von Birma und Bangladesch auf Booten festsitzen. Es gebe Berichte über "Nahrungsknappheit, Dehydrierung und Gewalt an Bord", sagte Tan. Unter den Insassen seien Frauen und Kinder. Unklar war, ob auch die Menschenhändler, die die Reisen organisiert haben, noch an Bord waren. Tan sagte, einige Migranten, die auf den Booten unterwegs waren, hätten jeweils rund 300 Dollar (rund 270 Euro) an die Schlepper gezahlt, damit sie in den birmanischen Bundesstaat Rakhine, Heimat der politisch verfolgten Rohingya, zurückkehren könnten. Einige, die an Land gegangen seien, hätten von den Zuständen an Bord berichtet.

Tausende Asiaten sind in den vergangenen Wochen über das Meer in Richtung Thailand, Malaysia und Indonesien geflohen. Viele von ihnen sind Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya, die in Birma unter Diskriminierung leiden und staatenlos sind, sowie Armutsflüchtlinge aus Bangladesch. Thailand, Indonesien und Malaysia haben internationale Entrüstung hervorgerufen, weil sie Bootsflüchtlinge aufs Meer zurückschicken. Zuletzt sperrte Thailand im Zuge einer Razzia gegen Menschenhändler die südliche Route ab, die nach

Philippinen bieten Hilfe für Flüchtlinge an UN: Tausende treiben seit Wochen auf See

Malaysia führt. Die Vereinten Nationen appellierten an die Länder der Region, die Flüchtlinge an Land zu holen und zu versorgen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 20, 2015

End of Document

Ungarns Premier rechnet mit 100 Millionen Flüchtlingen; Viktor Orbán: Europa fehlen Politiker, die führen wollen. Schwere Krawalle an der Grenze

Die Welt

Donnerstag 17. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 217

Length: 671 words

Body

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sieht in den nächsten Jahren eine **Flüchtlingswelle** gewaltigen Ausmaßes auf Europa zukommen. In einem Interview mit mehreren internationalen Zeitungen, zu denen auch die "Welt" gehörte, sagte Orbán auf die Frage, wie viele **Migranten** er erwarte: "Frontex-Analysen gehen von Millionen aus, und ich halte 100 Millionen für denkbar. Es lohnt sich, (dem französischen Ex-Präsidenten) Sarkozy zuzuhören, der in einem TV-Interview sagte: Vergesst nicht Schwarzafrika. Denn nach dem Zusammenbruch Libyens stellt dieses Land kein Hindernis mehr für die Menschen in Schwarzafrika dar, wenn sie nach Europa wollen." Orbán forderte die EU auf, in größeren Dimensionen zu denken und weiter vorzuschauen.

Gleichzeitig bemängelte er, dass es in Europa an Spitzenpolitikern fehle, die auch führen wollen. Auf die Frage, ob letztlich Europa die Schuld an der **Flüchtlingskrise** trage, sagte der ungarische Premier: "Ja, wir sind schuld, weil wir in Europa einen Eindruck schufen, dass sie kommen können. Alle: die Medien, die Thinktanks, die Politik. Die liberale Denkweise in Europa." Orbán kündigte an, Ungarn werde auch an der kroatischen Grenze einen Grenzzaun errichten. Nach der Schließung der ungarischen Grenze zu Serbien schlugen die **Flüchtlinge** neue Wege Richtung Deutschland ein.

Hunderte Menschen versuchten am Mittwoch, über Getreidefelder an der serbisch-kroatischen Grenze bei Sid nach Kroatien zu gelangen. Die Regierung in Zagreb kündigte an, den Flüchtlingen beim Transit nach Deutschland und Skandinavien zu helfen. An der kroatisch-serbischen Grenze stoßen die Flüchtlinge zwar nicht auf Grenzzäune. Dafür birgt der Grenzstreifen andere Gefahren: Dort liegen noch scharfe Minen aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg in den 90er-Jahren. Minenräumer sollen nun rasch eine sichere Passage schaffen. Die zumeist aus Syrien stammenden Flüchtlinge kommen vor allem aus Griechenland über Mazedonien nach Serbien. Bislang waren sie über diese Route noch mit Bussen weiter nach Norden an die ungarische Grenze gebracht worden. Durch die Grenzschließung Ungarns ist ihnen dieser Weg aber mittlerweile versperrt.

Nahe der "Transitzone" beim ungarischen Grenzort Röszke kam es am Nachmittag zu heftigen Tumulten. Mehrere Dutzend Flüchtlinge durchbrachen die Sperre am geschlossenen Grenzübergang an der alten Landstraße. Sie bewarfen die Polizisten mit Steinen und Flaschen. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas gegen die aufgebracht

Ungarns Premier rechnet mit 100 Millionen Flüchtlingen Viktor Orbán : Europa fehlen Politiker, die führen wollen. Schwere Krawalle an der Grenze

Menge ein. Der Übergang soll die nächsten 30 Tage geschlossen bleiben, damit sich die Lage beruhigt. Am Abend fuhren an der Grenze ungarische Militärjeeps vor, auf denen auch Waffen installiert waren.

Österreich erreichen derzeit nur noch wenige Flüchtlinge. Das Land hat zudem seine Grenzkontrollen verstärkt. Aber etwa 20.000 Migranten hielten sich nach Regierungsangaben noch im Land auf. In Salzburg warten etwa 1400 Menschen auf die Weiterfahrt nach Deutschland. Der Zugverkehr von dort nach Deutschland wurde am Vormittag auf Anweisung deutscher Behörden gestoppt. In Freilassing trafen regelmäßig kleinere Gruppen von Flüchtlingen zu Fuß ein.

Angesichts der Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze weichen Flüchtlinge nach Behördenangaben zunehmend auf abgelegene Feld- und Waldwege aus. "Die grüne Grenze wird verstärkt genutzt", sagte ein Sprecher der Bundespolizei. Auch Frankreich denkt über die Einführung von Kontrollen an der Grenze zu Italien nach.

Die Unterbringung der steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern kostet Länder und Kommunen nach Worten von Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke derzeit monatlich etwa eine Milliarde Euro. "Also, in dem Jahr sind es ungefähr zwischen zehn und zwölf Milliarden", sagte der SPD-Politiker. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe beim Treffen mit den Ministerpräsidenten allerdings zugesagt, dass sie demnächste einen Vorschlag zur stärkeren Beteiligung des Bundes an diesen Kosten vorlegen werde.

Leitartikel Seite 3, Berichte Seiten 4, 5, 8, 12

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Getty Images/Srdjan Stevanovic; pa/Blickwinkel

Flüchtlinge auf der serbischen Seite wollen die Grenze nach Ungarn durchbrechen. Die Sicherheitskräfte drängen sie zurück, 20 Polizisten werden verletzt

Srdjan Stevanovic

Load-Date: September 17, 2015

So viele Flüchtlinge leben in Deutschlands Städten; Die "Welt" hat in den größten Kommunen nachgefragt: Die Quote liegt oft nicht einmal bei einem Prozent. Doch die Anforderungen sind enorm

Die Welt

Dienstag 1. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 280

Length: 841 words

Byline: Jan Dams

Body

Es kam, wie es kommen musste. Am Freitag kippte die Bundesregierung ihre Prognose, wonach rund 800.000 **Flüchtlinge** in diesem Jahr nach Deutschland kommen werden. Schon jetzt seien über 900.000 Menschen registriert, hieß es. Bis zum Jahresende steigen die Zahlen demnach weiter an. Damit dürfte die Gesamtzahl der **Flüchtlinge** in diesem Jahr die Millionengrenze überschreiten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Zahl der Menschen, die pro Tag nach Deutschland kommen, derzeit leicht rückläufig ist.

Viele Städte fühlen sich jetzt schon mit der Situation überfordert. In Deutschlands größten Kommunen wurden einer Umfrage der "Welt" zufolge bis Mitte November knapp 240.000 **Flüchtlinge** untergebracht. Die restlichen verteilen sich auf kleinere Städte und Gemeinden. Innenpolitiker der Union fordern von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), den Zuzug zu begrenzen. "Die Zuwanderung ist auf ein Maß zu begrenzen, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt und die Integrationsfähigkeit dieses Landes auch langfristig gewährleistet", hieß es in einer Erklärung der Innenpolitiker am Freitag. Ginge es nach den Unions-Experten, würden sie über feste Kontingente pro EU-Staat geregelt.

Allerdings ist zumindest in den großen Städten der Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung relativ gering - zumindest bezogen auf das zu Ende gehende Jahr 2015. Die höchste Quote hat Berlin mit knapp zwei Prozent. In absoluten Zahlen klingt das imposanter: Mehr als 65.000 Flüchtlinge sind in diesem Jahr in der Hauptstadt angekommen. Der überwiegende Teil der größten deutschen Städte hat in diesem Jahr rechnerisch pro 100 Einwohner weniger als einen Flüchtling aufgenommen. Die Quote liegt also, gemessen an der Zahl aller Einwohner, unter einem Prozent. Problematisch ist für Bundesländer und Kommunen die große Zahl unbegleiteter Minderjähriger, die nach Deutschland kommen. Mittlerweile beläuft sich ihre Zahl auf über 40.000. Wie die Erwachsenen werden sie nach kurzer Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Bundesländer verteilt.

Die Lage ist in einigen Kommunen derart angespannt, dass sie auch im Winter auf Zelte für die Unterbringung zurückgreifen müssen. "Der Zustrom an Flüchtlingen ist so groß, dass die Behörden nicht genügend feste Quartiere

So viele Flüchtlinge leben in Deutschlands Städten Die "Welt" hat in den größten Kommunen nachgefragt: Die Quote liegt oft nicht einmal bei einem Prozent. Doch

zur Verfügung stellen können", sagt Rudolf Seiters. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) bezeichnete die Unterbringung in Zelten allerdings als "absolute Notlösung".

Auch logistisch ist der Aufwand enorm. In Rheinland-Pfalz etwa finden pro Monat rund 1000 Busfahrten statt, mit denen Flüchtlinge unter anderem zu Registrierungs- oder Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht werden. In Hessen wiederum werden täglich 15 große Reisebusse benötigt, um Asylsuchende von den Erstaufnahmestellen in die Kommunen zu bringen.

Angesichts der hohen Kosten bestehen zum Beispiel die Städte in Sachsen auf einer vollständigen Erstattung der Ausgaben für Flüchtlinge. Noch immer klaffe eine Lücke zwischen überwiesenem Geld und tatsächlichen Ausgaben. Und dabei geht es im Moment vor allem noch um die Unterbringung und Versorgung der Menschen. Weitere Maßnahmen wie Sprachkurse oder Berufsausbildungen kommen erst noch. Neben leer stehenden Bürogebäuden, Containerdörfern, Zelten und Turnhallen werden die Flüchtlinge mittlerweile auch in Kirchen untergebracht.

Die katholische Bremer Sankt-Benedikt-Kirche etwa nimmt ab Mitte Dezember 40 Asylsuchende auf. In der Kirche Sankt Maria im Bodenseekreis sollen 60 Menschen untergebracht werden. Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen klingt das nach wenig. Mittlerweile aber sind die Behörden froh über jeden Platz, den sie noch finden.

Ohnehin ist die Unterbringung und Versorgung der vielen Menschen nur die erste Hürde in einem wahren Hindernislauf. Nach der Registrierung steht die Bearbeitung der Asylgesuche an. Da viele Flüchtlinge keine Ausweispapiere mehr haben, müssen die Behörden versuchen, die regionale Herkunft der Menschen zu ermitteln. In vielen Fällen sind sie dabei vor allem auf die Hilfe von Dolmetschern angewiesen. Behörden auf der einen und Asylbewerber auf der anderen Seite sind damit von Menschen abhängig, die weder besonders geprüft noch kontrolliert werden.

Nach der Registrierung und der späteren Erteilung des Asylstatus steht den Flüchtlingen die größte Herausforderung bevor: Sie sollen sich möglichst schnell in Deutschland integrieren. Die meisten Experten gehen davon aus, dass die Integration am besten über den Arbeitsmarkt gelingt. Da viele der Menschen, die jetzt nach Europa kommen, weder Deutsch sprechen noch lateinische Schriftzeichen beherrschen, müssen sie zunächst einmal Sprachkurse besuchen. Zehntausende werden daher in den kommenden Jahren lernen müssen, bevor sie überhaupt eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben.

Wissenschaftler empfehlen daher langfristig eine gute Ausbildung für die zweite Generation. Die Kinder der Migranten müssten über Kindergarten und Schule integriert werden. Noch ist das Land allerdings längst nicht so weit. Die Städte stehen noch ganz am Anfang.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 1, 2015

Er kam per Boot, jetzt arbeitet er in der Forschung; Flüchtling aus Syrien tritt seinen Dienst in Zeuthen an

Die Welt

Montag 14. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; Panorama; S. 24; Ausg. 291

Length: 380 words

Byline: Norbert Lossau

Body

Fuad Abu Sameer, ein 27-jähriger **Flüchtling** aus Syrien, nimmt am Montag eine Tätigkeit an einem deutschen Forschungsinstitut auf. Er ist damit der erste Hochqualifizierte, der nach einer Odyssee über die Türkei, Griechenland und den Balkan in Deutschland wissenschaftlich-technisch arbeiten kann. "Ich bin in einem kleinen Schlauchboot von der türkischen Küste auf eine griechische Insel übergesetzt", berichtet der gut Deutsch sprechende Sameer. Ohne Angehörige hatte er sich alleine auf den langen Weg nach Deutschland gemacht, wo er im August ankam. Mehr möchte er von seiner Flucht nicht erzählen.

Der im Mai 1988 in Damaskus geborene Syrer hatte nach seiner Schulausbildung Deutsch und Informatik studiert und dann drei Jahre in einem Unternehmen als Softwareentwickler gearbeitet. Er hatte ohnehin das Ziel, später einmal nach Deutschland zu gehen, und deshalb die Sprache erlernt. Der Krieg in Syrien habe ihn dann zur Flucht bewogen. Englisch spricht er ebenso gut wie Deutsch. Am kommenden Montag beginnt der Mann aus Syrien ein dreimonatiges Praktikum am Deutschen Elektronensynchrotron (Desy) in Zeuthen, das zur Helmholtz-Gemeinschaft gehört. Dort wird er als Informatiker in der Datenbankabteilung arbeiten.

Dass ein solches Projekt zur Integration von geflüchteten Wissenschaftlern möglich ist, ist einer Initiative von Professor Otmar Wiestler zu verdanken, dem Präsidenten der Helmholtz-Gemeinschaft. Er ist auf den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit und Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, zugegangen. Gemeinsam entwickelten sie ein Praktikumskonzept, das bei Eignung zu einer Festanstellung von geflüchteten Wissenschaftlern in Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft führen kann.

"Es ist unser Ziel, an jedem Helmholtz-Zentrum mittelfristig 20 Asylsuchende aufzunehmen", sagt Wiestler. Bei 18 Forschungszentren in Deutschland wären das dann 360 Forscherinnen und Forscher. Sameer, der von einem Arbeitsvermittler in Berlin "entdeckt" worden ist, ist nun der erste von ihnen.

Er kam per Boot, jetzt arbeitet er in der Forschung Flüchtling aus Syrien tritt seinen Dienst in Zeuthen an

Als Praktikant wird er ein monatliches Gehalt von rund 1800 Euro brutto erhalten. Wenn seine Leistungen ausreichend sind, besteht die Möglichkeit, ihn nach Abschluss des Praktikums zu übernehmen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 14, 2015

End of Document

**Merkel verliert an Ansehen, Seehofer schließt bei Beliebtheit auf;
Deutschlandtrend: Zufriedenheit mit Kanzlerin so niedrig wie im Oktober
2011. Doch Juncker lobt sie in Flüchtlingsfrage**

Die Welt

Freitag 6. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 259

Length: 800 words

Body

So ist das mit der Wahrnehmung: Während EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Europäer auffordert, sich in der **Flüchtlingsfrage** ein Beispiel an Deutschland zu nehmen, wächst unter den Bundesbürgern die Skepsis.

"Was in der **Flüchtlingsfrage** passiert, ist eine grandiose deutsche Leistung. Aber andere müssen auch mitmachen", sagte Juncker bei einem Kongress in Frankfurt. Er stehe in der **Flüchtlingsfrage** fest an der Seite von Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Mir ist eine deutsche Bundeskanzlerin lieber, die sich den Problemen stellt, auch Herz zeigt."

Ungeachtet dieser wohlwollenden Bewertung sinkt im aktuellen Deutschlandtrend von Infratest Dimap im Auftrag der "Welt" und der ARD-"Tagesthemen" die Zufriedenheit mit dem Bundeskabinett weiter. Derzeit sind 42 Prozent der Deutschen mit der Regierungsarbeit sehr zufrieden (zwei Prozent) oder zufrieden (40 Prozent). Dies ist der niedrigste Wert in der laufenden Legislaturperiode. Fast sechs von zehn Wahlberechtigten äußern sich weniger (42 Prozent) oder gar nicht zufrieden (15 Prozent) mit der Regierung. Im Vergleich zum Juli bedeutet das ein Minus von 15 Punkten.

Wie das Kabinett insgesamt kämpft auch die Bundeskanzlerin mit deutlichen Einbußen ihrer Popularität. Die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit sinkt im Vergleich zum Oktober um fünf Prozentpunkte auf 49 Prozent - der niedrigste Stand im Deutschlandtrend seit Oktober 2011. Im Vergleich zum April hat Merkel einen Rückgang von 26 Punkten zu verkraften. Bitter für die CDU-Chefin: Der deutliche Vertrauensentzug lässt sich auch in den Reihen der eigenen Parteianhänger beobachten: Während vor vier Wochen noch 86 Prozent der CDU/CSU-Anhänger Merkels Leistungen positiv beurteilten, sind es aktuell noch 77 Prozent.

Horst Seehofer, der zuletzt scharfe Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin geübt hatte, verzeichnet demgegenüber einen deutlichen Ansehensgewinn: Aktuell sind 45 Prozent allgemein mit seiner politischen Arbeit

Merkel verliert an Ansehen, Seehofer schließt bei Beliebtheit auf Deutschlandtrend: Zufriedenheit mit Kanzlerin so niedrig wie im Oktober 2011. Doch Juncker lob....

zufrieden, ein Plus von sechs Punkten und sein persönlicher Bestwert seit Dezember 2013. Damit liegt er nur noch vier Punkte hinter der Kanzlerin.

Auch an der Spitze der Politikerrangliste gibt es Verschiebungen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (67 Prozent, plus zwei) muss trotz leichter Zugewinne seine Spitzenposition nach rund einem Jahr an den Finanzminister abgeben. Wolfgang Schäuble legt binnen Monatsfrist vier Punkte zu und liegt mit 68 Prozent Zustimmung das erste Mal seit Februar 2012 wieder auf Platz eins. Hinter Merkel und Seehofer, die das Mittelfeld anführen, liegen drei weitere Kabinettsmitglieder gleichauf in der Gunst der Bevölkerung: Sowohl Kanzleramtschef Peter Altmaier als auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (beide CDU) und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) erreichen jeweils eine Zustimmungsrate von 43 Prozent. Innenminister Thomas de Maizière hat nicht nur seine Zuständigkeit für das Flüchtlingsthema verloren, sondern an Zustimmung (37 Prozent, minus zwei).

Konkret nach der Asyl- und Flüchtlingspolitik gefragt, zeigten sich nur vier von zehn Bürgern mit der Politik Merkels einverstanden (39 Prozent). Ebenfalls 39 Prozent loben Seehofer für seinen Kurs, während er von 56 Prozent Kritik erfährt. In seinem Bundesland findet der Bayer mit 52 Prozent deutlich mehr Zuspruch. Im Gegensatz zu Merkel hat der CSU-Chef in den letzten Wochen an Zustimmung gewonnen: ein Plus von fünf Punkten im Vergleich zu Oktober. SPD-Chef Sigmar Gabriel kann nicht stärker punkten. Die kritischen Stimmen überwiegen die wohlwollenden bei Weitem (34 zu 55 Prozent). Dies gilt auch für Peter Altmaier, der im Kanzleramt für die Koordinierung der Flüchtlingspolitik zuständig ist (30 zu 44 Prozent).

Große Zustimmung - von drei Vierteln der Deutschen - gibt es für die Einführung eines Gesetzes, das Migranten auf deutsche Grundwerte verpflichtet. Eine Mehrheit von 71 beziehungsweise 69 Prozent befürwortet zwei Vorschläge, die in der großen Koalition zuletzt für heftigen Streit gesorgt hatten: eine Obergrenze für die Flüchtlingszahl und Transitzone an den Grenzen, um Asylbewerber ohne Chance direkt abzuweisen. Allerdings: 36 Prozent begrüßen den Vorschlag, Bürgerkriegsflüchtlingen - etwa aus Syrien - den Nachzug ihrer Familie für zwei Jahre zu verbieten. Gerade mal 17 Prozent fänden einen Zaun an der Grenze zu Österreich sinnvoll.

Wäre am Sonntag Wahl, käme die Union auf 37 Prozent - ein Minus von drei Punkten im Vergleich zu Anfang Oktober. Konstant bleiben die Werte von SPD (24 Prozent), Linkspartei (neun) und FDP (fünf). Die Grünen legen einen Punkt auf elf Prozent zu. Den größten Gewinn verzeichnet die AfD mit zwei Punkten; sie liegt nun bei acht Prozent.

"Was in der Flüchtlingsfrage passiert, ist eine grandiose deutsche Leistung" EU-Kommissionspräsident

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 6, 2015

Was sie bekamen, war der absolute Albtraum; Afrikanische Flüchtlinge gelten in Libyen als Freiwild

Die Welt

Donnerstag 4. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 181

Length: 671 words

Byline: Benno Schwinghammer

Body

Der Anruf, der Mohammed Kahul so fassungslos und wütend macht, ist nur ein paar Wochen her. "Der schlimmste Botschafter der Welt ist der tunesische", sagt der Leiter des libyschen Auffanglagers für **Flüchtlinge**. Kahul wollte illegale **Migranten** aus dem Nachbarland zurückschicken. Statt ihm zu helfen, habe der Botschafter gesagt: "Töte sie einfach, Bruder."

Es sind die Ärmsten der Armen, die hier am Rand der westlibyschen Stadt Misrata in einer alten Schule untergebracht sind. Hinter Gittern, wie in einem Gefängnis. Sie sind illegal nach Libyen gereist. Viele wollten Arbeit in dem ölreichen Land finden. Andere sagen nur: "Europa." Und es hört sich an, als meinten sie das Paradies. Im Krisenland Libyen, weggesperrt und von ihren Regierungen vergessen, sind sie so weit davon entfernt wie niemals zuvor.

Sieben Tage verbrachte die Nigerianerin Bukky Nofisaz in einem Auto, um nach Nordafrika zu kommen; ins tief gesplattene Libyen, wo es Schleuser wegen konkurrierender Regierungen und einem Chaos bei den Zuständigkeiten leicht haben. Von hier aus machen sich die meisten Flüchtlinge auf die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer.

Nofisaz hatte eigentlich auch vor, nach Europa überzusetzen. "Aber ich traue mich nicht auf eines der Schiffe. Ich will nicht jung sterben", sagt die schmale 26-Jährige. Also arbeitete sie wie Zehntausende andere Migranten in Misrata, dem Handelszentrum Libyens. Sie putzte, bekam dafür etwas mehr als 100 Euro im Monat. Und schlief mit ihrem Mann in einer Hütte.

Bis zu der Nacht, als die Polizei an ihre Tür hämmerte. Wo ihr Mann sei. Nicht da, antwortete die Migrantin. Sie erzählt, die Sicherheitskräfte hätten ihr alles weggenommen. Den Pass, das Handy und ihr Geld. Sie hätten sie geschlagen. Andere Frauen berichten, auf ihrem Weg nach Libyen vergewaltigt worden zu sein.

Was sie bekamen, war der absolute Albtraum Afrikanische Flüchtlinge gelten in Libyen als Freiwild

Die Flüchtlinge - fast alle kommen sie aus Afrika - sind Anarchie und Willkür ausgeliefert. Nofisaz sitzt nun auf einer dünnen Matratze an einer kahlen Wand, in einem Raum mit mehr als 20 anderen Frauen. Sie weiß nicht, was sie tun soll. Außer warten. Wenn sie Durst habe, trinke sie das Wasser aus der Toilette, sagt die Nigerianerin.

Währenddessen ist ein Lastwagen in der Mittagshitze vor dem Gebäude vorgefahren. Auf Hunderten Schaumstoffmatratzen steht "UKAID", britische Entwicklungshilfe. Ein Mitarbeiter der Internationalen Organisation für Migration (IOM) beaufsichtigt die Lieferung. Es fehle den Flüchtlingen an allem, sagt er. Vor allem Kleidung und Hygieneartikel seien knapp.

In einem Schlafrum der Männer hängt ein Poster mit einer Zahnputzanleitung. Aber nicht einmal alle Eingesperreten haben Zahnbürsten. Viele sagen, sie wollten nur noch zurück nach Hause. Nach Ghana, Niger, Eritrea. Der Traum von Europa scheint erloschen. Was sie bekamen, war der Albtraum.

"Ihre Regierungen scheren sich einen Dreck um sie", sagt der IOM-Mitarbeiter. Und so werden die Flüchtlinge zum Spielball zwischen politischen Interessen, gewalttätigen Kriminellen und der Ignoranz ihrer eigenen Heimatländer. Erst einmal in diesem Jahr konnten illegal Eingereiste mit einem Flugzeug in ihre Heimatländer zurückgebracht werden, sagt Mohammed Kahul.

Wie viele Migranten in Libyen tatsächlich auf eines der Bote nach Europa steigen wollen, bleibt ungewiss. Doch die Zahlen, die nördlich des Mittelmeers gehandelt werden - dass Hunderttausende bereits an der Küste auf die nächste Überfahrt warteten - , gelten in Misrata als übertrieben. Dies verbessere aber nicht die desaströsen Bedingungen im Land, betont Kahul. Maßnahmen gegen illegal Eingereiste stehen auf der Prioritätenliste hinter dem Kampf gegen Dschihadisten und einer Einigung in dem geteilten Land.

Einer der Vertreter dieses gespaltenen Libyens besuchte vor einigen Monaten die alte Flüchtlingsunterkunft in Misrata. Drei Stunden habe Chalifa al-Ghweil, der Ministerpräsident der islamistischen Regierung in Tripolis, in dem heruntergekommenen Gebäude verbracht, erzählt Kahul. Danach habe er geseufzt: "Oh, wo ist nur die Regierung?"

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 4, 2016

Malaysia schickt Flüchtlinge zurück aufs Meer

Die Welt

Freitag 15. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 111

Length: 234 words

Body

Malaysia hat ein Schiff mit mehr als 500 **Flüchtlingen** an Bord abgewiesen. Es wurde an der Küste vor der nördlichen Insel Penang aufgebracht und mit Proviant und Treibstoff versorgt, bevor es auf den Rückweg geschickt wurde, wie der stellvertretende Heimatminister Wan Junaidi Jaafar bekannt gab. Bei den **Migranten** handelte es sich um Mitglieder der Rohingya-Volksgruppe aus Birma (Myanmar) sowie Menschen aus Bangladesch. Sein Land könne den **Flüchtlingen** nicht erlauben, massenhaft an seinen Küsten zu landen, sagte der Minister. "Jetzt ist es an der Zeit, ihnen zu zeigen, dass sie hier nicht willkommen sind." Erst vor wenigen Tagen waren mehr als 1000 **Flüchtlinge** auf der Insel Langkawi angekommen.

Tausende Rohingya, einer seit Langem in Birma diskriminierten muslimischen Minderheit, und Bangladescher sind Opfer von Menschen schmugglern geworden, die ihnen eine sichere Fahrt nach Malaysia versprechen. Massives Vorgehen der Behörden hat viele Menschen schmuggler allerdings zur Flucht veranlasst. Schätzungen zufolge stecken rund 6000 Flüchtlinge in der Straße von Malakka und nahe gelegenen Gewässern fest, einige wohl seit mehr als zwei Monaten. Aktivisten glauben, dass noch viele weitere Boote versuchen werden, in den kommenden Tagen und Wochen Land zu erreichen. Etwa 1600 Migranten sind schon auf der malaysischen Insel Langkawi und im benachbarten Indonesien eingetroffen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 15, 2015

"Asylzentren in Afrika sind eine Frage der Zeit"; Behördenchef fordert Umdenken in Europa

Die Welt

Dienstag 24. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 46

Length: 1150 words

Byline: Manuel Bewarder

Karsten Kammholz

Body

Wie kaum ein anderer Behördenpräsident steht Manfred Schmidt als Chef des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Er muss die rasant wachsende Zahl an **Flüchtlingen** in organisierte Strukturen lenken.

Die Welt:

Herr Schmidt, Deutschland gilt als organisatorisches Musterland. Wie passen dazu zum Teil menschenunwürdige Zustände in den Unterkünften für **Flüchtlinge**?

Manfred Schmidt:

Das Jahr 2014 war ein sehr besonderes. Wir haben gerade im Sommer einen erheblichen Zuzug von Flüchtlingen erlebt. Nehmen Sie allein die Zahl syrischer Flüchtlinge in Deutschland. 2013 waren es gut 21.000, 2014 schon 41.000. Wir können nicht jede Entwicklung vorhersagen. Manchmal kommt man in Schwierigkeiten, schnellstmöglich Erstunterkünfte bereitzustellen. Nicht alles läuft immer optimal, das wollen wir auch nicht beschönigen. Wir können jetzt aber sagen: Die Situation von 2014 wird sich dieses Jahr so nicht wiederholen. Es sind genügend Notunterkünfte da.

Sind Politik und Verwaltung auf den weiteren Zustrom gut vorbereitet? Sie rechnen mit 250.000 neuen Asylanträgen in diesem Jahr.

Ja, sind sie - soweit man Entwicklungen antizipieren kann. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass unsere Strukturen in der Flüchtlingsverwaltung vor zehn Jahren verkleinert wurden. Ende der 90er-Jahre hatte unser Bundesamt 48 Außenstellen mit rund 4500 Mitarbeitern. Dann wurden wir auf 22 Außenstellen verkleinert. Kein

"Asylzentren in Afrika sind eine Frage der Zeit" Behördenchef fordert Umdenken in Europa

Wunder, 2007 hatten wir gerade einmal 19.700 Erstanträge auf Asyl, sieben Jahre später 173.000. Jetzt wächst das Amt wieder um 650 Stellen.

Ihre Behörde hat nun viel um die Ohren. Wie geht es Ihnen damit?

Es ist ein Ausnahmezustand für die Behörde. In den Außenstellen sind die Aufenthaltsräume oft komplett überfüllt. Das ist schon ein Stück weit echtes Krisenmanagement für die Mitarbeiter. Hier in der Zentrale sieht es anders aus, weil hier keine Dienststellen sind, die sich um konkrete Asylanträge kümmern.

Aber Krisenmanagement kann ja nicht zum Dauerzustand werden. Muss sich etwas ändern?

Menschen, die Schutz benötigen, müssen immer die Möglichkeit haben, bei uns Asyl zu beantragen. Aber es gibt immer auch Menschen, die keine Schutzgründe haben. Hier müssen wir bei den Abschiebungen konsequenter und konzentrierter vorgehen. Wir haben 530 Ausländerbehörden. Diese 530 Ausländerbehörden gehen höchst unterschiedlich mit den Fragen der Abschiebung um. Manche gehen souverän vor, andere tun sich schwerer. Ich fände es sinnvoll, wenn es in den Bundesländern zentrale Rückführungseinrichtungen geben würde. Es gilt schlicht auch darum, Kompetenzen und Ressourcen besser zu bündeln.

Nun gehen die Länder höchst unterschiedlich vor. Manche versuchen, Abschiebungen möglichst zu umgehen - etwa durch Stopps im Winter.

Ich bin gegen Abschiebestopps im Winter. Das ist das falsche Signal, und es erweckt Hoffnungen, die nicht stimmen. So etwas spricht sich herum. Da wird dann etwa im Kosovo in den Medien verbreitet, dass Asylsuchende in Deutschland in den Wintermonaten länger bleiben dürfen.

Über Asylanträge von Menschen aus dem Kosovo wird ab sofort innerhalb von zwei Wochen entschieden. Was hat die Maßnahme schon gebracht?

Die Zugangszahlen aus dem Kosovo sind in den vergangenen ein bis zwei Wochen erheblich zurückgegangen. Jetzt kommen täglich nur noch die Hälfte an Kosovaren an.

Wie lange dauert die Bearbeitung eines Asylantrags?

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Antrags liegt momentan bei 5,6 Monaten. Vor gut einem halben Jahr lag sie noch bei 7,7 Monaten.

Die Bundesregierung verspricht im Koalitionsvertrag drei Monate.

Wir nähern uns den drei Monaten an. Wir bekommen nicht nur 2015 weitere Mitarbeiter, sondern werden auch 2016 sicherlich neue Mitarbeiter brauchen. Die Dauer der Antragsbearbeitung hängt aber auch davon ab, woher die Antragsteller kommen und wie kompliziert der Einzelfall ist.

Verstehen Sie, dass die Kommunen jammern und für die Versorgung der Flüchtlinge mehr Geld brauchen?

Natürlich ächzen die Kommunen. Es ist deshalb gut, dass der Bund den Ländern in diesem und im nächsten Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich gibt. Allerdings hängt es vom Bundesland ab, wie viel Geld die Kommunen am Ende erreicht. Die Länder dürfen die Kommunen nicht im Stich lassen.

Auch die Zahlen beim Kirchenasyl steigen. Nimmt der Missbrauch zu?

Wir rechnen mit derzeit rund 500 Fällen bundesweit. Früher ging es beim Kirchenasyl um wenige Einzelfälle, bei denen nach einer negativen Asylentscheidung die Abschiebung ins Herkunftsland verhindert werden sollte. Heute beobachten wir, dass das Kirchenasyl vermehrt solchen Menschen gewährt wird, für deren Verfahren eigentlich andere EU-Staaten zuständig sind. Ich habe deshalb den Eindruck, dass die Kirchen das Kirchenasyl immer häufiger als Systemkritik am europäischen Dublin-System der Zuständigkeitsverteilung nutzen.

Verstoßen die Kirchen gegen das Gesetz?

"Asylzentren in Afrika sind eine Frage der Zeit" Behördenchef fordert Umdenken in Europa

Solange sie für die Klärung von umstrittenen Einzelfällen genutzt wurde, wurde diese Tradition aus guten Gründen vom Staat toleriert. Jahrelang haben wir in diesem Bereich gut mit den Kirchen zusammengearbeitet. Das muss nun wieder gelingen.

Nicht nur die Kirchen halten das Dublin-System für gescheitert. Asylanträge werden in Europa nur selten in dem Land bearbeitet, wo ein Flüchtling angekommen ist. Viele Staaten halten sich nicht daran.

Vor dem Start von Dublin mussten Flüchtlinge durch Europa tingeln. Sie waren auf der Suche nach einer Behörde, der sie ihre Geschichte erzählen konnten. Keiner hat sich zuständig gefühlt. Heute jedoch kann sich kein Land mehr aus der Verantwortung stehlen. Das Problem, das wir nun aber erleben, hat damit zu tun, dass die Lebensbedingungen für Flüchtlinge innerhalb der EU stark variieren.

Hunderttausende fliehen über das Mittelmeer. Sind Asylzentren in Afrika eine Lösung?

In dieser Debatte kommt schnell der Vorwurf auf, dass sich Europa abschotten will und Flüchtlinge bereits in Afrika abgewiesen werden sollen. Das ist ein heikles Thema. Zudem muss man schauen, welche Länder politisch überhaupt stabil genug für ein solches Projekt sein könnten.

Dort könnte dann über Asylanträge entschieden werden?

Es würde zunächst mal darum gehen, über legale Möglichkeiten der Zuwanderung zu informieren. Ob dann perspektivisch auch die Entscheid über Asylanträge dort getroffen werden könnte, müsste man in einem späteren Schritt sehen. Das geht jedoch nicht ohne Weiteres und wirft die Frage auf, was wir mit den Menschen machen, die abgelehnt werden. Wir müssten dann das jeweilige Transitland auch bei den Rückführungen in die Heimat unterstützen. Unklar ist zudem, welches EU-Land die Asylbewerber aufnehmen würde: Sollte es dafür eine Quote nach Wirtschaftskraft geben? Wie wichtig wäre es, dass es eine entsprechende Community in einem Staat gibt? Es gibt viele offene Fragen.

Wird der Vorschlag je umgesetzt?

Ich glaube, es ist eine Frage der Zeit. Jeder weiß, dass es so nicht weitergehen kann.

Load-Date: February 24, 2015

Wie Hussein K. nach Freiburg kam; Der mutmaßliche Mörder von Maria L. wurde in Griechenland zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung beantragte er Asyl in Deutschland - ohne Papiere, mit falschen Angaben

Die Welt

Donnerstag 15. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 294

Length: 1141 words

Byline: Manuel Bewarder

Philip Kuhn

Marcel Leubecher

John Souliotis

Body

Athen/Berlin

Der Freiburger Mordfall nimmt langsam unglaubliche Züge an. Dabei spielt möglicherweise auch die griechische Justiz eine Rolle. Nach Informationen der "Welt" wurde der mutmaßliche Mörder von Maria L. am 31. Oktober 2015 vorzeitig aus der Jugendstrafanstalt Kassaveteia in Volos (Zentralgriechenland) entlassen. Ursprünglich war Hussein K. im Februar 2014 wegen versuchten Mordes an einer griechischen Studentin auf der Ferieninsel Korfu zu zehn Jahren Haft verurteilt worden.

Über den Fall hatte am Dienstag zuerst der "Stern" berichtet. Hussein K. überfiel demnach Ende Mai 2013 die 20-Jährige und stieß sie eine Klippe herunter. Wie durch ein Wunder überlebte die Studentin den zehn Meter tiefen Sturz schwer verletzt. Kurz darauf wurde Hussein K. von der Polizei gefasst und schließlich zu zehn Jahren Haft verurteilt. Seine damalige Anwältin hat den mutmaßlichen Mörder von Maria L. jetzt laut einem Bericht von "Bild" auf Fotos erkannt: "Das ist definitiv dieselbe Person. Ich bin sprachlos", sagte Maria-Elena Nikopoulou der Zeitung.

Letztendlich saß Hussein K. aber nur eineinhalb Jahre im griechischen Gefängnis. Grund dafür soll ein Amnestiegesetz des damaligen Justizministers Nikos Paraskevopoulos sein. Dieser hatte im April 2015 verfügt,

Wie Hussein K. nach Freiburg kam Der mutmaßliche Mörder von Maria L. wurde in Griechenland zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung be....

dass Gefangene freikommen sollen, um die chronisch überfüllten griechischen Gefängnisse zu entlasten. Voraussetzung dafür ist laut "Spiegel", dass Gefangene bereits einige Zeit in Haft saßen und das Strafmaß zehn Jahre nicht überschreitet.

Sicher ist, dass sich Hussein K. nach der Haftentlassung auf den Weg nach Norden machte. Für die Reise nach Deutschland benötigte er knapp zwei Wochen, denn am 12. November meldete sich Hussein K. bei der Bundespolizei in Freiburg im Breisgau und stellte dort einen Asylantrag. Er gab an, über Österreich in die Bundesrepublik eingereist zu sein.

Laut Informationen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) trug Hussein K. damals weder Ausweisdokumente noch andere Gegenstände bei sich, die eine Identifizierung ermöglicht hätten. Auch eine Datenbankabfrage ergab keinen Treffer. Hussein K. schien sauber. Zudem gab er gegenüber der Bundespolizei sein Alter mit 16 an. Als Geburtstag nannte er den 12. November - den Tag seiner Ankunft - und als Jahr 1999.

Die Freiburger Polizei wurde durch den Bericht im "Stern" nicht überrascht. "Wir wussten schon vor der Veröffentlichung vom Fall in Griechenland", sagt Polizeisprecherin Laura Riske. Nach Ergreifung von Hussein K. und der Veröffentlichung seines Facebook-Profiles hätten sie zahlreiche Hinweise auf dessen wahre Identität und Aufenthaltsorte erhalten, so Riske. Man habe inzwischen ein Rechtshilfeersuchen an die griechischen Behörden gestellt. Sie verlangt Akteneinsicht.

Der Verdächtige schweigt derweil weiter. Sein Anwalt hatte ihm schon kurz nach der Festnahme geraten, sich nicht zur Sache einzulassen. Laut Informationen aus Justizkreisen soll sich Hussein K. aber nicht mehr in der JVA Freiburg befinden. Demnach wurde er wegen Selbstmordgefahr in das Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg bei Ludwigsburg gebracht.

Die Freiburger Staatsanwaltschaft hat zudem bei der Rechtsmedizin ein medizinisches Gutachten zur Altersfeststellung von Hussein K. in Auftrag gegeben. Dabei werden laut Auskunft eines Sprechers der Staatsanwaltschaft Röntgenbilder des Handwurzelknochens und des Schlüsselbeins von Hussein K. angefertigt. Die Rechtsmedizin selbst wollte sich mit Hinweis auf laufende Ermittlungen nicht zu Details des Verfahrens äußern. Die Altersfeststellung könnte bei Hussein K. eine entscheidende Rolle spielen, denn davon hängt ab, ob er nach Jugendstrafrecht verurteilt wird. In diesem Fall würden ihm maximal zehn Jahre Haft drohen.

Grundsätzlich ist die Altersfeststellung bei jugendlichen unbegleiteten Flüchtlingen ein hochkomplexes Verfahren. Meistens geben die Jugendlichen ihr Alter an, das dann in Ausweispapieren festgehalten wird, sofern betreuende Sozialpädagogen oder Jugendämter keine begründeten Einwände haben. Verlässlichere Methoden der Altersfeststellung wie etwa die ärztliche Begutachtung der körperlichen Reife oder radiologische Untersuchungen werden selten angewandt.

Das aussagekräftige Röntgen der Schlüsselbeine wird wegen der starken Strahlenbelastung nur bei juristischer Anordnung gemacht. Also dann, wenn es, wie im Fall Hussein K., um Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht geht. Die weniger schädliche Untersuchung der Handwurzelknochen, die noch in den 90er-Jahren in vielen Bundesländern obligatorisch war, wird wegen ähnlicher Bedenken von Ärzteverbänden und Menschenrechtsorganisationen immer seltener eingesetzt. Auch die Untersuchung des Alters anhand der Genitalien wird in den meisten Ländern nur selten angewendet. Im Zweifel ist - mit oder ohne medizinische Untersuchung - rechtlich von der Minderjährigkeit des Unbegleiteten auszugehen.

Wie viele Migranten die Praxis der Behörden ausnutzen, ist unklar. Sozialarbeitern sind die Altersfeststellungen 2016 in vielen Regionen strenger geworden. Doch Extremfälle gibt es immer noch. So berichtet eine Sozialarbeiterin aus dem Rhein-Main-Gebiet der "Welt", einer ihrer Klienten habe bereits graue Haare: "Ich schätze, dass etwa die Hälfte volljährig ist, einige sagen mir ganz offen, dass sie 25 Jahre alt sind." Ähnliche Größenordnungen nennen auch andere Sozialpädagogen.

Wie Hussein K. nach Freiburg kam Der mutmaßliche Mörder von Maria L. wurde in Griechenland zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung be....

Schon seit Jahren stellen Afghanen die größte Gruppe der insgesamt etwa 70.000 unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres haben 24.473 junge Flüchtlinge einen Asylantrag gestellt. Davon kamen mehr als 40 Prozent vom Hindukusch. Allerdings stellen viele Unbegleitete gar keinen Asylantrag.

Weitere wichtige Herkunftsstaaten junger Flüchtlinge sind Syrien, der Irak, Somalia und Eritrea. Und Jahr für Jahr steigt ihre Zahl. Asylanträge von ihnen sind zu mehr als 90 Prozent erfolgreich. Doch auch wenn ihre Anträge abgelehnt werden oder sie erst gar keine stellen, werden die Minderjährigen nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben. Der Grund: Sie gelten grundsätzlich als besonders schutzbedürftig.

Unklar ist weiterhin, wie Hussein K. und seine Pflegefamilie zusammengefunden haben. Nach Auskunft des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald, das sich um die Unterbringung kümmerte, werden dabei grundsätzlich die Wünsche der jugendlichen Flüchtlinge berücksichtigt. Die geeignete Form der Unterbringung werde gemeinsam mit ihnen ausgesucht. "Hierbei werden also Wünsche des Jugendlichen berücksichtigt", sagte ein Sprecher des Landratsamts der "Welt".

Über die Freiburger Pflegefamilie von Hussein K. war bislang wenig bekannt. Sie wird von der Polizei abgeschirmt. Nur langsam sickern Informationen durch. Nach einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" soll mindestens ein Pflegeeltern teil ebenfalls aus Afghanistan stammen und Akademiker sein.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/VINCENT KESSLER

Am Tatort wird mit Blumen, Kerzen und kleinen Botschaften der getöteten Studentin in Freiburg gedacht

VINCENT KESSLER

Load-Date: December 15, 2016

Leserbriefe

Die Welt

Dienstag 13. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 3; Ausg. 215

Length: 530 words

Body

Der Bogen ist überspannt

Zu: "Eine neue Realpolitik" vom 12. September

Wie recht Sie haben mit Ihrem Fazit. Nur, wie kann ein schwankender Westen mit sehr heterogener Interessenlage und innerem Misstrauen eine reale und auf Kooperation ausgerichtete Politik mit Russland betreiben bei einer durch Sanktionen belasteten Ausgangslage? Zudem stehen die Regierungen in der EU samt Brüssel vor längst nicht gelösten Aufgaben: Die Euro-Krise ist keineswegs ausgestanden, die Brexit-Frage offen, die Zuwanderungskrise ein politisches Minenfeld. Man betrachte hierbei nur das Agieren der Bundeskanzlerin, als sie vor einem Jahr durch eigenmächtiges - allenfalls mit den USA abgestimmtes - Handeln per Grenzöffnung und Quotenmechanismus offenbar dem europäischen Einigungsprozess auf die Sprünge helfen wollte, frei nach dem zwingenden Motto "Scheitert die Integration der Migranten, scheitert Europa". Der Bogen ist überspannt, wie u.a. zahlreiche Wahlergebnisse in den EU-Ländern belegen.

Herbert Otten, Hamburg

Glasklare Analyse

Zu: "Zäsur 11. September" vom 10. September

Eine treffsichere, präzise und glasklare, wenn auch knappe Analyse der Lage des Westens allgemein und besonders auch der in unserem Lande. Gratulation! Leider aber haben auch Sie kein Rezept, wie man aus dieser Kalamität hinausfinden könnte.

Dieter Dziobaka, per E-Mail

Richtung Mitte

Zu: "ARD und ZDF fusionieren?" vom 12. September

Leserbriefe

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat seinen Auftrag zu meistern, nämlich die Grundversorgung für die Bevölkerung. Da dem alten Adenauer die ARD zu "rot" war, gründete er das ZDF als "Gegenpart". Leider haben die Leute, die der CDU nahestehen, versäumt, bei den Kontrollorganen des ZDF frei werdende Stühle zu besetzen. So konnte das ZDF die ARD links überholen. Wenn Seehofer jetzt eine Fusion der beiden Anstalten ins Spiel bringt, erhofft er sich davon eine kleine Richtungsänderung in Richtung Mitte. Ob ihm das gelingt, ist zu bezweifeln. Man sollte mal die Frage stellen, ob die Vielzahl der Rundfunk- und Fernsehsender notwendig ist. Hier liegt wohl ein gewaltiges Sparpotenzial, das nicht genutzt wird.

Hermann Schmitz, Pulheim-Brauweiler

Asylgründe

Zu: "Gegen die AfD hilft nur argumentativer Häuserkampf" vom 10. September

Wenn eine Führungsfigur der CDU die neuen Vorschläge der CSU zur Eindämmung der Flüchtlingsströme als grundgesetzwidrig bezeichnet, so fragt man sich, wo ihre Stimme war, als die Regierung im vergangenen Herbst mit ihrer Flüchtlingspolitik das Grundgesetz massiv verletzt hat. Denn schon bei strenger Auslegung des Abs. 1 von Art. 16 a des Grundgesetzes ist eine Berufung auf das Asylrecht zweifelhaft. Dieser bietet Schutz vor der Verfolgung durch Staaten. Eine Bürgerkriegssituation reicht dafür normal nicht aus. Noch eindeutiger ist aber Abs. 2, der ein Asylrecht dann ausschließt, wenn die Flüchtlinge aus einem EU-Staat oder einem sicheren Drittstaat nach Deutschland kommen. Für Kramp-Karrenbauer wie für andere CDU-Politiker ist die Geschlossenheit der Partei offensichtlich wichtiger als Ehrlichkeit den Bürgern gegenüber. So treibt man die Bürger rechtskonservativen Parteien in die Arme.

Gerhard Banholzer, Oberndorf

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 13, 2016

"Deutsche Straßen nicht mit Gold gepflastert"; Wie Präsident Ghani und Kanzlerin Merkel versuchen, afghanische Flüchtlinge von einem Aufbruch Richtung Deutschland abzubringen

Die Welt

Donnerstag 3. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 282

Length: 1226 words

Byline: Daniel-dylan Böhmer

Thorsten Jungholt

Dr. Daniel Friedrich Sturm

Body

Einmal, für einen Augenblick, strahlt Angela Merkel über das ganze Gesicht. "Mein Großvater", sagt Ashraf Ghani, der afghanische Präsident, "war der erste Botschafter in Deutschland", und er besitze aus dieser Zeit noch zwei Briefe. Ghani steht am Mittwochmittag im Kanzleramt an der Seite Merkels, eben haben sie miteinander gesprochen, gleich wird er zu Bundespräsident Joachim Gauck ins Schloss Bellevue gefahren.

Merkel und Ghani würdigen die 100-jährigen Beziehungen ihrer beiden Länder. Von einer "Freundschaft" und "langen Tradition" spricht Merkel. Ghani würdigt den "großen Beitrag", den Deutschland schon in den 20er-Jahren bei der Ausbildung von Ärzten und Ingenieuren geleistet habe. Bis heute wirke das nach. Doch so glorreich die deutsch-afghanische Zusammenarbeit sei und gewesen sein mag: Vor allem wollen Ghani und Merkel eine Botschaft loswerden, die ihren Weg vor allem nach Afghanistan finden soll.

Der Gast aus Kabul, der sich mit seiner Delegation insgesamt drei Tage in Deutschland aufhält, redet gar nicht drum herum. Von "Push- und Pull-Faktoren" spricht Ghani, kaum dass er das Wort ergriffen hat - und ist damit mitten in der Flüchtlingspolitik angekommen. Unsicherheit, Armut und Wirtschaftskriminalität verstießen seine Landsleute, und zu der Sogwirkung, also dem "Pull-Faktor", zählte ein teilweise völlig irreales Bild von Deutschland. "In Deutschland sind die Straßen mitnichten mit Gold gepflastert", sagt Ghani. Das ist solch eine Botschaft, die er in seiner Heimat verbreitet wissen will. Vielleicht ist es gar der Schlüsselsatz seines heutigen Tages in Berlin, ausgesprochen primär für das heimische Publikum.

"Deutsche Straßen nicht mit Gold gepflastert" Wie Präsident Ghani und Kanzlerin Merkel versuchen, afghanische Flüchtlinge von einem Aufbruch Richtung Deutschland....

Angela Merkel kann das nur recht sein. In der Bundesregierung sorgt man sich vor einer Massenflucht aus Afghanistan und Pakistan, die den ohnehin beträchtlichen innenpolitischen Druck erhöhen würde. "Schutzzonen" will Berlin für Afghanistan definieren, ein nicht nur fragwürdiger, sondern auch unschöner Begriff. Merkel spricht deshalb lieber technokratisch von "innerstaatlichen Fluchtalternativen".

Die Kanzlerin stellt klar, dass afghanische Flüchtlinge aus rein wirtschaftlichen Gründen kein Asyl in Deutschland bekommen können. Es dürften keine falschen Hoffnungen geweckt werden, "dass man aus wirtschaftlichen Gründen jetzt Afghanistan verlassen kann und nach Deutschland gehen kann. Das ist keine legale Migration." Eine "Vielzahl von Fehlinformationen" in Afghanistan bemängelt Merkel. Die deutsche Botschaft in Kabul arbeite gegen diese Fehlinformationen an, um den Afghanen ein realistischeres Bild von Deutschland zu vermitteln.

In der Tat hatte das Auswärtige Amt Mitte November eine Aufklärungskampagne in Afghanistan gestartet, die von Schleusern gestreute Fehlinformationen entlarven und die Menschen von der Flucht nach Europa abhalten soll. So wurden in der Hauptstadt Kabul und Masar-i-Scharif im Norden des Landes Dutzende großflächige Plakate montiert, auf denen in den Landessprachen Dari und Paschtu über die tatsächlichen Aufnahmebedingungen in Deutschland informiert wird. So heißt es zum Beispiel: "Deutschland garantiert unverzügliche Staatsbürgerschaft und unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis? Falsch! Wer einen Asylantrag stellt und abgelehnt wird, muss das Land wieder verlassen und wird notfalls auch abgeschoben."

Die Gerüchte über eine nahezu unbegrenzte Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik wurden nicht nur von Schleusern verbreitet. Afghanische Zeitungen hatten umfangreich über die humanitäre Haltung der Bundeskanzlerin bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen berichtet, die über den Balkan nach Deutschland strömen - und dabei den Eindruck erweckt, die Route sei auch für ausreisewillige Afghanen eine gute Option. Die deutsche Botschaft in Kabul und das Generalkonsulat in Masar-i-Scharif versuchen diese Hoffnung mit der Kampagne nun zu entkräften. Es gehe dabei allerdings nicht um "Abschreckung, sondern um Aufklärung", heißt es im Auswärtigen Amt.

Internationale Diplomaten in Kabul glauben ohnehin nicht, dass die Kampagne sonderlich erfolgreich sein wird. "Ein netter Versuch", heißt es. Wenn Deutschland die Flüchtlingszahlen aus Afghanistan reduzieren wolle, dann brauche es deutlichere Signale, nämlich tatsächliche Rückführungen, über die in den afghanischen Medien dann auch berichtet werde.

Der EU-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Franz-Michael Mellbin, schätzt, dass in diesem Jahr insgesamt 160.000 afghanische Flüchtlinge nach Europa kommen werden. "Die Menschen kommen sowohl aus Afghanistan selbst als auch aus Nachbarstaaten wie dem Iran oder Flüchtlingslagern in Pakistan", sagte Mellbin der "Welt". Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hatte im Oktober gemeldet, bisher hätten 120.000 Afghaninnen und Afghanen in Europa Asyl gesucht. Die meisten von ihnen streben nach Deutschland, bis Ende Oktober wurden mehr als 82.000 Flüchtlinge aus Afghanistan hierzulande registriert. Nur aus Syrien waren es noch mehr.

"Häufig sind es Angehörige der afghanischen Mittelschicht, die jetzt das Land verlassen", sagte der dänische Diplomat, der die EU seit 2013 in dem Land am Hindukusch vertritt. "Nicht nur die Unsicherheit treibt sie außer Landes. Es ist vor allem das Gefühl der Entmündigung, das die gut Ausgebildeten zur Flucht motiviert, der Eindruck, dass sie über die Zukunft des Landes nicht mitentscheiden können. Viele sind frustriert über die afghanische Politik und erwarten nicht mehr, dass sich die Dinge zum Besseren entwickeln."

Auch die prekäre Sicherheitslage spielt eine Rolle. 180 der etwa 400 Distrikte im Land seien umkämpft oder unter Kontrolle der radikalislamischen Taliban, heißt es aus afghanischen Regierungskreisen. Ende September eroberten die Extremisten die Provinzhauptstadt Kundus im deutschen Verantwortungsbereich im Norden des Landes. Erst nach langen Kämpfen und nur mit US-Unterstützung gelang es den afghanischen Sicherheitskräften, die Taliban zu vertreiben.

Der afghanische Präsident spricht am Mittwoch in Berlin von der Tragödie seines Landes. Afghanistan sei an sich sehr wohlhabend, "aber wir haben sehr viele sehr arme Menschen". Durch den Handel mit Drogen, Antiquitäten und Kunstschatzen werde die Lage im Land verschärft. Hinzu komme nun der Menschenschmuggel. Für die

"Deutsche Straßen nicht mit Gold gepflastert" Wie Präsident Ghani und Kanzlerin Merkel versuchen, afghanische Flüchtlinge von einem Aufbruch Richtung Deutschlan....

Möglichkeit einer Flucht Richtung Europa müssten 20.000 bis 25.000 Dollar gezahlt werden, sagt Ghani: "Für jeden Menschen, der ankommt, gehen vier bis fünf Menschen verloren."

Die Bundesregierung will den Afghanen stärker als bisher unter die Arme greifen - durchaus im eigenen nationalen Interesse. Bei der langjährigen Polizeiausbildung soll der Kampf gegen illegale Migration, Schleuserkriminalität und Passfälschung Schwerpunkte bilden, wie Merkel sagt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nahm an der Unterredung mit Ghani teil, und will bald nach Kabul reisen. Er freue sich auf dessen Besuch, sagt Ghani. Arbeit, Berufsausbildung, Unterbringung - diese drei Dinge nennt der afghanische Präsident als lebensnotwendige Elemente, nicht etwa für seine Landsleute, geduldet in Deutschland, sondern daheim.

Er bittet darum, die Einfuhr afghanischer Produkte nach Europa zu vereinfachen. Angela Merkel, die auf die militärische Präsenz Deutschlands am Hindukusch verwiesen hat, antwortet auf die Frage nach neuen Verpflichtungen gegenüber Afghanistan: "Deutschland hat sich dem Wohlergehen aller Afghanen verpflichtet."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Getty Images/Sean Gallup

Kanzlerin Angela Merkel und der afghanische Präsident Ashraf Ghani besprechen das Flüchtlingsproblem in Berlin

Sean Gallup

Load-Date: December 3, 2015

Griechenland droht Ausschluss aus Schengenraum; EU-Innenminister fordern bessere Sicherung der Außengrenzen gegen Flüchtlingsstrom. Nicht-EU-Mitglied Mazedonien soll Hilfen aus Brüssel bekommen

Die Welt

Dienstag 26. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 21

Length: 878 words

Byline: Silke Mülherr

Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Griechenland gerät immer stärker unter Druck. Als Antwort auf den **Flüchtlingszustrom** will die EU nun längerfristige Grenzkontrollen auf dem Kontinent prüfen. Der "nie dagewesene Zufluss von **Asylbewerbern**", der einige Länder zu Grenzkontrollen veranlasst habe, habe sich nicht vermindert, sagte der niederländische **Migrations**-Staatssekretär Klaas Dijkhoff nach einem Treffen der EU-Innenminister am Montag in Amsterdam. Sein Land hat derzeit den Vorsitz der EU-Staaten.

Die Minister hätten die Brüsseler EU-Kommission nun beauftragt, die "rechtliche und praktische Grundlage" für die Verlängerung der Kontrollen nach Artikel 26 des Schengener Kodexes vorzubereiten, so Dijkhoff. Dies würde Kontrollen innerhalb des Schengen-Raums von bis zu zwei Jahren erlauben. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte bei dem Treffen erklärt, Griechenland müsse "seine Hausaufgaben" machen und seine Grenze besser sichern. Innerhalb der nächsten Wochen müssten die Staaten gemeinsam eine deutliche Reduzierung des **Flüchtlingsandrangs** erreichen. Einen Ausschluss Griechenlands aus dem Schengen-Raum lehnte de Maizière aber ab. In den 26 Ländern des Schengen-Raums können Reisende sich normalerweise weitgehend ungehindert bewegen. Deutschland und fünf andere Länder kontrollieren aber derzeit ihre Grenzen.

Schwedens Innenminister Anders Ygeman sagte mit Blick auf die mangelnde Sicherung der EU-Außengrenzen durch Athen: "Wenn ein Land seine Pflichten nicht erfüllt, müssen wir seine Verbindungen zum Schengenraum begrenzen." Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner drohte: "Wenn es nicht gelingt, die europäischen Außengrenzen - sprich die türkisch-griechische Grenze - zu sichern, dann wird sich die Schengen-Außengrenze Richtung Mitteleuropa bewegen." Unterstützung kommt aus dem EU-Parlament, von CSU-Innenexpertin Monika

Griechenland droht Ausschluss aus Schengenraum EU-Innenminister fordern bessere Sicherung der Außengrenzen gegen Flüchtlingsstrom. Nicht-EU-Mitglied Mazedonien

Hohlmeier: "Die Geduld der EU mit Griechenland ist zu Ende. Die Aussetzung von Schengen für Griechenland ist ein reales Szenario."

Auf dem Westbalkan kündigt sich unterdessen ein neues Flüchtlingsdrama an. Rund 2000 Migranten und Flüchtlinge müssen auf dem Weg nach Mitteleuropa in eisiger Kälte in der Nähe der mazedonisch-griechischen Grenze ausharren. Die Menschen übernachten in Bussen und in einer Tankstelle, rund 20 Kilometer südlich des Grenzübergangs von Idomeni. Die Flüchtlinge kämpfen bei Temperaturen um den Gefrierpunkt um ihr Leben. Experten fürchten, dass der "Flüchtlingsstau" in den kommenden Tagen noch größer wird. Zeitweise schließt Mazedonien seine Grenzen vollständig. Im Augenblick lässt das Land nur Menschen passieren, die in Österreich oder Deutschland Asyl beantragen wollen. Zudem wird die Weiterreise nur Schutzsuchenden aus Syrien, dem Irak und Afghanistan erlaubt. Bürger anderer Staaten gelten als Wirtschaftsflüchtlinge. Einige Flüchtlinge versuchen, an unbewachten Stellen die Grenze zu überqueren, um ihren Weg auf der Balkanroute fortzusetzen.

Mazedonien ist zu einem Schlüsselland in der Krise geworden. Das Zwei-Millionen-Land wird von der EU immer mehr zum Puffer gegen Flüchtlinge aufgebaut. In Brüssel setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die EU-Außengrenze maßgeblich in Mazedonien geschützt werden muss. Die Logik: Je weniger Flüchtlinge das kleine Land durchlässt, desto mehr lässt der Druck auf Staaten wie Deutschland, Schweden und Österreich nach.

Vor allem die sogenannten Visegrad-Staaten unterstützen Mazedonien. Ungarn hilft bereits beim Grenzschutz, Tschechien und die Slowakei wollen ebenfalls Polizisten an die griechisch-mazedonische Grenze schicken. Ende vergangener Woche schlug Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán vor, neben Bulgarien solle auch Mazedonien seine Grenzen mit Zäunen verbarrikadieren. Mehr als 10.000 Rollen Stacheldraht und rund 16.000 Betonpfeiler hat Budapest bereits geliefert. Die Regierung in Skopje fordert nun mehr Unterstützung aus Brüssel. Damit steht sie nicht allein. Auch Sloweniens Regierungschef Miro Cerar fordert mehr Hilfen aus der EU für Mazedonien. "Mit einem effektiven Grenzschutz in Mazedonien wäre es nicht notwendig, die Grenzen innerhalb des Schengenraums zwischen Schweden, Dänemark, Deutschland und Österreich zu schließen", sagte er der "Welt am Sonntag". In einem Brief an EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker forderte er "direkte Unterstützung Mazedoniens beim Grenzschutz".

Das ist aber nur eingeschränkt möglich. Brüssel könnte helfen bei der Ausstattung mit Überwachungs- und Registrierungsgeräten. Unterstützung durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex kann Mazedonien aber nicht erwarten. Juncker teilte Cerar in einem Schreiben, das der "Welt" vorliegt, mit: "Es ist wichtig festzustellen, dass das aktuelle EU-Recht keine Entsendung von Beamten im Rahmen einer gemeinsamen Frontex-Operation auf dem Gebiet eines Drittlandes gestattet." Sollten die Mitgliedsländer die Pläne der EU-Kommission für eine gemeinsame Europäische Grenz- und Küstenschutzagentur aber demnächst billigen, so wäre künftig auch ein Frontex-Einsatz in Mazedonien möglich. Juncker sicherte dem EU-Beitrittskandidaten Mazedonien in seinem Schreiben Hilfen zu. Dazu könnten nach Informationen der "Welt" auch Finanzhilfen für EU-Länder gehören, die bereit sind, Mazedonien mit eigenen Grenzschutzbeamten zu unterstützen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 26, 2016

Südeuropas Erpresserwinkel

Die Welt

Donnerstag 21. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 93

Length: 352 words

Byline: Ulrich Clauß

Body

Es gibt Bitten, die kann man kaum abschlagen - weil in ihnen eine Drohung verborgen liegt. Das weiß auch Griechenlands Regierungschef Alexis Tsipras, der jetzt Bundeskanzlerin Angela Merkel "gebeten" hat, den Reformdruck auf sein Land zu mindern. Anderenfalls befürchte er eine destabilisierende Wirkung für sein Land, so drohte Tsipras nur mühsam verdeckt - und das zieht. Denn wenn die Bundeskanzlerin jetzt etwas überhaupt nicht gebrauchen kann, dann ist es eine Destabilisierung Griechenlands am mühsam errichteten **Migrationssperrwall** an der Süd-Ost-Flanke Europas. Eine Destabilisierung, für die Tsipras und sein politisches Umfeld jederzeit selbst sorgen könnten und - wie schon mehrfach bewiesen - sicher auch sorgen würden.

So drängt die Euro-Krise im Gefolge der Flüchtlingskrise wieder auf die Tagesordnung und das nicht nur im Falle Griechenlands. Der nächste Fußkranke steht nämlich schon auf der Matte. Es ist Italiens Regierungschef Matteo Renzi, der die von Deutschland lange zu Recht verhinderte Ausgabe von Euro-Bonds zur Finanzierung der Migrationskosten fordert. Auch Italien kann jederzeit mit "Destabilisierung" drohen - der eigenen wie auch der seiner europäischen Nachbarn durch Wiederaufnahme der Politik des Flüchtlingedurchwinkens.

So scheint sich synchron mit den Migrationswellen eine Phalanx der Erpressung vom Bosphorus her über die südeuropäischen Schwellenländer auf Mitteleuropa zu zubewegen. Wobei die Drohung währungspolitischer Destabilisierung als Hebel dient, um Transferzahlungen von Nord nach Süd zu erzwingen. So argumentieren jedenfalls die Euro-Kritiker, aber das ist ein Kurzschluss. Denn die Ursache für die krisenhafte Zuspitzung ist eine Völkerwanderung, die weder etwas mit dem Euro noch etwas mit dem Reformversagen südeuropäischer Haushaltspolitikern zu tun hat. Es ist der Staatenzerfall am Südrand Europas, der sich endemisch nach Norden zu fressen droht. Diesen zu stoppen, kostet Geld - ob Euro oder D-Mark - und erfordert pragmatisch-kühle Machtpolitik. Auch gegenüber Erpressern.

ulrich.clauss@weltn24.de (ulrich.clauss@weltn24.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 21, 2016

End of Document

"EU sollte Flüchtlinge direkt aus Aleppo holen"; Der Migrationsforscher Gerald Knaus gilt als Architekt des Flüchtlingsdeals. Er beklagt vergebene Chancen

Die Welt

Freitag 30. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 307

Length: 1128 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest

Das EU-Türkei-Abkommen regelt seit dem 20. März, dass die Türkei im Tausch für drei Milliarden Euro möglichst verhindert, dass neue **Flüchtlinge** in Richtung EU aufbrechen. Viele Politiker feiern den Deal immer noch als Erfolg.

Die Welt:

Herr Knaus, der **Flüchtlingsdeal** mit der Türkei geht auf Ideen zurück, die Sie zuerst öffentlich formulierten. Damals war von hohen Gegenleistungen der EU die Rede: Visumliberalisierung, Umsiedlung Hunderttausender **Flüchtlinge** direkt aus der Türkei. Bis jetzt klappt der Deal aber auch ohne diese Gegenleistungen. Kommt die EU am Ende viel billiger davon als befürchtet?

Gerald Knaus:

In der Ägäis sterben sehr viel weniger Menschen, EU-Milliarden verbessern langsam die Lage für Flüchtlinge in der Türkei, und Griechenland hat in acht Monaten weniger als 800 Menschen in die Türkei zurückgeschickt. Die Türkei profitiert sehr von diesem Abkommen. Deswegen funktioniert es auch.

Ankara drohte, den Deal platzen zu lassen, wenn die Visumliberalisierung nicht bis Oktober komme - versprochen war sie für den Sommer. Jetzt will man nur noch ein Versprechen, dass es irgendwann später klappt. Waren das also leere Drohungen, kann die EU den Deal auch ohne Visumfreiheit haben?

Überall auf der Welt kann man Seegrenzen nur in Kooperation mit Nachbarn kontrollieren. Die EU braucht dazu die Türkei. Sie hat aber auch ein Interesse daran, Einfluss zu nehmen auf die Menschenrechtslage. Das gelingt ihr in

"EU sollte Flüchtlinge direkt aus Aleppo holen" Der Migrationsforscher Gerald Knaus gilt als Architekt des Flüchtlingsdeals. Er beklagt vergebene Chancen

der Türkei derzeit so wenig wie in Russland oder Ägypten. Dazu braucht sie eine Strategie. Die Visapflicht aufzuheben wäre dabei ein Schritt in die richtige Richtung.

Also ein Zurückrudern? Denn bislang fordert die EU eine Angleichung der polizeistaatlichen Terrorgesetze an europäische Standards, damit sie nicht missbraucht werden, um Oppositionelle zu unterdrücken. Das lehnt die Türkei ab - daher keine Visumliberalisierung. Diese Forderung wollen Sie streichen?

Das Problem ist nicht ein einzelnes Gesetz, sondern ein politisiertes Rechtssystem mit sehr vielen absurden Anklagen. Dazu kommt die Gefahr der Rückkehr von Folter in Gefängnisse. Die entscheidende Frage ist, wie die EU Einfluss nehmen kann. Derzeit reisen über zwei Millionen Türken mit "grünen Pässen" visafrei. Das sind vor allem Staatsbeamte. Darüber, wer diesen Pass bekommt, entscheidet Ankara alleine. Die EU sollte die Visapflicht für alle Türken aufheben und gleichzeitig die Privilegien für grüne Pässe streichen. Damit die Visafreiheit über 2017 hinaus erhalten bliebe, müsste Ankara nachweisbar die Rückkehr von Folter unterbinden und politische Gefangene freilassen. Sonst würde die Visapflicht wiedereingeführt, für alle.

Das ist, was sie als Experte anraten. Ist es aber auch etwas, worüber konkret verhandelt wird?

Im Augenblick leben viele gut damit, dass sich nichts bewegt. Für die EU aufgrund der Wahlen in den Niederlanden und Frankreich. Für Ankara ist es einfach, der EU vorzuwerfen, ihr Wort zu brechen. Nur: Den Menschenrechten in der Türkei dient diese Strategie sicher nicht.

Sie hatten Ende 2015 vorgeschlagen, 500.000 Flüchtlinge direkt aus der Türkei zu holen, und Anfang 2016 sagten Sie, eine Einigung über mehrere Hunderttausend stehe sehr bald bevor. Nichts geschah - was ist passiert?

Das ist die größte vergebene Chance des Abkommens. In acht Monaten sind gerade 3000 syrische Flüchtlinge umgesiedelt worden. Das ist zu wenig. Eine humane Asylpolitik sollte alles daransetzen illegale Einreisen durch Umsiedlungen zu ersetzen. Doch das zu organisieren war bislang weder für die EU noch für die Türkei eine Priorität.

Also auch das leeres Gerede aus Ankara?

Erdogan erklärt, die Türkei komme mit ihren Flüchtlingen zurecht. Andererseits baut die Türkei eine Mauer an der syrischen Grenze. Es wäre vernünftig, so, wie Manfred Weber von der CSU das wiederholt vorgeschlagen hat, gemeinsam schutzbedürftige Flüchtlinge aus Aleppo in die EU zu holen. Doch daran arbeitet heute niemand.

Anfang des Jahres forderten Sie, die Brüsseler Entscheidung über eine Zwangsverteilung von 160.000 Flüchtlingen in der EU zu kippen, weil das nicht funktioniere. Neuerdings fordern Sie aber genau das: Pflichtquoten. Wieso das Umdenken?

Die Zwangsverteilung von 160.000 Menschen war zum Scheitern verurteilt und ist gescheitert: Es sind gerade 8000 Menschen aus Italien und Griechenland umverteilt worden. Wir forderten stattdessen ein schlüssiges Asylkonzept. Das bedeutet etwa EU Asylmissionen in Italien und Griechenland, die binnen Wochen Asylanträge entscheiden könnten. Wem eine EU-Mission Asyl gewährt, der sollte nach einem fairen Schlüssel verteilt werden. Alle anderen sollten sofort in ihr Herkunftsland zurückgebracht werden. Der Terrorist Anis Amri wäre dann nicht in die EU gekommen. Und viele, die heute in Italien ankommen, würden sich nicht auf die lebensgefährliche Reise machen.

Und dann soll Zwangsumverteilung auf einmal funktionieren?

Die Zahl der Ankömmlinge aus der Türkei ist drastisch gesunken. Wenn es gelingt, mit Herkunftsländern in Afrika Vereinbarungen zu treffen, ist das Ziel von weniger als 100.000 Ankommenden im Jahr im ganzen Mittelmeer realistisch. Dann wird auch die Verteilung logistisch zu bewältigen sein.

Keine Chance, dass Länder wie Ungarn da mitmachen.

Wenn ein Land sich nicht an einen EU-Beschluss hält, gibt es Verfahren wegen Verstoßes gegen EU-Recht.

"EU sollte Flüchtlinge direkt aus Aleppo holen" Der Migrationsforscher Gerald Knaus gilt als Architekt des Flüchtlingsdeals. Er beklagt vergebene Chancen

Und der Syrer, der nach Deutschland will, weil er da schon Verwandte hat, der wird nicht in Rumänien bleiben, wenn man ihn dorthin zwingt.

Heute kommen die meisten Menschen über Italien, hier haben wenige Verwandte in Deutschland. Überdies muss eine Quotenregelung so gestaltet werden, dass es für Flüchtlinge wenig Unterschied macht, wohin sie kommen. Nur deswegen funktioniert so ein System in Deutschland. Es braucht ein schlüssiges Gesamtkonzept.

Wie sähe das aus?

Dort, wo die meisten Menschen die EU erreichen, brauchen wir schnelle Asylverfahren - und dafür Hunderte EU-Asylbeamte und Gesetzesänderungen. Dazu Abkommen mit Herkunftsländern wie Nigeria, damit diese ab einem Tag X alle Mitbürger, die in Italien ankommen und kein Asyl bekommen, sofort zurücknehmen. Nur so erzeugen Abschiebungen große Wirkung: Wer wird die Sahara und das Meer überqueren, wenn die Chance, binnen Wochen zurückgeschickt zu werden, bei 70 Prozent liegt?

Wollte die EU nicht sowieso Hunderte Juristen nach Griechenland schicken, um bei der Bewältigung der Asylverfahren zu helfen? Wie viele wurden denn geschickt?

Derzeit sind dort 35 europäische Asylbeamte. Die griechische Asylbehörde ist vollkommen überfordert. So ist auf den Inseln eine vermeidbare Notlage entstanden, die Stimmung ist explosiv. Asylbewerber sehen monatelang keinen Beamten. Die Lebensbedingungen sind eine Schande. Wenn da nicht schnell etwas passiert, ist sogar noch dieser Erfolg in Gefahr.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 30, 2016

Bautzen ist noch nicht befriedet; Polizei verhindert Konfrontation zwischen linken und rechten Gruppen, die Politik sucht in Sachsen Konzepte für Umgang mit Flüchtlingen

Die Welt

Samstag 17. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 219

Length: 716 words

Body

Nach den Krawallen in Bautzen bleibt die Stimmung in der ostsächsischen Stadt aufgeheizt. Laut Polizeidirektion Görlitz kam es am Donnerstagabend erneut zu lautstarken Protesten. Anders als am Vortag blieb es aber weitgehend friedlich.

Für 20 Uhr war eine Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit angemeldet gewesen. Sie begann jedoch erst gegen 21.45 Uhr, da die etwa 25 dem linksalternativen Spektrum zuzuordnenden Teilnehmer erst später aus Dresden und Leipzig anreisten. Als diese den Kornmarkt betraten, stellten sich ihnen rund 300 Einheimische lautstark entgegen.

Die mit 90 Einsatzkräften anwesende Polizei trennte beide Lager konsequent. "Die unschönen Szenen, wie sie an den vergangenen Abenden am Kornmarkt zu sehen waren, gab es heute nicht", erklärte anschließend Polizeidirektor Uwe Kilz. Die polizeiliche Einsatztaktik sei trotz mehrerer Versammlungen aufgegangen. Vor den Asylunterkünften blieb es am Donnerstagabend ruhig. Ein Bündnis rechter Gruppen sagte eine für Freitag geplante Demonstration ab. "Mit sofortiger Wirkung werden wir uns für eine vorläufige Ruhepause in Bautzen einsetzen und jegliche Demonstrationen und Aktionen absagen", erklärte die Gruppe "Die Sachsen Demonstrationen" auf Facebook.

Doch die Polizei traut dem nicht. Sie richtet sich auf weitere Einsätze am Wochenende ein. Vor allem am Abend werde man durch eine "hohe polizeiliche Präsenz" für die "Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" sorgen, sagte ein Sprecher. Für Sonntag haben rechte Aktivisten aus Westdeutschland zu einer Demonstration in Bautzen aufgerufen.

Die Bundesregierung hat die Ausschreitungen im sächsischen Bautzen "auf das Schärfste" verurteilt. "In Deutschland ist kein Platz für Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz", sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer in Berlin. Solche Krawalle seien "unseres Landes nicht würdig". Bautzens Oberbürgermeister Alexander Ahrens räumte im Radiosender hr-Info ein, die aggressiver werdende Entwicklung

Bautzen ist noch nicht befriedet Polizei verhindert Konfrontation zwischen linken und rechten Gruppen, die Politik sucht in Sachsen Konzepte für Umgang mit Flüc....

zwischen jungen Asylbewerbern und zum Teil aus der rechten Szene stammenden Deutschen unterschätzt zu haben. Er will nun mehr Personal einsetzen. "Unser Konzept geht dahin, dass wir einen Sozialarbeiter mit auf den Platz stellen. Wir werden gemeinsame Streifen mit dem Gemeindevollzugsdienst einrichten", sagte Ahrens. Er wolle auch mit Rechten reden. "Zu einem sachlichen Gespräch bin ich immer bereit."

Am Mittwochabend waren auf dem zentralen Bautzener Kornmarkt seit Tagen schwelende Auseinandersetzungen zwischen Rechtsradikalen und jungen Asylbewerbern eskaliert: Dabei gab es wechselseitige Übergriffe und aus Reihen der Flüchtlinge auch Angriffe auf die Polizei. Die Gruppe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge soll durch nächtliche Lärmbelästigungen und andere Delikte seit längerer Zeit für Unmut in Bautzen gesorgt und die Auseinandersetzung letztlich begonnen haben, so die Polizei. Die Linken kritisieren jedoch die vom Landrat verhängte Ausgangssperre für die jungen Flüchtlinge. Die als "störend Empfundene" würden als Sündenböcke stigmatisiert, sagte die Migrationsexpertin der Landtagsfraktion, Juliane Nagel.

Der stellvertretende sächsische Ministerpräsident Martin Dulig (SPD) schaltete sich mit scharfen Worten ein. "Mir ist völlig egal, wer angefangen hat. Und das spielt auch keine Rolle." Mit Blick auf selbst ernannte Bürgerwehren meinte er: "Niemand hat das Recht zur Selbstjustiz." Sachsens Ausländerbeauftragter Geert Mackenroth erklärte, es sei in Bautzen eine "beängstigende Gemengelage" entstanden. Die beteiligten Gruppen hätten möglicherweise die Stadt als Ziel für eine "Art Stellvertreterkrieg" ausgewählt.

Sozialministerin Barbara Klepsch (CDU) kündigte eine intensivere Betreuung jugendlicher Asylbewerber an. "Sie sind entwurzelt. Wir müssen uns stärker mit ihnen auseinandersetzen und überlegen, welche Angebote und Integrationsmaßnahmen besser greifen", sagte Klepsch. Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) sprach in den ARD-"Tagesthemen" über eine "beängstigende Stimmung". Kritik an ihrer Politik wies sie zurück: "Also so sehr viel falsch konnte man ja in Sachsen noch gar nicht machen, weil die Integration noch ganz neu im Aufbau ist."

Mir ist völlig egal, wer angefangen hat Martin Dulig (SPD), Vize-Regierungschef in Sachsen

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 17, 2016

Der richtige Mann für den wichtigen Nebenjob; Was Frank-Jürgen Weise am neuen Posten lockt

Die Welt

Mittwoch 23. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 222

Length: 391 words

Byline: Stefan Von Borstel

Body

Wer Frank-Jürgen Weise zuhört, erfährt viel über Prozessoptimierung, über Projektsteuerung und bruchfreie IT-Durchläufe. Dann ist Weise in seinem Element, es geht um Effektivität und Effizienz, um Zielvorgaben und Benchmarking. Am Donnerstag werden Kanzlerin, Ministerpräsidenten und Bundesminister in den Genuss eines Weise-Vortrags kommen. Seit Dienstag ist der Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit (BA) auch Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Weise wird der Runde im Kanzleramt erläutern, wie er die Behörde kurzfristig auf Vordermann bringen will und der Berg von nahezu 300.000 aufgestauten Asylanträgen abgearbeitet werden kann.

Weise, der im Oktober 64 Jahre wird, hat das wohl schwierigste Amt übernommen, das die Bundesregierung derzeit zu vergeben hat. Warum tut der Mann sich das an, fragen sich viele. Doch die kennen den zackigen Reserveoffizier der Bundeswehr schlecht. Bei seiner Amtseinführung sprach Weise von der Asylkrise verschwurbelt "als Charakter eines Problems, das in der Zahl und Dimension nicht steuerbar ist". Nicht steuerbar in Zahl und Dimension - für einen Manager wie Weise ist das eine Herausforderung, die eher lockt als abschreckt. Der Chef der Bundesagentur weiß, dass die heutigen Asylbewerber schon im nächsten Jahr als Arbeitssuchende und Hartz-IV-Empfänger vor den Arbeitsagenturen und Jobcentern stehen werden. Da kann er auch jetzt schon mit der Arbeit anfangen.

2004 übernahm der gelernte Betriebswirt die Leitung der Bundesagentur für Arbeit, damals die größte Baustelle der rot-grünen Bundesregierung. Er folgte dem glücklosen SPD-Politiker Florian Gerster. Unter Weise verwandelte sich die verschlafene Mammutbehörde in einen modernen Dienstleister, aus Arbeitslosen wurden Kunden, aus Ämtern Agenturen. Der Manager führte seine Behörde wie ein Unternehmen, mit Transparenz, Zielvorgaben und striktem Controlling. Zur Freude der Politiker, die sonst Milliarden zur Deckung des chronischen Defizits nach Nürnberg überweisen mussten, konnte Weise bald Überschüsse vorzeigen - vor der großen Krise 2008/2009 hatte die Bundesagentur Rücklagen in zweistelliger Milliardenhöhe angehäuft.

Der richtige Mann für den wichtigen Nebenjob Was Frank-Jürgen Weise am neuen Posten lockt

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung konnte von einst 6,5 Prozent auf heute 3,0 Prozent gesenkt werden - eine Milliardenentlastung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PA/dpa/David Ebener

Weise hat schon die Bundesagentur für Arbeit auf Vordermann gebracht

David Ebener

Load-Date: September 23, 2015

End of Document

Die Massen-Wanderung, von der niemand spricht; Rund zwei Millionen Ukrainer sind in die EU gekommen, fast ohne öffentliche Debatte. Östliche Mitgliedsstaaten werben sie sogar gezielt an - um keine Muslime holen zu müssen

Die Welt

Donnerstag 1. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 282

Length: 1001 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest

Wer sich vor Massenzuwanderung aus dem EU-Ausland fürchtet und damit Muslime meint, sollte einen Blick auf die Statistiken für die Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen an sogenannte Dritt-Staatler werfen. Das sind Bürger von Ländern außerhalb der EU. Ein massiver **Migrationsschub** wird da sichtbar, aus einem Land mit 44 Millionen Einwohnern, in dem Armut und Krieg herrschen und in dem rund zwei Millionen "interne Vertriebene" ein karges Dasein fristen.

Es ist ein ziemlich christliches, europäisches Land: die Ukraine. Rund 500.000 Ukrainer erhielten im vergangenen Jahr sogenannte Erst-Aufenthaltsgenehmigungen in EU-Ländern. Ein Blick auf die zurückliegenden Jahre zeigt, dass die Zahl der ukrainischen Neuankömmlinge von Jahr zu Jahr exponentiell wächst: 2014 waren es mehr als 300.000, etwa 240.000 im Jahr 2013 und 2012 erst etwas mehr als 150.000. Die allermeisten sind keine **Flüchtlinge**, wohlgemerkt. Nur 14.000 Ukrainer beantragten 2014 in der EU **Asyl**. Gesuche von Ukrainern werden dort meistens abgelehnt, daher vielleicht die geringe Zahl. Als Arbeitskräfte aber sind sie hochwillkommen und werden besonders in den östlichen EU-Mitgliedsländern gezielt angeworben.

Die Zahlen ukrainischer Migranten lassen sich durchaus mit dem Zustrom von Menschen aus dem arabischen Raum vergleichen. Nur weiß das in der Öffentlichkeit kaum jemand, und wer es weiß, den stört es meist nicht. Ganz im Gegenteil: Die mittelosteuropäischen "Visegrád-Staaten" Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien treiben die Einwanderung aus dem Osten bewusst voran, sehen darin gar die Rettung des "christlichen Abendlandes". Ihrem eigenen demografischen Notstand und Arbeitskräftemangel wollen sie nicht mit muslimischen Einwanderern entgegenwirken, sondern mit Migranten von den christlichen, östlichen Nachbarn.

Die Massen-Wanderung, von der niemand spricht Rund zwei Millionen Ukrainer sind in die EU gekommen, fast ohne öffentliche Debatte. Östliche Mitgliedsstaaten wer....

Überall in Ost- und Mitteleuropa suchen Unternehmen verzweifelt nach Arbeitskräften. Multinationale Konzerne verzichten schon vereinzelt auf Großprojekte in diesen Ländern, weil es dort mittlerweile an geeignetem Personal mangelt. Zu viele junge, gut qualifizierte Menschen sind in den reicheren Westen und Norden Europas abgewandert. Nach Deutschland, Österreich, Großbritannien. Die zu Hunderttausenden in Europa umherziehenden muslimischen Migranten könnten theoretisch eine Lösung sein, aber sie will man in Ostmitteleuropa nicht, weil man Probleme bei ihrer Integration befürchtet.

Und so hat Tschechien ein Anwerbeprogramm aufgelegt, mit dem gezielt ukrainische Fachkräfte angelockt werden sollen. Schon heute leben mehr als 100.000 Ukrainer in Tschechien. Offiziell registriert waren zuletzt 107.000.

Auch Ungarn hat seine Gesetze diskret verändert, um es ukrainischen Arbeitnehmern leichter zu machen, in Ungarn zu arbeiten. Nach einem Bericht des Magazins "Heti Válasz" genießen sie jetzt im Grunde ähnliche Rechte und Garantien wie Einheimische oder zugewanderte Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland. Der ungarische Arbeitgeberverband fordert zudem ein gezieltes Anwerbeprogramm mit Unterstützung der Regierung. Wirtschaftsminister Mihály Varga unterstützt solche Vorstellungen öffentlich; Großunternehmen wie Videoton verhandeln derweil nach Informationen dieser Zeitung bereits direkt mit den ukrainischen Behörden, um die leeren Arbeitsstellen zu füllen.

Bei Samsung Hungary arbeiten Berichten zufolge rund 150 Ukrainer. Offiziell sind höchstens 10.000 im Land gemeldet, aber Ungarn hat seit 2011 mehr als 120.000 Pässe an ukrainische Staatsbürger vergeben, die ethnische Ungarn sind oder sich für solche ausgaben. Wie viele von ihnen in Ungarn weilen oder mit ihren neuen ungarischen Pässen in andere europäische Länder weiterzogen, ist nicht feststellbar.

Allein in Polen leben und arbeiten der dortigen Regierung zufolge mindestens eine Million Ukrainer. Viele sind aber auch in andere europäische Länder gezogen. Den Statistiken zufolge waren Ende 2014 rund 230.000 Ukrainer in Italien gemeldet, rund 130.000 in Deutschland, fast 100.000 in Spanien und rund 40.000 in Portugal.

Nach Großbritannien zu kommen ist für Ukrainer, die ja keine EU-Bürger sind, nicht leicht. Die ukrainische Botschaft in London nennt auf ihrer Webseite Schätzungen von 30.000 Landsleuten im Vereinigten Königreich. Es scheint aber eine intensive illegale Einwanderung zu geben: Vor einigen Wochen wurde einer Schlepperbande das Handwerk gelegt, die rund 6000 Ukrainer mit gefälschten polnischen Pässen über Irland nach Großbritannien geschleust haben soll.

Die "neuesten" zugänglichen Zuwanderungsstatistiken sind in der Regel erst auf dem Stand von Ende 2014. Aber besonders seit 2015 wächst die Zahl der ukrainischen Migranten exponentiell, wie die 500.000 neuen Aufenthaltsgenehmigungen für Ukrainer in EU-Ländern belegen. Wie viele sind heute wirklich da?

Man kann das eigentlich nur grob schätzen, aber als Größenordnung dürfte die Zahl von zwei Millionen nicht übertrieben sein. Ende 2014 waren 849.000 Ukrainer offiziell in EU-Ländern gemeldet. Hinzu kommen die 500.000 registrierten Neuankömmlinge von 2015. Sicher kamen 2016 erneut viele dazu, mehrere Hunderttausend, wenn der Trend anhält. Zahlen liegen aber noch nicht vor. Außerdem vergab Polen allein 2014 und in der ersten Jahreshälfte 2015 laut einer Studie des Zentrums für Osteuropastudien rund 770.000 kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen an Ukrainer, für Saisonarbeit und sonstige vorübergehende Jobs. Experten zufolge bleiben viele dieser Menschen danach im Land.

Hinzu kommt eine kaum schätzbare Anzahl von Schwarzarbeitern und sonstigen nicht registrierten Ukrainern in diversen EU-Ländern.

Es ist im Grunde eine europäische Bevölkerungsverschiebung, die da stattfindet: Junge, fähige Menschen aus Ländern wie Polen und Ungarn ziehen in reichere EU-Länder weiter westlich und nördlich, derweil rücken Millionen Ukrainer nach, um die Lücken zu füllen, die die Auswanderer in die Arbeitsmärkte reißen. In den westlichen Medien wurde dies bislang kaum beachtet, wohl weil man auf die arabisch-afrikanische Flüchtlingskrise fixiert war.

Die Massen-Wanderung, von der niemand spricht Rund zwei Millionen Ukrainer sind in die EU gekommen, fast ohne öffentliche Debatte. Östliche Mitgliedsstaaten wer....

Graphic

Michal Fludra/NurPhoto/PA

Die junge Ostukrainerin ist mit ihrem Kind nach Polen geflohen

Jutta Setzer

Michal Fludra

Load-Date: December 1, 2016

End of Document

Schon die DDR nutzte Flüchtlinge als Druckmittel; 1985/86 lenkte das SED-Regime mehr als 150.000 Asylbewerber aus Afrika und Asien unkontrolliert in die Bundesrepublik. Die Instrumentalisierung hatte Erfolg

Die Welt

Dienstag 1. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 280

Length: 956 words

Byline: Sven Felix Kellerhoff

Body

Die Schlangen vor den Ausländerbehörden sind schier endlos. Zahlreiche Turnhallen und andere Gebäude dienen als Notunterkünfte, die öffentliche Hand muss Nachtragshaushalte beschließen, um die Sozialausgaben für die strömenden **Flüchtlinge** bewältigen zu können. Die Debatte in den Medien schwankt zwischen "Alle aufnehmen - wir schaffen das!" und "**Asylrecht** streichen und Grenzen schließen!". An den Stammtischen dominiert die zweite Alternative.

Was klingt wie eine Beschreibung der Gegenwart, ereignete sich tatsächlich vor rund 30 Jahren. 1985 nämlich entdeckte die Führung der SED, dass man **Flüchtlingsströme** sehr gut als politische Waffe einsetzen konnte. Ausgerechnet der Staat, der Jahr für Jahr mehrere Prozent seines Staatshaushaltes in die militärische Sperrung seiner eigenen Grenzen steckte, freilich nur für eigene Bürger, nutzte ungehinderten Transit für Menschen aus der Dritten Welt als politisches Druckmittel.

Der Historiker Jochen Staadt vom Berliner Forschungsverbund SED-Staat erinnert jetzt in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" an dieses vergessene Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte. Das Manöver der DDR brachte die Bundesrepublik und vor allem die damals eingemauerte Teilstadt West-Berlin bis an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit und trug sicher bei zum Aufschwung einer populistisch-rechten Bewegung, die dann 1989 unter dem Namen Die Republikaner tatsächlich ins Landesparlament, das Abgeordnetenhaus, gewählt wurde.

Bis 1977 war Artikel 14 des Grundgesetzes, demzufolge "politisch Verfolgte" in der Bundesrepublik Asyl genießen, nur relativ selten genutzt worden - die Zahl der entsprechenden Anträge lag bei 1906 bis maximal 16.410 pro Jahr. 1978 änderte sich das schlagartig: In diesem Jahr beantragten 33.136 Menschen Asyl, im darauffolgenden Jahr 51.493 und schließlich 1980 107.818. Fast ausnahmslos handelte es sich um Wirtschaftsmigranten, meistens um junge Männer. Nach heftigen öffentlichen Debatten verschärfte die Bundesregierung die Regeln und verpflichtete Fluglinien, deren Maschinen in der Bundesrepublik landeten, Passagiere ohne Visa auf eigene Kosten zurückzufliegen. Schlagartig gingen die Antragszahlen stark zurück, bis auf knapp 20.000 im Jahr 1983.

Schon die DDR nutzte Flüchtlinge als Druckmittel 1985/86 lenkte das SED-Regime mehr als 150.000 Asylbewerber aus Afrika und Asien unkontrolliert in die Bundesre....

Das änderte sich jedoch 1984: Die Zahl der Asylsuchenden stieg wieder auf mehr als 35.000, verdoppelte sich dann im folgenden Jahr und erreichte 1986 einen Wert von 10.000 Antragstellern pro Monat. Die allermeisten dieser Menschen kamen auf einem Weg, den die westdeutsche Politik bis dahin nicht im Blick gehabt hatte: über die DDR.

Maschinen der ostdeutschen Gesellschaft Interflug und der sowjetischen Aeroflot brachten ohne Rücksicht auf die Visapflicht Menschen vor allem aus dem damaligen Bürgerkriegsgebiet Sri Lanka sowie aus schwarzafrikanischen Staaten zum DDR-Flughafen Schönefeld im Südosten Berlins, dann fuhren die Ankömmlinge in Bussen zum Bahnhof Friedrichstraße, wo sie ohne die zeitraubenden und oft schikanösen Kontrollen von DDR-Grenzern durchgelassen wurden. Vom S-Bahnsteig konnten die Menschen dann weiterfahren. Der West-Berliner Senat lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen Kontrollen an der innerstädtischen Grenze ab, denn das hätte bedeutet, die Teilung der Stadt völkerrechtlich anzuerkennen. So konnten auf diesem Weg Flüchtlinge ins Geltungsgebiet des Grundgesetzes gelangen. Hier mussten sie nur noch einen Asylantrag stellen - dazu reichte es schon, einem Polizisten das Wort "Asyl" zuzurufen: Schon genoss der Migrant ein Aufenthaltsrecht bis zum Abschluss des Asylverfahrens. Ausnahmslos alle Zuwanderer wussten das, waren darauf vorbereitet worden.

Die Bundesregierung sah den unkontrollierten Zustrom mit Sorge. Zwar konnte sie im Juli 1985 erreichen, dass die DDR den Zustrom aus Sri Lanka unterband - das war Bedingung in den Verhandlungen über den für die DDR lebenswichtigen zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel, kurz "Swing" genannt. Doch nach der Einigung nahmen schlagartig die Zuwandererzahlen aus Schwarzafrika zu.

Im Verlauf des Jahres 1986 - längst waren alle Aufnahmeeinrichtungen in West-Berlin heillos überfüllt - bemühten sich Bundeskanzler Helmut Kohl und Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble um Zugeständnisse der SED-Spitze. Ende August reiste Schäuble zu einem Geheimgespräch nach Ost-Berlin, kehrte aber ohne bindende Zusagen Honeckers zurück. "Die Welle der Einwanderung unter falschem Etikett wird weitergehen", kommentierte am 2. September 1986 "Welt"-Herausgeber Herbert Kremp, "zulasten der Menschen hier und zulasten der Ankömmlinge, die eine andere, grauere, härtere Welt vorfinden, als die 'Ethiker' der deutschen Politik und Publizistik ihnen offenbaren wollen." Er kritisierte, dass West-Berlin aus politischen Gründen "dem Druck einer Menschenwelle ausgesetzt" werde. Einen klaren Hinweis auf diese Instrumentalisierung der Flüchtlinge brachte ihr Ende: Am 19. September 1986 kündigte der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau an, die DDR werde den ungehinderten Zustrom ab dem 1. Oktober unterbinden, indem Interflug und Aeroflot auf westdeutschen Visa bei Passagieren bestehen werden. Das war ein klares Manöver, um im laufenden Bundestagswahlkampf die SPD zu stützen.

Tatsächlich ging der weitere Zustrom von afrikanischen Flüchtlingen über Ost-Berlin im November schon auf null zurück. Die in der eingemauerten Teilstadt bereits lebenden Asylbewerber aber sorgten für Überfremdungsängste, die wesentlich zum Aufschwung der rechtskonservativen, teilweise rechtsextremen Partei Die Republikaner beitrugen.

Politisch war der Asylstreit 1985/86 ein klarer Sieg der DDR. Daran fühlt sich erinnert, wer gegenwärtig auf das Ringen zwischen Europa und der Türkei um die Aufnahme in die EU schaut - und auf den Flüchtlingsstrom aus Syrien.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 1, 2015

Einsatz im Flüchtlingsheim; Beamte haben mehrere Unterkünfte in Nordrhein-Westfalen durchsucht. In der SPD brodelt es. Eine Demo gegen Migranten in Essen wurde gerade noch abgesagt

Die Welt

Montag 25. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 20

Length: 1424 words

Byline: Kristian Frigelj

Stefan Laurin

Body

Düsseldorf und Essen

Dutzende Polizisten betraten am Freitagmorgen um sechs Uhr die **Flüchtlingsunterkünfte** in Recklinghausen und weckten die Bewohner. Die Polizei war mit einem Großaufgebot erschienen. Es gab Hinweise darauf, dass sich dort Straftäter aufhalten, zudem wollten die Beamten ohnehin Personalien in dem Heim überprüfen. Zeitgleich suchte man im Auftrag des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen vergeblich nach Hinweisen, ob der in Paris getötete islamistische Angreifer Tarek Belgacem einem terroristischen Netzwerk angehört hatte. Der 25-jährige Tunesier war als **Asylbewerber** nach Recklinghausen gekommen, mit 20 Identitäten durch Europa gereist.

Recklinghausens Polizeipräsidentin Friederike Zurhausen betonte, die Maßnahmen richteten sich "nicht gegen die Mehrheit der Zuwanderer", die hier Schutz suchten und keine Straftaten begingen. Sie wolle "ausdrücklich betonen, dass wir mit der heutigen Razzia diejenigen in die Schranken weisen und identifizieren möchten, die unser Rechtssystem missbrauchen".

Nach den sexuellen Übergriffen und Diebstählen am Silvesterabend in Köln sind vor allem junge nordafrikanische Männer in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Für Polizei und Justiz ist diese Gruppe schon seit längerer Zeit strafrechtlich besonders auffällig. Nun erhöht die Polizei in NRW den Druck. Die Durchsuchung in Recklinghausen war die fünfte spektakuläre Razzia innerhalb weniger Tage. Es begann am Sonntag vor acht Tagen, als fast 300 Polizisten in einem Düsseldorfer Viertel nahe dem Hauptbahnhof mehrere Straßen absperren, in denen sich viele Nordafrikaner aufhalten. 300 Menschen wurden kontrolliert.

Einsatz im Flüchtlingsheim Beamte haben mehrere Unterkünfte in Nordrhein-Westfalen durchsucht. In der SPD brodelt es. Eine Demo gegen Migranten in Essen wurde g....

Am vergangenen Dienstag erschien die Polizei dann in Flüchtlingsunterkünften in Ahlen, wenige Stunden später im Stadtteil Köln-Kalk, wo mehrere Straßenzüge mit Lokalen und Wettbüros als "Rückzugsraum" für Kleinkriminelle gelten. Einen Tag später kamen die Beamten wieder und nahmen sechs Personen fest. Recklinghausen war dann Freitag an der Reihe. Die Beamten stoßen bei den Einsätzen immer wieder auf Personen, die sich illegal im Land aufhalten, falsche Papiere besitzen, Straftaten begangen haben oder Diebesgut verstecken.

Besonders alarmierend waren Erkenntnisse, die in den Ahlemer Unterkünften gewonnen wurden, wo sich auch überwiegend Nordafrikaner aufhielten. Von 230 gemeldeten Personen wurden nur 144 angetroffen. Die übrigen waren verschwunden. Fast die Hälfte der Kontrollierten verfügte über falsche Identitäten. Die Polizei leitete 86 Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts, Drogendelikten, Leistungsmissbrauchs und Körperverletzung ein.

"Es hat sich gezeigt, dass das Registrierungsverfahren in NRW bisher extrem missbrauchsanfällig ist, weil bei der ersten Registrierung von Flüchtlingen keine Fingerabdrücke genommen werden. Wir wussten teilweise nicht, mit wem wir es wirklich zu tun haben", berichtete der Landrat des Kreises Warendorf, Olaf Gericke (CDU), der als Kreispolizeichef auch für den Bereich Ahlen zuständig ist. Die Unterkünfte im Kreis seien "keine polizeilichen Brennpunkte", es gebe allenfalls ein "leicht erhöhtes Einsatzgeschehen"; Ahlen sei eine Ausnahme. "Es war ein Fehler der Bezirksregierung Arnsberg, dass sie Ahlen besonders viele nordafrikanische Personen zugewiesen hat", erklärte Gericke. Das habe die Bezirksregierung inzwischen erkannt.

In kürzester Zeit sei in Ahlen die Zahl der Straftaten durch diese Personen angestiegen. "Sie haben sich mit ihren Aggressionen gegen alle gerichtet, gegen andere Flüchtlinge, gegen die Polizei, gegen Rettungskräfte und gegen den Sicherheitsdienst", erläuterte Landrat Gericke. Die Polizei habe "zum richtigen Zeitpunkt reagiert, weil sich ein Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung auszubreiten begann. Seit der Durchsuchung ist es in Ahlen wesentlich ruhiger", sagte Gericke. Die Bezirksregierung Arnsberg hat Personen verlegt. "Die Kommunen sollten mehr Kompetenzen bei Handhabung und Kontrolle ihrer Asylbewerber bekommen. Es darf nicht sein, dass Asylbewerber immer wieder untertauchen können", forderte der Landrat.

Bisher war es nach Gerickes Schilderungen so, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erst Fingerabdrücke nimmt, wenn sich die Flüchtlinge in einer Unterkunft aufhalten. Die Daten werden ans Bundeskriminalamt geschickt. Gericke: "Es dauert momentan circa acht Wochen, bis unsere Kreispolizeibehörde dann darauf zugreifen kann. Das sind viele Wochen, in denen die Identität unklar ist und staatliche Maßnahmen ins Leere laufen."

Für die Rechtsdezernentin der Stadt Dortmund, Diane Jägers (CDU), ist das nicht verwunderlich: "Flüchtlinge mit verschiedenen Identitäten sind kein neues Phänomen. Das kennen wir bereits seit Jahren. Wir haben auch oft darauf hingewiesen." Doch erst jetzt nehme es die Öffentlichkeit staunend zur Kenntnis, "weil man uns nicht zugehört hat". Es sei auch "seit Langem bekannt, dass es mit Personen aus dem nordafrikanischen Raum besondere Probleme gibt. Das kennen wir in der Nordstadt in Dortmund."

Sie schilderte, dass 2015 allein in der Dortmunder Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes NRW fast 160.000 Flüchtlinge angekommen und an Kommunen weitergeleitet wurden. "Davon wurden 75.576 registriert. Das ist eine gigantische Leistung, aber gemessen an der Gesamtzahl ist es nicht einmal die Hälfte", erklärte Jägers. Das bedeutet, dass man einige Zehntausend ohne Erfassung weiterschicken musste, um neuen Flüchtlingen Platz zu machen. Jägers kritisierte, dass das Land NRW "mit seinen Strukturen nicht gut aufgestellt war und es auch noch nicht ist". Die EAE Dortmund sei weiterhin überlastet.

Die Rechtsdezernentin beklagte zu langsame Registrierungen und Asylverfahren beim BAMF. Der Bund sei jetzt "wach geworden" und habe erste zentrale Registrierungsstellen eingerichtet. Sie verweist auf das verabschiedete Datenaustauschverbesserungsgesetz: "Wir dürfen künftig auf Daten anderer Behörden zugreifen. Eine flächendeckende technische Umsetzung wird aber wohl bis zum Sommer dauern."

Sicher ist die härtere Gangart der Polizei auch als politisches Zeichen zu verstehen. Selbst an der Basis der in NRW regierenden SPD rumort es heftig angesichts des Flüchtlingszustroms und der damit verbundenen Missstände. Ganz offensichtlich wurde diese an diesem Wochenende im sozial schwachen Norden Essens. Erst

Einsatz im Flüchtlingsheim Beamte haben mehrere Unterkünfte in Nordrhein-Westfalen durchsucht. In der SPD brodelt es. Eine Demo gegen Migranten in Essen wurde g....

nach heftiger Kritik - vor allem auch in sozialen Netzwerken - haben dort drei SPD-Ortsvereine einen für Dienstag geplanten Protestmarsch gegen mehr Flüchtlinge abgesagt. Das umstrittene Motto lautete: "Genug ist genug - Integration hat Grenzen - der Norden ist voll."

Feuerwehrmann spielte der nordrhein-westfälische SPD-Generalsekretär André Stinka. Er traf sich mit den drei Vorsitzenden der Ortsvereine Karnap, Altenessen und Vogelheim zu einem "klärenden Gespräch". Anschließend teilte er mit: "Sowohl die veröffentlichte Rhetorik im Rahmen der Bekanntgabe als auch der geplante Ablauf der Veranstaltung haben dazu geführt, dass eine vollkommen falsche Botschaft an die Bevölkerung gesendet wurde."

Im Mittelpunkt dieser Debatte steht der Vorwurf, Flüchtlinge würden in Essen überwiegend im ärmeren Norden und nicht im wohlhabenden Süden untergebracht. In der Stadt regiert eine große Koalition von CDU und SPD. Die NRW-SPD findet, es sei Aufgabe des Essener CDU-Oberbürgermeisters Thomas Kufen, die Interessen aller Stadtteile im Blick zu haben. Im Stadtrat müsse jetzt mit Nachdruck darüber diskutiert werden.

"Wir haben die Demo abgesagt, weil Gruppen wie Pegida und die NPD auch zur Teilnahme aufgerufen hatten, und mit denen wollen wir nichts zu tun haben", sagte Jürgen Garnitz, der Vorsitzenden der Altenessener Sozialdemokraten, der "Welt" am Rande der Jahreshauptversammlung seines Ortsvereins am Sonntag. Der Demonstrationsaufruf sei missverständlich formuliert gewesen, man sei naiv und unerfahren in solchen Dingen. Er und seine Genossen seien nicht gegen Flüchtlinge, sie würden ihre Verantwortung ernst nehmen. "Aber die Menschen müssen gleichmäßig auf die Stadt verteilt werden. Es darf nicht sein, dass wir im Norden stärker belastet werden."

Der Rüffel der SPD-Granden für die Genossen hat die Partei zwar vor einer Imagekatastrophe bewahrt, aber vor Ort kein Problem gelöst. Gegen Ende der Jahreshauptversammlung in Altenessen ergriff ein älterer Sozialdemokrat das Wort, sein Beitrag zeigt, wie aufgeladen die Stimmung ist: "Wenn sich nichts ändert, werden wir irgendwann vielleicht doch demonstrieren müssen. Und dazu gehört dann auch, dass wir uns nicht aussuchen können, wer mit uns auf die Straße geht."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Marcel Kusch

Polizeibeamte beim Einsatz in einer Flüchtlingsunterkunft in Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen)

Marcel Kusch

Load-Date: January 25, 2016

Arbeitsmarkt trotz der Sommerflaute; Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Juni, aber besser als Vorjahr. Mehr Flüchtlinge ohne Beschäftigung

Die Welt

Freitag 29. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 176

Length: 634 words

Body

Auch die Sommerpause hat den stabilen Arbeitsmarkt nicht ins Wanken gebracht: Saisonbedingt stieg die Arbeitslosenquote im Juli leicht um 0,1 Prozentpunkte auf sechs Prozent, wie die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit (BA) am Donnerstag mitteilte. Die Zahl der Arbeitslosen kletterte im Vergleich zum Juni um 47.000 auf 2,661 Millionen. "Der Arbeitsmarkt hat sich im Juli gut entwickelt", resümierte BA-Chef Frank-Jürgen Weise.

Im Vergleich zum Juli vergangenen Jahres sank die Zahl der arbeitslos Gemeldeten um 112.000. "Mit der einsetzenden Sommerpause ist die Zahl der arbeitslosen Menschen angestiegen, saisonbereinigt gab es aber einen Rückgang", erklärte Weise.

Auch bei der Beschäftigung zeigte sich ein anhaltend positiver Trend: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Juni saisonbereinigt im Vergleich zum Mai um 45.000 auf 43,67 Millionen - das waren 533.000 mehr als im Juni 2015. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kletterte laut BA-Hochrechnung von April auf Mai saisonbereinigt um 56.000 auf nun 31,42 Millionen. Auch die Nachfrage ist hoch: Im Juli waren 674.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 85.000 mehr als vor einem Jahr.

Die Unterbeschäftigung, bei deren Ermittlung auch die Menschen in arbeitsmarktpolitischen Programmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit mitgezählt werden, stieg im Juli saisonbereinigt um 14.000 auf 3,57 Millionen. Dieser Anstieg gehe "maßgeblich darauf zurück, dass Flüchtlinge nach Abschluss ihres Asylverfahrens in Eingliederungsmaßnahmen und Integrationskurse kommen und dort gefördert und an den Arbeitsmarkt herangeführt werden", erklärte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD).

Im Juli seien 141.000 geflüchtete Menschen bei den Jobcentern arbeitslos gemeldet gewesen, sagte Detlef Scheele, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit. Das seien 10.000 mehr als im Vormonat. "Die Zahl der arbeitslosen Flüchtlinge steigt derzeit monatlich in 10.000er-Schritten", sagte Scheele. Weitere 135.000 Asylbewerber absolvierten derzeit einen Sprach- und Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Und 32.000 würden in Förderkursen auf das Berufsleben in Deutschland vorbereitet. Beide Gruppen fließen nicht in die offizielle Arbeitslosenstatistik ein. In den nächsten Monaten rechnet die Bundesagentur mit einer etwas stärkeren Zunahme der Flüchtlings-Arbeitslosigkeit.

Arbeitsmarkt trotz der Sommerflaute Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Juni, aber besser als Vorjahr.
Mehr Flüchtlinge ohne Beschäftigung

Nahles wertete die aktuellen Zahlen der BA als Beleg für ein "stabiles Hoch am Arbeitsmarkt". "Die Arbeitslosigkeit sinkt saisonbereinigt stärker als sonst in einem Juli üblich", erklärte die Arbeitsministerin. "Die Zahl der Erwerbstätigen legt mit Stand Juni weiter zu - überwiegend deshalb, weil weiter mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kommen."

Oppositionspolitikerinnen verwiesen hingegen auf die anhaltend hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen. Nahles müsse "die strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt endlich anpacken", erklärte die Grünen-Abgeordnete Brigitte Pothmer. Auch die Linken-Politikerin Sabine Zimmermann betonte, die "Qualifizierung für Langzeitarbeitslose ebenso wie für Flüchtlinge bleibt eine zentrale Aufgabe". Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) forderte private und öffentliche Arbeitgeber auf, Flüchtlinge jetzt in den Arbeitsmarkt zu integrieren. "Wer über Fachkräftemangel klagt, muss auch ausbilden", mahnte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Dies gelte für Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen.

Über die Jobchancen entscheidet aber auch der Wohnort: Während in Südbayern Firmen händeringend neue Mitarbeiter suchen, sind Jobsucher in anderen Regionen, etwa in Ostdeutschland, aber auch in NRW, relativ chancenlos.

Wer über Fachkräftemangel klagt, muss auch ausbilden Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 29, 2016

"Viele Verdächtige sind Asylbewerber"; Kölner Polizisten kontrollierten etwa 100 Personen nach den Übergriffen und widersprechen ihrem Präsidenten.
Merkel: Widerwärtige Taten

Die Welt

Freitag 8. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 6

Length: 424 words

Byline: Wolfgang Büscher

Martin Lutz

Body

Wesentliche Aussagen der Kölner Polizeispitze zu den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht sind offenbar unwahr, wie am Einsatz beteiligte Kölner Polizisten der "Welt am Sonntag" berichteten. Der Polizeipräsident der Domstadt, Wolfgang Albers, hatte am Dienstag gesagt, man wisse nicht, um wen es sich bei den Tätern handele, die Passanten beraubt und Frauen sexuell belästigt hatten.

Die Kölner Polizisten sagten der Zeitung, sie hätten durchaus zahlreiche Personen kontrolliert und zum Teil festgenommen. Daher sei der Polizei auch bekannt, um welche Personengruppen es sich handele. Die Überprüfung von etwa 100 Personen ergab den eingesetzten Beamten zufolge: "Nur bei einer kleinen Minderheit handelte es sich um Nordafrikaner, beim Großteil der Kontrollierten um Syrer." Das habe sich aus vorgelegten Dokumenten ergeben. Bislang zielen Vermutungen darauf, dass es sich bei den Tätern um nordafrikanische junge Männer handelt, die schon länger als Kleinkriminelle bekannt sind. Viele der Kontrollierten hielten sich aber erst seit wenigen Monaten in Deutschland auf. Die Beamten berichten: "Die meisten waren frisch eingereiste Asylbewerber. Sie haben Dokumente vorgelegt, die beim Stellen eines Asylantrags ausgehändigt werden."

In einem weiteren Punkt widersprechen die eingesetzten Beamten der offiziellen Darstellung. Es heißt, den Tätern sei es primär darum gegangen, Passanten zu bestehlen. Die sexuellen Belästigungen seien nebenbei passiert. "In Wirklichkeit verhielt es sich genau umgekehrt", sagen Beamte. "Vorrangig ging es den meist arabischen Tätern um die Sexualstraftaten oder, um es aus ihrem Blickwinkel zu sagen, um ihr sexuelles Amüsement. Eine Gruppe von Männern umkreist ein weibliches Opfer, schließt es ein und vergreift sich an der Frau."

Nicht nur die Aussagen der Beamten widersprechen Polizeipräsident Albers - sondern auch die Darstellung in der "Einsatznachbereitung" der Führungsstelle. Aus dem Papier ergibt sich nämlich ebenfalls, dass es sich bei den

"Viele Verdächtige sind Asylbewerber" Kölner Polizisten kontrollierten etwa 100 Personen nach den Übergriffen und widersprechen ihrem Präsidenten. Merkel : Wide....

Tätern zu einem Großteil um Asylbewerber handelte: "Bei den durchgeführten Personalienfeststellungen konnte sich der überwiegende Teil der Personen lediglich mit dem Registrierungsbeleg als Asylsuchender des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ausweisen. Ausweispapiere lagen in der Regel nicht vor."

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat eine harte Reaktion angekündigt. Sie sagte, die "widerwärtigen kriminellen Taten" seien völlig inakzeptabel und würden vom deutschen Staat nicht hingenommen. Siehe Kommentar, Seiten 4, 5 und 21

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 8, 2016

Endstation Kanzleramt; Ein bayerischer Landrat kündigte im Oktober Angela Merkel an, ihr einen Bus mit Flüchtlingen zu schicken, falls sich die Asylpolitik nicht ändert. Jetzt sind sie da

Die Welt

Freitag 15. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 12

Length: 868 words

Byline: Christian Eckl

Body

Wir schaffen das nicht!" Diese Worte warf der Landshuter Landrat Peter Dreier in einem Telefonat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an den Kopf. Das war am 28. Oktober 2015 - lange vor den Übergriffen in Köln, die eine Wende in der Willkommenskultur und letztlich auch in der **Flüchtlingspolitik** brachten. Und Dreier schickte eine Drohung hinterher: "Wenn Deutschland eine Million **Flüchtlinge** aufnimmt, entfallen rechnerisch auf meinen Landkreis 1800. Die nehme ich auf, alle weiteren schicke ich per Bus weiter nach Berlin zum Kanzleramt."

Jetzt machte der Freie-Wähler-Politiker Ernst: Kurz nach zehn Uhr startete am Donnerstag in Niederbayern ein Bus - statt mit geplanten 51 mit 31 Flüchtlingen. Die Syrier sollen direkt zum Bundeskanzleramt gebracht werden und in Berlin bleiben. Dreier hat die Flüchtlinge darüber informiert, was mit ihnen geschieht - keiner sei gegen die Fahrt gewesen, alle seien freiwillig in dem Bus, hieß es. Auf der Fahrt dann wurde den Flüchtlingen klar, welchen Medienrummel ihre Tour nach Berlin ausgelöst hat. Unterwegs stieg ein ZDF-Team zu. Die "Landshuter Zeitung" berichtete online sogar mit einem Liveticker von den Etappen der Fahrt. So erfuhren die Leser, dass 13.53 Uhr nach einer Pause am Rasthof Hirschberg ein Flüchtling vermisst wurde. "Der Bus musste, um auf den Parkplatz zurückzukommen, einmal im Kreis fahren, da der Rastplatz von der Gegenfahrbahn nicht zu erreichen war." Als der "verlorene Flüchtling" wieder in den Bus einsteigen konnte, hätten alle geklatscht.

Auch Landrat Dreier fuhr mit, um Merkel seine Botschaft persönlich zu überbringen. Allerdings separat mit seinem Auto. Angela Merkel hatte ihn damals im Oktober darum gebeten, vor der Abfahrt ihrem Büroleiter Bernhard Kotsch Bescheid zu geben. "Das habe ich am Mittwoch getan", so Dreier. Kotsch sei "nicht erfreut gewesen. Er hat eine Stunde mit mir telefoniert".

Die Bayerische Staatskanzlei teilte der "Welt" mit, es habe in der Angelegenheit "keinen persönlichen Kontakt" zwischen Dreier und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gegeben. Dieser habe "allerdings Verständnis, wenn Kommunen durch Aktionen im Rahmen des Rechts zum Ausdruck bringen, dass die

Endstation Kanzleramt Ein bayerischer Landrat kündigte im Oktober Angela Merkel an, ihr einen Bus mit Flüchtlingen zu schicken, falls sich die Asylpolitik nicht....

Bundespolitik in der Flüchtlingspolitik so nicht weitergehen kann, da die Kommunen das einfach nicht mehr schaffen".

Im Hintergrund hat es offenbar eine Intervention der bayerischen Sozialministerin Emilia Müller (CSU) gegeben. Sie habe Landrat Dreier mit rechtlichen Schritten gedroht. Der habe sich aber abgesichert, sieht offenbar keinen Rechtsbruch. Auch weil die Fahrt privat finanziert sei.

Landrat Dreier ist der Typ Politiker, vor dem sich die CSU fürchten muss: Der 49-jährige gebürtige Landshuter ist ein echter Mann des Volkes. Er hat weit über alle Parteigrenzen hinweg höchstes Ansehen, weil er moderiert, statt zu polarisieren. Bei der Kommunalwahl im Frühjahr 2013 zahlte sich seine bürgernahe Art aus: Er fegte den Gegenkandidaten der CSU im ersten Wahlgang mit mehr als 52 Prozent Zustimmung von der Bühne. Seither macht Dreier Politik auch über die Grenze des Landkreises hinaus: Obwohl die freie Kreisstadt Landshut von einem CSU-Oberbürgermeister regiert wird, setzt er sich für gemeinsame Projekte ein, zieht an einem Strang mit dem Stadtoberhaupt. Und wie es sich in Bayern gehört, tritt er gern im Trachtenjanker auf, stets mit seiner Frau und den beiden Kindern. Sein Sohn ist Jugendtrainer der U17-Mannschaft des FC Bayern München - auch das spielt in der Kommunalpolitik keine unwesentliche Rolle.

Wer Dreier kennt, weiß, dass die Aktion keineswegs populistisch ist: Er wusste sich nach Monaten der Telefonate und Mails an das Kanzleramt und auch an Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) schlichtweg nicht mehr anders zu helfen. Der Landshuter Politiker ist offenbar sauer darüber, dass man in Berlin das System der Flüchtlings- und Asylbewerberunterbringung überhaupt nicht verstehe. "Die sagen, jetzt kommen ja nicht mehr so viele, jetzt ist das Problem gelöst", heißt es in seinem Umfeld. Und: "Aber die haben nicht verstanden, dass es einen Stau gibt, weil die Flüchtlinge, die zu uns in den letzten Monaten kamen, ja immer noch da sind."

Bei den Migranten im Bus handelt es sich um Flüchtlinge, deren Asylantrag bereits anerkannt wurde. Sie gelten als sogenannte Fehlbeleger, die in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind, sich aber eigentlich eine eigene Wohnung suchen könnten. Das Problem: Dreier hat keine, die er ihnen anbieten kann. Der Landrat habe daher jetzt die Nase voll - es passiere nichts, wenn Merkel die Krise nicht selbst zu spüren bekommen würde, sagt ein Vertrauter.

Merkel soll Dreier im Oktober zu Bedenken gegeben haben: "Wenn Sie Busse zu mir schicken, müsste ich die eigentlich nach Griechenland zurückschicken. Aber von dort laufen die Flüchtlinge dann wieder zu Ihnen." Dass die Bundeskanzlerin Peter Dreier und seine Asylbewerber aus Niederbayern in Berlin nicht treffen würde, war vor der Abfahrt klar. "Das wurde ausgeschlossen, sie ist gar nicht da", wurde Dreier mitgeteilt.

Und was passiert mit den 31 Flüchtlingen? Sollten sie nicht in der Bundeshauptstadt aufgenommen werden, wird der Landkreis sie wieder mit nach Niederbayern nehmen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpaKay Nietfeld

Auf zu Merkel: Flüchtlinge aus Landshut kommen in der Bundeshauptstadt an. Die Idee stammt von Landrat Peter Dreier

Kay Nietfeld

Load-Date: January 15, 2016

Endstation Kanzleramt Ein bayerischer Landrat kündigte im Oktober Angela Merkel an, ihr einen Bus mit Flüchtlingen zu schicken, falls sich die Asylpolitik nicht....

End of Document

Flüchtlinge können helfen, aber es wird teuer; IWF hat Auswirkungen der Asylbewerber auf die Wirtschaft untersucht. Kurzfristig sind positive Effekte für Deutschland "wahrscheinlich"

Die Welt

Donnerstag 21. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 17

Length: 1331 words

Byline: Olaf Gersemann

Martin Greive

Body

Davos

Bringen die mehr als eine Million nach Deutschland gekommenen **Flüchtlinge** der Wirtschaft einen Schub? Oder werden sie zu einer großen finanziellen Belastung für eine ohnehin schon alternde Gesellschaft? Über diese Frage ist unter Politikern und Ökonomen ein heftiger Streit ausgebrochen. Nun mischt sich in die Debatte der Internationale Währungsfonds (IWF) ein - und bringt gerade für Deutschland neue Fakten ans Licht.

"Es ist Zeit für eine große internationale Initiative", sagte Christine Lagarde, die geschäftsführende Direktorin des IWF, auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Jordanien und Libanon bräuchten finanzielle Hilfe der internationalen Gemeinschaft. In Europa selbst sei zudem "ein viel breiterer und kollektiver Ansatz" vonnöten, um die **Flüchtlingskrise** zu meistern. Erfahrungsgemäß dauere es 20 Jahre, ehe sich die Unterschiede bei der Beschäftigung von **Flüchtlingen** und Einheimischen ausgeglichen hätten, sagte Lagarde. "Die Integration in den Arbeitsmarkt verläuft meist langsam", erklärte die IWF-Chefin. In der Regel gelinge die Integration "dort besser, wo Arbeits- und Produktmärkte flexibler sind".

In einer 50 Seiten langen Studie, die Lagarde vorstellte, haben nicht weniger als zwölf Ökonomen die Folgen des Flüchtlingsstroms auf die europäische Wirtschaft untersucht. Ergebnis: Kurzfristig werde der Flüchtlingsstrom "wahrscheinlich" einen positiven Effekt haben und "zu einem moderaten Anstieg des Wirtschaftswachstums führen", schreiben die IWF-Forscher. Besonders Hauptankunftsländer wie Deutschland, Österreich und Schweden würden demnach profitieren. So könnte die Wirtschaftsleistung Deutschlands bis zum Jahr 2017 um 0,3 Prozent steigen. Bis zum Jahr 2020 ist sogar ein Plus von 0,53 Prozent drin - allerdings nur, wenn es gelingt, viele Flüchtlinge gut zu integrieren, teilte der IWF mit.

Flüchtlinge können helfen, aber es wird teuer IWF hat Auswirkungen der Asylbewerber auf die Wirtschaft untersucht. Kurzfristig sind positive Effekte für Deutsch....

Sonst drohen Deutschland vor allem hohe Kosten. "Mittel- und langfristig hängt der Effekt von Flüchtlingen auf das Wachstum davon ab, wie die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert sind", heißt es in der Studie. Die Politik hat es also selbst in der Hand, aus der Flüchtlingskrise ein zweites deutsches Wirtschaftswunder zu machen. In den vergangenen 40 Jahren verlief die Integration von Flüchtlingen in Deutschland eher schleppend, stellt IWF-Forscher Robert Beyer in der Studie fest. Beyer hat sich die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge in Deutschland in den vergangenen 40 Jahren angeschaut. Ein Ergebnis: Im Jahr 2013 war die Arbeitslosenrate unter Immigranten mehr als doppelt so hoch wie bei der heimischen Bevölkerung. Selbst bei gleicher Qualifikation haben Immigranten schlechtere Karten: Die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, ist für Migranten sieben Prozentpunkte höher als für heimische Arbeitnehmer mit gleichen Fähigkeiten. Zwar verschwindet dieses Gefälle bei der Chancengleichheit mit der Zeit. Aber langfristig bleibt die Arbeitslosenquote unter Migranten drei Prozentpunkte höher als unter heimischen Beschäftigten. Auch bei den Löhnen gibt es große Unterschiede: Wenn Immigranten ins Land kommen, verdienen sie zunächst 20 Prozent weniger als gleich qualifizierte Deutsche. Zwar machen sie dann pro Jahr einen Prozentpunkt auf ihre heimischen Kollegen gut.

Wenig überraschend haben vor allem Immigranten ohne Deutschkenntnisse große Probleme, einen gut bezahlten Job zu finden. Ohne Sprachkenntnisse liegt der Lohn für einen Immigranten im Schnitt 30 Prozent tiefer als der eines Deutschen. Lernt ein Immigrant die Sprache, schließt sich die Lücke um zwölf Prozentpunkte. Macht er in Deutschland einen Abschluss nochmals um sechs Prozentpunkte. Gerade die Qualifikation spielt in der deutschen Wirtschaft, in der sich viele kleine Weltmarktführer tummeln, eine große Rolle. 66 Prozent aller hochqualifizierten Deutschen haben einen Job, der einen höheren Berufsabschluss erfordert. Demgegenüber gilt dies nur für 42 Prozent der Immigranten, stellt Beyer fest. Auch hier ist also noch viel zu tun.

Vor allem bei jenen Flüchtlingen, die jetzt nach Europa und Deutschland strömen, gestaltet sich die Arbeitsmarktintegration schwierig. "Immigranten aus Afghanistan, Iran, Irak, Syrien, Somalia, Eritrea und dem früheren Jugoslawien sind im Schnitt weniger gut qualifiziert als die heimische Bevölkerung oder andere Immigranten", schreiben die Studienautoren.

Es gibt aber auch Mutmacher: 21 Prozent der zwischen 2013 und 2014 nach Deutschland gekommenen Syrer haben eine Hochschulausbildung und damit fast genauso viele wie Deutsche. Trotz aller Schwierigkeiten sind die Effekte von Flüchtlingen auf den aktiven Arbeitsmarkt zunächst einmal aber gering, heißt es in der Studie. Immigranten drücken die Löhne von heimischen Arbeitskräften wenn überhaupt nur in geringem Umfang, schreibt der IWF. Fast keinen Einfluss hat der Flüchtlingsstrom auf die Arbeitslosenquote. Sie könnte bis 2020 in Deutschland wegen der Flüchtlingskrise um gerade mal 0,16 Prozent steigen. Der Flüchtlingsstrom hat häufig sogar positive Effekte: Heimische Arbeitskräfte rutschten in der Vergangenheit bei hoher Zuwanderung häufig in besser bezahlte Jobs, weil die Neuankömmlinge aus dem Ausland zunächst einfachere Tätigkeiten verrichten. Allerdings warnt der IWF vor zu viel Euphorie. Wer glaubt, die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt laufe wegen des Fachkräftemangels in Deutschland fast wie von allein, sei "naiv", sagt IWF-Forscherin Enrica Detragiache. "Es wird einige Zeit dauern, um die Immigranten fit für den deutschen Arbeitsmarkt zu machen."

Ob der Staat finanziell von Flüchtlingen profitiert oder wie von vielen Ökonomen befürchtet zweistellige Milliardenkosten zu tragen hat, lässt sich laut IWF daher kaum sagen. So gibt es etwa in Australien einen großen Unterschied zwischen "Wirtschaftsflüchtlingen" und humanitären Flüchtlingen. Flüchtlinge, die wegen politischer Repression oder Verfolgung fliehen, "haben während der ersten zehn bis 15 Jahre netto einen negativen finanziellen Einfluss auf ein Land, während Wirtschaftsflüchtlinge einen positiven Beitrag leisten", heißt es in der Studie.

Für Deutschland waren die finanziellen Folgen in der Vergangenheit ernüchternd. So war für den Zeitraum zwischen 2007 und 2009 der Finanzeffekt von Flüchtlingen mit einem Minus von über einem Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt in keinem Land der Industrieländerorganisation OECD so groß wie in Deutschland. Für die nächsten Jahre erwartet der IWF eine ähnliche Entwicklung: So werde die Verschuldung Deutschlands im Jahr 2020 wegen der Flüchtlingskrise rund 0,77 Prozentpunkte höher ausfallen. Allerdings ist das eine Größenordnung, die sich das finanziell solide dastehende Deutschland locker leisten kann. 2015 machte Deutschland zwölf Milliarden Euro Überschuss. Dieses Geld steht für Flüchtlingsausgaben bereit.

Flüchtlinge können helfen, aber es wird teuer IWF hat Auswirkungen der Asylbewerber auf die Wirtschaft untersucht. Kurzfristig sind positive Effekte für Deutsch....

Viele Nachbarländer profitieren dagegen finanziell von Flüchtlingen, wie die Erfahrungen von 2007 bis 2009 zeigen: Luxemburg etwa um über zwei Prozent gemessen an der Jahreswirtschaftsleistung. Über alle OECD-Länder hinweg betrug der positive Effekt rund 0,4 Prozent. "Der Netto-Finanzeffekt von Immigranten für den Staat hängt im Wesentlichen von ihrem Erfolg im Arbeitsmarkt ab", schreiben die Forscher. Sie schlagen deshalb einige Maßnahmen vor, um Flüchtlingen schneller einen Job zu beschaffen.

So sollten die Hürden, eine Arbeit schon während des Asylverfahrens aufnehmen zu können, möglichst niedrig sein. Lohnsubventionen für Arbeitgeber könnten ebenfalls helfen. In Dänemark fanden Flüchtlinge in solch einem Programm zwischen 14 und 24 Wochen schneller einen Job.

Wichtig sei vor allem, dass Flüchtlinge mobil sind und dorthin gehen können, wo die Arbeitsplätze sind, heißt es in der Studie. Dies ist vor allem eine Absage an eine feste Verteilung von Flüchtlingen, wie in Deutschland diskutiert wird. Der IWF räumt ein, dass der Flüchtlingsstrom die Preise für "bezahlbaren Wohnraum erhöhen wird". Um dieses Problem zu lösen, schlägt der IWF staatliche Wohnungsbauprogramme vor.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

ag

ag

ag

Load-Date: January 21, 2016

Polen rückt von Zusage zur Flüchtlingsaufnahme ab; Terroranschläge bestärken Populisten in Europa

Die Welt

Donnerstag 24. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 71

Length: 587 words

Byline: Andre Tauber

Body

Brüssel

Dass sich viele Wähler der rechtsnationalen polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit vor einer Überfremdung ihres Landes sorgen, ist bekannt. Polens Regierungschefin Beata Szydlo befeuerte im Wahlkampf die Sorgen ihrer Landsleute sogar noch. Es ist daher wenig überraschend, dass Szydlo nun nach den Terroranschlägen von Brüssel von einer Zusage der Vorgängerregierung abrückt, den EU-Partnern **Flüchtlinge** abzunehmen. Sie sehe "derzeit keine Möglichkeit, dass **Flüchtlinge** nach Polen kommen", sagte die polnische Regierungschefin dem Rundfunksender Superstacja.

Die Terrorattacken dürften allerorten in Europa den Populisten von links und rechts Auftrieb geben. Bereits unmittelbar nach den Attacken taten sie sich mit Appellen hervor. Sie forderten stärkere Grenzkontrollen und Richtungswechsel in der Flüchtlingspolitik. In der Europäischen Union ist die Sorge groß. EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos warnte davor, die Themen Migration und Sicherheit zu vermengen. Die Europäische Union befinde sich auf dem "Höhepunkt zweier Krisen, Sicherheit und Migration, und auch wenn sie sich zeitlich überlagern, sollten sie nicht vermischt werden", sagte er.

Die Europäische Union wankt, wie sie es seit ihrer Gründung nicht getan hat. Die Flüchtlingsströme aus Syrien und anderen Ländern haben die Solidarität aufs Äußerste strapaziert. Die Sorge ist groß, dass Europa einen nachhaltigen Schaden nehmen könnte, wenn die wegen der Flüchtlingsströme errichteten Grenzkontrollen auf Dauer bestehen bleiben sollten. Vergangene Woche hatten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine gemeinsame Strategie in der Flüchtlingskrise verständigt. Das Ziel war es, dass die wegen der Flüchtlingsströme errichteten Grenzkontrollen in Europa enden sollten. Dazu soll auch ein Aktionsplan zwischen der EU und der Türkei beitragen.

Der Plan sieht vor, dass die Europäer alle Flüchtlinge, die in Griechenland ankommen, wieder in die Türkei zurückführen. Im Gegenzug werden die EU-Staaten syrische Flüchtlinge direkt aus der Türkei nach Europa holen.

Polen rückt von Zusage zur Flüchtlingsaufnahme ab Terroranschläge bestärken Populisten in Europa

Die EU-Staaten erklärten sich bereit, sich "freiwillig" zu beteiligen. Polen kündigt mit der Erklärung, keine Migranten aufzunehmen, diese Bereitschaft auf. Szydlos Amtsvorgängerin Ewa Kopacz hatte sich im vergangenen Jahr noch dazu verpflichtet, 7500 Flüchtlinge aufzunehmen. 400 davon sollten in diesem Jahr kommen.

Polen reiht sich in die Phalanx der osteuropäischen Staaten ein, die sich der europäischen Solidarität entziehen. Ungarn und die Slowakei haben bereits erklärt, dass sie nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Sie fürchten vor allem eine Überfremdung ihrer Gesellschaft durch den Zuzug von Muslimen. Im Kreis der polnischen Recht und Gerechtigkeit war der Widerstand gegen die Aufnahme von Flüchtlingen schon immer groß. Auch Pawel Soloch, der Nationale Sicherheitsberater von Staatspräsident Andrzej Duda, warnte, dass mit einer größeren Anzahl an Flüchtlingen die Terrorgefahr wachse. "Passen wir auf, dass aus 10.000 nicht 100.000 werden", sagte er im TV-Sender TVN24.

Je mehr Staaten Einwände gegen die Aufnahme von Flüchtlingen anbringen, desto höhere Lasten werden die verbliebenen Staaten tragen müssen - allen voran Deutschland. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte das Abkommen mit der Türkei persönlich vorangetrieben. Nach dem Flüchtlingsgipfel äußerte sie noch die Erwartung, dass sich abgesehen von der Slowakei und Ungarn alle EU-Staaten beteiligen würden. Es war eine falsche Annahme, wie sich nun herausstellt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 24, 2016

Leserbriefe

Die Welt

Freitag 25. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 3; Ausg. 224

Length: 627 words

Body

Vor Ort helfen

Zu: "Halbe Million Flüchtlinge auf dem Sprung" vom 21. September

Wir müssen dringend die Flüchtlingslager im Libanon und der Türkei unterstützen. Die Zustände dort sind zum Teil unerträglich. Die UN mussten ihre Hilfe kürzen, weil Staaten zugesagte Gelder nicht gezahlt haben. Auch den Flüchtlingen geht das Geld aus, und der Winter kommt. Wenn wir jetzt nicht sofort helfen, werden sich die Leute aus den Lagern auch noch auf den Weg nach Deutschland machen. Die "Werbefilme", die das Bundesamt für Migration ins Netz stellt, das Taschengeld und die Willkommensschilder auf deutschen Bahnhöfen sind dort gut bekannt. Auch Saudi-Arabien und die Golfstaaten müssen unter Druck gesetzt werden, mehr zu helfen. Ich bin dafür, dass Deutschland dort hauptverantwortlich Lager verwaltet. Mit dem gleichen Geld, mit dem wir hier nur eine Familie unterstützen, können wir dort vielen Familien helfen. Wir sollten uns von der Idee verabschieden, dass den Flüchtlingen nichts Besseres passieren kann, als nach Deutschland zu kommen. Hier ist mindestens die erste Generation enturzelt. Wenn laut Gesetz die Flüchtlinge nach Ende des Bürgerkrieges zurück müssen, waren die Integrationsbemühungen umsonst, und die hier eingeschulten Kinder sitzen zwischen allen Stühlen. Minderheiten wie Christen und Jesiden werden wohl nicht zurück können. Aber wer soll denn nach Ende des Krieges das Land wieder aufbauen? In den Lagern in der Türkei, im Libanon oder in Sicherheitszonen entlang der Grenze könnten die Bewohner mit den geflüchteten Lehrern und unserer Hilfe Schulen unterhalten. Die Menschen könnten weiterhin nach ihren Sitten und ihrer Kultur leben.

E. Mohr, Hamburg

Die Bundeskanzlerin hat darauf hingewiesen, dass der rechtliche Schutz für Asylsuchende in unbegrenzter Zahl gilt. Sie hat leider nicht gesagt, dass ihre Verantwortung für Deutschland es ihr gebietet, eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen, wonach unter bestimmten Bedingungen die Aufnahme von Flüchtlingen begrenzt oder ganz ausgesetzt werden kann. Wann wird sie den Mut dazu aufbringen? Das Grundgesetz braucht für eine solche Gesetzesänderung im Fall von Bürgerkriegsflüchtlingen nicht geändert zu werden, da diese kein Asyl, sondern nur subsidiären Schutz genießen. In diesem Jahr wird nach Schätzung des Innenministers die Flüchtlingszahl 800.000 betragen und sich damit gegenüber dem Vorjahr vervierfachen. Im nächsten Jahr wird aber nach privaten

Leserbriefe

Schätzungen mit einer weiteren Vervielfachung bzw. mit drei bis fünf Millionen gerechnet. Ob dabei die nachgeholten Familienangehörigen schon eingerechnet worden sind, ist unklar. Auch in den folgenden Jahren wird der Flüchtlingsstrom nicht abbrechen. In Afrika stehen Millionen in den Startlöchern. All diese Flüchtlinge werden wahllos aufgenommen, egal wie sie in die Gesellschaft und die Kultur passen, wie bereit und fähig zur Integration sie sind und wie sie für den Arbeitsmarkt geeignet sind. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie neue prekäre Parallelgesellschaften und Arbeitslosenheere bilden. Die auf Deutschland zukommenden Kosten werden für Jahrzehnte gewaltig sein. Vor allem aber sind erhebliche innere Spannungen und Unsicherheit zu befürchten.

Dierk Lübbers, Münster

Brennstoffzelle

Zum VW-Skandal

Volkswagen sollte in die Offensive gehen und verstärkt auf die Brennstoffzelle setzen. Denn statt Abgasen und Rußpartikeln entsteht als Abfall nur Wasserdampf. Die kanadische Ballard Power, Pionier in Sachen Brennstoffzelle, hat bereits Prototypen für VW umgerüstet. Und Toyota setzt voll auf die Brennstoffzelle, was VW ebenfalls tun sollte. Dann lässt sich aus dem Dieselmotorskandal noch eine positive und nachhaltige Wende mit neuen Wachstumsperspektiven gestalten.

Sven Jösting, Hamburg

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 25, 2015

**Wer sich nicht wehrt, ist am Ende der Dumme; Bund-Länder-Arbeitsgruppe
"Rückführung" kritisiert die gängige Abschiebep Praxis für abgelehnte
Asylbewerber**

Die Welt

Dienstag 19. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 114

Length: 873 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Vertreter von Bundesländern und Bundespolizei haben die Abschiebep Praxis in Deutschland kritisiert. In einem internen Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Rückführung" (AG Rück), welcher der "Welt" vorliegt, beklagen sie, dass weder Politik noch Behörden konsequent bestehende Regeln umsetzen.

"Rückführungen werden nicht mehr als politisch gewolltes und gesetzlich vorgegebenes Mittel zur Bekämpfung der ungesteuerten illegalen Zuwanderung anerkannt", heißt es in dem Bericht, der im April von einer Unterarbeitsgruppe fertiggestellt wurde. Das Papier, das 20 Seiten umfasst, ist eine Evaluation einer Analyse aus dem Jahr 2011. Die Experten halten an ihrer Einschätzung fest, dass Abschiebungen "seit vielen Jahren in einem gesellschaftlichen Klima der Ächtung und Ablehnung" stattfänden. Wenn in Medien und öffentlichen Diskussionen die Rückführung von Ausreisepflichtigen thematisiert werde, geschehe dies "stets mit dem Tenor des Skandalisierens des behördlichen Handelns".

Weiter heißt es in dem Bericht, dass "einflussreiche gesellschaftliche Gruppen (Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, politische Parteien)" Abschiebungen als "einen Akt inhumanen staatlichen Handelns" darstellten, was eines Rechtsstaats "nicht würdig ist". Politiker wiederum "tabuisieren das Thema ‚Abschiebung‘ bestenfalls, häufiger aber schließen sie sich dem Mainstream an". Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt, etwa Aktionen zur Verhinderung von Abschiebungen, würden nicht mehr strafrechtlich sanktioniert. "Im Gegenteil: Sie gilt als anerkannte Form der Zivilcourage."

Die Bundesregierung hat die für die Abschiebungen zuständigen Bundesländer zuletzt mehrfach aufgefordert, ihren Verpflichtungen konsequenter nachzukommen. Hintergrund sind die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht mittlerweile von insgesamt rund 450.000 Asylanträgen in diesem Jahr aus. In vielen Kommunen ist die Situation angespannt. Die Regierung pocht darauf, Ausreisepflichten zeitnah umzusetzen, auch um die Akzeptanz der Bevölkerung für die legale Zuwanderung die Aufnahme von Schutzbedürftigen zu erhalten. 2014 standen rund 200.000 Asylanträgen etwa 21.000 freiwillige Ausreisen und

Wer sich nicht wehrt, ist am Ende der Dumme Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Rückführung" kritisiert die gängige Abschiebepaxis für abgelehnte Asylbewerber

Abschiebungen abgelehnter Bewerber entgegen. Regelmäßig wird in der Bundesrepublik nur etwa jeder Dritte als schutzbedürftig anerkannt. 2014 lag der Anteil bei 25,8 Prozent.

Das Innenministerium hat angekündigt, die Zahl der Mitarbeiter im BAMF um bis zu 2000 zu erhöhen. Flüchtlinge vom Westbalkan, die kaum eine Chance auf Asyl in Deutschland haben, sollen künftig nur noch auf bestimmte Länder verteilt werden. Dieses "gebündelte" Verfahren soll zu einer Beschleunigung der Bearbeitung führen. Zudem soll die Bundespolizei bei Westbalkan-Flüchtlingen "an führender Stelle die Abschiebung übernehmen", erklärte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) in der vergangenen Woche.

Die Arbeitsgruppe beklagt in ihrer Zusammenstellung vor allem die Probleme bei der Beschaffung von Ersatzpapieren. "Fehlende Identitätsnachweise bei Asylbewerbern und Ausreisepflichtigen sind nach wie vor das quantitativ bedeutendste Problem beim Vollzug aufenthaltsbeendender Maßnahmen." Eine Prüfung Anfang 2015 habe ergeben, dass 73 Prozent der Personen in laufenden Asylverfahren angegeben hätten, keine Identitätsdokumente zu besitzen. "Vielfach handelt es sich dabei um eine zielgerichtete Verschleierung von Identitäten und damit letztlich auch der Herkunft zur Verhinderung der behördlichen Durchsetzung einer späteren oder bereits bestehenden Ausreisepflicht", heißt es in dem Papier kritisch. "In der täglichen Praxis ist es so, dass diejenigen, die nur hartnäckig genug ihre Identität verschleiern und sich nur beharrlich genug ihrer Ausreiseverpflichtung widersetzen, am Ende gegenüber den anderen die Bessergestellten sind."

Es bestehe eine "Gefahr", dass die "Gewährung eines Aufenthaltsrechts nicht mehr von der Einhaltung bestimmter Regeln abhängt, sondern sich diese Regeln umgekehrt an der Verweigerungshaltung des zur Ausreise verpflichteten Ausländers orientieren." Das führe dazu, dass "der gesetzestreue Ausländer, der seiner Ausreiseverpflichtung nach Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens nachkommt, der 'Dumme' ist".

Nach Ansicht der AG Rück birgt die Zusammenarbeit mit mehreren Herkunftsländern große Probleme aufgrund einer "mangelnden oder fehlenden Kooperation". Insgesamt 28 Staaten stehen laut Bericht derzeit auf einer Liste, die dem Bundesinnenministerium und dem Auswärtigen Amt vorliegt. Bemängelt wird unter anderem, dass diese Staaten kein "politisches Interesse an Rückführungen" hätten. Bei einzelnen Ländern führe die schlechte Zusammenarbeit dazu, dass die Beschaffung von Ersatzpapieren "gänzlich unmöglich" sei.

Die Arbeitsgruppe mahnt zudem eine "Überforderung der Ausländerbehörden" an. Eine stichprobenartige Erhebung in vier Bundesländern zwischen 2009 und 2014 habe ergeben, dass "einer Steigerungsrate von 600 Prozent Asylbewerbern auf eine Personalsituation trifft, die in 85 Prozent der Fälle nicht erhöht beziehungsweise verringert worden ist". Das zeige, "dass der Vollzug aufenthaltsbeendender Maßnahmen nicht mehr ansatzweise in angemessenem Umfang erfolgen kann".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 19, 2015

Unglaubliche Madame Merkel

Die Welt

Dienstag 15. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; Kommentar; S. 21; Ausg. 215

Length: 492 words

Byline: Wolf Lepenies

Body

Die Bewunderung für ein generöses Deutschland, das Hunderttausende von **Flüchtlingen** mit offenen Armen empfängt, lässt nach. In Frankreich hat "Le Figaro" das wahre Motiv der deutschen Warmherzigkeit erkannt: Junge, gut ausgebildete, hoch motivierte Menschen drängen in ein alterndes Land. Welches Manna für das vom Aussterben bedrohte Deutschland! Mit drohendem Unterton fordert die Kanzlerin Integration. Schleunigst sollen die **Migranten** sich zur deutschen Leitkultur bekennen, denn nach wie vor gilt Merkels Verdikt, dass Multikulti gescheitert ist.

Hinter den bissigen Kommentaren unserer französischen Nachbarn verbirgt sich der Missmut der Nation, welche die Menschenrechte erfunden hat und jetzt deutsche Humanität bewundern soll. Zugleich wird deutlich, dass der demografische Wettlauf, in dem über Jahrhunderte beide Länder miteinander konkurrierten, noch nicht beendet ist: Die Aussicht, dass es bald mehr Franzosen als Deutsche geben wird, verdunkelt sich.

Auch bei uns kühlt sich die Begeisterung für das neue Sommermärchen ab. Immer mehr Politiker ahnen, welche Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen uns bevorstehen. Die Hochachtung vor dem mutigen Handeln der Regierung wird nicht geringer, die Bewunderung für das Engagement der Zivilgesellschaft nicht schwächer, das Mitleid mit den Flüchtlingen bleibt, wenn man der Auffassung ist, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise nach Verantwortungsethik verlangt.

Auch die Folgen einer "aus reiner Gesinnung fließenden Handlung" (Max Weber) gilt es, rechtzeitig zu beachten. Der gesinnungsethischen Äußerung der Kanzlerin, für das Recht auf Asyl gebe es keine Obergrenze, hätte die verantwortungsethische Einschränkung folgen müssen, dass Deutschland an die Grenze seiner Aufnahmefähigkeit gekommen ist.

"L'incroyable, Madame Merkel!" titelte "Le Point". Unglaublich - das klingt, als ob Angela Merkel in der Flüchtlingskrise überraschend gehandelt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Sie ist sich treu geblieben. Der zögernde, fast einschläfernde Politikstil der Kanzlerin hatte immer etwas Lauerndes an sich, und wenn die Umstände es verlangten, kam es zur Kehre aus dem Stand: Fukushima führte zur abrupten Wende in der Energiepolitik, aus der

Unglaubliche Madame Merkel

Förderung der Atomkraft wurde ihre Ächtung. Ähnlich verhält es sich jetzt: Die Kanzlerin einer Partei, die bis vor kurzem behauptete, Deutschland sei kein Einwanderungsland, erklärt auf einmal die Aufnahme einer prinzipiell unbegrenzten Zahl von Flüchtlingen zur Priorität nationaler Politik.

Die Ouvertüre zu Richard Wagners Oper "Die Meistersinger von Nürnberg" reizte Friedrich Nietzsche in "Jenseits von Gut und Böse" zu Betrachtungen über Deutschland und die Deutschen: "Diese Art Musik drückt am besten aus, was ich von den Deutschen halte: sie sind von vorgestern und von übermorgen, sie haben noch kein heute." So lässt sich auch die Flüchtlingspolitik der Wagner-Liebhaberin Angela Merkel charakterisieren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 15, 2015

End of Document

Islamische Länder hätten genug Raum

Die Welt

Donnerstag 17. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Gastkommentar; S. 2; Ausg. 294

Length: 399 words

Byline: Gunnar Heinsohn

Body

In Europa scheitert gerade Angela Merkels Koalition der Willigen für die Aufnahme von Flüchtlingskontingenten. Gleichwohl könnten die bereits zugesagten Milliarden für Umverteilungen in der EU und das Bezahlen Ankaras dem Schmieden einer ganz anderen, aber viel näherliegenden Allianz der Willigen zugutekommen. Dafür müssten Verhandlungen mit der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC; Organisation of Islamic Cooperation) aufgenommen werden. Ihre 57 Staaten verfügen mit knapp 26 Millionen Quadratkilometern über 75-mal mehr Fläche als Deutschland und haben immer noch 6,5-mal so viel Land wie die komplette Europäische Union. Für ihre 1,53 Milliarden Einwohner wären selbst zehn Millionen Flüchtlinge nur 0,65 Prozent der Gesamtbevölkerung. Verglichen mit rund 20 Prozent Migranten in Deutschland wäre das eine nahezu verschwindende Größe. Überdies vermiede man durch die religiöse Homogenität Reibungen, die in Europa von links bis rechts und sogar in der Mitte Empörungen provozieren. Selbst 100 Millionen flüchtende Muslime führten innerhalb der islamischen Welt lediglich zu einem Migrantenanteil von 6,5 Prozent.

Ausgestattet mit einem solchen Verhandlungsmandat brauchte die Kanzlerin die islamische Welt nicht immer wieder nur an ihre Selbstverpflichtung erinnern, etwas für Mitgläubige zu tun. Sie stünde endlich nicht mehr belehrend mit leeren Händen da, weil sie finanzielle Anreize bieten könnte. Zugleich könnte die Kanzlerin solchen islamischen Ländern helfen, die aktuell durch zu hohe Migrantenzahlen in Schwierigkeiten stecken. Sie könnte mit der OIC dafür genau umrissene Kontingente für die 57 Mitgliedsländer errechnen, wobei selbstverständlich konfessionelle Empfindlichkeiten berücksichtigt würden. Überdies könnte sie zögerlichen Kontingentnehmern deutsche Erhebungen über die vielfältigen Qualifikationen der Betroffenen übermitteln, damit auch die Perspektiven mit solchen Neubürgern einschätzbar werden.

Ob dieser Weg Erfolg verspricht, muss sich zeigen. Man sollte das globale Ansehen für die Kanzlerin aber gerade jetzt nicht unterschätzen. Es für eine so noble Sache nicht zu nutzen, wäre ein unentschuldbares Versäumnis. Es aber wenigstens versucht zu haben, würde manchem Unzufriedenen hierzulande den Wind aus den Segeln nehmen.

Der Autor ist Publizist und emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Joanna-Maria Sidorczak

Load-Date: December 17, 2015

End of Document

EU will der Türkei Flüchtlinge abnehmen; Merkel: Ankara hat Recht auf Entlastung. Das Land soll im Gegenzug seine Außengrenzen schützen und illegale Migranten aus Europa zurücknehmen

Die Welt

Montag 30. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 279

Length: 402 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

aus Brüssel

Innerhalb der 28 EU-Länder formiert sich eine Gruppe von acht Staaten, die der Türkei ein Kontingent von **Flüchtlingen** abnehmen und sie nach Europa umsiedeln will. "Die Türkei erwartet zu Recht, dass die EU sie entlastet", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte, es gehe durch Umsiedlungen darum, "Illegalität durch ein Maximum an Legalität" zu ersetzen. Zu der Gruppe gehören neben Deutschland auch die Beneluxstaaten, Österreich, Schweden, Finnland und Griechenland. Im Gespräch ist, dass diese Staaten rund 400.000 **Flüchtlinge** aus der Türkei aufnehmen und auf legalem Weg in die EU bringen. Juncker bestätigte diese Zahl nicht.

Die Europäer fordern im Gegenzug von der Türkei im Rahmen eines sogenannten Aktionsplans, die Grenze nach Griechenland deutlich besser zu schützen und ein Rücknahmeabkommen für Migranten aus Ländern wie Bangladesch, dem Iran oder Pakistan, die über die Türkei auf die griechischen Inseln gelangten, auf das Jahr 2016 vorzuziehen. Im Gegenzug ist Brüssel bereit, die Türkei zunächst mit drei Milliarden Euro für die Integration vor allem syrischer Flüchtlinge zu unterstützen, die festgefahrenen Beitrittsverhandlungen wiederzubeleben und insbesondere die Verhandlungen über eine Einführung der Visumliberalisierung zu beschleunigen. Spätestens 2017 sollen türkische Staatsbürger problemlos in die EU reisen können. Noch im Dezember wird außerdem ein Kapitel über Wirtschafts- und Währungsfragen in den Beitrittsgesprächen eröffnet, im kommenden Jahr sollen mindestens vier weitere Kapitel folgen. "Unser Hauptziel ist, den Zustrom von Migranten nach Europa einzudämmen", sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk auf einem Sondergipfel der 28 EU-Staats- und -Regierungschefs mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu in Brüssel. Davutoglu sprach von einem "historischen Tag in unserem EU-Beitrittsprozess". Beim Treffen in Brüssel gehe es um das "künftige Schicksal unseres Kontinents". Manfred Weber (CSU), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, warnt indes vor einem "Freibrief" für die Türkei. "Die Türkei hat eine Schlüsselrolle für eine kurzfristige Reduzierung der

EU will der Türkei Flüchtlinge abnehmen Merkel : Ankara hat Recht auf Entlastung. Das Land soll im Gegenzug seine Außengrenzen schützen und illegale Migranten a....

Flüchtlingszahlen", sagte er der "Welt". "Klar ist aber, dass es für Präsident Erdogan keinen Freibrief gibt. Ankara darf bei seinen Forderungen nicht überziehen", betonte er.

Kommentar Seite 3 und Seite 7

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 30, 2015

End of Document

SPD kritisiert Pläne von de Maizière zu Integration; Merkel nennt ZDF-Satire über Erdogan "verletzend"

Die Welt

Dienstag 5. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 79

Length: 827 words

Body

Die SPD streitet sich mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière über Details des Integrationsgesetzes, das der CDU-Politiker gemeinsam mit Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ausarbeitet. Generalsekretärin Katarina Barley kritisierte, dass de Maizière ein Daueraufenthaltsrecht für **Flüchtlinge** etwa von der Teilnahme an Sprachkursen und eigenen Bemühungen um eine Arbeit abhängig machen will. "Er lenkt vom eigenen Versagen ab", sagte Barley. "Wir warten immer noch darauf, dass ausreichend Integrationskurse, Sprachkurse und Ähnliches endlich angeboten werden. Wir haben lange Wartelisten für diese Kurse."

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und SPD-Vizechefin Aydan Özoguz verteidigte, dass anerkannte **Flüchtlinge** in der Regel nach drei Jahren ein Daueraufenthaltsrecht erhalten. Ihre Besserstellung beim Aufenthaltsrecht etwa gegenüber Arbeitsmigranten sei 2005 beim Allparteienkompromiss zum Zuwanderungsrecht ausgiebig erörtert worden, sagte Özoguz dem "Tagesspiegel". De Maizière tue so, als gäbe es "relevante Probleme in der Praxis, die nun zu lösen wären". Das sei absurd. De Maizière hatte erklärt, wer kein Deutsch lerne oder Arbeitsangebote ausschlage, könne "nicht nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis" erhalten.

CDU-Generalsekretär Peter Tauber bekräftigte das Ziel, mit der SPD bis zur Sommerpause ein Integrationsgesetz "zu einem Ergebnis" zu bringen. "Wir sind bereit, zu helfen, Menschen auch die Möglichkeit zu geben, in Deutschland heimisch zu werden." Das werde aber auch mit "entsprechenden Erwartungen" verknüpft. Konkret nannte er eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge und Sanktionen bei der Ablehnung von Integrationsangeboten.

Die Bundesregierung sieht trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen derzeit keinen Anlass für einen Abbau von Plätzen in Asylunterkünften. "Ein echter Rückbau von Kapazitäten ist derzeit nicht vorgesehen", sagte ein Sprecher des Innenministeriums. Zunächst sei zu beobachten, wie sich die Umsetzung des Flüchtlingspakts zwischen der EU und der Türkei entwickle und ob möglicherweise neue Fluchtrouten nach Europa entstünden. Es sei deutlich zu früh für eine Schließung von Einrichtungen. Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, ist in den vergangenen Wochen erheblich gesunken, nachdem mehrere Balkanländer ihre Grenzen geschlossen hatten. Die Balkanroute war bis dahin die Hauptstrecke für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Bundesweit wurden im März

SPD kritisiert Pläne von de Maizière zu Integration Merkel nennt ZDF-Satire über Erdogan "verletzend"

nur noch rund 20.000 neue Flüchtlinge registriert. Das geht aus dem sogenannten Easy-System von Bund und Ländern hervor. Im Februar waren es noch etwa 61.000, im Januar fast 92.000.

Umgekehrt sind bislang erst wenige deutsche Asylexperten und Polizisten zur Mithilfe bei der Umsetzung des EU-Türkei-Pakts in Griechenland. Die Fachleute sollen dort bei der Bearbeitung von Asylanträgen helfen. Der Sprecher des Innenministeriums sagte, es seien noch nicht sehr viele angereist, weil noch nicht ausreichend operativ einsatzfähige Arbeitsplätze zur Verfügung stünden. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seien derzeit ein Dutzend Mitarbeiter vor Ort. "Das wird sicher weiter aufwachsen - insbesondere je mehr die Arbeitsplätze zur Verfügung stehen." Außerdem seien am Montag 30 Polizisten aus Deutschland in Griechenland im Einsatz gewesen. "Das wird auf 100 etwa aufwachsen gegen Ende der Woche", sagte der Sprecher. Deutschland will insgesamt 100 BAMF-Mitarbeiter und 200 Bundespolizisten nach Griechenland schicken.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hat vor "faulen Kompromissen" mit der Türkei in der Flüchtlingskrise gewarnt. Es müsse zwar anerkannt werden, dass es ohne die Türkei keine Lösung geben werde, sagte Schulz in Berlin. "Das heißt aber nicht, dass wir im Gegenzug zum Ausverkauf unserer Werte bereit wären. Ganz sicher wird die Türkei keinen Rabatt bei Schlüsselfragen bekommen, weder bei der Medienfreiheit noch beim Minderheitenschutz", sagte Schulz. Als möglicher EU-Beitrittskandidat müsse sich die Türkei kritische Fragen gefallen lassen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat indes die umstrittene Satire des ZDF-Moderators Jan Böhmermann über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan als "bewusst verletzend" bezeichnet. Diese Auffassung habe sie in einem Telefonat mit ihrem Kollegen Ahmet Davutoglu vom Sonntag dargelegt, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin. Merkel habe auch auf die Konsequenzen hingewiesen, die der Sender gezogen habe. Das ZDF hatte die aktuelle Ausgabe von "Neo Magazin Royale" aus seiner Mediathek gelöscht. Böhmermann hatte in dem beanstandeten Beitrag, den er selbst als Schmähkritik angekündigt hatte, über Erdogan unter anderem gesagt, dieser habe einen kleinen Penis und sei pädophil. Die Löschung des Beitrags aus der ZDF-Mediathek löste jedoch ihrerseits Kritik aus. Zuvor hatte bereits ein Satirebeitrag des NDR-Magazins "extra 3" über Erdogan heftige Reaktionen der türkischen Regierung ausgelöst.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Kay Nietfeld

Innenminister Thomas de Maizière (M.) besucht eine Übung der Bundespolizei in Berlin

Kay Nietfeld

Load-Date: April 5, 2016

Zwei Drittel der Deutschen wollen Grenzkontrollen; BA-Chef Weise neuer Flüchtlingsmanager

Die Welt

Freitag 18. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 218

Length: 695 words

Body

Die Rollen in der Flüchtlingspolitik scheinen in diesen Tagen klar verteilt: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verteidigt die humane Flüchtlingspolitik, CSU-Chef Horst Seehofer setzt Grenzkontrollen durch - und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) droht den europäischen Asylverweigerern Sanktionen an. Aber wer macht denn nun in den Augen der Bürger die beste Politik in Zeiten der Flüchtlingskrise?

In einer N24-Emnid-Umfrage bewerten 67 Prozent der Befragten die Arbeit von Kanzlerin Merkel mit "eher gut". Mit Gabriels Politik sind 55 Prozent der Deutschen zufrieden, Seehofers Kurs schätzen nur 48 Prozent der Befragten. Trotz der eher schlechten Noten für den bayerischen Ministerpräsidenten: Grundsätzlich finden die meisten Deutschen Grenzkontrollen richtig. 67 Prozent der Befragten befürworten ihre Fortsetzung, 57 Prozent finden sogar, dass an allen innereuropäischen Grenzen wieder kontrolliert werden sollte. 63 Prozent fordern eine stärkere Sicherung der Außengrenzen Europas. Nur 14 Prozent der Deutschen halten Grenzkontrollen generell für nicht sinnvoll.

Für Seehofer haben die Grenzkontrollen dazu geführt, dass viele Schleuser festgenommen wurden. Inzwischen saßen allein in Bayern 800 in Untersuchungshaft, sagt der CSU-Vorsitzende der "Passauer Neuen Presse". Die Bahnstrecke Salzburg - München bleibt in beiden Richtungen bis auf Weiteres gesperrt. Deutschland verstärkt nach Angaben der Bundespolizei auch die Kontrollen an der Grenze zu Tschechien. Bislang seien in dem Bereich vier mutmaßliche Schleuser festgenommen worden, sagt ein Polizeisprecher. Allerdings hatte sich die Zahl der illegal nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge allein am Mittwoch gegenüber dem Vortag verdoppelt. Nach Angaben der Bundespolizei in Potsdam wurden 7266 "unerlaubte Grenzübertritte" registriert.

Als wichtigste Maßnahme in der Flüchtlingspolitik nennen die Deutschen eine stärkere Hilfe in den Krisenländern selbst: 93 Prozent der Befragten von N24 und Emnid meinen, man müsse stärker "vor Ort helfen". 67 Prozent der Befragten befürworten auch ein härteres militärisches Vorgehen gegen dem Islamischen Staat (IS). 54 Prozent fordern die europäische Angleichung von Sozialstandards, um Anreize zur Flucht nach Deutschland zu nehmen.

Zwei Drittel der Deutschen wollen Grenzkontrollen BA-Chef Weise neuer Flüchtlingsmanager

Uneins sind die Deutschen bei der Frage, ob die Zuwanderung von Flüchtlingen mittelfristig eher ein Vor- oder Nachteil ist: 43 Prozent der Befragten halten die Zuwanderung von Flüchtlingen für einen Vorteil, 47 Prozent der Befragten sehen darin mittelfristig eindeutig einen Nachteil.

Diese Diskussion ging auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene weiter. Nach Ansicht des Präsidenten der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, sind die Flüchtlinge für Europa eine "gigantische, langfristige Chance". Hoyer kritisierte, dass im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom von einer Gefahr gesprochen werde.

Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, sprach sich gegen Zwangsmaßnahmen gegen EU-Staaten aus, die keine zusätzlichen Flüchtlinge aufnehmen wollen. Man könne Staaten nicht zwingen, an einer freiwilligen Maßnahme mitzuwirken, sagte Schulz im ZDF. Die EU-Kommission wies indes Medienberichte zurück, wonach sie den Vorschlag einer verbindlichen Quote zur Verteilung von Flüchtlingen fallen lassen könnte. Diese Pläne würden weiter verteidigt, sagt eine Sprecherin.

Die Bundesregierung will in der Flüchtlingsfrage die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden besser koordinieren: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe deshalb den Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, mit der Leitung eines neuen Arbeitsstabs betraut, berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Weises neuem Gremium gehören demnach auch Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) an, dessen Präsident Manfred Schmidt "aus persönlichen Gründen" zurückgetreten war.

Über erste Vorschläge zur Beschleunigung des Asylverfahrens solle schon beim Flüchtlingsgipfel am 24. September im Kanzleramt beraten werden. Im Gespräch sei, dass bis zu 3000 Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit zur Unterstützung ins Bamf wechseln. Beide Behörden haben ihre Zentrale in Nürnberg.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 18, 2015

Das ideale liberale Projekt; Deutschland sollte weniger darüber diskutieren, ob wir das schaffen, sondern wie. Nur ein deregulierter Arbeitsmarkt kann Integration gelingen lassen. Noch nie waren Wirtschaftspolitiker und -verbände so gefragt. Doch außer Sonntagsreden passiert nichts

Die Welt

Samstag 5. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 284

Length: 1099 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Es ist ein überflüssiger Glaubenskrieg, der da im Augenblick geführt wird. Eigentlich kann es gar nicht die Frage sein, ob wir es schaffen, sondern nur WIE. Deswegen trennt in dieser Frage weniger Zuversicht und Ängstlichkeit die beiden Lager, sondern die Frage, ob man es schaffen will oder nicht. Fatal wäre, wenn die Verantwortungs-eliten große Teile ihres Kräfte-reservoirs fürs Zaudern und Mahnen verschwenden. Und die Idealisten große Teil ihrer Kreativität auf weltfremde Träumereien verschwenden. Anstatt das Land in Pessimisten und Optimisten zu teilen, wäre es sinnvoll, wenn es statt des aktuellen Kulturkampfes mehr konstruktiven Dialog, gerne auch Streit darüber geben würde, wie es denn ginge mit der Integration von Zig-, ja, Hunderttausenden von **Flüchtlingen**, die erst einmal hierbleiben werden.

Im November ist erstmals trotz gesunkener Arbeitslosigkeit und neuer Rekordzahlen an Vollbeschäftigten die Schar der Hartz-IV-Empfänger gestiegen. Warum? Wegen der Flüchtlinge. Deshalb werden die Debatten um kulturelle Differenzen schnell durch ökonomische Fragen abgelöst werden. Findet die massive Zuwanderung keine schnellen, unbürokratischen Wege in den Arbeitsmarkt oder in Qualifizierungsmaßnahmen, schaffen wir das ganz bestimmt nicht. Im Vordergrund der aktuellen Angstbörsen werden Terrorgefahr, Islamismus und machistische Barbarei getauscht. In den Flüchtlingen werden Risiken vermutet, als Hoffnung erscheinen sie zunehmend weniger. Dies ist nicht nur der reaktionären Einfalt populistischer Rechter zu verdanken, sondern vor allem einer mangelnden ökonomischen Perspektive dieser Art von Zuwanderung - so chaotisch und rechtsstaatswidrig sie auch war. Sie muss in funktionierende Bahnen gezwungen werden, die den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft dienen. Nichts integriert besser als der Arbeitsmarkt.

Das Asylrecht wurde verschärft, die Bauvorschriften entschärft, aber die wichtigsten Veränderungen sind ausgeblieben: eine Deregulierung des Arbeitsmarktes insbesondere für schlecht oder total unqualifizierte Zuwanderer. Die einst ungebremste Euphorie bei Ehrenamtlichen verdampft, weil sie zusehen müssen, wie die

Das ideale liberale Projekt Deutschland sollte weniger darüber diskutieren, ob wir das schaffen, sondern wie.
Nur ein deregulierter Arbeitsmarkt kann Integratio....

Aussicht auf gelingende Integration mit jedem Tag nutzloser Gammelei in Lagern schlechter wird. Integration kann erst beginnen, wenn das Streben nach Glück dieser oft todesmutigen Menschen erste Schritte in die kapitalistische Ordnung unserer freien Gesellschaft findet. Deswegen ist es symbolisch richtig, wenn Andrea Nahles 100.000 Ein-Euro-Jobs schafft, um Flüchtlingen die Möglichkeit einzuräumen, "bezahlt" die Ehrenamtlichen zu entlasten.

Die Voraussetzungen sind gut. Unternehmer- und Handwerksverbände haben früh deutlich gemacht, dass sie Lust und Ressourcen haben, diese Chancen durch die unerwartete Migration zu nutzen. Sie klingen wie Aktivisten. "Wer die Vergangenheit kennt, darf Flüchtlinge nicht abweisen. Wer die Gegenwart sieht, kann sie nicht abweisen. Wer an die Zukunft denkt, wird sie nicht abweisen." "Ich wünsche jedem Menschen auf der Welt, dass er einmal am Tag warm essen und ruhig schlafen kann. Kein Mensch gibt doch freiwillig und leichten Herzens seine Heimat auf." "Wer gegen Flüchtlinge demonstriert, gefährdet seine Rente." Das sind nicht Zitate von Claudia Roth, Katrin Göring-Eckhardt oder Margot Käßmann, sondern diese Sätze stammen von den Chefs von Mercedes, VW oder der DIHK. Diese Lippenbekenntnisse wurden so laut vorgetragen, dass sie mit Bürgschaften für die Ausbildung dieser Menschen verwechselt werden dürfen. Differenziert, selten unkritisch, haben sich viele Vertreter auf die Spur des Merkel'schen "Wir schaffen das" begeben und sind nun auch in der Pflicht. Sie müssen zeigen, dass sie als Integrations- und Sozialisationsagenten Stützen einer offenen Zivilgesellschaft sind.

So wie das überwältigende und beeindruckende Rackern der Ehrenamtler das Land verändert und aus seiner staats- und beamtenfixierten Lethargie befreit hat, so könnte auch die nur leidlich geliebte Marktwirtschaft in Deutschland gerade bei den eher linken Meinungsmachern Sympathiepunkte sammeln. Es wäre eine liberale Lösung der Flüchtlingskrise. Linksliberaler Idealismus und wirtschaftsliberaler Pragmatismus sind eigentlich ideale Leitplanken für die Herausforderungen dieser schweren Zeit. Der Mindestlohn muss in jedem Fall ausgesetzt werden, zudem müsste der Zugang zum Ausbildungsmarkt auch für Asylsuchende beschleunigt werden. Dabei müsste gewährleistet werden, dass erfolgreiche Lehrlinge danach bleiben dürfen. Parallel sollten die Regeln für die Einwanderung stärker an den Anforderungen des Arbeitsmarktes orientiert werden.

Charismatische Wirtschaftspolitiker fehlen in nahezu allen Parteien. Am meisten aber in den Volksparteien, welche die große sozialdemokratische Koalition stellen. Ständig sind es Integrationsbeauftragte und Sozialpolitiker, die sich des Themas annehmen, anstatt der Treiber wirtschaftsfreundlicher Politik. Eine klug und strategisch ihre große Karriere planende Andrea Nahles, einst Galionsfigur der Linken und schon zum letzten Mann der SPD gekürt, könnte ihr eher linkes Ressort überraschend marktwirtschaftlich umcodieren - um Gutes zu tun. Das alte, vergessene Narrativ der Sozialdemokratie von Aufstieg und Selbstermächtigung durch Fleiß und Ehrgeiz erfährt mit den Flüchtlingen eine neue Chance. Der SPD und Nahles wäre zu wünschen, diese Chance als solche zu erkennen und zu nutzen.

Blieben da noch die (national)konservativen Skeptiker einer Migration aus einem fremden Kulturkreis mit einer vermeintlich problematischen Religion. Diese Differenz ist bei den aktuellen Flüchtlingen in der Tat sehr spürbar und birgt große Risiken. Gleichzeitig ist Differenz und Buntheit der Treibstoff für Innovationen und Umbrüche, gerade für disruptive. Einer der größten Unternehmer unserer Epoche, Steve Jobs, hatte einen leiblichen syrischen Vater und eine armenische Adoptivmutter. Die Platzierung Apples als Agent der Gegenkultur (gegen IBM), die Identifikation mit den Rebellen und Außenseitern, das Motto "Think different" war Ausdruck dieser Distanz zum Mainstream. Jobs war ein Fremder in der Welt des WASPigen Amerika. Er war von ihr getrennt, und nur weil er dies wusste und spürte, konnte und wollte er andere Wege gehen. In der Ökonomie wie in der Kultur ist das Fremde vor allem eine Bereicherung - wenn es eine stabile Struktur gibt, in der diese Fremdheit Form und Sinn annehmen kann. Die Marktwirtschaft kann das. Konnte es immer schon. Mehr Markt, bitte.

In der Ökonomie wie in der Kultur ist das Fremde vor allem eine Bereicherung, wenn es stabile Strukturen gibt

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 5, 2015

Das ideale liberale Projekt Deutschland sollte weniger darüber diskutieren, ob wir das schaffen, sondern wie.
Nur ein deregulierter Arbeitsmarkt kann Integratio....

End of Document

Drei Angriffe auf Flüchtlingsheime pro Woche; Zunahme der Fälle ist ein bundesweites Phänomen. In Tröglitz klopfen Ermittler an jede Tür

Die Welt

Donnerstag 9. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 82

Length: 726 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die Zahl der Angriffe auf **Flüchtlinge** im Bundesgebiet steigt weiter. Wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärte, haben zuletzt die Proteste sowie die Straftaten gegen **Asylbewerber** und deren Unterkünfte zugenommen. Dabei handele es sich um kein reines Ostphänomen, auch wenn es überdurchschnittlich viele Übergriffe in dieser Region gebe.

Der Trend der vergangenen Jahre scheint somit ungebrochen: 2012 wurden 24 Übergriffe auf Heime und Wohnungen von **Flüchtlingen** registriert, im Jahr darauf waren es bereits 58 und 2014 schließlich 150 Angriffe. Dazu gibt es deutlich mehr Demonstrationen gegen **Flüchtlingsunterkünfte**.

Am Wochenende hatte es einen Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft in Tröglitz (Sachsen-Anhalt) gegeben. Die Beamten einer eigens gegründeten Ermittlergruppe suchen dort weiterhin nach Hinweisen. Die Polizei geht in dem Ort mit 2700 Einwohnern von Tür zu Tür und befragt die Menschen. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hatte mit Blick auf die steigende Zahl der Übergriffe erklärt: "Tröglitz ist überall" - und damit eine Debatte zu der Frage befeuert, wie sehr die Gewalt gegenüber Flüchtlingen ein überregionales Phänomen darstellt. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) kennt die bundesweiten Zahlen, wies bei einem Besuch des Technischen Hilfswerks in Erfurt aber auf die Besonderheit des Falls hin. Tröglitz habe bereits für Schlagzeilen gesorgt, nachdem der Ortsbürgermeister Markus Nierth wegen Anfeindungen von Rechtsextremen zurückgetreten war. De Maizière: "Meiner Meinung nach ist Tröglitz nicht überall."

Die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland hat aufgrund der internationalen Krisen stetig zugenommen. 2014 sind rund 200.000 Asylbewerber registriert worden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet im laufenden Jahr bislang mit 300.000 Bewerbern. In mehreren Kommunen, die für die Unterbringung zuständig sind, ist die Situation seit Monaten angespannt. Das wird verstärkt durch die wachsende Zahl illegaler Einreisen. Allein die Bundespolizei registrierte 2014 mehr als 57.000 Fälle solcher unerlaubter Einreisen. "Das ist der höchste Stand seit der Wiedervereinigung", sagte Präsident Dieter Romann. Im Vergleich zu

Drei Angriffe auf Flüchtlingsheime pro Woche Zunahme der Fälle ist ein bundesweites Phänomen. In Tröglitz klopfen Ermittler an jede Tür

2013 sei dies eine Steigerung von 75 Prozent. Zudem seien 2014 durch die Bundespolizei knapp 27.000 Menschen erfasst worden, die sich bereits unerlaubt im Land aufhielten - ein Plus von 40 Prozent.

Nachfragen der "Welt" bestätigen die Angabe, wonach die Zahl der Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte oder deren Bewohner bundesweit steigt. Bei den Delikten handelt es sich etwa um Hakenkreuz-Schmierereien, aber auch um Gewaltübergriffe oder Brandanschläge. In Niedersachsen wurden in den ersten Monaten dieses Jahres fünf Fälle registriert, im gesamten Jahr 2014 waren es nur drei. Das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen verzeichnete zuletzt die meisten Vorfälle. Innenminister Ralf Jäger (SPD) sagte dieser Zeitung: "Wir werden alles dafür tun, dass es dem rechten Mob nicht gelingt, die Gesellschaft in dieser so wichtigen humanitären Frage zu spalten. Die Sicherheitsbehörden sind sensibilisiert und wachsam." Auch Bayern verzeichnete einen deutlichen Anstieg. In den ersten drei Quartalen 2014 wurden neun Fälle von politisch motivierter Kriminalität gegen Asylbewerberunterkünfte verzeichnet, allein im letzten Quartal 2014 waren es dann 16. In den ersten drei Monaten 2015 wurden nun acht Delikte gemeldet. In Sachsen wurden 2014 insgesamt 44 Angriffe registriert. Bereits das waren fast dreimal so viele wie 2013. Bis Ende März dieses Jahres war das Operative Abwehrzentrum (OAZ) bereits mit 19 entsprechenden Ermittlungen befasst. In der Statistik tauchen unter anderem Körperverletzungen und Sachbeschädigungen auf.

Mit den Übergriffen geht auch ein Anstieg eindeutig rechter Gewalttaten einher. Für Januar und Februar meldete die Bundesregierung laut "Tagesspiegel" 98 Angriffe von Neonazis und anderen Rechten, bei denen 67 Menschen verletzt wurden. Im Vorjahreszeitraum waren es 69 rechte Gewalttaten mit 58 Verletzten. Die Zahlen dürften noch steigen, da die Polizeien der Länder erfahrungsgemäß viele Delikte nachmelden.

Angesichts dieser Lage hat Innenminister de Maizière Experten aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Religionsgemeinschaften am kommenden Dienstag zu einer Fachtagung nach Berlin eingeladen.

Load-Date: April 9, 2015

Migranten sind für ihre Heimatländer ein Gewinn; Geldtransfers der Auswanderer übersteigen die Entwicklungshilfe um ein Vielfaches. Industriestaaten werden als Zielländer immer beliebter

Die Welt

Montag 4. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 102

Length: 901 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Die Zahl der Menschen, die außerhalb ihres Heimatlandes leben und arbeiten, steigt rasant. Die Vereinten Nationen schätzen, dass weltweit schon 232 Millionen Menschen **Migranten** sind. Das Gros stammt aus Entwicklungsländern. Die geburtenschwachen Industrieländer buhlen um junge und qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland. Dass auch die Herkunftsländer von diesem Trend profitieren, zeigt die Studie "**Migration** gerecht gestalten" der Bertelsmann Stiftung. Die **Migrationsexperten** widerlegen darin die gängige These vom Ausbluten der Entwicklungsländer. Stattdessen sprechen sie von einer "Triple-Win-Situation", bei der sowohl das Zielland als auch das Heimatland sowie die Betroffenen von der Wanderung profitieren. Allerdings sehen die Forscher bei der Steuerung von **Migration** noch Verbesserungspotenzial.

"Bislang galt Migration wegen des Verlustes von Humankapital als eine zusätzliche Bürde für die Entwicklungsländer. Doch inzwischen gibt es ein Umdenken", sagt Mitautor Najim Azahaf. Denn die Auswanderer seien für ihre Herkunftsländer ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor. So bringen die Rücküberweisungen der Migranten dringend benötigtes Kapital ins Land. Die Weltbank schätzt die Summe dieser Geldtransfers für das vergangene Jahr auf rund 435 Milliarden Dollar, was etwa dem Dreifachen der weltweiten Entwicklungshilfe entspricht. Für 2016 wird gar ein Volumen von 540 Milliarden Dollar prognostiziert. "Diese Rücküberweisungen erreichen direkt die bedürftigen Angehörigen im Herkunftsland und erlauben ihnen auch gezielte Investitionen in kleine Unternehmungen sowie in Bildung und Gesundheit", heißt es in der Studie. In afrikanischen Ländern wie Kenia oder Nigeria machten Geldtransfers der Migranten inzwischen mehr als die Hälfte des gesamten Investitionsvolumens in diesen Staaten aus. Solche Daten zeigten, "dass Entwicklungshilfe durch Migration effektiver ist als Entwicklungshilfe zur Verhinderung von Migration", stellen die Autoren fest.

Die Philippinen betreiben bereits seit den siebziger Jahren eine offensive Auswanderungspolitik. Mehr als zehn Millionen Filipinos arbeiten im Ausland, vorwiegend in Nordamerika oder in den Golfstaaten. Ihre Rücküberweisungen machen zehn Prozent der gesamten Wirtschaftskraft des asiatischen Landes aus. Staatliche

Migranten sind für ihre Heimatländer ein Gewinn Geldtransfers der Auswanderer übersteigen die Entwicklungshilfe um ein Vielfaches. Industriestaaten werden als Z....

Institutionen unterstützen Migrationswillige bei der Ausbildung und Arbeitsplatzsuche. Die Regierung kämpft zudem für besseren Arbeitsschutz in den Zielländern. Für Rückkehrer gibt es überdies spezielle Anlaufstellen, zumal nur etwa jeder zweite Migrant dauerhaft die Philippinen verlassen möchte. Auch zwischen Deutschland und dem aufstrebenden südostasiatischen Land gibt es seit 2013 ein Abkommen zur befristeten Migration von 500 Pflegekräften, die hierzulande immer knapper werden. Das Abkommen stellt sicher, dass der Abschluss der philippinischen Krankenpfleger in Deutschland anerkannt wird, und sie gleichberechtigt wie Einheimische beschäftigt werden. Hierzu erhalten sie eine Arbeitserlaubnis und einen befristeten Aufenthaltstitel, der verlängert werden kann.

Rückkehrer bedeuten für die Entwicklungsländer einen Gewinn. Die erworbenen Netzwerke, Sprachkenntnisse und das aus dem Ausland mitgebrachte Know-how sind wirtschaftlich oft von Nutzen. Aus dem anfänglichen "braindrain", dem Verlust an Fachkräften, wird auf diese Weise ein "brain gain": ein Gewinn an Humankapital. Und auch wer dauerhaft auswandert, erfüllt oft für das Heimatland eine wichtige Brückenfunktion: So profitiert beispielsweise China enorm von seinen vielen Millionen Auslandschinesen, die häufig enge Handelsbeziehungen zum Mutterland pflegen.

Doch nicht allen Entwicklungsländern gelingt es, einen angemessenen Vorteil aus der Migration zu ziehen. "Tansania, Angola und andere Staaten in Afrika haben über die Hälfte ihrer Ärzte verloren, das ist dramatisch", sagt Migrationsexperte Azahaf. Zwar habe die Weltgesundheitsorganisation eine Liste von Ländern aufgestellt, in denen kein medizinisches Personal abgeworben werden soll. Doch wenn die Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern so schlecht sind, könne gar nicht verhindert werden, dass Ärzte und Pfleger auswanderten. Azahaf plädiert deshalb für einen finanziellen Ausgleich etwa über eine von den Zielländern aufzubringende Migrationssteuer oder einen Ausgleichsfonds.

Stark angewachsen ist zuletzt die Zahl der Flüchtlinge, die mit rund 50 Millionen das höchste Niveau seit Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht hat. Das mit großem Abstand häufigste Migrationsmotiv aber ist die Aussicht auf Arbeit. Das starke Wohlstandsgefälle zwischen den Industrieländern im globalen Norden - zu dem die Studie Europa, Nordamerika, Australien, Neuseeland, Japan sowie Russland zählt - und dem globalen Süden dominiert das Migrationsgeschehen. So hat sich die Zahl der Personen aus dem Süden, die heute im Norden leben, binnen 20 Jahren auf 82 Millionen mehr als verdoppelt. Und obgleich der Norden nur noch ein Fünftel der Weltbevölkerung stellt, leben fast 60 Prozent aller Migranten hier. Vor dem Hintergrund der raschen Alterung in den Industrieländern und des starken Bevölkerungswachstums in weiten Teilen der Dritten Welt wird die Wanderung von Süd nach Nord künftig stark zunehmen. Die Studie beklagt, dass trotz der wachsenden Bedeutung der Migration für Ziel- und für Herkunftsländer bislang keine internationalen Regelungen zur Steuerung der Migration existieren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 4, 2015

Ausland Kompakt; Terror: USA: 10.000 IS-Kämpfer durch Luftangriffe getötet
++ Ungarn: Orban warnt vor "Vermischung" ++ Griechenland: Hunderte
Flüchtlinge in der Ägäis aufgegriffen

Die Welt

Donnerstag 4. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 127

Length: 501 words

Body

Terror

USA: 10.000 IS-Kämpfer durch Luftangriffe getötet

Mehr als 10.000 Kämpfer der radikalen Miliz Islamischer Staat (IS) sind nach US-Angaben seit Beginn des Einsatzes der internationalen Militärallianz vor neun Monaten in Syrien und im Irak getötet worden. Doch trotz aller Erfolge erwiesen sich die Extremisten als sehr widerstandsfähig, sagte der stellvertretende US-Außenminister Antony Blinken nach einem Treffen des Bündnisses in Paris dem Radiosender France Inter. Sie seien flexibel genug, um immer wieder zuzuschlagen. In Katar warnte der US-Sondergesandte John Allen, der IS stelle nicht nur ein Problem für den Irak oder Syrien dar. Er sei vielmehr ein regionales Problem mit globalen Auswirkungen. Die Grenzen der Türkei zu Syrien und dem Irak seien die "letzte Verteidigungslinie", um den Zustrom von Kämpfern aus dem Ausland zu verhindern, sagte der pensionierte General. In dem Dreiländereck tobten auf syrischer Seite am Mittwoch heftige Kämpfe zwischen Regierungstruppen und der IS-Miliz.

Ungarn

Orban warnt vor "Vermischung"

Die Ungarn sind nach Meinung des rechtsnationalen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban "eine vom Ausstreben bedrohte Art". Darin sei er sich mit den Rechtsradikalen einig, sagte Orban in einem Interview der ungarischen Tageszeitung "Napi Gazdaság". Die erstarkende rechtsradikale Oppositionspartei Jobbik - derzeit Ungarns zweitstärkste Kraft - bezeichnete Orban als gefährlich. Doch dürfe man die Angst vor ihr nicht übertreiben, fügte er hinzu. Erneut sprach er sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft durch Einwanderer aus: "Wir werden alles tun, damit Ungarn sich davor rettet." Aus nicht christlichen Ländern seien Investoren, Künstler oder Gelehrte willkommen, doch "wollen wir uns nicht mit ihnen in der Größenordnung von Massen vermischen", sagte er. Derzeit läuft eine von Orban initiierte Befragungsaktion zur Einwanderungspolitik, die Kritiker als populistisch bezeichnen.

Ausland Kompakt Terror: USA : 10.000 IS-Kämpfer durch Luftangriffe getötet ++ Ungarn: Orban warnt vor "Vermischung" ++ Griechenland: Hunderte Flüchtlinge in der....

Griechenland

Hunderte Flüchtlinge in der Ägäis aufgegriffen

Die griechische Küstenwache hat binnen zwei Tagen mehr als 1300 Flüchtlinge in der Ägäis aufgegriffen. Allein auf der Insel Lesbos kamen nach offiziellen Angaben mehr als 700 Menschen an. Die Lage sei nach Berichten örtlicher Medien dramatisch. Hunderte Migranten erreichten auch die Inseln Samos, Kos, Inousses und Chios. Migrantenfamilien benutzen sogar Mülltonnen mit Rädern, um ihre Kinder von der Küste zu den nächsten Aufnahmestellen zu bringen, berichteten Medien der Insel Lesbos. Behörden und humanitäre Organisationen seien mit der Lage restlos überfordert, berichtete das Staatsfernsehen. Durch die Ägäis führen Routen, über die Schleuserbanden Migranten nach Europa bringen. Unterdessen meldete Human Rights Watch, Hunderte Syrer saßen an der jordanischen Grenze fest, und forderte Jordanien auf, die Menschen hineinzulassen. Das Land habe Flüchtlingen in großem Umfang geholfen. Das sei aber keine Entschuldigung, Neuankömmlingen wochenlang weder Schutz noch Hilfe zu bieten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 4, 2015

Eine Union von Egoisten; Die Flüchtlingskrise offenbart, was seit der Erweiterung 2007 immer deutlicher wird: In der EU denkt jeder nur noch an sich. Und die Bundesregierung kann nichts dagegen tun

Die Welt

Dienstag 1. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 203

Length: 1027 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Die **Flüchtlingskrise** offenbart erschreckende Wahrheiten. Dazu gehört: Die Europäische Union ist vom Ausmaß des Ansturms eiskalt erwischt worden. Und es war nicht das erste Mal. Die EU hatte bereits zuvor lange Zeit - wie die Nato - den Aggressor Putin, die Mobilisierungsfähigkeit der russischen Streitkräfte, aber auch den Expansionswillen des IS völlig unterschätzt. Es muss die Frage erlaubt sein, ob die europäischen Aufklärungsdienste und Diplomaten der 28 EU-Regierungen ihren Aufgaben bei der Beurteilung von Krisenlagen vollständig gewachsen sind. 100.000 **Migranten** reisten in den ersten sechs Monaten über den Balkan in die EU ein - im Vorjahreszeitraum waren es 8000. Es ist kaum vorstellbar, dass Europas Regierungen eine derart tiefgreifende Veränderung der **Migrationsströme** nicht frühzeitig erkennen konnten.

Aber diese Flüchtlingskrise hat noch mehr offenbart: Die europäische Konsensmaschinerie, deren Motor das Prinzip der "Solidarität" ist, funktioniert nicht endlos. Das ist in dieser Radikalität neu. Im Fall Griechenlands gelingt zwar immer wieder ein Kompromiss, beim Thema Flüchtlinge hingegen hat die Solidarität ihre Grenzen. Warum ist das so? Die andauernde Konkursverschleppung Griechenlands wird mit Krediten erkaufte, die erst nachfolgende Generationen bezahlen müssen. Das ist für die EU-Eliten in ihren Heimatländern natürlich leichter politisch durchsetzbar als finanzielle "Belastungen" und kulturelle Herausforderungen durch Flüchtlinge, die unmittelbar zum Tragen kommen. Die Flüchtlingskrise macht deutlich, was sich seit der Erweiterung 2007 deutlich abzeichnet: Die EU ist immer mehr zu einem Verein von Egoisten geworden. Die "Solidarität der Tat" (Robert Schuman) erweist sich, wenn sie wirklich nötig ist, als ein europäischer Imperativ ohne Kraft.

Die Fakten: 43 Prozent der Asylanträge, die im ersten Halbjahr 2015 in der EU eingereicht wurden, gab es in Deutschland. Deutschland und drei weitere Staaten nehmen fast alle Flüchtlinge in Europa auf - zahlreiche Länder, insbesondere in Osteuropa, verweigern sich weitgehend bei der Aufnahme von Schutzsuchenden. Eine verbindliche Verteilung nach Quoten, vorgeschlagen von der EU-Kommission im Rahmen eines "Notfallmechanismus", lehnen die osteuropäischen Staaten ab, aber auch Länder wie Großbritannien, Irland und

Eine Union von Egoisten Die Flüchtlingskrise offenbart, was seit der Erweiterung 2007 immer deutlicher wird: In der EU denkt jeder nur noch an sich. Und die Bun....

Dänemark. Man einigte sich schließlich auf freiwillige Quoten - ein beschämendes Alibi. Das Ergebnis: 21 Mitgliedsländer erfüllten die von der EU-Kommission geforderten Zusagen nicht annähernd. Dabei hätte Slowenien nur 495 Flüchtlinge, Irland 600 und Polen 2659 Flüchtlinge aufnehmen sollen.

Warum diese Resistenz in einer akuten Krisensituation? Die meisten EU-Länder fürchten, dass die jetzigen "Notfall"-Quoten künftig in einem neuen permanenten Verteilungsmechanismus festgeschrieben werden könnten, den Brüssel plant - wer da jetzt weniger anbietet, setzt darauf, in Zukunft geringere Quoten für das eigene Land durchsetzen zu können. Eine perfide Haltung.

Kanzlerin Merkel hat zu Recht mehr Solidarität gefordert. Aber solche braven Appelle an die Solidarität der Europäer werden nicht viel nützen. Merkel war noch niemals so machtlos in ihrem politischen Leben wie zum jetzigen Zeitpunkt, in dieser Flüchtlingskrise. Sie wird an der ungerechten Verteilung der Flüchtlinge wohl wenig ändern können. Der Kanzlerin fehlen die Rechtsgrundlagen und effiziente Druckmittel. Neue, gerechte Verteilungsverfahren, die sich an die neue Situation anpassen, wird es nur im Konsens aller geben. Der ist unwahrscheinlich. Im Klartext bedeutet das: Deutschland wird wohl auch in Zukunft unverhältnismäßig viele Flüchtlinge aufnehmen, während andere Länder sich ihrer Verantwortung weiterhin entziehen. Daran werden auch die geplanten Maßnahmen wie Aufnahmezentren, Bekämpfung von Schleusern, Rückführungsabkommen oder die Festlegung auf sogenannte sichere Herkunftsstaaten nichts ändern.

Das in Artikel 4 des EU-Vertrags verankerte Solidaritätsprinzip der "loyalen Zusammenarbeit", die Geschäftsgrundlage des gesamten Integrationsprozesses, taugt für Sonntagsreden und den reibungslosen Ablauf des EU-Alltags - es ist aber leider in der Flüchtlingsfrage nicht einklagbar. Möglicherweise könnten die Bundesregierung oder die EU-Kommission versuchen, mithilfe von Artikel 80 AEUV eine faire Umverteilung von 40.000 Flüchtlingen in der aktuellen Krisensituation rechtlich doch noch durchzusetzen - aber das Verfahren könnte lange dauern, und es wäre nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Was kann die Bundesregierung tun, um wenigstens einen Funken mehr europäische Solidarität zu erreichen? Merkel sollte, wie zuvor im Fall Griechenlands, Führung zeigen. Sie besitzt die Autorität, mehr als andere in Europa. Die Kanzlerin muss die osteuropäischen Regierungen stärker an ihre Verantwortung erinnern und dabei Verbündete wie den französischen Staatspräsidenten Hollande, EU-Kommissionschef Juncker oder die Vereinten Nationen einbinden. Sie muss lautstark verurteilen, wenn Großbritanniens Premierminister Cameron von "Flüchtlingsschwärmen" spricht. Notfalls muss die Kanzlerin auch in Staaten wie Polen reisen und vor Ort für ein Umdenken gegenüber Flüchtlingen und eine Abkehr von nationalen Egoismen werben.

Schließlich könnte Merkel den osteuropäischen Ländern auch drohen, die notwendigen Milliardeninvestitionen Berlins für die Sicherheit der osteuropäischen Staaten im Rahmen der neuen Nato-Strategie gegenüber Russland zurückzuhalten. Das mag kein feiner politischer Stil sein. Aber es ist nicht hinnehmbar, dass ausgerechnet jene Staaten, die in hohem Maße von den Milliardentransfers der EU profitiert haben und die jetzt mit Recht die Solidarität der Nato-Partner einfordern, sich in der Flüchtlingsfrage unsolidarisch zeigen.

Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Europa drängt, wird in den kommenden Monaten steigen. Die Lager in Jordanien, dem Libanon und in der Türkei stoßen an ihre Grenzen, die Situation in Syrien verschlimmert sich weiter, der Jemen zerfällt. Es wird sich bald zeigen, wie stark der europäische Geist noch ist.

Das Problem Griechenland konnte man mit Geld vertagen. Bei der Flüchtlingsmisere funktioniert das nicht

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Eine Union von Egoisten Die Flüchtlingskrise offenbart, was seit der Erweiterung 2007 immer deutlicher wird: In der EU denkt jeder nur noch an sich. Und die Bun....

Martin U. K. Lengemann,Martin U.

Load-Date: September 1, 2015

End of Document

Viele Afghanen und Iraner lassen sich in Berlin taufen; Pfarrer Martens über geflohene Christen und Asyl

Die Welt

Freitag 18. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 218

Length: 1080 words

Byline: Freia Peters

Body

Pfarrer Gottfried Martens hat in seiner evangelisch-lutherischen Dreieinigkeitskirche in Berlin Steglitz allein in diesem Jahr 150 Iraner und Afghanen getauft. Rund 600 seiner Gemeindemitglieder waren früher Muslime.

Die Welt:

Herr Martens, wer kommt sonntagmorgens zu Ihnen in die Messe?

Gottfried Martens:

Deutsche ebenso wie Menschen aus vielen anderen Ländern. Fest steht: Wir platzen sonntags aus allen Nähten. Mittlerweise gehören 600 Iraner und Afghanen zu unserer Gemeinde. 150 habe ich allein in diesem Jahr getauft. Und jede Woche kommen neue Flüchtlinge, die Gemeindemitglieder werden wollen. Wir bauen nun einen neuen Gemeindesaal hinter der Kirche.

Was müssen die Flüchtlinge tun, um Christ zu werden?

Ich gebe rund drei Monate Taufunterricht gemeinsam mit einem Dolmetscher, der ins Farsi übersetzt. Ich erwarte dann auch einiges. Die Zehn Gebote müssen sitzen, das Vaterunser, das Glaubensbekenntnis, die Sakramente. Und natürlich erwarte ich, dass die Taufbewerber regelmäßig an den Gottesdiensten und am Gemeindeleben teilnehmen.

Wie gehen Sie sicher, dass das Konvertieren keine Taktik ist, um Asyl zu bekommen?

Vor der Taufe halte ich Prüfungen auf Farsi ab. Da fühle ich schon auf den Zahn. Die Taufbewerber müssen erklären können, warum sie Christen werden wollen, und zeigen, was sie gelernt haben. Natürlich werden unsere Flüchtlinge von manchem verdächtigt, aus asyltaktischen Gründen zum Christentum überzutreten, aber da passen wir schon sehr auf. Man müsste schon ein enorm guter Schauspieler sein, um uns auszutricksen. Viele

Viele Afghanen und Iraner lassen sich in Berlin taufen Pfarrer Martens über geflohene Christen und Asyl

Taufbewerber haben sich ja schon in ihrer Heimat dem christlichen Glauben zugewandt und sind vor dem Islam geflohen.

Bekommen christliche Afghanen und Iraner in der Regel Asyl?

Die Flüchtlinge in unserer Gemeinde haben seit Jahren eine Anerkennungsquote von 100 Prozent. Die Beamten, die das prüfen, nehmen wahr, dass unsere Leute seriös zum Christentum übergetreten sind. Das zeigt auch, dass rund 90 Prozent der Iraner und Afghanen in der Gemeinde aktiv bleiben, auch wenn sie als Asylbewerber anerkannt wurden.

Die Asylverfahren sollen weiter beschleunigt werden und höchstens noch drei Monate dauern. Klappt das?

Überhaupt nicht. Die Iraner und Afghanen unserer Gemeinde warten teilweise bis zu zwei Jahre auf den Termin zur Erstanthörung. Und ein bis zwei weitere Jahre, bis sie einen Bescheid bekommen. Die Ansage von der Politik ist weit entfernt von der Realität. Im Moment zieht das Bundesamt für Migration die Syrer und die Flüchtlinge aus den Balkanstaaten vor. Alle anderen müssen lange warten.

Helfen Sie den Flüchtlingen auch bei ihren Asylproblemen?

Nach dem Gottesdienst und dem Taufunterricht stehen die Leute bis spät abends Schlange und erzählen mir ihre Probleme im Heim, mit ihren Papieren, ihrer Anmeldung. In den Urlaub zu fahren, wäre für mich gar nicht denkbar. Dafür habe ich es mit wunderbaren Menschen zu tun.

Sehen Sie sich da als Gegner des Staates?

Ganz im Gegenteil. Ich will mit meiner Arbeit etwas Gutes für Deutschland tun und mithelfen, wo unser Staat zurzeit an seine Grenzen stößt. Dazu zählt mitunter auch die Unterbringung von neu ankommenden Flüchtlingen, die noch keine Unterkunft bekommen haben.

Wem bieten Sie eine Unterkunft?

Wenn hier jemand abends vor der Tür steht und fragt: "Wo können wir hier übernachten?" Dann hole ich eine Matratze aus dem Lager. Ich kann doch niemanden draußen stehen lassen! Ganz egal, welche Religion er hat. Wir haben gerade neue Klappmatratzen im Sonderangebot gekauft. Ich denke mit Grauen an die vor uns liegende Jahreszeit.

Haben Sie derzeit Flüchtlinge im Kirchenasyl?

Manche Länder haben ihre Standards bewusst heruntergeschraubt, um Flüchtlinge loszuwerden. Wir wissen, dass etwa in bulgarischen Asylbewerberheimen gefoltert wird. In Ungarn kann ein Flüchtling kaum darauf hoffen, ein rechtsstaatliches Verfahren zu bekommen. Dennoch versucht das Bundesamt, Menschen dorthin zu überstellen, obwohl es gerade zwei wegweisende Urteile der Verwaltungsgerichte Berlin und Köln gab, die besagen, dass nicht nach Ungarn rücküberführt werden darf. In Norwegen gilt das Konvertieren zum Christentum in der Regel nicht als Asylgrund. Daher nehmen wir Flüchtlinge aus unserer Gemeinde, die aufgrund des Dublin-Abkommens in diese Länder rücküberführt werden müssten, ins Kirchenasyl, weil ihnen sonst Gefahr an Leib und Leben droht. Derzeit wohnen hier in der Dreieinigkeitsgemeinde zehn Menschen.

Wie lange bleiben sie höchstens?

Wird die Überstellung nicht binnen sechs Monaten durchgeführt, geht die Zuständigkeit für das Verfahren an den Mitgliedstaat über, in dem sich der Flüchtling derzeit aufhält. Also zählen wir hier die Tage runter, bis die sechs Monate abgelaufen sind.

Was halten Sie von einer Verteilungsquote innerhalb der EU?

Viele Afghanen und Iraner lassen sich in Berlin taufen Pfarrer Martens über geflohene Christen und Asyl

Solange es innerhalb der EU keine einheitlichen Standards in der Asylrechtsprechung und der Behandlung von Flüchtlingen gibt, käme eine Quote einem Lotteriespiel gleich. Wenn einer Pech hat, landet er in Ländern, in denen er als Asylbewerber keine Zukunft hat. Dublin ist zwar gescheitert, aber im Moment sind wir froh, dass es wenigstens die Möglichkeit der Klage oder des Kirchenasyls gibt.

Was hören Sie konkret von Flüchtlingen, die aus Bulgarien kommen?

Die Zustände in den bulgarischen Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber müssen wie in Gefängnissen sein. Die Zellen sind völlig überfüllt und teilweise ohne Licht. Zu essen gibt es Wassersuppe mit verschimmeltem Brot. Ein iranischer Flüchtling, der jetzt hier lebt, hat innerhalb von sechs Wochen 20 Kilo abgenommen und ist aufgrund seiner Misshandlungen in Bulgarien in psychiatrischer Behandlung. Er musste auch Vergewaltigungen durch Wachpersonal mit ansehen.

Was schildern die Flüchtlinge aus deutschen Heimen?

In den Asylbewerberheimen bei uns haben vor allem die Christen, die vom Islam konvertiert sind, als Minderheit zu leiden. Viele Tschetschenen, Afghanen, Pakistanis und Syrer zeigen da wenig Toleranz. Wer das Taufkreuz offen trägt, wird nicht selten bedroht und auch körperlich angegriffen. Da stelle ich mir schon die Frage: Muss man sich als Christ in diesem Land verstecken? Viele sind ja gerade vor dem Islam geflohen, um ihre Religion, ihr Christentum hier offen leben zu können.

Was bedeutet das für die Integration der Flüchtlinge in den kommenden Jahren?

Ich fürchte, wir werden in den kommenden Jahren massive Probleme mit radikalen Muslimen bekommen. Da müssen wir unglaublich aufpassen, dass sich da keine Parallelstrukturen etablieren.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Martin U.K. Lengemann

Der Berliner Pfarrer Gottfried Martens tritt für verfolgte Christen ein

Martin U. K. Lengemann, Martin U. K. Lengemann

Load-Date: September 18, 2015

Flüchtlingskrise war schon früh absehbar

Die Welt

Montag 9. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 261

Length: 294 words

Body

Die Bundesregierung war bereits frühzeitig vor einem deutlichen Anstieg der Flüchtlingszahlen gewarnt. Das zeigen Recherchen der "Welt am Sonntag". Demnach rechnete der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, schon im März mit einer neuen Rekordzahl von Flüchtlingen in Europa: "Unsere Quellen berichten uns, dass zwischen 500.000 und einer Million Migranten bereit sind, Libyen zu verlassen", sagte Leggeri demnach im Frühjahr. Im Juni erklärt der Frontex-Chef in einer internen Sitzung des Bundestages, "dass die irregulären Grenzübertritte von der Türkei nach Griechenland im Vergleich zum Vorjahr um 550 Prozent gestiegen sind". Die Zahl wurde dem Innenministerium und dem Kanzleramt übermittelt. Die deutsche Vertretung im Kosovo hatte bereits im Februar in einer Depesche ans Auswärtige Amt gewarnt, dass "täglich 800-1000 (plus Dunkelziffer) Kosovaren" über Serbien und Ungarn nach Deutschland unterwegs seien. Bis Ende des Jahres könnten es "300.000 Personen, d.h. ein Sechstel der Gesamtbevölkerung" sein, heißt es in dem Schreiben.

Aus den Bundesländern gab es schon seit dem Vorjahr regelmäßig die Forderung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Flüchtlingsprognosen zu erhöhen. Interne E-Mails von Innenministerium und BAMF, die der "Welt am Sonntag" vorliegen, zeigen zudem, dass die Regierung den Ländern in diesem Sommer eine erhöhte Flüchtlingsprognose zunächst vorenthalten hat. Demnach hatte die Regierung bereits am 5. August ein Schreiben der Nürnberger Behörde vorliegen, in der sie von "geschätzten 600.000 in EASY registrierten Personen für das Jahr 2015" ausgeht. Das Innenministerium wartete allerdings zwei Wochen, bis es am 19. August die Schätzung offiziell auf 800.000 erhöhte.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 9, 2015

Nato hilft EU bei Libyen-Einsatz; Unkontrollierter Zustrom nach Europa beunruhigt auch das Militärbündnis

Die Welt

Freitag 28. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 253

Length: 461 words

Body

Zur Eindämmung des **Migrantenzustroms** über das Bürgerkriegsland Libyen bündeln die EU und die Nato ihre Kräfte. Die Verteidigungsminister der Militärallianz sagten bei einem Treffen in Brüssel zu, der wegen der **Flüchtlingskrise** gestarteten EU-Marineoperation "Sophia" Versorgungs- und Aufklärungskapazitäten zur Verfügung zu stellen. "Innerhalb von zwei Wochen werden Schiffe und Flugzeuge der Nato im zentralen Mittelmeerraum sein", erklärte Generalsekretär Jens Stoltenberg am Donnerstag.

Die EU-Marineoperation "Sophia" wurde im vergangenen Jahr als Einsatz gegen Schleuserkriminalität gestartet, hat mittlerweile aber auch die Erlaubnis zur Bekämpfung des Waffenschmuggels in Richtung Libyen. Zudem beinhaltet sie ein Ausbildungsprogramm für libysche Küstenschutzkräfte. Das Training wurde in dieser Woche auf zwei Kriegsschiffen aus den Niederlanden und Italien begonnen. Eine Schulung in Libyen selbst wird wegen der Sicherheitslage vorläufig ausgeschlossen. EU-Staaten wie Italien und Deutschland erhoffen sich von der Operation "Sophia" unter anderem einen deutlichen Rückgang der unkontrollierten Migration. Als Folge des Bürgerkriegs gibt es in dem nordafrikanischen Land derzeit keinen funktionierenden Grenzschutz. In den ersten neun Monaten dieses Jahres kamen schon mehr als 132.000 Menschen über die zentrale Mittelmeerroute illegal nach Europa.

An der Ausbildung der ersten 78 libyschen Küstenschützer ist die Bundeswehr mit einem fünfköpfigen Team beteiligt. Zudem stellt sie für die anderen Aufgaben der Operation "Sophia" derzeit ein Versorgungsschiff sowie die Fregatte "Mecklenburg-Vorpommern". Von den Nato-Kräften könnten sie künftig beispielsweise Radarbilder oder frischen Treibstoff erhalten.

Sorgen bereitet unterdessen der ebenfalls wegen der Flüchtlingskrise gestartete Bündniseinsatz in der Ägäis. Bei dem Verteidigungsministertreffen in Brüssel gab der türkische Vertreter keine Zusicherung, dass sein Land einer von Deutschland und anderen Bündnispartnern gewünschten Fortsetzung der Operation über das Ende des Jahres hinaus zustimmen wird. Ankara sah den Einsatz von Anfang an kritisch - auch weil er als Zeichen gewertet werden kann, dass die Türkei ihre Seegrenze nicht unter Kontrolle hat.

Bei dem Einsatz in der Ägäis beobachten die Besatzungen von Kriegsschiffen die Küsten und melden Aktivitäten von kriminellen Schleuserbanden an die türkischen Behörden. Diese sollen dann dafür sorgen, dass möglichst

Nato hilft EU bei Libyen-Einsatz Unkontrollierter Zustrom nach Europa beunruhigt auch das Militärbündnis

keine Flüchtlingsboote mehr in Richtung Griechenland starten oder die Flüchtlinge abgefangen und in die Türkei zurückgebracht werden. Seit die Balkanroute für Migranten geschlossen ist, haben viele allerdings ohnehin keinen großen Anreiz mehr, von der Türkei über das Mittelmeer nach Griechenland zu fahren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 28, 2016

End of Document

Arm, krank, unzufrieden; 16,4 Millionen in Deutschland haben Migrationshintergrund. Eine Gruppe fühlt sich diskriminiert

Die Welt

Mittwoch 4. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 104

Length: 952 words

Byline: Nina Dinkelmeyer

Tobias Kaiser

Body

Dass Einwanderer und ihre Nachkommen in der Regel weniger verdienen und besitzen als Menschen ohne **Migrationshintergrund**, dürfte kaum überraschen. Eine aktuelle Untersuchung deckt jetzt allerdings auf, dass es Menschen türkischer Herkunft hierzulande weit schlechter geht als anderen **Migranten** - und dass sie besonders unzufrieden sind mit ihrem eigenen Lebensstandard. Mehr als ein Drittel von ihnen lebt unter der Armutsgrenze. Auch fühlen sie sich so stark diskriminiert wie keine andere große **Migrantengruppe**.

Der Befund ist brisant, nicht zuletzt, weil die türkischstämmige Bevölkerung einen ganz erheblichen Teil aller **Migranten** ausmacht. Dass es einer großen Zahl von Einwanderern, die gezielt angeworben wurden, heute wirtschaftlich schlecht geht, ist zudem Mahnung, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration der **Asylsuchenden**, die derzeit nach Deutschland kommen, auch finanziell intensiv zu unterstützen. Für den "Datenreport 2016" haben die Autoren Daten des Statistischen Bundesamtes und des Sozioökonomischen Panels, einer großen regelmäßigen Befragung, analysiert, um die soziale Lage der **Migranten** beurteilen zu können. Demnach hatte im Jahr 2014 jeder Fünfte in Deutschland einen **Migrationshintergrund**. Unter jungen Menschen ist der Anteil besonders hoch: Jedes dritte Kind, das im gleichen Jahr zur Welt kam, hatte zumindest einen Elternteil mit ausländischen Wurzeln.

Den weitaus größten Anteil der Migranten, nämlich 36 Prozent, stellen die 5,9 Millionen Menschen mit Wurzeln in den Anwerbeländern für Gastarbeiter wie der Türkei, Griechenland und Italien. Den größten Anteil an dieser Gruppe haben wiederum türkischstämmige Migranten. Und sie haben in dieser Gruppe offenbar auch die größten Sorgen: "Türkischstämmige Migranten befinden sich in einer besonders prekären sozialen Situation", sagt Mareike Bünning vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). "Das gilt beispielsweise, wenn man sich Bildung und Armutsrisiko anschaut." Bünning hat die Untersuchung geleitet, an der neben dem WBZ auch die Bundeszentrale für Politische Bildung beteiligt war.

Arm, krank, unzufrieden 16,4 Millionen in Deutschland haben Migrationshintergrund. Eine Gruppe fühlt sich diskriminiert

Während unter türkischstämmigen Migranten mehr als ein Drittel unter der Armutsgrenze leben, sind es bei Menschen ohne Migrationshintergrund dagegen nur 14 Prozent. Aber selbst unter allen anderen großen Migrantengruppen ist das Armutsrisiko weniger hoch: Unter Menschen mit Wurzeln in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens sind es 27 Prozent und unter Einwanderern aus Osteuropa und ihren Nachkommen nur 20 Prozent. Türkischstämmige müssen auch mit einem geringeren Haushaltseinkommen auskommen als die Angehörigen anderer Migrantengruppen. Teilweise ist der Unterschied sogar erheblich. Bei Menschen mit Wurzeln in Südwesteuropa, also Italien, Spanien oder Portugal, liegt das mittlere Haushaltseinkommen bei 1486 Euro, während es in Haushalten türkischstämmiger Migranten nur 1242 Euro sind. Bei Personen ohne Migrationshintergrund sind es 1730.

Verantwortlich für die schlechtere wirtschaftliche Situation vieler türkischstämmiger Migranten ist auch deren niedriges Bildungsniveau: Ganze 65 Prozent von ihnen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Unter Einwanderern aus Osteuropa sind es nur 25 Prozent und bei Spätaussiedlern nur 29 Prozent. Ein Grund für das niedrige Bildungsniveau unter den türkischstämmigen Migranten liegt in der Geschichte: Viele von ihnen wurden vor Jahrzehnten als Gastarbeiter angeworben. Diese Gruppe ist grundsätzlich vergleichsweise gering qualifiziert. So haben fast zwei Drittel der ehemaligen Gastarbeiter über 50 Jahren keine Berufsausbildung. Als die Menschen vor Jahrzehnten einwanderten, um beispielsweise in Kohleminen oder Stahlwerken zu arbeiten, sei ein Berufsabschluss nicht nötig gewesen, stellen die Autoren der Untersuchung fest. "Eine Weiterqualifizierung fand im weiteren Erwerbsleben offenbar selten statt."

Die Versäumnisse am Beginn des Berufslebens wirken sich allerdings heute bis ins Alter aus: Von den Migranten, die zwischen 50 und 64 Jahre alt und damit noch im Erwerbsalter sind, arbeitet nur die Hälfte in einem bezahlten Job. Mehr als jeder Vierte bezieht allerdings bereits eine Rente, vor allem weil viele wegen Erwerbsunfähigkeit frühverrentet wurden. Entsprechend ist auch die Armutsquote unter den älteren Ex-Gastarbeitern relativ hoch: Jeder vierte Migrant zwischen 50 und 64 Jahren gilt den Wissenschaftlern zufolge als arm. Dieser Anteil steigt mit dem Alter an: Unter den über 65-Jährigen lebt bereits jeder Dritte unter der Armutsgrenze.

Zu allem Überfluss erleben türkischstämmige Menschen auch häufiger als andere Migrantengruppen Diskriminierung. Unter allen Personen mit Migrationshintergrund gaben acht Prozent im Jahr 2013 an, häufig wegen ihrer Herkunft benachteiligt zu werden. Unter Menschen türkischer Herkunft war dieser Anteil mit 18 Prozent mehr als doppelt so hoch. Womöglich liegt es auch an der eigenen als schlecht wahrgenommenen Situation, dass viele türkischstämmige Einwanderer langfristig nicht in Deutschland bleiben wollen. Zwar sind laut der ausgewerteten Befragung des Soep 80 Prozent aller Migranten hierzulande auf ein dauerhaftes Leben in Deutschland eingestellt. Unter Menschen türkischer Herkunft sind es allerdings nur zwei Drittel, die auch langfristig bleiben wollen. Verblüffend ist allerdings, dass türkischstämmige Mitbürger grundsätzlich nicht besonders unzufrieden mit ihrem Leben sind. "Die Erfahrung zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihre Lebensumstände nicht nur mit Menschen in Deutschland vergleichen, sondern auch mit Menschen in ihrem Herkunftsland", sagt Studienleiterin Bünning. "Und dann haben sie vermutlich das Gefühl, dass es ihnen ganz gut geht."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Jörn Baumgarten

Jörn Baumgarten

Load-Date: May 4, 2016

Arm, krank, unzufrieden 16,4 Millionen in Deutschland haben Migrationshintergrund. Eine Gruppe fühlt sich diskriminiert

End of Document

Radwege erkennt man am aufgemalten Rad; Die App "Ankommen" soll Flüchtlingen helfen

Die Welt

Samstag 30. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; Kultur; S. 26; Ausg. 25

Length: 326 words

Byline: Angelika Aichner

Body

Seit seiner Kindheit lebt Su, 49, in Deutschland. Mittlerweile trägt er eine schwarz umrandete Brille, hat schütteres Haar. Typisch deutsch ist für ihn die direkte, vielleicht manchmal etwas schroffe Art der Deutschen. In der Türkei, aus der er stammt, formuliere man alles etwas höflicher, so Su. "Wenn man aus der Türkei kommt, tut man sich wahnsinnig schwer damit, ein Geschenk zurückzuweisen. Man würde eher loben und sagen, wie toll man es findet", kann man in der App "Ankommen" lesen.

Die kostenlose App ist in fünf Sprachen - Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Farsi - verfügbar. Mittlerweile haben sich über 10.000 Nutzer die App, die offline benutzt werden kann, heruntergeladen. Der Bayerische Rundfunk hat sie mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Goethe-Institut und der Bundesagentur für Arbeit entwickelt, um jenen Menschen, die nach Deutschland fliehen, die Ankunft zu erleichtern. Indem man etwa Menschen zu Wort kommen lässt, die nicht in Deutschland geboren wurden, aber bereits etliche Jahre hier leben. Einer von ihnen ist Su. Man bat ihn und acht weitere Leute darum, zu definieren, was typisch deutsch ist. In vier, fünf Sätzen erklärten sie es.

Drei Menüpunkte führen zu einem interaktiven Sprachkurs, zu Informationen über Asyl, Ausbildung, Arbeit, zum Leben in Deutschland, zu den geschriebenen und ungeschriebenen Regeln. Dass beispielsweise Frauen und Männer gleichberechtigt sind, die Religionsfreiheit in der Verfassung verankert ist, der Müll getrennt werden muss. Es werden aber auch Informationen genannt, über deren Sinn und Unsinn sich streiten lässt. "Lebensmittel können Sie im Supermarkt kaufen", heißt es an einer Stelle. Oder: "Auf oder neben den Straßen gibt es häufig Fahrradwege. Diese erkennen Sie an dem Fahrrad, das auf den Boden gemalt ist." Auch wenn es nicht möglich ist, sich via App zu integrieren, ist "Ankommen" ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 30, 2016

Radwege erkennt man am aufgemalten Rad Die App "Ankommen" soll Flüchtlingen helfen

End of Document

Viktor Orbáns Niederlage ist für ihn ein Sieg; Nach verlorenem Referendum über EU-Flüchtlingsquoten scheitert Ungarns Premier mit Verfassungsänderung

Die Welt

Mittwoch 9. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 263

Length: 681 words

Byline: Mareike Kürschner

Boris Kálnoky

Body

Budapest

Mit Ja stimmten 131 Parlamentarier, mit Nein drei, der Rest enthielt sich: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán scheiterte im Parlament mit einer von ihm persönlich vorgeschlagenen Verfassungsänderung, mit der er sich gegen die EU-Aufnahmekquote für **Flüchtlinge** sperren wollte. Seine Regierungspartei Fidesz hat keine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament und war deshalb auf die Hilfe der rechten Jobbik-Partei angewiesen.

Daraus wurde nichts. Fünf Wochen zuvor war bereits eine von Orbán persönlich angeregte und mit Steuergeldern teuer beworbene Volksbefragung gescheitert, weil sich nur 40 Prozent der Wahlberechtigten daran beteiligten. Aber bedeuten diese Niederlagen eine Schwächung Orbáns? In Brüssel und Berlin scheint man das vielerorts zu hoffen und zu glauben, zumindest waren von dort nach dem ungültigen Referendum erleichterte Jubelrufe zu vernehmen. Und tatsächlich sehen zwei Niederlagen in Folge nie gut aus. Nur bei Orbán ist das anders.

Formal ging es bei Referendum und Verfassungsänderung darum, europäische Quotenregelungen zur Umverteilung von Flüchtlingen abzuwehren. Ungarn ist eines der Länder, die die Quote unbedingt verhindern wollen. Das Land klagt derzeit auch vor dem Europäischen Gerichtshof gegen den Beschluss des EU-Innenministerrates vom September vergangenen Jahres, 120.000 Flüchtlinge verpflichtend auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Am Montag gab es dazu einen Zwischenstand in geschlossener Sitzung des Parlamentsausschusses für EU-Angelegenheiten in Budapest. Das Fazit war, Teilnehmern zufolge: in dem Prozess sieht es nicht gut aus für Ungarn. Im Falle einer Niederlage hat Orbán bereits gesagt, dass Ungarn die ihm zugedachten 1294 Flüchtlinge natürlich aufnehmen werde. Aber zwischen den Zeilen war ein Ausweg herauszuhören: "Ihre Asylverfahren

Viktor Orbáns Niederlage ist für ihn ein Sieg Nach verlorenem Referendum über EU-Flüchtlingsquoten scheitert Ungarns Premier mit Verfassungsänderung

müssten dann hier abgewickelt werden." Denn Asylbegehren können auch abgelehnt werden - und werden in Ungarn besonders häufig abgelehnt.

Weder Referendum noch geänderte Verfassung hätten es vermocht, die Quoten zu verhindern. Es waren raffinierte innenpolitische Manöver, um die Flüchtlingskrise als Thema am Leben zu halten. Denn da weiß Orbán die Wähler hinter sich. Die ganze Schau ist Vorwahlkampf für die nächsten Wahlen im Frühjahr 2018. Nach Meinung der meisten ungarischen Experten und Thinktanks aber, vom linksliberalen Political Capital bis zum regierungsnahen Nézöpont, schreitet Orbán mit seinen "Niederlagen" in Wahrheit von Sieg zu Sieg. Besonders die verlorene Abstimmung im Parlament war demnach ein schlaues Bauernopfer, um das eigentliche Spiel - die nächsten Wahlen - zu gewinnen.

Umfragen zeigen, dass gut 80 Prozent der Ungarn mit Orbáns Flüchtlingspolitik vollkommen einverstanden sind. Die gescheiterte Verfassungsänderung? Die Niederlage erlaubt es Orbán, seine gefährlichste Opposition, die rechte Jobbik-Partei, als "Vaterlandsverräter" zu verunglimpfen, weil sie ihm die Unterstützung versagte. Ihre Wähler sind stark migrantenfeindlich eingestellt - und damit auch mit Orbáns Politik einverstanden. Jobbik hatte aber versucht, zu taktieren und eine Gegenleistung zu erzwingen für ihre Stimmen bei der nun gescheiterten Abstimmung. Orbán, so forderte Jobbik, sollte aufhören, reichen Ausländern Aufenthaltsgenehmigungen zu "verkaufen". Um sich in Ungarn niederlassen zu dürfen, müssen etwa reiche Russen oder Chinesen "nur" für 300.000 Euro Staatsanleihen kaufen und eine "Gebühr" von 60.000 Euro entrichten. Die Regierung will ungarischen Medien zufolge das Programm sowieso bald beenden, aber natürlich wollte man sich von Jobbik nicht erpressen lassen und riskierte lieber die Niederlage bei der Abstimmung.

Der Verlierer könnte am Ende tatsächlich Jobbik sein. Der jüngste Durchschnitt aller Meinungsumfragen vom Oktober zeigt einen spektakulären Sprung der sowieso dominanten Regierungspartei um fünf Prozentpunkte. Alle Oppositionsparteien verlieren an Rückhalt. Würde am Sonntag gewählt, bekäme Fidesz demnach mehr als 50 Prozent aller Stimmen, noch mehr als bei den Wahlen 2014 - und damit wohl wieder eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 9, 2016

"Wir müssen die Grenzen geschlossen halten"; In der Flüchtlingskrise sieht Mazedoniens Außenminister Nikola Poposki in der Sicherung der EU-Außengrenzen die einzige Option

Die Welt

Freitag 21. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 247

Length: 1403 words

Byline: Sonja Gillert

Body

Skopje

Ohne die Schließung der Grenze zu Griechenland im März wäre der Schengen-Raum kollabiert, sagt Mazedoniens Außenminister Nikola Poposki. Er fordert die EU auf, die Beitrittsverhandlungen zu beschleunigen. Sein Land habe längst alle Bedingungen erfüllt.

Die Welt:

Etwa 700.000 **Migranten** haben Mazedonien auf der Balkanroute Richtung Nordeuropa durchquert - bis Skopje im März die Grenze zu Griechenland geschlossen hat. Wie ist die Lage an der Grenze jetzt?

Nikola Poposki:

Die Situation heute ist nicht vergleichbar mit der Lage vor der Grenzschließung. Vergangenen September kamen täglich 11.000 bis 14.000 Menschen an die Grenze. Es war eine Katastrophe. Zurzeit kommen an schlechten Tagen einige Hundert Menschen. In den meisten Fällen können wir illegale Grenzübertritte verhindern. Wir haben seit Januar etwa 35.000 solcher illegalen Versuche an der Grenze zu Mazedonien registriert.

Erwarten Sie einen Anstieg der Zahlen an der mazedonischen Grenze?

Seit die Schmuggler wissen, dass die Grenze zu Mazedonien sehr gut kontrolliert wird, nehmen viele Flüchtlinge diese Route nicht mehr. Zurzeit nutzen mehr Flüchtlinge die Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland und weiter über Bulgarien Richtung Nordeuropa. Das ist ein Risiko. Wenn die Türkei unter enormen Druck gerät, was passieren könnte durch negative Entwicklungen in Ägypten oder in Syrien, werden die Zahlen hochschnellen. Das ist beunruhigend, aber ein Szenario wie 2015 erwarte ich nicht.

"Wir müssen die Grenzen geschlossen halten" In der Flüchtlingskrise sieht Mazedoniens Außenminister Nikola Poposki in der Sicherung der EU-Außengrenzen die einz....

In der Vergangenheit haben sie sich beschwert, dass Griechenland seine Grenze zu Mazedonien besser sichern könnte. Wie sieht es jetzt aus?

Die Zusammenarbeit mit Griechenland hat sich drastisch verändert. Wir haben noch vor einem Jahr überhaupt nicht kooperiert. Die griechischen Behörden haben ihren Erfolg praktisch darin bemessen, wie viele Migranten nach Mazedonien weiterreisen. Nachdem sie realisiert haben, dass unsere Grenzkontrollen dazu beitragen, dass die Zahl der Flüchtlinge nicht weiter ansteigt und sie sich so selbst besser organisieren können, haben sie begonnen zu kooperieren. Jetzt arbeiten unsere Grenzbehörden täglich direkt zusammen und koordinieren ihr Vorgehen.

Griechenland schickt weniger Flüchtlinge in die Türkei zurück als im EU-Türkei-Abkommen vereinbart. Was geschieht, wenn der Deal scheitert?

Ich stimme zu, dass die Anzahl sehr gering ist, und das stellt ein Risiko dar. Aber zurzeit bleibt uns nur eine Option - wir müssen den Türkei-Deal aufrechterhalten. Wenn das Abkommen scheitert, dann setzen wir Griechenland wieder enormem Druck aus. Das könnte sogar dazu führen, dass EU-Staaten auf eine Suspendierung Griechenlands aus dem Schengenraum drängen. Das ist nicht in unserem Interesse und auch nicht im europäischen Interesse. Es sollte alles getan werden, um den Deal beizubehalten.

Die europäische Grenz- und Küstenschutzagentur kann bis zu 1500 Beamte einsetzen, um auch EU-Außengrenzen zu schützen. Reicht das?

Zahlenmäßig dürfte das nicht genug sein. Aber die Schlüsselfrage wird sein, wie stark die Länder bei der Grenzkontrolle auf beiden Seiten der Grenze kooperieren.

Mazedonien wurde für die Grenzschließung auch kritisiert.

Das ist ein wenig scheinheilig, denn es ist nicht in unserem Interesse, den Flüchtlingsstrom zu beenden. Die Menschen haben nur unser Land weiter Richtung Westeuropa durchquert. Das hätte uns weniger Geld gekostet, und wir wären nicht zum Hotspot für Beschwerden geworden. Ohne Mazedoniens Grenzschließung wäre Schengen kollabiert, und jedes einzelne Land der Flüchtlingskrise hätte Grenzkontrollen eingeführt. Die günstigste Lösung und die politisch akzeptabelste war, dass das jemand anders machen sollte - wir haben es getan. Die meisten Menschen in Europa waren dankbar, dass es gemacht wurde, und sogar noch glücklicher, dass wir es gemacht haben. Aber einige haben das nicht laut gesagt.

Warum hat Mazedonien überhaupt die Grenze geschlossen?

Weil wir ein Teil der EU sein wollen. Es war im europäischen Interesse und es gab eine europäische Entscheidung, die Balkanroute zu schließen. Für uns war es sehr wichtig, zu beweisen, dass wir verdienen, Teil der EU zu sein.

Gab es genug Unterstützung von Deutschland und der EU im Umgang mit der Flüchtlingskrise?

Nein, was konkrete Hilfe vor Ort angeht nicht. Aber das haben wir auch nicht erwartet. Wir sind unterschiedliche Standards in verschiedenen Situationen gewöhnt. Wenn wir uns anschauen, wie viel Geld Griechenland bekommen hat und was man alles für sie getan hat, dann ist das nicht vergleichbar. Es gibt zwei Arten von Ländern, entweder gehört man dazu oder nicht. Die größte Unterstützung, die wir bekamen, ist bilateraler Art, das heißt Polizeihilfen einiger Länder für die Grenzkontrolle.

Beeinflusste der Brexit Mazedoniens Interesse, EU-Mitglied zu werden?

Der Brexit betrifft uns, weil Großbritannien historisch ein großer Unterstützer der EU-Erweiterung war. Jetzt wird diese Stimme wahrscheinlich verstummen. Und das Vertrauen in eine EU-Erweiterung ist stark vom Brexit und der Migrationskrise betroffen. Dabei wurde die unorganisierte Flüchtlingskrise von einem Nicht-EU-Land gelöst und viele der Probleme wie fehlende Registrierung und die fehlende Bearbeitung der Akten entstanden in der EU. Aber der Brexit hat nicht unser Interesse und den Willen unserer Bevölkerung geschwächt, zur EU zu gehören.

"Wir müssen die Grenzen geschlossen halten" In der Flüchtlingskrise sieht Mazedoniens Außenminister Nikola Poposki in der Sicherung der EU-Außengrenzen die einz....

Die EU-Kommission fordert von Skopje, Reformen umzusetzen, inklusive freier fairer Neuwahlen im Dezember. Erfüllt Skopje das?

Bei Weitem. Was die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen angeht, haben wir schon seit 2009 alle Kriterien erfüllt, aber das kümmert niemanden. Wir wären schon im siebten Verhandlungsjahr, wenn man uns fair behandelt hätte. Sie wurden mehrfach verschoben, wegen des Widerstands Griechenlands aufgrund der Namensfrage. Aber ich habe keinerlei Zweifel, dass wir für Beitrittsverhandlungen bereit sind.

Fühlen Sie sich unfair behandelt?

In diesem Prozess geht es nicht um Fairness. Es geht um Realpolitik. Es gibt die Großen mit ihren eigenen Regeln und Standards und es gibt die Kleinen, die den Regeln entsprechen müssen, die man ihnen auferlegt hat.

Wann glauben Sie, wird Mazedonien ein Mitgliedstaat sein?

Realistischerweise ist es wahrscheinlicher, dass das im Rahmen eines ganzen Pakets geschieht. Das könnte vielleicht 2024/25 sein, wenn mehrere Länder vom Balkan soweit sind, der EU beizutreten. Das hängt nicht nur von Mazedonien ab. Die Reformen hängen von Mazedonien ab, aber die Mitgliedschaft ist viel mehr eine politische Entscheidung. Es kommt mehr auf Deutschland und Frankreich an, als auf irgendwelche anderen Faktoren.

2015 hat Merkel gesagt: "Wir schaffen das". Haben wir es geschafft?

Wenn jemand gesagt hätte, dass sich 1,2 Millionen Menschen in Deutschland niederlassen, ohne dass es Unruhen gibt, hätte das kaum jemand geglaubt. Es gibt Kehrseiten, aber Deutschland hat die Krise in einer überraschend guten Art und Weise gemanagt. Ich habe aber Zweifel, ob dies so wiederholt werden könnte. Deswegen müssen wir die Grenzen geschlossen halten.

Ist Europa auf einen erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen vorbereitet?

Eine weitere Flüchtlingskrise wie 2015 wird die EU als Konzept verändern. Es wird viele unilaterale Schritte geben, die das Bestehen von Schengen und jede andere Regelung zwischen Mitgliedstaaten herausfordern werden. Es kann dramatische Folgen haben. Wir werden möglicherweise mit einer sehr großen Zahl an Migrant*innen konfrontiert sein, die in Mazedonien festsitzen. Und unsere Bevölkerung wird das Gefühl haben, dass es ungerecht ist, dass wir mit einem Problem festsitzen, das wir nicht verursacht haben und das von der EU exportiert wird. Wir können eine zweite Welle verhindern, wenn wir die Migrationsroute sperren wie Mazedonien es getan hat, mit effektiven Grenzkontrollen und einer Regelung für die Migrationskrise in der Türkei.

Über die Flüchtlingsrouten wurden auch Terroristen eingeschleust. Wie kann das verhindert werden?

Wir sollten dagegen angehen, indem wir den Informationsaustausch mit Ländern, die zwar nicht zur EU gehören, aber auf der Flüchtlingsroute liegen, verstärken. Es ist ein großes Defizit, dass wir in diesem Bereich nicht als gleichberechtigter Partner behandelt werden. Zurzeit versuchen wir, die Informationen über Partner, die Mitgliedsländer sind, zu bekommen. Aber sicherheitstechnisch ist das bei Weitem nicht ausreichend. Mazedonien und Serbien sollten sofort Zugang zu dem Informationssystem bekommen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Georgi Licovski

Seit März ist hier kein Durchkommen: Mazedonische Soldaten patrouillieren an der Grenze zu Griechenland

"Wir müssen die Grenzen geschlossen halten" In der Flüchtlingskrise sieht Mazedoniens Außenminister Nikola Poposki in der Sicherung der EU-Außengrenzen die einz....

Georgi Licovski

Load-Date: October 21, 2016

End of Document

Athen löst improvisiertes Lager in Piräus auf

Die Welt

Dienstag 19. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 91

Length: 327 words

Body

In dem improvisierten **Flüchtlingslager** am Hafen von Piräus ist es erneut zu Zusammenstößen zwischen **Flüchtlingen** gekommen. Grund für die Auseinandersetzung war der Streit um ein Handy, wie der griechische Fernsehsender Skai berichtete. Ein Mann wurde demnach mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Am Hafen von Piräus leben seit Monaten mehr als 4000 **Flüchtlinge** und **Migranten** in einem wilden Camp - sie zelten und übernachten in den Wartehallen. Die Stimmung ist angespannt. Immer wieder kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern.

Bisher weigern sich die Menschen, in offizielle staatliche Auffanglager umzusiedeln. Sie kritisieren die Gegebenheiten dort und fürchten, in den Auffanglagern "vergessen" zu werden. Menschenrechtler schlagen wegen der prekären Lage Zehntausender Flüchtlinge in Griechenland Alarm. Nach dem Abkommen mit der Türkei dürfe Europa das Schicksal der mehr als 46.000 Flüchtlinge nicht vergessen, die verstreut auf dem griechischen Festland in Schmutz und Dreck lebten, erklärte Amnesty International. Die meisten der Gestrandeten seien Frauen und Kinder.

Ebenfalls am Montag begann die griechische Polizei, die Hafenanlagen in Piräus zu räumen. Auch die seit einem Monat von Flüchtlingen besetzten Bahnschienen im nordgriechischen Grenzort Idomeni wurden geräumt. Wie der Sender Skai berichtete, fuhr in Piräus ein Bus vor, um 500 der rund 3700 Flüchtlinge und Migranten in ein nahe gelegenes staatliches Auffanglager zu bringen. Bis Ende der Woche soll das wilde Camp aufgelöst sein - in Griechenland beginnt die Touristensaison und der Hafen ist eine der wichtigsten Drehscheiben für die ausländischen Besucher des Landes. In Idomeni wurden am Montagmorgen die Gruppen von Demonstranten auf den Bahngleisen aufgelöst; allerdings halten sich immer noch viele Menschen direkt an der Strecke auf. Fernsehbilder zeigten, dass die griechische Polizei - wie bisher immer - ohne Gewalt vorging.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 19, 2016

Athen löst improvisiertes Lager in Piräus auf

End of Document

Leserbriefe

Die Welt

Donnerstag 17. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 3; Ausg. 217

Length: 645 words

Body

Polen helfen auch

Zu: "Kein Schamgefühl" vom 14. September

Mit großer Verwunderung habe ich einen Artikel vom Jan T. Gross gelesen, in dem der Autor die Haltung der ostmitteleuropäischen Staaten, darunter auch Polen, zur Aufnahme von **Flüchtlingsen** von ihrem Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg ableitet. Wenn man die Thesen von Gross liest, verschlägt es einem die Sprache. So behauptet der Autor z.B., die Polen hätten während des Krieges mehr Juden getötet als Deutsche. Dass ein Historiker, der wissen muss, dass die Debatte über das Verhältnis zum Judentum in Polen seit Jahren so intensiv wie in kaum einem anderen Land der Region geführt wird, und der ja über die umfangreiche Literatur, über die Filme und Theaterstücke, die sich diesem Thema widmen, Bescheid wissen muss, nun sagt, all das gebe es einfach nicht, kann nur verwundern. Noch verwunderlicher und verletzender sind die Schlussfolgerungen, die er daraus bezüglich des Standpunkts Polens zur **Flüchtlingsfrage** zieht.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang ein paar Fakten, die in dem Artikel von J.T. Gross entweder irrig oder gar nicht erwähnt werden. Polen hat sich vor einigen Wochen bereit erklärt, 2000 Flüchtlinge - ohne Rücksicht auf ihre Konfession - aufzunehmen. Das war eine Antwort u.a. auf den Plan der Europäischen Kommission, der vorsah, dass Polen 2659 Migranten akzeptiert. Mittlerweile hat der Zustrom der Flüchtlinge dramatisch zugenommen, und Polen ist bereit, diese Quote deutlich zu erhöhen. Aus unserer Sicht ist aber auch wichtig, dass die EU die Kontrolle über die Migrationsströme zurückgewinnt, dass sie ihre Außengrenzen besser schützt, die politischen von Wirtschaftsflüchtlingsen trennt und den Sicherheitsrisiken entgegentritt, die diese enorme Migrationswelle auch in sich birgt.

Wir brauchen Solidarität, aber wir brauchen auch Vernunft, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Dafür müssen wir die Politik und die Gesellschaft gewinnen. In Polen findet darüber, wie in vielen europäischen Ländern, eine intensive Debatte statt. Die polnische katholische Kirche hat die Pfarrgemeinden aufgerufen, sich auf die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge vorzubereiten. Über die Hälfte der Bevölkerung ist der Meinung, wir sollten das tun. Es gibt immer mehr Bürgerinitiativen, die sich dieser Aufgabe widmen.

Leserbriefe

Dies geschieht, obwohl es für ein Land, das - anders als viele westeuropäische Länder - noch nicht über eine langjährige Einwanderungstradition verfügt, keine leichte Aufgabe ist. Schließlich waren die Staaten des Ostblocks nicht das Ziel, sondern vielmehr die Quelle von Migration. In Deutschland, Frankreich oder Österreich, wo die muslimische Einwanderung eine jahrzehntelange Geschichte hat und der Islam, wenn auch nicht ohne manchmal dramatische innenpolitische Verwerfungen, mittlerweile zu einem Teil des kulturellen und politischen Alltags geworden ist, fällt das vielleicht leichter. Dennoch erreicht die Einwanderung auch Polen. Das Land hat bereits vor einigen Jahren 90.000 Flüchtlinge aus Tschetschenien aufgenommen. In Polen leben auch einige Hunderttausend Ukrainer, für die das Nachbarland eine immer attraktivere Destination geworden ist und die sich in Polen erfolgreich integrieren. Das alles muss der Historiker J.T. Gross wissen. Er verlangt mehr Solidarität und Offenheit gegenüber den Flüchtlingen und prangert zu Recht die ausländerfeindlichen Sprüche an, wie sie (nicht nur in Polen) in den Postings im Netz erscheinen. Darin kann man ihn nur unterstützen. Schade nur, dass seine Diagnose so wenig dazu beiträgt, die Probleme zu verstehen und zu lösen.

Jerzy Marga ski, Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland

Grenzenlos zufrieden

Zu: "Die Grenzen sind zurück" vom 15. September

Es sind Artikel wie dieser, weshalb ich diese Zeitung kaufe. Weiter so!

Gerhard Rüter, per E-Mail

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 17, 2015

Grüne wollen bei Einwanderung große Tore statt kleiner Türen; Mit einem eigenen Konzept zur Steuerung des Fachkräftezuzugs stellt die Partei die schwarz-rote Koalition bloß

Die Welt

Donnerstag 5. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 30

Length: 833 words

Byline: Claudia Kade

Body

Auf diese doppelte Gelegenheit mussten die Grünen lange warten: Erst mal darauf, dass sich überhaupt eine solche Chance zum Elfmeter bietet, und dann auch noch darauf, dass die eigene Mannschaft beim Zieltreffer nicht doch noch dazwischengrätscht. Mehr als ein Jahr hat es gedauert, und jetzt genießt Katrin Göring-Eckardt sichtlich, diese Steilvorlage zu verwandeln: "Die anderen haben Streit, wir haben ein Konzept."

Die Grünen-Fraktionschefin präsentiert am Mittwochvormittag ihre Grundzüge für ein Einwanderungsgesetz. Mit dem Konzept will sie gleich auf mehreren Feldern Punkte sammeln: Sie kann die schwarz-rote Koalition in ihrer Zerstrittenheit beim Thema Einwanderungsgesetz bloßstellen. Und sie kann auf den Fachkräftebedarf der Wirtschaft eingehen und damit anfangen, die Gräben zwischen der Ökopartei und der Industrie zuzuschütten. Und außerdem kann sie versuchen, die Streitigkeiten in den eigenen Reihen über die Asyl- und Flüchtlingspolitik mit einer beachtlichen Geschlossenheit für neue Regeln zur Einwanderung von Fachkräften zu überdecken.

"Wir können uns jetzt keinen jahrelangen Streit mehr leisten", sagt GöringEckardt: "Dass wir mehr Einwanderung brauchen, liegt auf der Hand. Wir werden 300.000 Menschen pro Jahr brauchen, die zu uns kommen, weil wir Fachkräftemangel haben." Dabei gehe es nicht nur um Akademiker, sondern auch um geringer qualifizierte Arbeitskräfte etwa für die Pflegebranche. Die Zahlen beruhen auf Bedarfsangaben der Arbeitgeberverbände.

Mit ihren Eckpunkten für ein neues Einwanderungsgesetz bauen die Grünen auf Ideen auf, die sie bereits vor mehr als zehn Jahren in der damaligen rot-grünen Bundesregierung vorgelegt hatten, dann aber nicht durchsetzen konnten: Im Kern geht es um ein Punktesystem, in dem Kriterien wie Qualifikation, Berufsabschluss und Sprachkenntnisse gewichtet und mit dem Fachkräftebedarf in den verschiedenen Branchen abgeglichen werden. Auf dieser Grundlage sollen Bundestag und Bundesrat eine jährliche Aufnahmezahl festlegen, um den Erfordernissen des Arbeitsmarkts Rechnung zu tragen. Eine feste Arbeitsplatzzusage soll für die Einwanderer nicht zur Pflichtvoraussetzung gemacht werden. Die Kriterien für das Modell soll eine Kommission aus Vertretern von

Grüne wollen bei Einwanderung große Tore statt kleiner Türen Mit einem eigenen Konzept zur Steuerung des Fachkräftezuzugs stellt die Partei die schwarz-rote Koa....

Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften sowie Migrantenorganisationen festlegen und anhand von Erfahrungswerten auch nachjustieren.

Um Flexibilität und Mobilität hoch qualifizierter Einwanderer zu ermöglichen, die auf dem globalen Arbeitsmarkt umworben sind, sollen diese Migranten auch nach längerer Jobphase im Ausland problemlos und ohne Nachteile wieder nach Deutschland zurückkehren können. Kinder ausländischer Eltern sollen mit der Geburt hierzulande automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn sich mindestens ein Elternteil rechtmäßig in Deutschland aufhält. "Willkommenskultur muss im Kreißsaal beginnen", sagt der Grünen-Innenpolitiker Volker Beck.

Außerdem wollen die Grünen bereits hier lebenden Flüchtlingen und Asylbewerbern den Wechsel in den Einwandererstatus erleichtern, sofern diese die künftigen Kriterien erfüllen. "Ihnen wird der Zugang zum Arbeitsmarkt ohne weitere Voraussetzungen eröffnet", heißt es in dem Konzept, das Göring-Eckardt gemeinsam mit Beck präsentiert.

"Wir müssen zu einem Land werden, das einlädt und das sich dadurch auszeichnet, dass man hier gut und friedlich zusammenlebt", sagt Göring-Eckardt. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) habe zu Recht kritisiert, dass in Deutschland ein Anwerbestopp mit Ausnahmen gelte. "Wir müssen dafür sorgen, dass aus vielen kleinen Türen, die man kompliziert aufschließen kann, endlich große Tore werden", fordert die Grünen-Fraktionschefin.

Die Grünen werden ihr Konzept heute im Parlament zur Debatte stellen - auch das gehört zum genüsslichen Auskosten der langersehnten parteitaktischen Chance: Denn die Koalitionsfraktionen von CDU, CSU und SPD sind tief gespalten in der Frage, ob ein Einwanderungsgesetz überhaupt notwendig ist oder die geltenden Regelungen bereits ausreichen.

So hat CDU-Generalsekretär Peter Tauber einen Vorstoß für eine gesetzliche Neuregelung unternommen, bekam dafür aber von Parteifreund und Innenminister Thomas de Maizière einen Rüffel. In der SPD wirbt Fraktionschef Thomas Oppermann für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, erntet dafür aber Kritik von Parteivize Ralf Stegner. Die CSU ist wohl mehrheitlich gegen eine Gesetzesnovelle. Und die Kanzlerin gibt zu Protokoll, dass ihre "Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen" sei.

Die Grünen dürfen gespannt sein, mit welchen verbalen Verrenkungen die Redner aus den Reihen des schwarz-roten Regierungsbündnisses in der von den Grünen erwirkten Parlamentsdebatte den Versuch unternehmen werden, wenigstens einen Eindruck von großkoalitionärer Geschlossenheit herzustellen. Die kleinste Oppositionsfraktion hat lange auf diese Vorführung gewartet.

Wir werden 300.000 Menschen pro Jahr brauchen, die zu uns kommen Katrin Göring-Eckardt, Grünen-Fraktionschefin

Load-Date: February 5, 2015

"Die Flüchtlinge wollen nicht im Sozialsystem landen"; IW-Ökonom Michael Hüther fordert Asylbewerber für den Arbeitsmarkt und ein Einwanderungsgesetz

Die Welt

Montag 27. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 97

Length: 1054 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Viele **Flüchtlinge** sind gut ausgebildet, dürfen aber in Deutschland nicht arbeiten. Angesichts des hiesigen Fachkräftebedarfs fordert der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Michael Hüther, das große Potenzial der **Asylbewerber** zu nutzen. Jeder Ankommende sollte die Möglichkeit erhalten, unbürokratisch in den rechtlichen Status eines Arbeitsmigranten zu wechseln. Den Widerstand von Bundesinnenminister de Maizière gegen ein Einwanderungsgesetz hält Hüther für unverantwortlich.

Die Welt:

Die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit mindestens 300.000 Flüchtlingen. Die Debatte dreht sich oft nur um Probleme und Kosten. Stecken in dem starken Zustrom auch Chancen?

Michael Hüther:

Eindeutig ja. Die Menschen, die all die Schwierigkeiten, die großen Gefahren und erheblichen Kosten auf sich nehmen, die wollen nicht im Sozialsystem landen, sondern möchten sich eine neue Existenz aufbauen. Die Flüchtlingsmigration könnte ein großes Potenzial für Arbeitsmigration darstellen - aber dafür müssten die Regeln geändert werden.

Welche Probleme gibt es?

Bislang sind Asyl und Arbeitsmigration zwei strikt getrennte Wege. Wer einen Asylantrag stellt und abgelehnt wird, muss zunächst das Land verlassen, um dann einen anderen Aufenthaltstitel zu beantragen. Das gilt auch für Ingenieure oder Facharbeiter aus Mangelberufen, deren Qualifikationen am deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigt werden und die als Arbeitsmigranten herkommen dürfen. Ein Statuswechsel vom Asylbewerber zum Arbeitsmigranten funktioniert nicht. Doch die Vorstellung, dass ein Flüchtling wieder zurückkehrt, um dann in der

"Die Flüchtlinge wollen nicht im Sozialsystem landen" IW-Ökonom Michael Hüther fordert Asylbewerber für den Arbeitsmarkt und ein Einwanderungsgesetz

Konsularabteilung der deutschen Botschaft einen anderen Aufenthaltstitel zu beantragen, ist lebensfremd. Und es ist unwürdig.

Gibt es Daten für die Qualifikationen der Flüchtlinge?

Jeder fünfte Asylbewerber bringt einen Hochschulabschluss mit, jeder dritte hat eine Qualifikation, die der eines deutschen Facharbeiters entspricht. Die größte Hürde sind die oft fehlenden Deutschkenntnisse. Die Sprache ist der wichtigste Hebel, um Integration zu fördern. Deshalb sollten allen Flüchtlingen obligatorische Sprachkurse angeboten werden. Das ist in jedem Fall eine gute Investition. Bekommt jemand einen Aufenthaltstitel, dann ist die Sprache von elementarer Bedeutung. Denn die Chancen am Arbeitsmarkt nehmen bei guten Deutschkenntnissen eklatant zu. Aber auch wenn der Asylantrag abgelehnt wird und der Betroffene wieder nach Hause fährt, kann es nicht verkehrt sein, wenn er Deutsch gelernt hat. Die Kenntnisse nimmt derjenige schließlich mit. Überdies ist es gut, wenn die Flüchtlinge hier vom ersten Tag an etwas tun können, das sie weiterbringt.

Was ist mit den jungen Asylbewerbern, die noch keine beruflichen Qualifikationen haben?

Es gibt derzeit unter den Flüchtlingen etwa 4000 unbegleitete Minderjährige. Dafür sollte man einen humanitären Ausbildungstitel einführen. Und wer erfolgreich seine Ausbildung absolviert hat, sollte hierbleiben dürfen. Denn es gibt keinen Grund, auf diese Nachwuchskräfte, in die wir investiert haben und die sich integriert haben, zu verzichten.

Warum kommen aus Nicht-EU-Staaten so viele Flüchtlinge zu uns, aber nur wenige Arbeitsmigranten?

Wir haben die Arbeitsmigration aus Drittstaaten lange nicht zum Thema gemacht. Der Bundesinnenminister verweist darauf, dass 90 Prozent unserer Zuwanderung gar nicht von uns gesteuert wird. Das gilt für die Einwanderung von EU-Bürgern im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, den Familiennachzug und die Flüchtlinge. Der Rest sei so gering, dass es sich nicht lohne, darum viel Aufheben zu machen. Aber gerade weil wir das bislang nicht getan haben, gibt es bisher wenig Signale ins Ausland, dass Fachkräfte hier hochwillkommen sind. Das ändert sich nun langsam. So hat die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode das Internetportal "Make it in Germany" an den Start gebracht. Doch jetzt muss auch das Zuwanderungsrecht attraktiver werden. Es reicht nicht, wenn Thomas de Maizières das Zuwanderungsmarketing verbessern will. Damit das Marketing bestmöglich wirken kann, braucht es eben ein überzeugendes Zuwanderungsrecht.

Wo sollte der Gesetzgeber ansetzen?

Das deutsche Zuwanderungsrecht ist intransparent. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Aufenthaltstitel. Denn in den vergangenen zehn Jahren ist mit hoher Dynamik vieles verändert worden. Für Fachkräfte sind die Hürden deutlich abgesenkt worden. Diese Schritte waren richtig, reichen aber nicht. Denn die Aufenthaltserlaubnis wird zu starr an das Vorhandensein eines konkreten Jobangebots geknüpft. Andere Länder wie Australien, Kanada oder auch Dänemark haben einen potenzialorientierten Ansatz: Sie steuern die Zuwanderung nach klaren Kriterien wie Sprachkenntnisse, Qualifikationen oder Alter.

Gerade die Kopplung an den Arbeitsmarkt wird oft als Stärke des deutschen Systems genannt. Schließlich ist der Taxi fahrende Arzt nicht gewünscht.

Den Taxi fahrenden Arzt gibt es, wenn es mit der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse hapert. Hier hat Deutschland mit dem Anerkennungsgesetz einen ganz zentralen Schritt gemacht. Jeder hat heute einen Rechtsanspruch, innerhalb von drei Monaten einen Bescheid zu erhalten, ob sein Bildungs- oder Berufsabschluss in Deutschland anerkannt wird. Die arbeitsmarktorientierte Steuerung von Zuwanderung ist nicht verkehrt. Sie sollte aber durch eine potenzialorientierte Steuerung ergänzt werden. Wenn eine Person bestimmte Fähigkeiten mitbringt, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie erfolgreich am hiesigen Arbeitsmarkt sein wird.

Brauchen wir also ein Einwanderungsgesetz?

"Die Flüchtlinge wollen nicht im Sozialsystem landen" IW-Ökonom Michael Hüther fordert Asylbewerber für den Arbeitsmarkt und ein Einwanderungsgesetz

Ja, Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz. Damit würde das Thema auch politisch anders gewichtet. Die Abwehrhaltung des Bundesinnenministers ist unverantwortlich. Unser Land hat im Augenblick vor allem Zuwanderung aus EU-Ländern, also aus Ländern, die ebenfalls überaltern. Wir können unsere demografischen Probleme aber nicht durch eine Umverteilung der Arbeitskräfte innerhalb Europas lösen. Ohnehin ist die Hälfte der Migranten nach () Jahresfrist schon wieder weg. Die kurzfristigen Wanderungen innerhalb der EU sind etwas völlig anderes als eine langfristige Zuwanderung aus Drittstaaten. Deutschland muss heute Signale in demografiestarke Weltregionen wie Südostasien oder Lateinamerika senden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Reto Klar

Michael Hüther ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

Reto Klar

Load-Date: April 27, 2015

Was Flüchtlinge von Gastarbeitern unterscheidet. Ein Faktencheck; Im Ausland angeworbene Arbeitskräfte kurbelten einst die deutsche Wirtschaft mit an. Ähnliches erhoffen sich Unternehmen von den heutigen Einwanderern

Die Welt

Samstag 19. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 219

Length: 1243 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Viele Entscheidungsträger der deutschen Wirtschaft setzen sich dafür ein, dass ankommende **Flüchtlinge** mit offenen Armen empfangen und als Chance für das Land begriffen werden. Daimler-Chef Dieter Zetsche ist einer von ihnen. Er sagte vor Kurzem, 800.000 Menschen in Deutschland aufzunehmen sei eine Herkulesaufgabe. "Aber im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden - so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 50er- und 60er-Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben." "Die Welt" hat seine Aussage anhand der wichtigsten Fakten überprüft.

Damals: Die Gastarbeiter damals kamen ab Anfang der 60er-Jahre aus verschiedenen Ländern nach Westdeutschland. Die Industrie der Bundesrepublik hatte damals einen hohen Arbeitskräftebedarf, der durch die einheimische Bevölkerung nicht abgedeckt werden konnte. Darum schloss die Regierung zwischen 1955 und 1973 Abwerbeabkommen mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien, Jugoslawien und Südkorea. Ab 1961 kamen dann die ersten Ausländer, um hierzulande zu arbeiten. Als die deutsche Wirtschaft Anfang der 70er-Jahre in eine Krise geriet, arbeiteten rund 2,6 Millionen Ausländer und Ausländerinnen in der Bundesrepublik. Sie waren damals häufig die Ersten, die entlassen wurden, wenn ihr Unternehmen von der Krise erfasst wurde. 1973 erließ die Bundesregierung einen Anwerbestopp. Zu diesem Zeitpunkt lebten knapp vier Millionen Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland. Die überwiegende Mehrheit von ihnen war im Rahmen der Abwerbeabkommen angekommen.

Heute: Vergleicht man die damalige Situation mit der heutigen, wird klar, dass es große Unterschiede gibt. "Während die Gastarbeiter gezielt für ungelernte Arbeiten angeworben wurden, kommen heute Menschen nach Deutschland, die vor politischen Notsituationen fliehen", erklärt Ulrich Herbert, Historiker an der Universität Freiburg. Der große Unterschied zwischen den beiden Gruppen liegt also in ihrer Motivation für die Migration.

Was Flüchtlinge von Gastarbeitern unterscheidet. Ein Faktencheck Im Ausland angeworbene Arbeitskräfte kurbelten einst die deutsche Wirtschaft mit an. Ähnliches

Damals: Laut Ulrich Herbert waren die meisten Gastarbeiter ungelernete junge Männer, die nach Deutschland kamen, weil es in ihren Herkunftsländern hohe Arbeitslosigkeit gab. Die Arbeitsbedingungen, die in Deutschland auf sie warteten, waren besser als die Verhältnisse in ihrer Heimat.

Heute: Die Flüchtlinge, die heute nach Deutschland kommen, sind besser gebildet als die damaligen Gastarbeiter. Trotzdem ist ihr Ausbildungsniveau niedriger als das des deutschen Durchschnitts. Das statistische Bundesamt hat in einer freiwilligen Umfrage unter den Asylsuchenden des vergangenen Jahres herausgefunden, dass 15 Prozent eigenen Angaben zufolge eine Hochschule besucht haben. 16 Prozent waren auf einem Gymnasium und 35 Prozent gaben an, eine mittlere Schulbildung zu haben. Elf Prozent der Befragten hatten keine Schule besucht, 24 Prozent lediglich eine Grundschule.

Damals: 1966 waren laut Herbert in Westdeutschland 72 Prozent aller ausländischen Arbeiter als an- oder ungelernete Arbeiter tätig. Gastarbeiter verrichteten also vor allem "schwere und schmutzige Arbeit mit Akkordlohn, Schichtsystem" und Fließbandarbeit mit niedrigen Qualifikationsanforderungen. "Doch seitdem hat sich die Situation in der Bundesrepublik fundamental verändert", so Herbert. Durch die Strukturkrise, die auf die 70er-Jahre folgte, seien viele dieser einfachen Arbeitsplätze weggefallen.

Heute: Auch der Wirtschaftswissenschaftler Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weist darauf hin, dass es wichtige strukturelle Unterschiede gibt: "Zu Zeiten des Wirtschaftswunders hatte die Industrie einen viel größeren Anteil an der Wirtschaftsstruktur Deutschlands. Heute ist hingegen der Dienstleistungssektor mit Abstand am stärksten ausgeprägt." In der Industrie gab es damals viele Stellen für ungeschulte Arbeiter, das ist im Dienstleistungssektor nicht mehr so. Daher könne man nicht erwarten, dass die Flüchtlinge heute so schnell und zu gleichen Anteilen in Arbeit gelangen wie die Gastarbeiter damals. Die Arbeitsplätze, die heute in Deutschland frei sind und dringend besetzt werden müssen, sind größtenteils nicht für ungeschulte Arbeiter geeignet. Die Berufe, die Arbeitskräfte brauchen - etwa im Gesundheitswesen oder technische Berufe - gehören zu den typisch deutschen Ausbildungsberufen. Auch die Positivliste der Bundesagentur für Arbeit zeigt, dass zurzeit hauptsächlich Fachkräfte oder Spezialisten gesucht werden.

Damals: "Für Helfer-Tätigkeiten, die Gastarbeiter während des Wirtschaftswunders überwiegend ausübten, war kein formeller Berufsabschluss nötig", erklärt Weber. Die Menschen wurden nach Deutschland geholt, weil sie dringend für entsprechende Tätigkeiten gebraucht wurden, die meist auch nur sehr geringe Sprachkenntnisse voraussetzten.

Heute: "Generell ist das Anforderungsniveau heute höher, als es für die Gastarbeiter war", so Weber. Spezifische Anforderungsprofile für bestimmte Berufe sind die Regel. So müssen Fachkräfte laut der Bundesagentur für Arbeit eine mindestens zweijährige Berufsausbildung oder eine vergleichbare Qualifikation vorweisen. Spezialisten müssen sogar eine Meister- oder Technikerausbildung, beziehungsweise einen gleichwertigen Fachschul- oder Hochschulabschluss haben. Zudem sind für viele Berufe zumindest grundlegende Deutschkenntnisse nötig.

Damals: Zwischen 1961 und 1973 kamen rund 3,5 Millionen Ausländer nach Deutschland. Rein rechnerisch auf zwölf Jahre verteilt, sind damals also rund 292.000 Menschen pro Jahr angekommen.

Heute: Die Bundesregierung geht offiziell davon aus, dass 800.000 Menschen in diesem Jahr in Deutschland einen Asylantrag stellen. Bisher wurden zwischen Januar und August dieses Jahres laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zwar erst rund 230.000 Anträge gestellt, aber viele der aktuell ankommenden Flüchtlinge sind in diesen Zahlen noch nicht erfasst. Dabei kann man davon ausgehen, dass nicht allen Anträgen stattgegeben wird. Im August etwa erteilte das BAMF rund 55 Prozent der Anträge einen positiven Bescheid.

Fazit des Faktenschecks: Wirtschaftswissenschaftler Enzo Weber: "Die Flüchtlinge, die heute ankommen, sind nicht direkt mit den Gastarbeitern vergleichbar. Es gibt zwar aktuell viele offene Stellen in Deutschland, aber die Flüchtlinge verfügen oft nicht über die formalen Qualifikationen, die sie benötigen, um sie anzutreten. Die Gastarbeiter hingegen wurden explizit dafür rekrutiert, die freien Stellen zu besetzen." Im Laufe der Zeit könnten aber fehlende Qualifikationen erworben und sprachliche Hürden überwunden werden. Dann könnten sich für die Flüchtlinge gute Arbeitsmarktchancen bieten.

Was Flüchtlinge von Gastarbeitern unterscheidet. Ein Faktencheck Im Ausland angeworbene Arbeitskräfte kurbelten einst die deutsche Wirtschaft mit an. Ähnliches

Der Historiker Ulrich Herbert sieht die einzige Gemeinsamkeit der Gastarbeiter zwischen den 50er- und 70er-Jahren mit den heutigen Flüchtlingen darin, dass es sich bei beiden Gruppen um Einwanderer handelt. "Deutschland kann mittlerweile auf eine 40- bis 50-jährige Einwanderungsgeschichte zurückblicken, mit der das Land bisher überwiegend positive Erfahrungen gemacht hat - vor allem im Vergleich zu anderen Ländern wie etwa Frankreich", sagt der Historiker. Die Erfahrung aus dieser Geschichte kann Deutschland nun dabei helfen, einen guten Weg für die Integration der Flüchtlinge zu finden."

"Deutschland kann auf eine 40- bis 50-jährige Einwanderungsgeschichte zurückblicken, mit der das Land bisher überwiegend positive Erfahrungen gemacht hat" Ulrich Herbert, Historiker

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

ullstein bild - ddp

Die meisten Gastarbeiter waren im Baugewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie sowie im Bergbau beschäftigt

dpa/Patrick Pleul

Hamza Ahmed (r.), Asylbewerber aus Somalia, arbeitet mit einem Kollegen an einem Windradturm der Firma Reuther STC

ullstein bild - ddp

Patrick Pleul

Load-Date: September 19, 2015